Helmut Sündermann

Mut zur Wahrheit

Beiträge zur Geschichte unserer Zeit

Druffel

HELMUT SÜNDERMANN

MUT ZUR WAHRHEIT

Beiträge zur Geschichte unserer Zeit

Helmut Sündermann (19. 2. 1911 bis 25. 8. 1972), in den Jahren 1942–1945 stellvertr. Pressechef der Reichsregierung und 1952 Gründer und bis 1972 Lektor des Druffel-Verlages, hat uns in seinem literarischen Nachlaß eine Fülle von teils veröffentlichten, teils unveröffentlichten Aufsätzen und Beiträgen, geschrieben in der Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, hinterlassen.
Anläßlich seines 70. Geburtstages erscheint eine Edition der wichtigsten Beiträge.
Diese Sammlung von historisch-politischen und tagespolitischen Aufsätzen beinhaltet ein dramatisches Stück deutscher und europäischer Geschichte. Manchmal, in der Eile der Tagesereignisse formuliert, sind sie in ihrem Kernanliegen dennoch von grundsätzlicher Bedeutung.
Dieses Werk, das sich in vier Abschnitte gliedert, konzentriert sich einmal aus der Sicht eines Tatzeugen auf entscheidende Epochen der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, des Antigermanismus, des Endes des Zweiten Weltkrieges in Deutschland und Ostasiens und auf die Nürnberger Prozesse nach 1945.
Ein weiterer Schwerpunkt dieses Bandes ist die deutsche Entwicklung nach 1945. Hier erweist sich der Autor als profunder Kritiker der deutschen und europäischen Nachkriegspolitik bis zum Abschluß der Ostverträge im Frühsommer 1972.
Trotz der vielen Fragezeichen, die die deutsche Frage noch und immer wieder aufwirft, ist allen Aufsätzen eines gemeinsam: die Zuversicht, daß sich die Deutschen nach den Katastrophen dieses Jahrhunderts wieder regenerieren und kräftigen werden und die Erwartung der Rechtfertigung jener Generation, die in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts Großdeutschland verwirklichen wollte.
So ist dieser Band ein in vieler Hinsicht richtungsweisendes Buch, das sich nicht nur an den nachdenklichen Leser von heute richtet, sondern auch die jüngere Generation in ihrem Wünschen und Wollen für die Zukunft beflügeln soll.

DRUFFEL-VERLAG
8137 Leoni am Starnberger See

Helmut Sündermann

MUT ZUR WAHRHEIT

Beiträge
zur Geschichte unserer Zeit

FEUERSPRUCH AN DER ZONENGRENZE
17. Juni 1971

Das niedergeschlagene, geschundene, auseinandergerissene deutsche Volk ist und bleibt die große Nation im Herzen Europas.

Deutschlands Unterwerfung und Teilung ist ein Unglück, Deutschlands Wiederaufstieg in Einheit und Freiheit die Hoffnung der Jugend für ihre Zukunft.

Kampf der roten Reaktion, die bei Jalta und Potsdam stehengeblieben ist und sich hinter Stacheldraht und Mauer verschanzt hat.

Kampf den Unterdrückern, Verrätern und Verzichtlern, den Störern und Zerstörern, den Lügnern und Betäubern. Schluß mit Täuschung und Selbsttäuschung.

Den Deutschen hier und den Deutschen drüben verkünden wir den Widerstand der Unbeugsamen und Entschlossenen.

Die Blutgrenze wird fallen!
Rotmord wird enden!
Deutschland wird leben!

HELMUT SÜNDERMANN

MUT ZUR WAHRHEIT

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE UNSERER ZEIT

Aus dem Nachlaß herausgegeben
von Gert Sudholt

DRUFFEL-VERLAG
LEONI AM STARNBERGER SEE

Umschlagentwurf: H. O. Pollähne, Braunschweig

Internationale Standardbuchnummer
ISBN 3-8061-1006-9

1981

Satz und Druck: Gugath & Sohn, München
Bindearbeiten: Thomas-Buchbinderei, Augsburg

Inhalt

Vorwort des Herausgebers

Am 19. Februar 1981 wäre Helmut Sündermann, einer der führenden Publizisten der deutschen Rechten, 70 Jahre alt geworden. Anläßlich dieses Tages erscheint aus seiner Feder ein Buch mit Beiträgen und Aufsätzen, die in verschiedenen Publikationen in den Nachkriegsjahrzehnten erschienen sind. Verlag und Herausgeber danken einmal dem Nation Europa-Verlag, Coburg, für die Zustimmung, wesentliche Beiträge aus der Zeitschrift „NATION EUROPA“ (abgekürzt NE) entnehmen zu können. Zum anderen dankt der Verlag insbesondere Herrn Verleger W. Schütz, dem Herausgeber der DEUTSCHEN WOCHEN ZEITUNG (DWZ) für die Unterstützung und freudige Bereitschaft, sowohl historisch-politische Aufsätze wie auch zeitpolitische Beiträge aus den Jahren 1964 bis 1972 der DWZ für diesen Sammelband verwenden zu dürfen, wobei ein Großteil dieser Beiträge in den 50er, Mitte der 60er und Anfang der 70er Jahre verfaßt wurde.

Einzelne Aufsätze, die in diesem Band wieder veröffentlicht werden, erschienen bei ihrer ersten Drucklegung unter Pseudonym. Helmut Sündermann schrieb und publizierte auch unter den Namen Heinrich L. Sanden und Hermann Schild. Das jetzt vorliegende Buch ist in seiner Grundform noch zu Lebzeiten von Helmut Sündermann festgelegt worden. In einem der vielen Gespräche, die der Herausgeber mit dem Autor im Frühsommer 1972 führen konnte, wies Helmut Sündermann auf mehrere umfangreiche Aktenordner, in denen seine von ihm verfaßten und veröffentlichten Aufsätze gesammelt waren, hin, und meinte: „All das sollte in einigen Jahren, wenn man genug Abstand gewonnen hat, publiziert werden.“ Der Herausgeber ist dieser Verpflichtung gerne nachgekommen. Das Datum des 70. Geburtstages sollte Anlaß genug sein, dieses brillanten deutschen Publizisten zu gedenken und sich seine Warnungen und Mahnungen, seine Forderungen und zeitgeschichtlichen Richtigstellungen ins Gedächtnis zu rufen.

Bei der Auswahl der Beiträge konzentrierte sich der Herausgeber bewußt auf vier Themenkreise: Zeitgeschichte, Zeitkritik, Ringen um die Zukunft sowie Abschied.

Allen vier Hauptkapiteln ist eins gemeinsam: die Sorge um die künftige Gestaltung Deutschlands und die Hoffnung, daß sich das deutsche Volk nach den beiden Katastrophen dieses Jahrhunderts wieder regenerieren und kräftigen möge. Diese beiden Kernanliegen jedweder Deutschlandpolitik ungeschminkt zu formulieren, dazu gehörte sowohl in den fünfziger wie auch in den soeben abgeschlossenen siebziger Jahren ein besonderes Maß an Mut. Deswegen wählten Verlag und Herausgeber in Abstimmung mit Freunden von Helmut Sündermann als Titel „Mut zur Wahrheit" — eine Forderung und ein Bekenntnis, dem der 1972 Verstorbene zeit seines Lebens immer gerecht wurde.

Im Abstand der Zeit droht viel vergessen zu werden. Zeitschriften- und Zeitungsaufsätze unterliegen dem Druck und dem Zwang der Tagesereignisse. Mögen die in diesem Band zusammengefaßten Beiträge, zwar manchmal von der Eile des Tages diktiert, in ihrer Kernaussage aber stets über den Tag hinaus richtungweisend, die Leser der älteren Generation in ihren Auffassungen bestätigen und neue Hoffnungen vermitteln, die jüngere Generation in ihrem Wünschen und Wollen für die Welt von morgen beflügeln!

Rückblicke eines Zeitzeugen

Die zwiespältigen Erinnerungen des Reichsministers Speer

Geschrieben am 22. 11. 1969 (DWZ)

Als sich Hitlers einstiger Architekt, Bauorganisator und schließlich Rüstungsminister im Nürnberger Prozeß zur Zufriedenheit der alliierten Ankläger reuevoll im Sinne einer deutschen Schuld aussprach, an der er teilhabe und dazu noch eine phantasievolle Geschichte über seinen „Widerstand" in der letzten Kriegsphase vortrug, ging es für den damals Vierzigjährigen immerhin um Tod und Leben. Speers Mitangeklagter Sauckel, der im Kriege Fremdarbeiter nach Deutschland brachte, wurde hingerichtet; über den Minister, der sie einsetzte, verhängte das „Internationale Militärtribunal" 20 Jahre Spandau. Dort schrieb der Häftling ein Memoirenmanuskript, das unter den Augen zumindest *einer* Gewahrsamsmacht herausgebracht und dann nach Speers Haftentlassung 1966 unter der Ägide des Fernsehreporters Joachim Fest zu einem Buch verarbeitet wurde.

Diese Vorgeschichte erklärt einiges: die klischierte Anti-Hitler-Polemik, die von dessen „Kleinbürgertum" über die „Langeweile" seiner Tischgespräche bis zum Weltdiktator reicht — das ganze Vokabular der Umerziehungspropaganda ist seitenweise in fast jede Zeile hineingepreßt. Die Rechtfertigung ist perfektioniert. Speer entschuldigt sich — um seine Läuterung recht sinnfällig zu machen — mit der Formel, daß es für ihn keine Entschuldigung gebe: „Ich bin ohne Apologie" (S. 127).

Um den Nachweis politischer Naivität freilich bemüht er sich wirksamer, als ihm wohl selbst bewußt ist. Als das deutsche Kaiserreich zusammenbrach und die haßblinden Siegermächte der Weimarer Republik das Versailler Diktat auferlegten, war der junge Speer immerhin schon 15 Jahre alt. Wenn nicht der Rotstift des Herrn Fest gewirkt und die heutigentags unerwünschte Erinnerung gestrichen hat, dann blieb das damalige und darauffolgende politische Gesche-

hen in Deutschland ohne jeden Eindruck auf den Heranwachsenden, den Studenten und Anfangsarchitekten. Ziemlich unbegreiflich erscheint deshalb dem Leser, daß Speer immerhin schon im Januar 1931 in die NSDAP eintrat (am Tag nach einer Goebbels-Versammlung, die ihn „angewidert" hat), daß er durch die Dekoration des Tempelhofer Feldes und ähnliche Bekenntnisleistungen bald Aufsehen erregte. Im März 1938 galt er immerhin schon als „Architekt des Führers", er ging in der Reichskanzlei ein und aus, erlebte dort sogar den schicksalhaften Abend des 9. März, aber den Anschluß Österreichs erfuhr er „einige Tage danach in der Zeitung" (S. 123). Durch die Konferenz von München wurden für ihn nicht die Sudetendeutschen aus der ihnen 1919 auferlegten Fremdherrschaft entlassen, sondern es fand infolge einer „Kapitulation des Westens" (S. 179) eine „Abtretung großer Teile der Tschechoslowakei" statt. In bezug auf den Kriegsausbruch 1939 ist ihm immerhin „eine von Mussolini angebotene Intervention" erinnerlich geblieben (S. 179): „Hitler schlug sie aus" (Das Gegenteil ist bekanntlich richtig, der italienische Vermittlungsvorschlag scheiterte am 2. Sept. 39 an der Haltung der britischen Regierung). Speer meint dennoch erkannt zu haben, daß Hitler auch damals an einen „großen" Krieg nicht glaubte. Dies, obwohl aus einer architektonischen Besprechung (ein Kuppelbau sollte als Krönung die Weltkugel statt eines Hakenkreuzes zeigen) im Sinne der alliierten Propaganda zweier Weltkriege der Schluß gezogen wird, eine deutsche „Weltherrschaft" sei Hitlers politisches Ziel gewesen. Der Leser fragt sich, ob Speer jemals einen Weltatlas in die Hand genommen und auch nur eines der Weltmeere ins Auge gefaßt hat.

Trotz derartiger Lücken in seinem politischen Wissen, trotz der offenkundigen Mißachtung historischer Perspektiven erfahren wir zu unserem Erstaunen, daß der Autor dieser Memoiren während des Krieges ernstlich Hitlers Nachfolge im Sinne hatte (S. 289), ja sich bereits als „zweiter Mann im Staate" fühlte — eine Mitteilung, die unser Zutrauen in seine politischen Maßstäbe nicht erhöht. Als er aus dem Munde des Generals Schmundt die „auffallende Bemerkung" hörte: „Auf das Heer können Sie sich immer verlassen" (S. 288) kamen freilich auch Speer einige Zweifel: „Ich vermute, er verwechselte das Heer mit den Generalen." Aber bis zuletzt blieb der Gedanke bei ihm virulent. Als er sich Ende April 1945 von Hitler verab-

schiedete und dieser ihm von Dönitz sprach, bemerkte Speer zu einem Vertrauten angeblich „erleichtert": „Gott sei Dank, einen Prinz Max von Baden brauche ich nicht zu machen" (S. 488) — als ob trotz all der Verwirrung der letzten Kriegsphase irgend jemand im Ernst daran gedacht hätte, den Rüstungsminister zum Reichskanzler zu berufen! In der Reichsregierung Dönitz drängte Speer dann darauf, die vollzogene militärische Kapitulation durch freiwillige Reichsauflösung zu einem politischen Akt umzufunktionieren. Daß der Großadmiral statt dessen die Alliierten zu ihrem völkerrechtswidrigen Verhaftungsakt zwang, zeigte, wie beträchtlich politischer ein nüchterner Seeoffizier zu urteilen vermochte als dieser allzu selbstbezogene Minister, der sein Denken bereits auf die Wünsche der nächsten Machthaber ausgerichtet hatte.

Großes Gewicht legt Speer auf die Behauptung, er habe in der Schlußphase des Krieges Zerstörungen von Industrieanlagen in Kampfgebieten verhindert. Wer die Texte und Daten kritisch vergleicht, kommt zu dem Ergebnis, daß ein militärisch begründeter diesbezüglicher Hitler-Befehl zwischen dem 18. und 29. März 1945 tatsächlich vorlag, dann aber auf Speers Vorstellung hin — das mag glaubhaft sein — von Hitler selbst wieder außer Kraft gesetzt wurde. In diesem Zusammenhang gibt Speer sogar zu, daß es unter den verantwortlichen Gauleitern (die ihm sonst nur als „Kumpane" gelten) Vernünftige gab. Tatsächlich sind deutsche Industrieanlagen erst *nach* der Kapitulation mutwillig zerstört worden — in Vollzug des Morgenthau-Planes, von dem Speer nur in einem nebensächlichen Satz Notiz nimmt.

Die später von seinem Nürnberger Mitangeklagten Fritzsche (den Speer als den einzigen „Gleichgesinnten" erwähnt) verbreitete Legende, Hitler habe „das deutsche Volk mitvernichten" wollen, ist — so ergibt sich aus diesen Erinnerungen — von Speer in die Welt gesetzt worden. Angeblich hat Hitler ihm Mitte März 1945 eine solche Eröffnung gemacht. Aber auch an dieser Stelle erbringt die genaue Prüfung der Speerschen Darstellung ein zweifelhaftes Ergebnis: Der Brief, in dem Speer ein solches Zitat selbst formuliert hat, um Hitler „die Möglichkeit zu geben, sich von dieser Bemerkung zu distanzieren" (S. 583), wurde weder lesbar zu Papier gebracht noch Hitler übergeben; statt dessen sagte Speer am 29. März 1945 dem „seiner

Sache nicht sicheren, fast ängstlich wirkenden" Hitler: „Mein Führer, ich stehe bedingungslos hinter Ihnen." (S. 460). Sollte das die Antwort auf einen Volksvernichtungsplan gewesen sein?! Einen Monat später erinnert sich Speer dann erstaunlicherweise der „Fassung" Hitlers, „mit der er dem Ende entgegensah"; sie „steigerte das Mitleid und erhöhte die Verehrung" (S. 475), ja Hitler habe sich „in den letzten Wochen aus der Erstarrung befreit". In der Stunde des Abschieds bekennt Speer sich als „verwirrt und erschüttert".

Zu diesen wenigen Stellen seines Buches, an denen Speer sich zum einfachen Bericht ohne Absicht und Polemik durchgerungen (vielleicht auch: sich gegen den Lektor des Ullstein-Verlages durchgesetzt) hat, gehören Mitteilungen über architektonische und städtebauliche Planungen. Vermutlich weil er so sehr persönlich damit verbunden war, findet er sogar, daß die Größenordnung der Hitlerschen Bauprojekte, an denen sich schon damals manche Kritik entzündete, sich an historischen Vergleichsbeispielen messen ließ. Weil hier aus unmittelbarer Kenntnis und ohne Klischee berichtet wird, verdienen diese Mitteilungen gewiß die Beachtung all derer, die sich mit dem Phänomen Hitler ernsthaft auseinandersetzen wollen. Von Interesse sind auch die Erfahrungsberichte über die wirksame Organisation der deutschen Rüstungsindustrie, die trotz des Luftkrieges erstaunliche Leistungen aufweisen konnte. In diesen Kapiteln stört freilich die oft ans Ordinäre grenzende Sucht des Memoirenschreibers, das Wirken seiner engsten Mitarbeiter herabzuwürdigen, ja sie als „Intriganten" und „Denunzianten" zu verdächtigen. Speer hat seine beiden bedeutenden Positionen durch den Tod großer Vorgänger erreicht: er wurde „Architekt des Führers", als Professor Troost gestorben war, und Minister nach dem tödlichen Absturz Fritz Todts, des genialen Erbauers der deutschen Autobahnen. Speer hat — das ist in ruhiger Abwägung zu sagen — künstlerisch nicht Troost und menschlich nicht Todt erreichen können.

Am mehreren Stellen seines Buches versichert Speer, in Nürnberg sei er zu Recht unter Anklage gestellt und verurteilt worden. In seiner Darstellung findet sich freilich kein ernsthaftes Argument dafür, daß er anderes tat oder sich anders verhielt als ein Mann ähnlichen Amtes in irgendeinem der kriegführenden Staaten. (Speer stellt fest, daß auch ihm die Auschwitz-Vorgänge bis Kriegsende unbekannt geblieben

waren. Er hätte sich allerdings — so fügt er auf Seite 127 deklamatorisch hinzu — in seiner hohen Stellung dieses Wissen verschaffen können. Das ist zweifelhaft angesichts der Himmlerschen Geheimhaltung und des Schweigens auch auf alliierter Seite.)

Gewiß wäre es moralisch gerechtfertigter gewesen, in Spandau etwa Speers britischen Gegenspieler, den Churchill-Freund Lindemann, den Initiator und Techniker des Terror-Luftkrieges, zwanzig Jahre lang zu inhaftieren. Der freilich gehörte dem Lager der Sieger an, und deshalb wurde er keineswegs in ein Verlies geworfen, sondern vom englischen König in den Adelsstand erhoben!

Die Frage drängt sich auf: welcher Absicht dient eigentlich Speers zwiespältiges Buch, in dem die ernsthafte und sachliche Erinnerung einen so bescheidenen und die eifernde Verzerrung einen so großen Raum einnimmt?! Meint er damit dem deutschen Volk zu nützen, von dem er so oft spricht und von dessen Geschicken er so wenig begreift? Oder geht es ihm nur um ein literarisches Alibi, das dem Alternden nochmals den Weg zu technischen Aufgaben öffnen soll, zu denen er intellektuell gewiß befähigt ist? Mußte er sich dazu wirklich unter das allzu niedrige Joch *solcher* Erinnerungen beugen?!

Albert Speer: Erinnerungen Verlag Ullstein GmbH — Propyläen Verlag, Frankfurt/Main-Berlin 1969, Ganzleinenband DM 25,—

Der „Kriegsschuld"-Aberglaube

Vergangenheit, die die Zukunft versperrt
Geschrieben am 12. April 1972 (DWZ)

Als Frankreich im Juni 1940 militärisch zusammengebrochen war, aber in seinen unbesetzten Landesteilen dennoch eine souveräne eigene Regierung behielt, wurde der deutsche Sieger von der Ankündigung überrascht, die Pétain und Laval hätten gegen mehrere bis dahin führende französische Politiker wegen ihrer Verantwortlichkeit für die französische Kriegserklärung vom 3. September 1939 Anklage erhoben.

In den vorhergegangenen Monaten waren den deutschen Truppen sowohl in Warschau — dort aus den Akten des polnischen Außenministeriums — als auch in Frankreich selbst (aus den bei La Charité in einem Eisenbahnzug erbeuteten Papieren des französischen Generalstabs) sensationell-eindeutige Dokumente in die Hand gefallen. Diese Papiere (obwohl damals veröffentlicht, werden seither meist totgeschwiegen) konnten dem französischen Staatsgerichtshof zu überzeugenden Urteilen dienen. Die Reynaud, Blum, Mandel u. a., deren Einfluß auf die Konzipierung der englisch-französischen Kriegspolitik jener Jahre unbestritten war, hatten zweifellos gegen die Regeln der demokratischen Staatsverfassung nicht weniger verstoßen, als es seither auch dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt nachgewiesen wurde. Er hat den Zweiten Weltkrieg durch die „Hintertür" vorbereitet und ist ihm (ebenfalls ein kritisches Historiker-Wort) „nachgelaufen", als er ausgebrochen war — obwohl die amerikanische Verfassung gerade das Recht der Kriegserklärung dem Präsidenten verweigert ...

Was immer man sich in Vichy gedacht haben mag: wer bezweifelte, daß der in Riom beginnende französische „Kriegsschuld"-Prozeß trotz des öffentlich vorliegenden Beweismaterials gewiß nicht als politische Selbstbezichtigung Frankreichs gedacht war, sah sich bald bestätigt. Nicht etwa die Kriegsschuldfrage, wie die Siegermächte sie

1919 im Versailler Vertragstext formuliert hatten, sondern eher das Gegenteil wurde im Riom-Prozeß verhandelt: nicht *daß* sie sich an der politischen Einkreisung und militärischen Herausforderung des Großdeutschen Reiches als treibende Kräfte beteiligt hatten, wurde den angeklagten ehemaligen Ministern zum Vorwurf gemacht. Nach Auffassung der Anklage hatten sie ihre Pflichten nur dadurch verletzt, daß sie die französische Kriegserklärung verantworteten, obwohl Frankreichs militärische Stärke nicht zum Siege ausreichte. Da sich die behaupteten Rüstungsmängel nicht überzeugend nachweisen ließen, wurde der zunächst sensationell erscheinende Prozeß schließlich sang- und klanglos eingestellt. Die angeklagten Politiker hatten das Kriegsabenteuer nicht unvorbereitet angestrebt — damit galten sie als gerechtfertigt. Niemand kam auf den Gedanken, die einfache Tatsache der Kriegserklärung wegen einer Frankreich gar nicht betreffenden Angelegenheit („Mourir pour Dantzig?" hatte ein Journalist gefragt, aber man hatte nicht auf ihn gehört) als „Schuld" zu bewerten ...

Ganz anders lautete die Moral, als über die deutschen politischen Führer gerichtet wurde. Weder denen von 1914 noch denen von 1939 konnte je ein Wille zum Krieg um des Krieges willen nachgewiesen werden — dennoch waren die Siegermächte einst und seither stets darin einig, daß die „deutsche Kriegsschuld" als eine Art Glaubenssatz anerkannt werden müsse. Sowohl das Versailler Diktat, das wir 1919 unterschrieben, wie auch das ohne Beisein auch nur eines einzigen Deutschen ausgehandelte „Potsdamer Abkommen" (das wir erst jetzt mit den sog. Ostverträgen nachträglich ratifizieren sollen) stützt sich auf die Behauptung, Deutschland habe die beiden Weltkriege *allein* zu verantworten, es sei *deshalb* nicht nur zur Wiedergutmachung verpflichtet, sondern habe auch die Rechte eines souverän seine Interessen vertretenden Verhandlungspartners verwirkt.

Derart ist die Frage nach der Kriegs-„Schuld" zu einer historisch-politischen Schlüsselfrage geworden; von der Brenner-Grenze bis zur Berliner Mauer gibt es kaum ein virulenteres Unrecht in Europa, das nicht direkt oder indirekt von der vom verstorbenen britischen Lord Vansittart seit Beginn unseres Jahrhunderts propagierten Behauptung abgeleitet wird, die Deutschen — und zwar sie allein — seien in einer sonst friedsamen Welt die bösartigen Unruhestifter, die nicht nur

zwei Weltkriege heraufbeschworen und deshalb deren Folgen zu akzeptieren hätten, sondern die im Interesse künftiger Friedenssicherungen auch fernerhin unter Kontrolle zu halten seien — ein weltweit geglaubtes Argument, das in vielen Gehirnen nicht nur die deutsche Teilung, sondern auch ihre Aufrechterhaltung rechtfertigt.

Die dieser immer noch und immer wieder geschürten antideutschen Weltstimmung zugrundeliegenden Behauptungen sind in ganzen Bibliotheken von Untersuchungen längst geprüft und in ihren Kernpunkten so gründlich widerlegt worden, daß sich nur noch von einem Kriegsschuld-Aberglauben sprechen läßt — aber wie oft hat nicht gerade ein Aberglaube ganze Jahrhunderte verwirrt?!

Es war und bleibt schlicht eine Lüge, die dem in seinem Wesen zaghaften Kaiser Wilhelm I. oder Adolf Hitler als politischem Erben des Versailles-Diktators Welteroberungsabsichten andichtet. Es handelt sich um eine gezielte Zweck-Lüge, die heute noch ihre Aufgabe erfüllt. Sie soll den zweimaligen Großmächte-Aufmarsch gegen die Deutschen — mit den für *alle* weißen Völker eingetretenen katastrophalen Folgen — moralisch rechtfertigen. Man will nicht nur gesiegt, sondern auch noch sittlich gehandelt haben. Bei Anlegung eines nüchternen Maßstabes ist dagegen zu sagen, daß wohl alle verantwortlich Beteiligten sich im Jahre 1914 und 1939 gegenseitig geirrt und getäuscht haben: die Deutschen, indem sie der antideutschen Weltkoalition entweder ausweichen oder standhalten zu können hofften, ihre Gegner in der Erwartung einer raschen Niederwerfung des Reiches. Von den britischen Staatsmännern 1914 weiß man, daß sie von ihrem vorbereiteten Geheimmittel — der radikalen Seeblockade — das Wunder rascher deutscher Kampfunfähigkeit infolge Rohstoffmangels erwarteten, ihre Nachfahren — die Chamberlain und Churchill — rechneten zuversichtlich mit dem ihnen von deutschen Verschwörern in Aussicht gestellten Berliner „Generalsputsch". Wahrscheinlich hätte es weder 1914 noch 1939 eine englische Kriegserklärung mit ihren weltweiten Folgen gegeben, würde man in Downingstreet vorhergesehen haben, daß deutsche Wissenschaftler den für die Kriegführung unersetzlichen Salpeter, statt ihn aus Südamerika zu importieren, auch aus der Luft gewinnen konnten und — ein Vierteljahrhundert später —, daß der für September 1939 erwartete „20. Juli" erst 1944 stattfinden und dann noch fehlschlagen würde ...

Aus Irrtum entsteht nicht einmal im privaten Rechtsverkehr eine einklagbare Schuld: aber genau das ist es, was die Siegermächte der beiden Weltkriege aus ihrer Propagandathese einer Alleinverantwortlichkeit der Deutschen immer wieder zu ihren Gunsten reklamieren. Wie nach 1919 die Schuld-These so zäh verfochten wurde, um weitere „Reparations“-Zahlungen zu erpressen, so geht es seit 1945 schlicht darum, das aus den in Europa eingetretenen Zuständen unvermeidlich erwachsende deutsche Revisionsbegehren zu verwerfen. Beide Konsequenzen waren und sind weltpolitisch gefahrenschwanger; einst hat die „Reparations“-Euphorie die Weltwirtschaftskrise ausgelöst, heute zeigt sich die ungelöste deutsche Frage als drohende Wolke am Horizont auch denen, die von ihr nichts wissen wollen.

Wer immer in deutlicher Voraussicht eine „europäische Friedensordnung“ als das gebotene politische Zukunftsprogramm der durch die beiden Deutschlandkriege in die Krise geratenen weißen Welt erkennt, weiß, daß dieses Ziel nur durch eine tiefgreifende *Veränderung* des heutigen Zustandes unseres Kontinents erreicht werden kann und daß diese Veränderung ebenso wie nach 1919 die Beendigung der Sieger-diktierten Unrechtsregelungen gebietet. Eine Revision, für die gesamteuropäisches Denken den Weg weist, ist zwingendes Gebot geblieben. In einer europäischen Völkergemeinschaft, die sich ihrer gemeinsamen Lebensinteressen bewußt ist, können nicht einmal Grenzpfähle als Fetisch gelten.

Das Münchner Abkommen und seine bleibende Bedeutung

Eine notwendige historisch-politische Erinnerung
Geschrieben am 22. März 1971 (DWZ)

Die oftmals erstaunten Zuschauer außerhalb und die deutschen Bundesbürger innerhalb unserer Grenzen sind Bonner Unterwerfungsszenen gewohnt; nun steht freilich ein Schauspiel bevor, das alles Bisherige in den Schatten zu stellen verspricht.

Die Bundesregierung hat sich bereitgefunden, einen Staatssekretär zu „Verhandlungen" nach Prag zu entsenden, obwohl bekannt ist, daß dieser dort der Zumutung konfrontiert sein wird, das sog. Münchner Abkommen — seinerzeit vereinbart zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und dem Deutschen Reich — sei seitens der Bundesregierung als „von Anfang an null und nichtig" zu erklären.

In der bisherigen bundesdeutschen Debatte sind zwar gegen dieses Verlangen bereits mancherlei Einwände vorgebracht worden, aber noch kein bundesdeutscher Politiker hat bisher die allein zutreffende Erklärung abzugeben gewagt: daß hier eine Provokation vorliegt, deren amtliche Behandlung einem deutschen Staatsbeamten nicht zugemutet werden kann. Selbstverständlich durfte der Bonner Staatssekretär Frank seine Reise nach der tschechischen Hauptstadt nur unter der Bedingung antreten, daß er nicht mit Unverschämtheiten empfangen wird.

Daß diese Kennzeichnung der von Moskau diktierten Prager Sentenzen nicht zu hart formuliert ist, weiß jeder, der sich auch nur oberflächliche Kenntnisse über das Zustandekommen und den Inhalt des seinerzeitigen Münchner Abkommens verschafft hat.

Allein schon der *Text* des Münchner Abkommens, dessen Lektüre dem Bonner Auswärtigen Amt zuzumuten ist, belehrt darüber, daß in diesem Papier gar nicht *das* festgelegt wurde, was die Tschechen nachträglich zu „annullieren" wünschen: die Abtretung der sude-

tendeutschen Gebiete aus dem seinerzeitigen tschechisch-slowakischen Staatsverband. Die Präambel des Dokumentes, das in München in den Morgenstunden des 29. September 1938 von Chamberlain, Daladier, Mussolini und Hitler unterzeichnet wurde, lautet nämlich:

„Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudeten-deutschen Gebietes *bereits* grundsätzlich *erzielt wurde,* über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen."

Das hier erwähnte Abkommen, in dem die Loslösung der deutschen Siedlungsgebiete aus der ČSR „grundsätzlich" festgelegt wurde, war bereits zehn Tage *vorher* erzielt worden, und zwar *ohne* deutsche Beteiligung: zwischen der Prager Regierung einerseits und der britischen und französischen Regierung andererseits. In München wurden nur noch die betroffenen Gebiete im einzelnen bezeichnet und die „Modalitäten" geregelt.

Wenn die Bundesregierung — was in vieler Hinsicht in Zweifel steht — als Nachfolgerin der deutschen Reichsregierung handeln will, so kann sie nach den Regeln schlichter Logik nur Erklärungen über Vereinbarungen abgeben, an denen das Deutsche Reich unmittelbar beteiligt war — in diesem Falle also *nicht* über das damals Entscheidende: Über die Ausgliederung der sudetendeutschen Gebiete aus der ČSR, sondern nur über deren technische Durchführung, über die kein Wort mehr zu verlieren ist, weil jeder Punkt des Abkommens bereits innerhalb weniger Wochen in allseitigem Einverständnis und unter Mitwirkung der damaligen tschecho-slowakischen Regierung erfüllt war.

Nicht erfüllt wurde nur ein „Zusatz", der lautete:

„Seiner Majestät Regierung im Vereinigten Königreich und die französische Regierung haben sich dem vorstehenden Abkommen angeschlossen auf der Grundlage, daß sie zu dem Angebot stehen, welches im Paragraphen 6 der englisch-französischen Vorschläge vom 19. September enthalten ist, betreffend eine internationale Garantie der neuen Grenzen des tschecho-slowakischen Staates gegen einen unprovozierten Angriff. Sobald die Frage der polnischen und un-

garischen Minderheiten in der Tschechoslowakei geregelt ist, werden Deutschland und Italien ihrerseits der Tschechoslowakei eine Garantie geben."

Der aufmerksame Leser wird bemerken, daß dieser Text noch keine Garantie-Erklärung enthielt, sondern eine solche nur in Aussicht stellte — und der historisch Kundige weiß, daß nicht zuletzt die britische Regierung während des Winters 1938/39 zögerte, jenem Versprechen eine Tat folgen zu lassen.

Als Hitler Mitte März 1939 nach Prag marschierte, erklärte der britische Ministerpräsident Chamberlain in sorgfältiger Wahl seiner Worte im britischen Unterhaus:

„Ich darf sagen, daß die Regierung Seiner Majestät sich in letzter Zeit bemüht hat, mit den anderen in München vertretenen Regierungen zu einer Einigkeit über den Umfang und die Bedingungen einer solchen Garantie (für die Tschechoslowakei) zu gelangen, aber bisher ist es uns nicht möglich gewesen, eine solche Einigung zu erzielen. Unserer Ansicht nach hat sich die Lage von Grund auf geändert, seit der slowakische Landtag die Unabhängigkeit der Slowakei erklärt hat. Diese Erklärung hatte die Wirkung, daß der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigten, von innen her zerbrach und so sein Ende fand."

Soweit die historischen Sachverhalte zu Nutz und Frommen all' derer, die heute wortreich darüber handeln, Hitler habe „das Münchner Abkommen zerrissen".

Es gab damals nichts zu zerreißen — und heute gibt es nichts zu annullieren!

*

Die Sudeten-Frage ist seinerzeit nicht von Hitler erfunden, sondern vom amerikanischen Präsidenten Wilson in die Geschichte des 20. Jahrhunderts gestellt worden. In seinen berühmt-berüchtigten „Vierzehn Punkten", die die deutsche Reichsregierung im Oktober 1918 als Vorfriedensbedingungen annahm, war zwar von der bedingungslosen Angliederung des deutsch-besiedelten Elsaß an Frankreich die Rede, aber abgesehen von dieser Ausnahme wurden die „Volkstums-Ver-

hältnisse“ für künftige Staatenbildung und Grenzregelungen als maßgeblich erklärt. „Nationale Selbstbestimmung“ war der Grundsatz, nach dem insbesondere bei der Auflösung Österreich-Ungarns verfahren werden sollte.

Hinsichtlich des Sudetenlandes war nicht einmal — wie etwa in bezug auf Südtirol und die Brenner-Grenze — eine damalige „Siegermacht“ unmittelbar beteiligt. Beim Zerfall des Habsburger Staates im Herbst 1918 hatten sich die Sudetendeutschen bereits in einer Provinz „Sudetenland“ staatsrechtlich konstituiert. Sie bestand als Verwaltungseinheit bis Mitte Dezember 1918 und wurde erst durch den Einmarsch tschechischer Truppen aufgelöst, nachdem verzweifelte sudetendeutsche Hilferufe nach Berlin in der von politischem Wirrwarr gelähmten Reichshauptstadt auf taube Ohren gestoßen waren.

In der Folgezeit wurde zwar von „Selbstbestimmung“ nur noch insoweit gesprochen, als es sich nicht um Deutsche handelte; aber es verblieb ihnen damals wie heute der unbestreitbare Rechtsanspruch. Ebenso wie die Südtiroler waren auch die Sudetendeutschen ungefragt, gegen ihren ausdrücklichen Willen, ausschließlich durch Gewalt und Machtspruch einem ihnen fremden Staat zugewiesen worden.

Wenn heute die Bonner Regierung — in ihrer eifernden Suche nach „Formeln“, die dem Gegner einräumen sollen, was er wünscht, ohne den Regierungsparteien Wählerstimmen zu entziehen — davon redet, das Münchner Abkommen sei zwar nicht von Anfang an „ungültig“, wohl aber „unrecht“ gewesen, so besagen die historischen Tatsachen das präzise Gegenteil: das Münchner Abkommen — genauer gesagt: der ihm vorangegangene Verzicht der ČSR auf die von ihr vordem annektierten sudetendeutschen Gebiete — hat das Unrecht von 1918/1919 zu Recht berichtigt!

Noch ein Weiteres ist festzustellen: So wenig historisches Gewicht einem solchen Einwand angesichts der Diktate von Versailles und Saint Germain und späterer paralleler Vorgänge (Einverleibung Estlands, Lettlands, Litauens, Bessarabiens, der Karpatho-Ukraine in die Sowjetunion) beizumessen wäre — nicht einmal der Vorwurf, die Münchner Regelung sei unter „Drohung mit Gewalt“ zustandegekommen, hält einer genauen Nachprüfung stand.

Die Abtretungsbereitschaft der tschecho-slowakischen Regierung

wurde — wie erwähnt — am 19. September 1938 gegenüber der britischen und französischen Regierung erklärt — und die erstere war zu ihrer gewiß drängenden, aber doch nicht drohenden Haltung bestimmt worden durch den Bericht des Lord Runciman, der sich vorher in wochenlanger Mission an Ort und Stelle von der Berechtigung der sudetendeutschen Vorwürfe gegen die tschechische Herrschaft überzeugt hatte.

Bis an den Rand des Krieges steigerte sich die Sudetenkrise erst *nach* der formellen Zustimmung der Prager Regierung in den Tagen der Zusammenkunft zwischen dem britischen Premierminister Chamberlain und Adolf Hitler in Bad Godesberg. Für diese Besprechung war von deutscher Seite eine Landkarte vorbereitet worden, die — in bis heute unbestritten korrekter Darstellung — die in der ČSR gelegenen Gebiete mit deutscher Bevölkerungs-Mehrheit darstellte. Chamberlains Mission erreichte ihren kritischen Punkt, als sich an Hand dieser Karte (die eigentlich schon zwanzig Jahre vorher in Paris hätte zu Rate gezogen werden müssen!) ergab, daß die Tschechen ihre umfangreichen, dem System der Maginotlinie angepaßten *Befestigungen* vor allem in die von den Deutschen bewohnten Gebiete gebaut hatten. Sie erlaubten sich nun den ironischen Scherz, der Abtretung der deutsch-besiedelten Gebiete, *nicht* aber der Übergabe dieser militärischen Anlagen zuzustimmen: diese besaßen zwar für Hitler — da sie gegen Deutschland gerichtet waren — nicht den mindesten Wert, aber sie konnten natürlich auch nicht abtransportiert werden. Fast alle diese Bunker lagen unmittelbar an der Grenze, und so gab es keinerlei Raum für einen Kompromiß zwischen der deutschen, von den Tschechen im Prinzip anerkannten Forderung nach einer Eingliederung der deutschen Siedlungsgebiete in das Reich und der Prager Weigerung, auf die teueren Zementblöcke zu verzichten. Das ganze Problem der „Krise", die zur Münchner Konferenz führte, lag darin, die Tatsache anzuerkennen, daß der tschechische Generalstab besser daran getan hätte, seine Verteidigungslinie nicht ausgerechnet im vordersten Grenzgebiet einzurichten. Hätten diese Leute weniger an eine zusammen mit der französischen Armee in Süddeutschland zu schlagende Schlacht, sondern an die Geographie ihres Landes gedacht und hauptsächlich die Karpathen befestigt, dann wäre kein „München" nötig gewesen, sondern Chamberlain hätte seine selbstge-

wählte Vermittlerrolle in Godesberg erfolgreich zu Ende führen können.

Die einzige *politische* Bedeutung der Münchner Konferenz bestand darin, daß nach der tschechischen Generalmobilmachung vom 22. September und einer Woche der Verwirrung nun die Godesberger Volkstumskarte ohne Rücksicht auf die tschechischen militärischen Anlagen als Grundlage für die neue Grenzziehung anerkannt wurde. Genauer gesagt: für den deutschen Einmarsch in die unbestreitbar deutschen Gebiete wurde ein zehntägiger Zeitplan vereinbart, und es wurde festgelegt, daß die Zugehörigkeit von Gebieten mit zweifelhafter Mehrheit durch eine internationale Kommission zu regeln sei — so geschah es dann auch. Ferner wurde für den „Übertritt in die abgetretenen Gebiete und für den Austritt aus ihnen" ein Optionsrecht festgelegt, dessen Einzelheiten in der Folgezeit ein deutsch-tschechoslowakischer Ausschuß bestimmte. Keinem Tschechen wurde die deutsche Staatsangehörigkeit aufgezwungen — auch nicht nach dem März 1939. So kam es, daß die Tschechen — als nahezu einziges europäisches Volk — im Zweiten Weltkrieg auf keiner Seite der Fronten kämpfen mußten.

Das alles sind offenliegende historische Sachverhalte; man muß nur bereit sein, den Blick darauf zu richten. Eine deutsche Bundesregierung, die es mit ihrer Amtspflicht ernst nimmt, kann nicht umhin, sie zu beachten und muß sie in ihren politischen Verhandlungen geltend machen.

*

Gewiß war mit der Sudetenfrage ein besonderes Problem aufgerollt worden, das mit den tschechischen Bunkern nichts zu tun hatte, sondern sich auf die ernstere Frage konzentrierte, ob es in Europa ein Forum gab, vor dem und von dem territoriale Bestimmungen des Versailler Diktates auf dem Verhandlungswege revidiert werden konnten. Das war die Kernfrage von München, und sie ist damals bejaht worden. In München wurde festgestellt — und das gibt dem Ereignis seinen dauernden historischen Rang —, daß Deutschland, England, Frankreich und Italien, ohne eine andere Macht befragen zu müssen, durch gemeinsamen Beschluß Versailles außer Kraft setzen und die europäischen Verhältnisse neu ordnen konnten!

In jenen Stunden im Münchner Führerbau saßen der deutsche Reichskanzler mit dem englischen, französischen und italienischen Ministerpräsidenten an einem runden Tisch am Kamin beisammen; weder Stalin noch der amerikanische Präsident nahmen an ihrer Besprechung und an ihren Beschlüssen teil!

Auch das ist ein Punkt — und vielleicht sogar der wichtigste —, in dem sich die Konferenz von München von den Konferenzen in Versailles und Jalta unterscheidet.

Es war eine der wenigen rein europäischen Entscheidungen, die in diesem Jahrhundert getroffen wurden.

*

Der heutige sowjetische Eifer zielt — abgesehen von den offenkundigen finanziellen Absichten, Reparationsforderungen u. a. — im ideologischen Kern auf die Tatsache, daß durch Godesberg-München die friedliche Revision eines Kriegsfolge-Unrechts als Präzedenzfall in die Weltpolitik eingeführt worden ist. Den Beherrschern des Kremlimperiums, die sich innerhalb ihres Vielvölkerstaates und an allen seinen Grenzen von Revisionsforderungen bedroht fühlen, macht *dieses* Merkmal des Münchner Abkommens begreifliches Kopfzerbrechen. *Deshalb* wünschen sie die Deklamation „von Anfang an null und nichtig". Umgekehrt macht das Merkmal eines historischen Vergleichsbeispiels das sog. Münchner Abkommen —, so sehr es nach 1945 durch die von den Westmächten geduldete Austreibung der Sudetendeutschen wirklich zerrissen worden ist, für eine Regierung, die sich deutsch nennt, so unverzichtbar: wie könnte es jemals die angesichts der Weltlage so dringend nötige europäische Friedensordnung geben ohne eine *politische* Änderung dessen, was unmittelbar nach Kriegsende durch willkürliche Siegerdekrete unsinnig festgelegt wurde. In München wurden Versailles und St. Germain revidiert — wie soll Jalta revidiert werden, solange deutsche Politiker sich in Anti-München-Reden ergehen?

Diese Fragestellung kennzeichnet freilich auch die Anfechtbarkeit dessen, was derzeit in Prag „verhandelt" wird: selbstverständlich ändern „Formeln" nichts an ernstlichen geschichtlichen Vorgängen und auch nichts an lebensrechtlichen Ansprüchen einer Nation.

Das Sudetenland ist durch eine tausendjährige Siedlungs- und Zivilisationsleistung deutscher Volksbesitz geworden. In München und Godesberg wurde diese historische Tatsache *nur bestätigt*; kein entgegengesetztes Papier macht sie ungeschehen. Der geschichtliche Anspruch bleibt ein politisches Faktum. Keine Regierung und kein Parlament — und seien sie noch so von Hybris geblendet — könnten sich auf eine Befugnis berufen oder an die Möglichkeit glauben, derart fest Verankertes ließe sich aus der Geschichte löschen.

Vansittart im Hintergrund

Ein Drama des Deutschenhasses
Geschrieben 1966

Als Hitler in den Tagen der Olympischen Spiele 1936 erfuhr, daß der leitende Beamte des Londoner Außenministeriums, Sir (später: Lord) Robert Vansittart, mit seiner Gattin als Zuschauer in Berlin weilte, lud er das Ehepaar zum Essen in die Reichskanzlei ein und behandelte den Unterstaatssekretär so aufmerksam wie einen Minister.

Was bei dieser Gelegenheit gesprochen wurde, das erfuhr die Öffentlichkeit erst kürzlich aus einem Buch, das der langjährige Vertraute des 1957 Verstorbenen, der britische Journalist Jan Colvin in London veröffentlichte: „Vansittart in Office — An historical survey of the Origins of the Second Worldwar, based on the papers of Sir Robert Vansittart, Permanent Under-Secretary of State for Foreign Affairs 1930—38" (erschienen bei Gollancz, London 1965; alle nachstehenden Zitate sind, wo nicht anders vermerkt, dem genannten Buch entnommen).

Nach Colvins Bericht begann Vansittart das Gespräch, indem er erklärte, Hitler werde hoffentlich den „reisenden Leichtgewichtlern und Wichtigtuern" nicht allzuviel Bedeutung beimessen — womit er „zweifellos Lord Lothian und andere" Engländer meinte, die damals für eine deutsch-englische Verständigung wirkten. Dann hatte Vansittart „eine lange Klage Hitlers anzuhören", daß Deutschland in England mißverstanden werde. Im weiteren Verlauf des Gespräches erfuhr Vansittart noch, daß Hitler „das britische Empire bewundere, die kommunistische Gefahr für Europa fürchte und einen Sieg der Linken im Spanischen Bürgerkrieg erwarte". Auch zu Lady Vansittart sprach Hitler „immer wieder von der Freundschaft mit England" (S. 109).

Hitlers Bemühungen waren, wie wir heute wissen und wie Colvin uns mit einer bemerkenswerten Fülle neuer Tatsachen bestätigt, an

eine überaus ungeeignete Adresse verschwendet. Zwar waren Vansittarts deutsche Sprachkenntnisse hervorragend, aber sein Deutschenhaß nicht minder, man muß sagen: geradezu unerschütterlich. Er setzte in dieser Leidenschaft eine Tradition des Foreign Office fort, die dort schon seit Anfang unseres Jahrhunderts Gewicht und bereits zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges entscheidend beigetragen hatte.

Damals war Sir Eyre Crowe — Sohn einer deutschen Mutter — der Mann, der in jeder Phase der Entwicklung mit der Ausdauer eines Cato sein „ceterum censeo" geltend machte: „England darf niemals — was auch immer kommen mag — mit Deutschland paktieren." Die Begründung für diese feindselige Formel gab Crowe in seinem historisch gewordenen, an das britische Kabinett gerichteten „Memorandum" vom 1. Januar 1907 mit der phantastischen Behauptung, die deutsche Politik ziele aus innerer Notwendigkeit darauf ab, „das Britische Reich zu zerstückeln und zu verdrängen". Die naheliegende Einsicht, daß die in Mitteleuropa situierte deutsche Landmacht niemals der damals (und auch noch 1939) über den ganzen Erdball ausgedehnten, von einer Riesenflotte geschützten Seemacht gefährlich werden konnte, erhielt weder damals noch in den folgenden Jahrzehnten Zutritt zum „inneren Kreis" des Foreign Office. Mit seiner blindwütigen These war Crowe der Initiator der damaligen Einkreisung Deutschlands, und er hat den Triumph dieser Politik nicht nur erlebt, sondern auch voll genossen; im Frühjahr 1919 war er der vielleicht wichtigste Drahtzieher der Pariser Konferenz und einer der einflußreichsten geistigen Schöpfer des Versailler Diktates. Bis zu seinem Tode 1925 verblieb er an der Spitze der Beamtenhierarchie des britischen Außenamtes; vier Jahre später übernahm sein langjähriger enger Mitarbeiter Vansittart diesen Posten — und Crowes Tradition; noch in seinen letzten Aufzeichnungen bzeichnete sich Vansittart geradezu als „Nachfolger" Crowes.

Hitler erfuhr noch im Verlauf des Zweiten Weltkrieges ganz zweifelsfrei, wes Geistes Kind sein Olympia-Gast gewesen ist und daß gegen soviel festgelegte Vorurteile jede höfliche Bemühung vergeblich sein mußte.

Im Mai 1941 schied Vansittart aus dem amtlichen Dienst, der ihm öffentliches Schweigen geboten hatte; dann aber beeilte er sich, seine persönlichen Ansichten drastisch kundzutun. Es ging ihm nicht nur

um Hitler, nein, stets um das deutsche Volk, das er bis zu den Zeiten Barbarossas zurück als den Welt-Aggressor denunzierte; als Grundgesetz für alle Zeiten verkündete er den Satz: „Es ist absolut unmöglich, für Europa zu sein, ohne gegen Deutschland zu sein" (Vansittart: Lessons of my life, S. 236).

Dieses elementare Bekenntnis, das man im damaligen Berlin mit ungläubigem Kopfschütteln zur Kenntnis nahm, wird jetzt durch Colvins Enthüllungsbuch in erregender Weise bestätigt und belegt.

Anzumerken ist dabei, daß Autor Colvin vor dem Zweiten Weltkrieg als junger Journalist in der Reichshauptstadt tätig war und damals eine von ihm später selbst enthüllte ernsthafte nachrichtendienstliche und politische Aktivität entwickelt hat. Kein Geringerer als Churchill hat nach 1945 Colvin bescheinigt: „You started the war" („Sie gaben den Startschuß zum Krieg") — er meinte damit die Vermittlerrolle, die Colvin im Frühjahr 1939 als Mitarbeiter des britischen „Intelligence Service" zu Kreisen des deutschen Widerstands gegen Hitler" wahrgenommen und durch die er zur berüchtigten britischen „Polen-Garantie" beigetragen hatte.

Es konnte kaum einen geeigneteren und sachkundigeren Sachbearbeiter für die nachgelassenen Aufzeichnungen Lord Vansittarts geben — dieser selbst hat ihn noch in die Papiere eingewiesen. Im Vorwort des Buches dankt Colvin nicht nur Lady Vansittart, sondern auch so wichtigen Akteuren wie dem Lord Avon (Anthony Eden), Vansittarts Nachfolger Sir Alexander Cadogan und anderen wichtigen Persönlichkeiten für ihre Mitwirkung. Auch die Tagebücher des verstorbenen Lord Norwich (Duff Cooper) hat Colvin ausgewertet — wir haben es also nicht mit einer rasch hingeschriebenen Publikation, sondern mit einer ernsten und in den wichtigen Punkten sicher zuverlässigen Arbeit zu tun, einer historischen Quelle, aus der wir unsere Kenntnisse zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges zuverlässig erweitern dürfen.

Die einzige Einschränkung teilt Colvin selbst mit: Er erhielt zwar Einblick in alle vorhandenen Aufzeichnungen Vansittarts, aber dieser hielt es im Frühsommer 1940, „als eine deutsche Invasion wahrscheinlich war", für angezeigt, einige Teile seiner persönlichen Korrespondenz sowie „quantities of intelligence documents" — also zahlreiche Agentenbrichte, vermutlich deutscher Herkunft — zu verbren-

nen. Der Verlust dieses Materials ist bedauerlich; sogar die Namen der Beteiligten wären wohl auch heute noch von Interesse.

Aber die Aufzeichnungen, die diese vorsichtsgebotene Verbrennungsaktion überlebt haben und Colvins Arbeit noch zur Verfügung standen, waren — wie wir sehen werden — zahlreich und bemerkenswert genug.

*

Schon Stresemanns Locarno-Vertrag von 1925 betrachtete Vansittart, wie Colvin uns versichert (S. 18), als eine „irreführende Errungenschaft", und bereits im Jahre 1930, also zur Regierungszeit des Kanzlers Brüning, erwartete er mit Besorgnis den „Wiederaufstieg Deutschlands als Weltmacht", den „Anschluß Österreichs", die deutsche „Wiederaufrüstung zumindest auf das Niveau der polnischen Armee" und „drastische Änderungen der deutsch-polnischen Grenze"; dieser Ausblick genügte ihm, um — drei Jahre vor Hitlers Machtergreifung — für den Ablauf des nächsten Jahrzehnts mit einem neuen Weltkrieg zu rechnen. Das war eine Eyre-Crowe-Logik; keine der damals der Weimarer Republik zugeschriebenen Zielsetzungen hätte britische Interessen ernstlich verletzt, allerdings: die 1918 erfolgte Niederkämpfung Deutschlands wäre wieder ausgeglichen worden. Und eine solche Revision nicht zuzulassen, war schon damals und blieb dann durch all die folgenden Entscheidungsjahre das unverrückbare Prinzip Sir Robert Vansittarts und des bereits seit 1929 von ihm geleiteten Foreign Office — nicht immer im Vordergrund und in den auf öffentlichen Tribünen gesprochenen Texten, wohl aber stets hinter den Kulissen des Geschehens.

Vor dem Ersten Weltkrieg war es die ausschlaggebende Hintergrundleistung Sir Eyre Crowes gewesen, durch das Phantasiebild einer deutschen Weltgefahr das gesunde Mißtrauen der britischen Führungsschicht gegenüber *Rußland* zu unterdrücken und zu übertönen. Nicht viel anders dirigierte Vansittart das britische Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg. Es gab in den 30er Jahren manche nachdenklichen Engländer, die sich Hitlers Hinweisen auf die vom Osten her andrängende Gefahr und einer ihr gegenüber gebotenen Allianz nicht verschlossen. Ihr Einfluß machte sich nach 1935 beim deutsch-englischen Flottenvertrag bemerkbar; schon ein Jahr später konnte Vansit-

tart es sich erlauben, diese vom antideutschen Kurs abweichenden Persönlichkeiten Hitler gegenüber als „reisende Wichtigtuer" zu verspotten ...

Damals — im Sommer 1936 — lagen bereits mehrere Jahre intensiven Wirkens in Richtung auf eine neuerliche antideutsche Einkreisungsfront hinter Vansittart. Bereits im Mai 1933 hatte er dem britischen Kabinett eine Studie des Generals Temperley vorgelegt, in der die Idee eines „Präventivkrieges" gegen das Reich erörtert wurde (S. 24), gleichzeitig hatte er mit dem Datum des 30. Mai 33 ein Memorandum des Foreign Office ausarbeiten lassen, in dem eine Wirtschaftsblockade gegen Deutschland vorgeschlagen wurde, die nach Auffassung der dortigen Beamten mit dem Locarno-Vertrag nicht im Widerspruch stünde. Am 28. August 1933 schrieb Vansittart selbst eine Denkschrift, in der er zur „gegenwärtigen und künftigen Lage in Europa" Stellung nahm; Colvin zitiert sie ziemlich ausführlich (S. 29). Der Kernsatz dieser Aufzeichnung bietet geradezu den Schlüssel zur internationalen Politik der Jahre 1933—1945. „We can ill afford to let Hitlerite Germany prosper" — „Wir können es uns nicht leisten, Hitlers Deutschland Erfolg zu erlauben". Und noch ein zweiter Kernsatz wurde der britischen Regierung jener Tage von Vansittart eingehämmert: „Der deutsche Kommunismus war nie eine Gefahr, jedenfalls nicht für den, der den deutschen Charakter kennt und sich nicht von der deutschen Propaganda hereinlegen läßt." Schon einige Wochen vorher — am 7. Juli 1933 — hat Vansittart an Sir John Simon geschrieben: „Rußland war immer zu unfähig (incompetent), um wirklich gefährlich zu sein, auch nicht unter der Herrschaft des Bolschewismus."

Colvin zitierte diesen Satz Vansittarts auf Seite 26 seines Buches — eine Seite vorher hatte er von der militärischen Situation zutreffend berichtet, daß im Jahr 1933 die Sowjetunion über die *stärkste* Luftmacht der Welt verfügte — Frankreich stand an zweiter, die Vereinigten Staaten an dritter, Großbritannien an sechster Stelle. Deutschland verfügte damals über keinerlei Luftstreitkräfte!

Diese tatsächlichen Verhältnisse beunruhigten den auf die Tradition Sir Eyre Crowes eingeschworenen Chef des Foreign Office keineswegs, im Gegenteil. Colvin weiß farbig zu berichten, wie der sowjetische Botschafter Ivan Maisky und seine Gattin sich im Herbst

jenes Jahres bei einem Hofempfang im Buckingham-Palast noch vereinsamt fühlten, die Vansittarts jedoch sich ihnen näherten und eine enge Verbindung begannen, die dann nicht wieder unterbrochen wurde — bis Deutschland am Boden lag. Wie weit schon diese Szene am Hofe König Georgs V. „Politik" war, steht dahin; immerhin hat bereits zur gleichen Zeit Roosevelt den sowjetischen Außenminister Litwinow zu tagelangen Besprechungen im Weißen Haus empfangen! Colvin weiß vieldeutig zu berichten (S. 33): „Als es im Jahr 1934 nötig wurde, an praktische Schritte für die Sicherheit Europas zu denken, waren die Vansittarts bereits familiäre Freunde der Maiskys."

Am 3. Juli 1934 — man muß immer wieder das Datum nennen — ein Jahr *vor* der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland, zwei Jahre vor der Rheinlandbesetzung, vier Jahre vor dem Österreich-Anschluß — saßen an Vansittarts Dinnertafel nicht nur Herr Maisky, sondern auch der spätere britische Kriegs-Premierminister Churchill, und dieser „entwickelte seinen großen Plan" (wie Colvin sich ausdrückt, S. 38); Hitler, so erklärte danach Churchill dem sowjetischen Botschafter, bedrohe sowohl den Westen (was frei erfunden war) als auch den Osten (was später, aber damals noch nicht stimmte): „Warum sollten wir nicht unsere Kräfte vereinigen, um den gemeinsamen Feind zu bekämpfen?" Maisky war ganz Ohr — das waren Töne, wie Stalin sie hören wollte. Ein erster praktischer Schritt auf dem neuen Wege folgte schon wenige Monate nach diesem denkwürdigen Gespräch in Vansittarts Privatwohnung: Am 12. September 1934 wurde die Sowjetunion feierlich in den Genfer Völkerbund aufgenommen.

Der Plan war wohlüberlegt, dennoch funktionierte er nicht. Lord Avon (seinerzeit Anthony Eden) vertraute Colvin noch im Jahre 1963 (S. 85) an, es wäre schon 1938 zum Krieg gegen Deutschland gekommen, „wenn der Völkerbund funktioniert hätte". Daß das nicht geschah, daran war freilich nicht Deutschland, sondern bekanntlich Italien schuld. Mussolinis Abessinien-Abenteuer, auch der Spanische Bürgerkrieg, in dem Stalin allzu rasch Früchte zu ernten hoffte, brachten viele Pläne durcheinander; Vansittarts diplomatisches Spiel einer kühlen Wiederholung der Einkreisung von 1907—1914 wurde durchkreuzt, die deutschen Bemühungen für eine Verständigung mit England fanden Echo, am deutlichsten während der kurzen Re-

gierungszeit König Eduards VIII. Eine knappe Frist lang schien es wirklich so, als ob ein neuer Anfang möglich wäre, nicht nur eine Wiederholung des Ersten Weltkrieges.

Was den Abessinien-Konflikt betraf, so neigte Vansittart — im Gegensatz zu Eden — zu milder Beurteilung. Mochte Mussolini einen dem Völkerbund angehörenden Staat militärisch angegriffen haben, für Vansittart war es wichtiger, Italien weiterhin in die „Front gegen Deutschland" einzubeziehen (S. 73). Aus dieser Einstellung entstand im Dezember 1935 der berühmte Hoare-Laval-Plan, dessen Initiator niemand anderer als Vansittart gewesen ist. Colvin weiß es zu berichten: „Unter Preisgabe von halb Abessinien suchte er die Stresa-Front am Leben zu erhalten. Das war keine gerechte Lösung, aber eine, die die britischen Interessen zu fordern schienen, wie er sie in seiner außenpolitischen Lagebeurteilung von 1933 niedergelegt hatte." (S. 79).

Als auch diese Bemühung, das Einkreisungsrezept des Ersten Weltkrieges schlicht zu wiederholen, gescheitert, als Hoare als Außenminister zurückgetreten war und Hitler die antideutsche Front durch seine Verständigung wenigstens mit Italien zunächst gesprengt zu haben schien, hielt Vansittart nach neuen Wegen in der alten Richtung Ausschau.

Es klingt kaum glaubhaft, daß ein Beamter eines Außenministeriums — formal immerhin nur ausführendes Organ — auf drei turbulente Jahre vorauszuplanen vermochte. Aber Colvin versichert uns anhand der von ihm bearbeiteten Papiere, daß Vansittart im Dezember 1936 in einem Weihnachtsbrief an den bald darauf zurücktretenden Premierminister Baldwin unter Hinweis auf den Stand der britischen Rüstungen nachstehende Sätze zu Papier gebracht hat (S. 118): „Das Jahr 1939 ist das früheste, in dem wir mit verhältnismäßiger Erleichterung (relief) werden atmen können ... Dem Foreign Office obliegt deshalb die Aufgabe, die Situation wenigstens bis 1939 zu halten."

Zu so gezielter Politik fühlte sich Vansittart nicht zuletzt deshalb in der Lage, weil er sich schon seit 1934 „sources of my own" — „besondere persönliche Informationsquellen" zu erschließen vermocht hat, und zwar unmittelbar in der Zentrale des von ihm gehaßten deutschen Gegners, in der Reichshauptstadt Berlin. Er wußte, wie

die deutschen Produktionszahlen in der militärischen Rüstung lauteten, und er errechnete 1939 als das Jahr, in dem die Alliierten bereits — auch ohne Italien, auf das er vordem gehofft hatte — ein Übergewicht in die Waagschale werfen konnte.

Vansittart spricht von einem „Mann im Luftfahrt-Ministerium" (S. 126), von dem er nicht nur solches Zahlenmaterial, sondern auch Konstruktionsangaben erhalten habe. Den Namen dieses frühen Informanten hat Colvin nicht ermitteln können. Lady Vansittart vermochte ihm nur zu versichern, daß es jemand anderer als Dr. Goerdeler gewesen sei, der dann bekanntlich die Zentralfigur des innerdeutschen Widerstandskreises geworden ist.

Dr. Goerdeler allerdings tauchte dann im Juni 1937 — kurz nachdem Baldwin zurückgetreten war und Chamberlain die Ministerpräsidentschaft übernommen hatte — nicht nur in Vansittarts Büro im Foreign Office, sondern auch zu einem Wochenendaufenthalt auf seinem Landgut auf (S. 150). Colvin wundert sich selbst über diese Höflichkeiten Vansittarts trotz seines sonst so „ausgesprochenen Mißtrauens gegenüber den Deutschen"; er findet die Erklärung: „Diese tapferen Männer versorgten ihn, wie aus seinen Papieren hervorgeht, bereits seit 1935 mit Informationen." (S. 126). Aus dem, was Colvin — ob zutreffend, läßt sich bei diesem Zitat nicht feststellen — in eigenen Worten über Goerdelers Erklärungen berichtet, wäre allerdings verständlich, daß Vansittart diesem seltsamen Besucher freundliches Gehör schenkte. Goerdeler soll nämlich Vansittart im Juni 1939 versichert haben: „Nichts könne auf lange Sicht schlimmer sein für Deutschland und Europa als eine künstliche deutsch-englische Verständigung." Daß eine solche Politik für England weder ratsam noch nötig sei, unterstrich Goerdeler mit dem zutreffenden Hinweis, es bestehe auf deutscher Seite „keine drohende Gefahr eines militärischen Abenteuers". Colvin bemerkt mit Recht: „Für jeden, der Deutschland kannte, war das in der Tat wertvolle Orientierung und guter Rat" (S. 154). Und zwar nicht nur für Vansittart. Colvin enthüllt, daß Goerdeler damals auch bei Eden und Lord Halifax eingeführt wurde und daß sogar „Chamberlain selbst auf Goerdelers Gedanken hingewiesen wurde, wie mir Lord Avon (Eden) andeutete" (S. 155).

Mit dem neuen Premierminister stand Vansittart nicht so schlecht,

wie man annehmen müßte, wenn das weitverbreitete Erscheinungsbild Chamberlains als „Mann des Friedens“ mit den historischen Tatsasachen übereinstimmen würde. Colvin zitiert (S. 156) mit gutem Grund Chamberlains private Briefmitteilung vom 16. Januar 1938 an einen amerikanischen Freund: „Infolge der Ermanglung eines mächtigen Verbündeten und bis unsere Rüstungsmaßnahmen beendet sind, müssen wir unsere Außenpolitik den Umständen anpassen“. Das war mit anderen Worten die gleiche Richtlinie, die Vansittart schon im Dezember 1936 in einem Brief an den damaligen Premierminister Baldwin entworfen hatte. Nur hinsichtlich taktischer Einzelheiten gab es Differenzen zwischen Vansittart und Chamberlain, nicht hinsichtlich ihrer grundsätzlichen Auffassungen, daß Deutschland zu stark geworden war und England dagegen aufzutreten habe.

Premierminister Chamberlain hielt es bekanntlich für ratsam, im November 1937 Lord Halifax nach Berlin zu entsenden und Hitler andeuten zu lassen, daß eine Veränderung des status quo in Osteuropa (wobei Danzig, Österreich und die Tschechoslowakei ausdrücklich erwähnt wurden) auf friedlichem Wege erreicht werden könne, ohne Englands Eingreifen hervorzurufen. Vansittart — und natürlich auch seinen deutschen Verbindungsleuten — gingen diese Andeutungen zu weit, obwohl er sehr genau wußte, aus welchem Geiste sie gemacht wurden: „Die Politik, Deutschland Rätsel aufzugeben, war die Politik des Jahres 1914. Wir hielten die Deutschen am Raten, sie rieten schließlich falsch ...“ (S. 157). Das Thema Österreich war von Halifax freilich deshalb in die Debatte geworfen worden, weil er damit rechnete, hier sei der Punkt, an dem die deutsch-italienische Verständigung zerbrechlich war, und Chamberlain dürfte wenig befriedigt gewesen sein, als Halifax aus seinen Gesprächen mit Hitler und Göring den Eindruck mitnahm, in Berlin wünsche man „eine möglichst enge Union mit Österreich, jedoch ohne Anschluß“ (S. 166).

Was dann im Jahr 1938 folgte, war eine erstaunliche Folge von überraschenden Ereignissen, die die europäische Lage zunächst gründlich veränderten. Hitler traf sich am 12. Februar 1938 mit Schuschnigg in Berchtesgaden, um jene „Union *ohne* Anschluß“ in die Wege zu leiten, aber der österreichische Bundeskanzler antwortete darauf am 9. März mit jener dramatischen Absage, deren Hintergründe bis heute nicht geklärt sind. In Colvins Bericht wird nur mit-

geteilt, daß Chamberlain in jenen Wochen glaubte, seinen „eigenen Hoffnungen auf eine Erneuerung der Stresa-Front" sei „Auftrieb gegeben" worden (S. 187) und Vansittart selbst sei überzeugt, Hitler werde „wegen Österreich keinen Krieg riskieren" (S. 195). Dürfen wir daraus schließen, daß auch er (oder er hauptsächlich) derjenige war, der Schuschnigg zu seinem dramatischen Schritt ermutigte? Was wider alles Erwarten geschah, ist bekannt: Innerhalb von drei Tagen fand erdrutschartig der Anschluß Österreichs statt ohne das in London erhoffte neue Einschwenken Italiens in eine antideutsche Front.

Der offenkundige Fehlschlag ihrer Österreich-Politik hat die Chamberlain und Vansittart freilich nicht gehindert, ihr Augenmerk weiterhin auf Rom zu richten. Der Außenminister Eden stürzte u. a. über diese Frage, aber Vansittart blieb, wenn auch seit Januar 1938 in veränderter Position als „diplomatischer Hauptberater" des Premierministers. Schließlich führte das zäh weiterverfolgte Werben um Rom Ende August 1939 zu dem für den britischen Kriegsentschluß wichtigen Ergebnis des italienischen Beiseitestehens in der Danzigfrage.

Von noch größerer Bedeutung aber wurden im letzten Jahr vor Kriegsausbruch sowohl Vansittarts Verbindungen zu den Sowjets wie seine untergründigen Deutschlandbeziehungen. In Colvins Enthüllungen treten sie für den aufmerksamen Leser deutlich genug in den Vordergrund.

Bereits aus dem April 1938 — also kurz nach dem Österreich-Anschluß — hatte Vansittart erneut „zwei geheime Zusammenkünfte" mit Dr. Goerdeler, der „conspiratorially" — in „Verschwörungs-Angelegenheiten" — wieder nach London gekommen war (S. 205). Diesmal soll allerdings die Übereinstimmung zwischen Vansittart und seinem deutschen Besucher nicht allzu herzlich gewesen sein, denn — so glaubt Colvin zu wissen — Goerdeler habe „bedauerlicherweise" davon gesprochen, daß Deutschland einen Rechtsanspruch auf die sudetendeutschen Gebiete der Tschechoslowakei habe; das veranlaßte Vansittart sofort zu der scharfen Entgegnung, das Maximum dessen, was England zugestehen könne, sei eine örtliche Autonomie für die Sudetendeutschen. Interessant an dieser Diskussion ist, daß sie zu einem Zeitpunkt stattfand, in dem Hitler noch keinerlei Forderungen an Prag gerichtet hatte!

Bekanntlich läßt sich der Beginn der „Sudeten-Krise" sehr genau auf den 21./22. Mai 1938 datieren — den Tag, an dem die Prager Regierung durch eine Teilmobilmachung Weltalarm schlug. Man weiß heute, daß bis dahin von deutscher Seite militärische Maßnahmen gegen die Tschechoslowakei weder vorgesehen noch getroffen waren und daß der Trommelwirbel Beneschs nichts anderes als ein herausforderndes Manöver war, um eine „politische Niederlage Hitlers" zu konstruieren.

In den Tagen, die dem mysteriösen Ereignis vorangingen, war Vansittart, wie wir von Colvin erfahren, sehr geschäftig. Am 13. Mai 1938 empfing er — was gewiß nicht kritisiert werden kann — den in London weilenden Führer der Sudetendeutschen, Konrad Henlein. Gleichzeitig aber hatte er auch den früheren britischen Luftfahrt-Attaché in Berlin, den Hauptmann Christie, zu Gast, „einen aktiven Kollegen Vansittarts in Secret-Service-Angelegenheiten" (S. 208).

Ebenfalls Anfang Mai 1938 hatte Colvin — damals in Berlin tätig — ein Gespräch mit einem deutschen Bekannten, über das er unverzüglich geheim nach London berichtete und dessen Inhalt auch Vansittart „in der ersten Maiwoche oder kurz nachher" bekannt wurde (S. 211). Colvins Gesprächspartner war „ein pommerscher Gutsbesitzer namens Edwald von Kleist-Schmenzin, der sich als der Sprecher der deutschen Monarchisten zu erkennen gab und dem jungen Engländer anvertraute, daß Hitler ganz weitreichende Pläne habe: „gegen Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Rußland, gegen England und die Neue Welt. Er wünsche Kanada und Sibirien zu annektieren". Die Tschechoslowakei sei der nächste Schritt. Eines aber sei gewiß, wenn England nein sage, dann müsse dieses Abenteuer abgesetzt werden. Hitler habe das zugegeben, und was er „wie die Pest" fürchte, sei, daß England ihn zur Vorsicht zwinge. Dann müsse er nachgeben, und das werde ein schwerer Schlag für sein Prestige sein. Kleist-Schmenzin beschwor und versicherte Colvin: „Veröffentlichen Sie kein Wort von dem, was ich Ihnen sage, aber lassen Sie in England wissen, daß der Generalstab einen Papieranker braucht — die britische Regierung allein kann ihn auswerfen ..."

In seinem Kapitel „Bluff und Gegenbluff" erweckt Colvin deutlich den Eindruck, daß in jenen Tagen des 21. bis 23. Mai 1938 ein sehr beträchtliches englisches Kulissenspiel teils zur Entzündung, teils zur

Verstärkung der damaligen tschechischen Mobilisierungskrise zu verzeichnen war und daß schon damals der britische „Papieranker" ausgeworfen werden sollte, den Kleist-Schmenzin für den „deutschen Generalstab" bei Vansittart angefordert hatte.

Um diesen „Papieranker" ging es dann die nächsten fünfviertel Jahre; am 3. September 1939 wurde er schließlich Wirklichkeit — in der britischen Kriegserklärung!

Doch zurück zum Jahr 1938: Am 17. August dieses Krisensommers traf Colvins Gesprächspartner Kleist-Schmenzin in London ein — bereits am darauffolgenden Tag wurde er von Vansittart empfangen, der über dieses Gespräch eine Aufzeichnung für Lord Halifax verfaßte. Colvin hat sie in den Vansittart-Papieren entdeckt und gibt sie ausführlich wieder; die deutschen Generale (Kleist-Schmenzin behauptete: „alle" Generale) seien bereit, Hitler zu stürzen, aber sie könnten nichts tun ohne Unterstützung von außen, d. h. von England (S. 227). Nebensächlich bemerkt Vansittart, sein Besucher habe „eine ganze Menge geredet" über die Politik, die seine Gruppe nach einem Sturz Hitlers zu vertreten beabsichtigte — er habe sich selbst als „Konservativer, Preuße und Christ" bezeichnet. Vansittart interessierte das weniger, er wollte — wie er schreibt — seinen Bericht mit diesen Darlegungen „nicht belasten". Es war klar, daß für London nur eine innerdeutsche Krise wichtig war und — ganz besonders bei Vansittart — keine Vorliebe für deutsche „Konservative" bestand.

Das Vansittart-Memorandum über sein Gespräch mit Kleist-Schmenzin wurde dem Premierminister zugeleitet, der es — wie Colvin durch Abdruck eines Chamberlain-Briefes an Halifax vom 19. Aug. 1938 nachzuweisen vermag — sorgfältig gelesen und erwogen hat. Sein Kommentar war trocken: „Es ist klar — von Kleist ist leidenschaftlich Anti-Hitler, und er ist sehr darauf aus, seine Freunde in Deutschland zu einem Umsturz aufzuputschen. Er erinnert mich an die Jakobiten (Anhänger des Stuart-Königs Jakob I.) am französischen Hof zur Zeit Wilhelms von Oranien, und ich denke, wir müssen einiges von dem abstreichen, was er sagt. Nichtsdestoweniger empfinde ich offengestanden ein gewisses Unbehagen und bin nicht sicher, ob wir nicht doch etwas tun sollten" (S. 228).

Herr von Kleist sprach dann noch mit Churchill — der damals nur Abgeordneter war — und einigen wenigen anderen Engländern, die

wie Vansittart von der Frage gepeinigt waren, wie man das Schlüsseljahr 1939 erreichen könnte, ohne daß Hitler bis dahin weitere Vorteile errang.

Hier ergab sich wieder eine taktische Meinungsverschiedenheit zwischen Chamberlain und Vansittart. Dieser wollte das Stichwort an die deutschen Verschwörer so bald wie möglich geben, und wollte durch starkes Auftreten auch mit dem Risiko eines sofortigen Krieges Hitler zum Rückzug zwingen; Chamberlain dachte nüchterner an Vansittarts früher erteilten Rat; er entschloß sich, zunächst noch hinhaltend zu operieren. Er fürchtete, von den deutschen „Jakobiten" in ein gefährliches Abenteuer verwickelt zu werden — also versuchte er, Zeit zu gewinnen, und reiste dreimal in drei Wochen nach Deutschland, um Hitler zu besuchen.

Colvin weiß zu berichten, Vansittart sei über diese Politik „wütend gewesen" (S. 240). Es war aber weniger, wie Colvin selbst ausführlich schildert, die augenblickliche, auf Zeitgewinn ausgerichtete „appeasement-Politik", die Vansittart aufregte, sondern — eine ausführliche Aufzeichnung Vansittarts vom 13. September 1938 (S. 248) beschäftigte sich fast ausschließlich mit *dieser* Seite des Problems — die Tatsache, daß eine „Viermächte-Konferenz" (wie sie dann in München zustande kam) *Rußland* aus Europa ausschließen werde. Die Beteiligung der Sowjetunion an der Konferenz zur Regelung der tschechoslowakischen Angelegenheit sei viel begründeter als die Italiens. Er unterläßt nicht seinen seit 1933 oft wiederholten Refrain: „Es ist Deutschland, nicht Rußland, das die Existenz jedes Landes bedroht" (S. 249).

In einer Konferenz mit den französischen Ministern, die am 25. September 1938 nach London gekommen waren, wurden die „5000 russischen Flugzeuge" erwähnt, die zum Kampf bereit stünden (S. 262) — aber Chamberlain wollte damals auch dieses Argument nicht hören. Vansittart hatte wieder Anlaß, „wütend zu sein", aber am 26. September setzte er eine amtliche Verlautbarung durch, in der davon gesprochen wurde, „daß Rußland sicherlich an der Seite Frankreichs stehen" werde, falls ein Krieg ausbreche.

Damals kam es bekanntlich noch nicht dazu, aber Vansittarts Argumente überdauerten die Sudetenkrise: Italien von Deutschland trennen, Rußland gegen Deutschland ins Spiel bringen und in

Deutschland selbst einen Putsch auslösen! Das war und blieb sein Rezept. Die Weichen für das Jahr 1939, das er schon lange vorher als Entscheidungsjahr ins Auge gefaßt hatte, wurden gestellt ...

*

Colvin, der manchen entscheidenden Punkt sehr treffend bezeichnet, stellt die rhetorische Frage: „Was hat den Himmel nach der Münchner Konferenz so rasch bewölkt, kaum daß die englisch-deutsche Erklärung in der Westentasche Mr. Chamberlains zerknittert war?“ (S. 276). Er spricht ganz offen von einer britischen „Kabale“ in den politischen Debatten, die unmittelbar auf München folgten. Sehr im Gegensatz zu den Vorstellungen, die Hitler mit der stattgehabten Viermächte-Konferenz verband, verkündete Sir Samuel Hoare in London bereits am 3. Oktober 1938: „Wir haben keineswegs eine Ausschließung Rußlands aus Europa in Betracht gezogen“ — eine Erklärung, hinter der man allzu deutlich die Stimme Vansittarts vernimmt. Am 5. Oktober sagte Sir John Simon nochmals: „Unsere Regierung hat keinerlei Absicht, Rußland von künftigen europäischen Regelungen auszuschließen“, und am 7. Oktober ließ Lord Halifax sogar den deutschen Botschafter von Dirksen kommen, um ihm noch direkt zu versichern, daß England „Rußland nicht vom politischen Leben Europas abzuschließen“ beabsichtige. Colvin hat zutreffend beobachtet, daß Hitlers bekannte Saarbrücker Rede am 9. Oktober eine *Antwort* auf *diese* seltsamen Londoner Töne gewesen ist (S. 277). Heute wissen wir, daß in jenen Tagen der damals auf der Rückreise von Genf in Paris weilende sowjetische Außenminister Litwinow die Parole von der angeblichen britischen „Kapitulation“ in München in Umlauf setzte; in London war Vansittart derjenige, der nur so weiter zu argumentieren brauchte, wie er es seit Jahren und ganz besonders in der vorhergegangenen Tschechen-Krise getan hatte: Mit Stalin gegen Hitler!

Inzwischen reifte das Jahr 1939 heran, von dem Vansittart schon seit 1936 wußte, daß von nun an der „Sicherheitspunkt“ erreicht war (S. 271), England also einen zweiten Deutschland-Krieg nicht mehr zu scheuen brauchte.

Je mehr die Zeit fortschritt, um so ernster scheint auch Chamber-

lain über den ihm von Vansittart häufig vorgetragenen Gesichtspunkt nachgedacht zu haben, daß der von maßgeblichen deutschen Führungskräften (auch aus dem Berliner Auswärtigen Amt hatte er Anfang September eine „Botschaft" des amtierenden Staatssekretärs von Weizsäcker erhalten) angestrebte innerdeutsche Umsturz für die britische Politik nützlich sein könnte und von ihr ernstlich in Betracht zu ziehen wäre. Während der britische Ministerpräsident noch im August und September 1938 gezögert hatte, die deutschen „Jakobiten" ernstlich in seine Rechnung einzubeziehen, gewann nun — als das Risiko eines Kriegsausbruches ihm nicht mehr zu groß erschien — der Gedanke an die sich anbietenden deutschen Verschwörer neues Gewicht, Vansittarts Rat wurde williger angehört und genauer befolgt.

Vielsagend berichtet Colvin, es gebe keine *veröffentlichte* britische Aufzeichnung über den schon damals beabsichtigten Anschlag gegen Hitlers Leben. Nach seiner Ansicht fehlt jede Antwort auf die historische Frage, ob ein überraschender militärischer Putsch in Deutschland möglicherweise oder wahrscheinlich ein Erfolg geworden wäre. Und er referiert scharfsinnig (S. 272): „Es gab keine ständige Übereinstimmung (der deutschen Verschwörer) mit dem britischen Interesse. Die Generale waren bereit, gegen Hitler etwas zu unternehmen, wenn er sich nach ihrer Ansicht völlig verrechnete. Er verrechnete sich damals aber nicht. Und es sieht so aus, als ob im Jahre 1938 die britische Regierung nichts anderes zu verstehen bereit war als das mangelnde militärische Gleichgewicht."

Erst als diese Situation sich änderte, also mit dem Beginn des Jahres 1939, wurde das taktische Verhalten der britischen Regierung revidiert. Die Szene wurde nun dramatisch von dem Gesichtspunkt beherrscht, Hitler erneut in eine Krise zu verwickeln, in der der September 1938 noch einmal wiederholt werden könnte, aber diesmal unter den Vorzeichen, die Vansittart empfohlen hatte.

Zu den — ebenso wie Schuschniggs Parole vom 9. März 1938 — ungeklärten Hintergründen jener entscheidungsvollen Jahre gehört das Problem, durch welche Hoffnungen und Erwartungen, Ratschläge oder Zusicherungen sich die Prager Hacha-Regierung veranlaßt sah, in den ersten Märztagen 1939 (fast am Jahrestag des Anti-Hitler-Abenteuers des österreichischen Bundeskanzlers) einen innenpoliti-

schen Streit mit den Slowaken vom Zaun zu brechen. Nach Colvin hatte das Foreign Office bereits am 6. März 1939 einen Bericht des britischen Geschäftsträgers in Prag vorliegen, daß die Beziehungen zwischen den Tschechen und Slowaken „einer Krise zutreiben". Daß diese Entwicklung in Berlin größte Aufmerksamkeit finden mußte, war angesichts der stark aufgerüsteten und mit der Sowjetunion immer noch im Vertragsverhältnis stehenden tschecho-slowakischen Armee vorauszusehen. Noch wichtiger als das bleibt die Frage: Wer hat Hacha zu den so offenkundig riskanten innerpolitischen Manövern verleitet, die zu einer neuerlichen tschechischen Dominanz und damit zur machtpolitischen Regeneration der ČSR als antideutschem Faktor führen sollte? Standen die Sowjets im Hintergrund, oder war Prag von London aus als der Punkt ins Auge gefaßt, an dem man die Sowjets „in Europa beteiligt" halten wollte?

Colvin führt — um diesen Verdacht zu entkräften — an, am 9. März, also drei Tage nach den ersten offiziellen Nachrichten aus Prag, habe der britische Unterstaatssekretär Butler mit dem Sowjetbotschafter Maisky gefrühstückt; dabei sei von der Tschechoslowakei nicht die Rede gewesen. Was Colvin als Entlastung notiert, bietet in Wirklichkeit ein ernstes Verdachtsmoment: Denn es ist klar, daß die Aufzeichnung Butlers über sein Gespräch nicht vollständig sein kann. Was sollte in jenen Tagen eine diplomatische Fühlungnahme zwischen der britischen Regierung und dem sowjetischen Botschafter, wenn von einem beherrschenden, beide Gesprächspartner berührenden Thema überhaupt nicht gesprochen wurde?!

Darüber, was Vansittart in jenen Tagen überlegte und tat, schweigt Colvin sich aus. Er bietet statt dessen eine alberne Journalistengeschichte: Hacha und sein Außenminister Chwalkowsky seien in der Nacht vom 14. zum 15. März 1939 von Göring und Ribbentrop in der Berliner Reichskanzlei „um den Tisch gejagt" und es sei ihnen zur Unterschrift unter den Protektoratsvertrag die Federhalter „in die Hand gezwungen" worden. Der kritische Leser wird auch nach Colvins Darstellung stutzig hinsichtlich des Zeitablaufs: Am 6. März war die innenpolitische Krise in Prag bereits im Gange, am 9. März fand die angeblich ganz harmlose Besprechung zwischen Maisky und Butler statt; erst am 11. März wurde Colvin in Berlin durch seine Querverbindungen zu Widerstandskreisen von deutschen Absichten

zum Eingreifen in die Prager Entwicklung unterrichtet (S. 291); am 12. März berichtete der britische Botschafter Henderson aus der Reichshauptstadt nach London, es gebe noch keinen Beweis dafür, daß die deutsche Regierung „die gegenwärtige Unruhe in der Tschechoslowakei auszunutzen" beabsichtige. Erst mit der Berlinreise des Slowakenführers Tiso am 13. März 1939 änderte sich bekanntlich das Bild, Hitlers politischer Gegenzug hatte begonnen und führte — noch einmal — innerhalb von 24 Stunden zu einer völligen Veränderung der Lage.

Über Vansittarts Haltung und Tun in diesen Tagen erfahren wir von dem sonst so mitteilsamen Colvin nur, daß der Unterstaatssekretär am 14. März an Besprechungen mit Halifax und Cadogan beteiligt war und daß er auf den letzteren einen „neurotischen" Eindruck machte (S. 292). Hat Vansittart in jenen Tagen wirklich auf Stalins Eingreifen gehofft?

Der sowjetische Machthaber hatte freilich am 10. März 1939 — als die Prager Krise bereits in vollem Gange war — in einer viel beachteten Rede von „verdächtigem Lärm" gesprochen, der in Westeuropa und in Amerika entfaltet werde und der den Zweck habe, „die Atmosphäre zu vergiften und einen Konflikt mit Deutschland zu provozieren, ohne daß dazu sichtbare Gründe vorliegen". Würden wir eines Tages Einsicht in die sowjetischen Geheimpapiere erhalten, so könnten wir erfahren, wieviel diese Stalin-Rede mit Vansittart zu tun hatte und ob sie vielleicht die Antwort auf eine Londoner Einladung war, in Prag eine sowjetische Herausforderung Deutschlands in Szene zu setzen.

Stalins nüchterne Bemerkungen konnten für jemand, der die große Einkreisungsfront gegen Deutschland jetzt und sofort verwirklicht zu sehen wünschte, in der Tat Anlaß bieten, enttäuscht zu sein und sich wie „verrückt" zu gebärden. Aber Vansittart faßte sich bald wieder und fand nun endgültig den Griff, um die Ereignisse in die Hand zu bekommen.

Noch am 15. März 1939 hatte Premierminister Chamberlain im Unterhaus eine ruhige und sachliche Erklärung über die deutsch-tschechische Protektorats-Vereinbarung abgegeben, aber bereits am nächsten Tag sandte Außenminister Lord Halifax seinen Berater Vansittart — ausgerechnet Vansittart — zum sowjetischen Botschaf-

ter Maisky, um diesem eine „Änderung“ der britischen Politik anzukündigen, die dann am 17. März in einer Rede Chamberlains in Birmingham deutlich ausgesprochen wurde.

Kurz vor diesem Ereignis kam es zu einer historischen Anekdote seltsamer Art — einem diplomatischen Zwischenfall, der offenbar bestimmt war, dem in seinen Entschlüssen vielleicht noch schwankenden Chamberlain einen Rippenstoß zu versetzen. Der rumänische Gesandte in London, Viorel Tilea, erschien am Nachmittag dieses Tages im Foreign Office, um über die Situation zu sprechen, die durch die Auflösung der Tschechoslowakei entstanden sei. Aus geheimen und anderen Quellen habe seine Regierung gute Gründe zu glauben, daß Deutschland innerhalb der nächsten Monate „Ungarn zu Vasallentum veranlassen“ und dann weitergehen werde, um „Rumänien aufzulösen“, auf die gleiche Weise, wie es die Tschechoslowakei aufgelöst habe, mit dem Endziel, „ein deutsches Protektorat über das ganze Land“ zu errichten.

Schon damals hat sich sehr bald herausgestellt, daß der Gesandte Tilea keinen Auftrag seiner Regierung zu dieser Demarche erhalten hatte und daß das Ganze frei erfunden war — die Affäre ist als „Tilea-Lüge“ in die Geschichte eingegangen.

Nach Colvin hat die Szene kurz vor Chamberlains Abreise nach Birmingham stattgefunden (S. 299). Dem Verfasser des vorliegenden Berichtes hat Tilea, der heute noch in London lebt, in persönlichem Gespräch am 29. Apr. 1959 mitgeteilt, daß eine Aufzeichnung über seine Darlegung dem Premierminister noch zum Sonderzug nachgesandt wurde und ihn veranlaßt habe, seine vorbereitete Rede weiter zu verschärfen. Der ehemalige Gesandte gibt zu, daß aus Bukarest weder Weisungen noch Anregungen zu seinem Schritt erteilt worden waren, er habe „aus eigenem Entschluß“ gehandelt. Bereits Anfang Februar 1939 war Tilea von Chamberlain empfangen worden, und er hatte die Gelegenheit wahrgenommen, um den britischen Premierminister herausfordernd darauf anzusprechen, daß England sein Interesse auch an Rumänien in München praktisch aufgegeben und Hitler „freie Hand im Osten“ eingeräumt habe. Chamberlain hat ihm — wie Tilea sich erinnert — schon damals heftig widersprochen, aber den *öffentlichen* „Umschwung“ der britischen Politik habe erst die Birmingham-Rede gebracht. Heute noch weigert sich Tilea höflich, aber bestimmt,

den Urheber seines eigenmächtigen Schrittes an diesem denkwürdigen 17. März 1939 namentlich zu nennen. Er erwähnte nur, es sei ein Anruf aus Paris gewesen, der ihn veranlaßt habe, die gegen Deutschland gerichteten Vorwürfe so dramatisch vorzubringen. Gegen Ende der Unterhaltung kamen wir auf Vansittart zu sprechen. Tilea machte kein Hehl daraus, daß er mit ihm befreundet war — und zwar schon seit 1919; als junge Diplomaten lernten sie sich in den Monaten der Pariser Konferenz gegenseitig kennen. Weiteres bleibt im Nebel — wir wissen nur, daß der damalige britische Botschafter in Paris, Sir Eric Phipps, ein Schwager Vansittarts gewesen ist. Auch Colvin gibt keine Aufklärung. Es bleibt bei den Sätzen, die schon vor über zehn Jahren in einem meiner Bücher notiert wurden:

> „Zu den Fragen, die ewig unbeantwortet im breiten Strom der Geschichte treiben, gehört sicher auch die: inwieweit hat der seltsame Besuch des rumänischen Gesandten und sein ‚ungeheuerlicher Schwindel‘ auf die Meinungsbildung der damaligen britischen Regierung mit eingewirkt, und wer war es, der Herrn Tilea diesen Streich angeraten hat?
> Hätte ich damals all das gewußt, was sich heute wenigstens andeutungsweise aus den Akten ergibt, dann zweifle ich nicht daran, daß mein Kommentar einen Satz etwa des Sinnes enthalten hätte: ‚Die Sache schmeckt nach Vansittart.‘“

*

Unbezweifelbar klar ist nur, daß sich nun die Gewichte endgültig auf den Einfluß des Mannes verlagert haben, der dann im November 1943 in einer nach Moskau gerichteten Botschaft mit entwaffnender Offenheit sein politisches Programm charakterisiert hat:

> „Ich sah und sagte den gegenwärtigen Kampf voraus, sogar bevor die Nazis an die Macht gekommen waren, und ich wußte, daß England und die Sowjetunion einmal gemeinsam den Deutschen gegenüberstehen würden.“

*

Hier steht es wieder ganz deutlich: „sogar bevor die Nazis an die Macht gekommen waren ...“ Für Vansittart war nie nur Hitler der Feind, sondern immer Deutschland!

Die historisch-politische Frage des Sommers 1939 kristallisiert sich freilich in dem Satz: Weshalb wurde an der Vansittart-Politik auch noch festgehalten, als es infolge Stalins Zögern und eines neuerlichen politischen Gegenzuges Hitlers so schien, als ob die von Vansittart angestrebte „Gemeinsamkeit zwischen England und der Sowjetunion" sich zunächst *nicht* verwirklichen würde? Denn das war die Lage am 3. September, dem Tag der britischen Kriegserklärung.

Unmittelbar nach dem Prager Zwischenspiel und trotz der ersten Absage aus Moskau blieb es zunächst Vansittarts Anliegen, die englisch-sowjetische Allianz doch noch zustande zu bringen. Colvin berichtet von weiteren wichtigen Besprechungen mit Maisky am 16. und 17. Mai 1939 (an diesem Tag trafen sie sich sogar zweimal), nicht ohne hinzuzufügen: „Vansittart hatte seinem Freund in den Jahren, die ihren ersten Gesprächen über einen Ostpakt folgten, nicht vernachlässigt" (S. 321). Jetzt wurde er sich mit Maisky erneut rasch einig — aber wieder kam eine kalte Dusche aus dem Kreml, wo inzwischen Molotow Außenminister geworden war. Dort forderte man damals und später das Durchmarschrecht durch Polen, und das hätte zwar Vansittart gerne bewilligt, aber die Warschauer Regierung sträubte sich mit guten Gründen. Soviel Verstand hatten sich die Rydz-Smigly und Beck trotz aller englischen Verlockungen noch bewahrt, um zu wissen, daß eine „Rettung durch die Russen" den nationalen Tod bedeuten mußte.

Am 15. Juni 1939 — mehr als zwei Monate, bevor das angekündigte politische Ereignis sich ernstlich vollzog — überbrachte ein deutscher Widerstands-Emissär eine erstaunliche Geheimnachricht: Der deutsche Botschaftsrat Dr. Erich Kordt teilte nach Rückkehr aus Berlin Vansittart vertraulich mit, eine sowjetisch-deutsche Annäherung sei im Gange. Nach dem Kriege hat Vansittart geleugnet, von Kordt jemals „eine Information von Bedeutung erhalten" zu haben. Colvin wundert sich darüber, denn er weiß es genauer: „Daß er am oder um den 16. Juni von Kordt eindringlich vor den deutsch-russischen Verhandlungen gewarnt worden ist, daran zu zweifeln gibt es keinen Anlaß" (S. 325).

Über die Gründe, die Vansittart später bewogen haben, sich gegenüber dem Verschwörer des deutschen „Widerstandes" schroff abweisend zu verhalten, orakelt Colvin mancherlei — am überzeugendsten

klingt das Wort von der „leidenschaftlichen Desillusion", die ihn während des Krieges erfaßt habe. Offenkundig hat er sich im Sommer 1939 von seinen bisherigen deutschen Verbindungsleuten baldigeres und erfolgreicheres Handeln versprochen als den mißglückten Putsch vom 20. Juli 1944.

Es liege — so schreibt Colvin vorsichtig — kein Papier vor, aus dem hervorgehe, daß Kordts Warnung ernst genommen worden sei. Immerhin hat er eine Aufzeichnung Vansittarts am 10. Juli 1939 gefunden — also an einem Datum, an dem die Polenkrise noch keineswegs ein ernstliches Stadium erreicht hatte: Er forderte dennoch die sofortige Mobilisierung der britischen Flotte, offenbar um durch einen solchen unmotivierten und deshalb um so dramatischeren Akt die Sowjets doch noch für England in Bewegung zu bringen.

Ebenfalls von Anfang Juli 1939 registriert Colvin einen weiteren Untergrund-Abgesandten aus Berlin: Der damalige Oberstleutnant Graf von Schwerin, ein Mitarbeiter des Admirals Canaris, empfahl in dessen Auftrag den Engländern, Winston Churchill in die Regierung aufzunehmen, und erteilte den Rat: „Hitler kann nicht durch Worte, sondern nur durch Taten überzeugt werden" (S. 332). Auch hierzu ist das Datum von Interesse: Diese unerbetenen und auf Lageverschärfung abzielenden „Ratschläge" wurden am 6. Juli 1939 erteilt — noch drei Wochen später ließ Hitler den Polen sagen, daß die Danzig- und Korridorfrage „vertagt" werden könne; genau das wollte natürlich auch Vansittart nicht hören.

Sorgfältig lauschte er mittlerweile nach Rom; von dort vernahm er schon in der dritten Augustwoche, was Hitler erst am 25. August erfuhr: daß Italien entschlossen war, sich aus der Polenkrise fernzuhalten. Endlich also schien es gelungen, die „Achse" zu biegen, wenn nicht zu brechen.

Wieder hat Colvin nur wenig zur Hand, um über Vansittarts Tun in entscheidenden Tagen zu berichten. Wir erfahren nur — das ist immerhin bemerkenswert —, daß Vansittart sich Mitte oder Ende August (eine genaue Zeitangabe fehlt) von seiner Gattin begleiten ließ, um erneut mit dem deutschen Botschaftsrat Kordt in einer Privatwohnung zusammenzutreffen. Kordt soll bei dieser Gelegenheit sich nochmals erkundigt haben, ob England wirklich wegen Polen kämpfen werde. Als Vansittart das bestätigte, hat er — obwohl er die

Gründe natürlich längst kannte — angeblich die rhetorische Frage gestellt: „Warum haben Sie diese Entscheidung nicht im vergangenen Jahr getroffen? Sie haben die Tschechoslowakei fahren lassen und stellen sich nun für Polen?!" Sicherlich ist es bei diesem Treffen zwischen Vansittart und seinem vielleicht wichtigsten deutschen Verbindungsmann nicht nur zu so oberflächlichen Bemerkungen gekommen; er ging nicht zu Kordt, um sich dessen Fragen anzuhören, sondern um von ihm eine abschließende Orientierung über die Lage in der Reichshauptstadt zu erhalten. Was er erfuhr, hat in den Tagen des Kriegsausbruches dem britischen Premierminister den inneren Halt gegeben: „Worauf ich hoffe, ist nicht ein militärischer Sieg — ich zweifle sehr, ob er möglich ist, wohl aber ein Zusammenbruch der deutschen inneren Front" — diese berühmt gewordenen Sätze, in denen sich eine Flut von Täuschungen spiegelt, schrieb Chamberlain am 10. September 1939 nieder!

Nach Kordts eigenem Bericht (in dem Buch seines Bruders „Nicht aus den Akten") hat er Vansittart noch einmal am Abend des 31. August 1939 getroffen; dieser sagte ihm bei dieser Gelegenheit nicht nur: „Wir wollen in Verbindung bleiben, auch wenn es zum Kriege kommt", sondern auch eindeutig „ein rechtzeitiger Kriegsausbruch würde zwar den Tod von Tausenden, aber nicht von Millionen bedeuten". Auch das war keine theoretische Betrachtung, sondern die ausgesprochene Erwartung, daß der nicht ohne britische Beteiligung zustande kommende „rechtzeitige Kriegsausbruch" zu einer baldigen innerdeutschen Auflösung führen werde.

Nur *ein* Zwischenfall der letzten Tage hat Vansittart — wenn wir Colvins Bericht folgen — unmittelbar vor der britischen Kriegserklärung nochmals die Feder in die Hand gedrückt: Hitlers Angebot eines englisch-deutschen Bündnisses mit deutscher Garantie des Empires. Das war in der Tat ein weitreichender Vorschlag. Vansittart charakterisierte ihn in einer an Lord Halifax gerichteten Aufzeichnung als „sehr gefährlich". Messerscharf argumentiert er: „Eine Allianz bedeutet eine militärische Allianz, oder sie bedeutet nichts. Und gegen wen sollen wir uns mit dem gegenwärtigen Regime in Deutschland verbinden?" Die Antwort ist aus der Sicht der Gegenwart unschwer formuliert. Das von Hitler gewünschte deutsch-englische Bündnis hätte zwar den Polen den Verzicht auf einige Sonderrechte in Danzig

und eine Volksabstimmung im Korridor gekostet, und die deutsche Wehrmacht hätte später wahrscheinlich die Sowjetunion zerschlagen, aber England wäre heute noch Weltmacht.

Colvin hat unter den nachgelassenen Dokumenten Vansittarts noch eine nach Kriegsausbruch niedergeschriebene längere Kritik an den britischen Botschafter Henderson und dessen nach Kriegsbeginn erschienenes Buch „Failure of a mission" entdeckt; Vansittart ist vor allem über eine historisch zutreffende Notiz Hendersons empört, wonach Hitler von Anfang an vor allem eine Verständigung mit England gesucht hat. Geradezu hysterisch erklärt Vansittart dazu: „Wie war es möglich, daß all das Plakatieren und all die Niederschriften auf Foreign Office-Papier über die wirkliche Natur der deutschen Gefahr so wenig gewirkt haben, daß Sir Eyre Crowe vor 1914 und ich vor 1939 fast die gleichen entmutigenden Erfahrungen machen mußten?" Kategorisch begründet er: „Kein Land kann die Welt beherrschen, ohne als erstes das britische Weltreich zu zerstören" — ein gewiß zutreffender und seither bestätigter Satz. Der Irrtum Crowes und Vansittarts war, daß sie, von Haß geblendet, Freund und Feind verwechselt und damit nicht nur Deutschland, sondern ihrem eigenen Land eine Katastrophe bereitet haben.

*

Vansittarts Wunschvorstellung, die ihm die Goerdeler, Kleist-Schmenzin, Kordt und Genossen suggeriert haben und die er — zudem von der vorgefaßten Jahreszahl 1939 und dem italienischen Zwischenerfolg geblendet — seinem Premierminister auch noch nach dem Ribbentrop-Stalin-Pakt eintrichterte: es werde nur einen kurzen, billigen Krieg geben mit „einigen tausend Toten", die zudem nicht Engländer sein mußten, und dann schaffe der „Putsch der Generale" mit einem neu geschwächten Deutschland in Europa wieder das Versailler „Gleichgewicht". Das alles blieb Utopie; der Krieg der Millionen Toten und der Zermürbung auch Englands wurde bittere Wirklichkeit.

Es ging zwar, wie Colvin uns versichert, in Denham Place, dem Landsitz Vansittarts, weiterhin lebhaft zu: „Flüchtige Spione mit Nachrichten aus Deutschland, Papiere aus ganz Europa, die ver-

brannt werden mußten ... (S. 348), aber schließlich endete das große Spiel in Bitterkeit. Noch während des Krieges spottete Vansittart in seinem Buch „Lessons of my life" in zynischer Wut:

> „Jehova wollte Sodom und Gomorrah schonen, wenn zehn Gerechte darin gefunden werden könnten, aber die Städte wurden vertilgt. Die Schlußfolgerung daraus ist klar; aber sie kann falsch sein. Vielleicht gab es zehn Gerechte in Sodom und Gomorrah, aber sie waren alle Handelsreisende und unterwegs. Das ist meine Erfahrung mit dem ‚anderen Deutschland'. Es mag Gerechte in Deutschland geben, aber wenn man sie braucht, sind sie nicht da."

„Wenn man sie braucht, sind sie nicht da": das liest sich wie ein Schlüsselsatz zu Vansittarts und Chamberlains Erwartungen in der Stunde der britischen Kriegserklärung am 3. September 1939.

Als Colvin im Jahre 1957 Vansittart wenige Wochen vor dessen Tod zum letzten Mal sah, fand er ihn niedergeschlagen; er habe in seinem Leben „nichts geändert, nichts gerettet, nichts abgewendet", „I have failed" — „Ich habe versagt". Und ein gleicher Ton ist im Schlußwort der unvollendeten Erinnerungen Vansittarts angeschlagen, die er „The Mist Procession" — „Die Nebel-Prozession" nannte. „Meine Geschichte ist die eines Fehlschlages, aber sie wirft Licht auf meine Zeit, die ebenso versagt hat ..." Kein Wort mehr von Deutschland und den Deutschen.

Das ist das Ende eines verworrenen und verwirrten und doch sehr ernsten Kapitels zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Es handelt von der düsteren Rolle des Robert Vansittart, der von einem Schreibtisch in Whitehall aus leidenschaftlich ein Reich zu vernichten trachtete und der dabei ähnlich dem antiken Perserkönig Darius in der Alexanderschlacht das eigene mitzerstörte. Dem rückblickenden Kritiker mag vieles von dem, was die Engländer — immer noch im Irrtum über das, was im 20. Jahrhundert in der weißen Welt geschah — heute über sich selbst enthüllen, unglaublich erscheinen. Leider muß gesagt werden: Es war wirklich so.

Wurde Jugoslawien überfallen?

Vorgeschichte und Hintergründe des Belgrader Putsches — eine wichtige Dokumentation gegen Titos „Reparations"-Anspruch
Geschrieben am 26. Aug. 1970 (DWZ)

Mit Genugtuung darf angezeigt werden, daß ein interessantes historisch-politisches Werk den wenigen beigefügt wurde, die seit 1945 nicht von amtsbeflissenen Umerziehern zum Zwecke deutscher Schuld-Andienung nur einseitige Bilder des Geschehens vor und während des Zweiten Weltkrieges entwerfen.

Johann Wuescht, gebürtiger Banater Schwabe, im Ersten Weltkrieg in russischer Gefangenschaft, später einer der führenden Männer der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien, hat nach 1955 im Bundesarchiv Koblenz als Leiter der Südost-Dokumentation ein Jahrzehnt lang wissenschaftlich gearbeitet. Nun legt er als Siebzigjähriger ein Werk vor, in dem er einen wichtigen Ausschnitt aus dem Geschehen unseres Jahrhunderts in nüchtern-objektiver Darstellung ausleuchtet: „Jugoslawien und das Dritte Reich — Eine dokumentarische Geschichte der deutsch-jugoslawischen Beziehung von 1933—1945" (erschienen im Seewald-Verlag, Stuttgart 1969, 360 Seiten, DM 28,—).

Die Fülle der dargebotenen Kenntnisse und Nachweise, dazu die vielfachen Verflechtungen des Balkan-Geschehens, das die Länder Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Albanien u. a. immer wieder mit berührt, alles das macht das Studium dieses Werkes zwar nicht zur leichten Lektüre, für den ernstlich Interessierten bleibt sie dennoch unerläßlich. Für den deutschen Leser hat das Werk insofern auch Quellenbedeutung, als erstmals zahlreiche serbo-kroatische Dokumente mitgeteilt werden, die bisher weder in Deutsch noch in anderen Weltsprachen zugänglich waren. Mag auch der kritische Leser einigen Urteilen und Bewertungen des Autors nicht zustimmen — solche Einwände können nicht die Anerkennung für die mühevolle Forschungsarbeit beeinträchtigen, die in diesem Buch ihren Niederschlag findet.

Angesichts der immer noch schwebenden „Reparations"-Forderungen Titos und anderer Ostblock-Machthaber ist die im Mittelpunkt des Werkes stehende historische Frage nach wie vor brisant geblieben: Wurde Jugoslawien Anfang April 1941 von Deutschland „überfallen" — oder war das deutsche Eingreifen völkerrechtlich gerechtfertigt?

Wuescht untersuchte dieses Schlüsselproblem mit großer Umsicht und Genauigkeit. Seine wichtigsten Feststellungen seien hier in einigen Punkten zusammengefaßt.

1. Der 1918/19 entstandene jugoslawische Mehr-Völkerstaat — innenpolitisch stets mit dem Serben-Kroaten-Konflikt beschäftigt — sah sich außenpolitisch vor allem von Italien bedroht. Die vom fähigen Ministerpräsidenten Stojadinowić zwischen 1934 und 1938 angestrebte und in Berlin mit Interesse erwiderte Verständigung mit dem Deutschen Reich hatte vor allem wirtschaftlichen Charakter, aber doch auch politische Bedeutung: Der italienische Druck mit dem Ziele einer inneren Auflösung Jugoslawiens wurde durch die wirtschaftliche Konsolidierung des Staatswesens gemildert; außerdem lieferte Deutschland sogar Waffen für die jugoslawische Armee.

2. Die Lage änderte sich mit den Ereignissen des Frühjahrs und Herbstes 1938: Durch den Österreich-Anschluß wurde Jugoslawien Grenznachbar Deutschlands, und die nach den Volkstums-Verhältnissen erfolgende Regelung der Sudetenfrage im Münchner Abkommen beunruhigte die Belgrader Politiker als gefährliches Beispiel. Als sich dann im Winter 1938/39 international die Frontbildung gegen das Großdeutsche Reich abzeichnete, bewirkte der mit dem englischen Königshaus verschwägerte Prinzregent Paul (von dem Wuescht — S. 34 — feststellt, daß er „den Zweiten Weltkrieg voraussah und wünschte") schon im Februar 1939 das Ausscheiden des Ministerpräsidenten, der auch unter den veränderten Verhältnissen die eingeschlagene Richtung der Verständigung mit Deutschland weiter verfolgen wollte.

3. Nach dem Sturz Stojadinovićs, der in einer zeitgenössischen Quelle als „grundsätzliche, wenn auch tiefverborgene Umwandlung" bezeichnet wurde (a.a.O. S. 121) — es handelte sich gewiß um eines der bemerkenswertesten Geschehnisse des europäischen Szenenwandels *vor* den Prager Ereignissen des März 1939! — begann eine ent-

schiedene Annäherung Jugoslawiens an England und Frankreich. Der serbische General Petar Pesić wurde Anfang Juli 1939 nach Paris und London entsandt und traf dort mit dem Generalstabschef Gamelin und Lord Gort zusammen. Im Dokumenten-Anhang seines Buches veröffentlicht Wuescht einen bisher nur in serbo-kroatischer Sprache vorliegenden Bericht über diese Unterredungen des Generals Pesić (S. 289—290). In diesem Text wird ersichtlich, daß schon im Juli 1939 ein alliierter Kriegsplan bestand, im bevorstehenden Krieg gegen Deutschland ebenso wie schon 1918 durch eine Landungsoperation bei der griechischen Stadt Saloniki die militärische Entscheidung zu suchen.

4. Daß Jugoslawien nicht schon im September 1939 gegen Deutschland in den Krieg eintrat, wurde nur durch die britischen Annäherungsversuche an Italien verhindert — sie führten bekanntlich zunächst zu dessen „Nichtkriegführung“ und zur Neutralisierung des Mittelmeeres (a.a.O., S. 109).

5. Seit Juni 1940, seit der Auffindung der Geheimakten des französischen Generalstabes während des Frankreich-Feldzuges (sog. Aktenfund bei La Charité) war Hitler sowohl über diese jugoslawischen Kontakte zur Gegenseite wie auch über griechische Verhandlungen mit den französischen Militärs unterrichtet, die sich um die Jahreswende 1939/40 erneut mit einer englisch-französischen Landung in Saloniki beschäftigten. Diese neutralitätswidrigen Machenschaften hätten Deutschland im Interesse seines Selbstschutzes schon damals zum Eingreifen in diesem Bereich berechtigt. Hitler machte jedoch von diesen seinen Kenntnissen keinen Gebrauch, sondern hielt immer noch an seiner bisherigen Politik gegenüber Jugoslawien und Griechenland fest: „Man darf es heute bereits als eine geschichtliche Tatsache hinnehmen, daß Hitler den Krieg im europäischen Südosten nicht wollte“ (Wuescht a.a.O., S. 111).

6. Bekanntlich wurde die deutsche Balkan-Politik empfindlich gestört durch den Angriff, den Mussolini Ende Oktober 1940 gegen Griechenland begann und bei dem die italienischen Waffen zunächst erfolglos blieben, da Hitler sich diesem Vorgehen nicht anschloß. Die Saloniki-Gefahr wurde nun freilich für die deutsche Kriegführung brennend; die Engländer hatten bereits Ende Oktober 1940 das griechische Kreta besetzt; daß im Frühjahr 1941 eine britische Landung in Griechenland bevorstand, war mit Gewißheit vorherzusehen. Als

Gegenmaßnahme vollzog sich Anfang März 1941 der vertraglich vereinbarte Einmarsch deutscher Truppen in Bulgarien. Der jugoslawischen Regierung stellte Hitler jedoch eine solche Forderung nicht. Er verzichtete sogar ausdrücklich auf jegliche militärische Hilfeleistung und erklärte dem jugoslawischen Außenminister: „Ich fordere keine Militärstützpunkte auf Ihrem Gebiet, keine Benützung der Eisenbahnen, keine einzige Lokomotive, keinen einzigen Waggon" (a.a.O., S. 142).

7. Auf *dieser* Basis kam es schließlich zum formellen Beitritt Jugoslawiens zum „Drei-Mächte-Pakt" am 25. März 1941. In Wirklichkeit war nichts anderes festgelegt worden als eine *tatsächliche* Neutralität Jugoslawiens. Das hinderte den damaligen jugoslawischen Außenminister Cvetković nicht, später zu erklären, er habe das Beitritt-Dokument in der Absicht unterzeichnet, „bei der erstbesten Gelegenheit den Vertrag zu brechen und auf die andere Seite hinüberzuwechseln" (a.a.O., S. 134).

8. Am 27. März 1941 fand dann bekanntlich der folgenschwere Belgrader Putsch statt: Die Regierung Cvetković, die zwei Tage vorher den Wiener Vertrag unterzeichnet hatte, wurde gestürzt, Prinzregent Paul durch seinen volljährig erklärten Neffen Peter II. ersetzt. Nicht nur Hitlers politische, sondern auch seine militärische Strategie war damit durchkreuzt: Die deutsche Wehrmacht wurde zu einem überstürzten Aufmarsch und zu einem Feldzug in einem Lande veranlaßt, für das im Oberkommando der Wehrmacht nicht einmal genaue Karten vorlagen. (So die Bekundung des Generalfeldmarschalls von Brauchitsch, Zitat a.a.O., S. 139).

9. Wuescht bringt nicht nur erstmals in deutscher Übersetzung den im Herbst 1941 dem damaligen serbischen Ministerpräsidenten Nedić vorgelegten Bericht einer historischen Kommission über die Verantwortung für den Belgrader Staatsstreich (a.a.O. S., 306—314), er hat auch weitere wichtige Hinweise zu diesem für den weiteren Verlauf des Zweiten Weltkrieges bedeutsamen Vorgang für Deutschland ermittelt. Seine Feststellungen konzentrieren sich auf die These, daß der Belgrader Putsch auch ohne die Beitrittserklärung zum Drei-Mächte-Pakt stattgefunden hätte. Sowohl von britischer wie auch von amerikanischer Seite war monatelang mit Drohungen und Lockungen darauf hingearbeitet worden, Jugoslawien endgültig zum Kriegseintritt zu

veranlassen. Auch Geld spielte eine Rolle. Vom britischen Agenten Seton Watson zitiert Wuescht das Wort: „Wir haben den Kriegseintritt Jugoslawiens mit einer halben Million Pfund bezahlt“, und Roosevelts Sonderbeauftragter und Geheimdienst-Chef Donovan soll die schlichte Formel gebraucht haben: „Wir haben diese Revolution gekauft“ (a.a.O., S. 151).

10. Weder die USA noch die Sowjetunion befanden sich im Frühjahr 1941 im Krieg mit Deutschland; dennoch haben beide Großmächte damals in Belgrad bereits intensiv zusammengewirkt. Der Sturz des Prinzregenten Paul, dessen englandfreundliche Einstellung den Russen nicht paßte, hat als besonderen Tatbeitrag des sowjetischen Gesandten zu gelten, der mit dem geistigen Vater des Putsches — einem Rechtsanwalt Dragisa — in so enger Beziehung stand, daß er am Vorabend des 25. März Belgrad verließ, um die Sowjetunion nicht allzu sichtbar zu kompromittieren. Deren Beteiligung am Putsch blieb freilich nicht geheim, sondern wurde sogar öffentlich bekanntgemacht: Am 4. April 1941 — am Tage vor dem deutschen Einmarsch in Jugoslawien — verkündete man in Moskau die Unterzeichnung eines „Beistandspaktes mit der Putschregierung Simović“. Wie üblich hielt sich Stalin nicht daran, als es dann ernst wurde.

11. Auch über die militärischen Geschehnisse, die dem Belgrader Putsch folgten, hat Wuescht bemerkenswerte Tatsachen festgestellt: Unmittelbar nach seinem Amtsantritt, am 29. März, drohte der neue Ministerpräsident Simović dem italienischen Gesandten mit einem Angriff auf Albanien, falls Deutschland sich in den Besitz von Saloniki setze (a.a.O., S. 168) — eine sehr aufschlußreiche Erklärung, da diese Stadt bekanntlich niemals dem jugoslawischen Staatsgebiet zugehört hat. Am 30. März begann in Jugoslawien eine geheime Mobilmachung (a.a.O., S. 176), am 31. März traf der britische Generalstabschef Dill in Belgrad ein (a.a.O., S. 169), am 3. April war die Mobilmachung der gesamten jugoslawischen Armee voll im Gange. Am gleichen Tage meldete der Berliner jugoslawische Militär-Attaché Oberst Vauhnik aufgrund einer Information durch den deutschen General Oster (der im Mai 1940 bereits den Beginn des Westfeldzuges an den holländischen Militärattaché verraten hatte) die nach dem Belgrader Putsch begonnene Umgruppierung deutscher Truppen. Über London erhielt der jugoslawische Generalstab sogar den Zeit-

punkt des deutschen Antretens mitgeteilt: 6. April, morgens 6.30 Uhr. (a.a.O., S. 45 und 163).

12. Trotz dieser Vorbereitungen und Informationen war Jugoslawiens Schicksal rasch besiegelt. Der Staat fiel innerhalb weniger Tage auseinander. Schon während der Mobilmachung erwies sich, daß die Völker Jugoslawiens im Gegensatz zu ihren Regimes nicht ernstlich bereit waren, für britische, sowjetische und amerikanische Interessen zu kämpfen. Bereits am 10. April erklärte sich Kroatien selbständig. Beim Durchschreiten Jugoslawiens hatte die deutsche Wehrmacht nur 151 Gefangene zu verzeichnen; über die Verluste der jugoslawischen Armee liegen keine Zahlen vor; Wuescht nennt eine Aussage, nach der auch diese Verluste „unbedeutend" waren (a.a.O., S. 47).

Soweit in Kürze die wesentlichsten Feststellungen dieser inhaltsreichen historisch-politischen Forschungsarbeit.

Es ist noch zu ergänzen, daß Wuescht sich nicht scheut, anhand seiner Ermittlungen die Erklärungen des Nürnberger Urteils vom 2. Okt. 1946 scharf zu kritisieren. Darin wurde behauptet, daß deutscherseits „ein Angriffskrieg gegen Griechenland und Jugoslawien schon lange ins Auge gefaßt" gewesen sei, „sicherlich schon seit August 1939". Wuescht antwortet darauf: „Vielmehr steht fest — auch später, als Deutschland Krieg führte, wurde keine deutsche Angriffshandlung gegen Jugoslawien soweit erwogen, daß sie feste Formen annahm." Wuescht verweist auch auf das Urteil führender alliierter Militär-Historiker — so auf Liddell Hart, der den Balkan-Feldzug als einen von der Gegenseite „provozierten Präventivkrieg" charakterisiert hat. Deutschland hat nach Wueschts Ansicht mit dem „Recht auf völkerrechtlich begründeten Selbstschutz" gehandelt" (S. 277).

Sachlich und kritisch beschäftigt sich Wuescht auch mit den Darstellungen, die Churchill in seinen Memoiren formuliert hat. In Wirklichkeit war es der britische Premierminister, der nicht nur den Balkan-Krieg systematisch geschürt, sondern auch bereits am 12. Juni 1940 durch seinen Sonderbotschafter Cripps der Sowjetunion die politische Führungsrolle in diesem europäischen Bereich angetragen hat — eine Auffassung, die später auch der amerikanische Botschafter Davies in Moskau vertrat.

Die heutigen Zustände in Südosteuropa sind das Ergebnis nicht der

deutschen, sondern der alliierten Balkan-Kriegspolitik, die Wuescht in dem Satz zusammenfaßt: „Der Balkan-Krieg war eine Teilaktion des Kreuzzuges gegen das Dritte Reich“ (S. 178).

*

Es sei noch darauf hingewiesen, daß das Werk aufschlußreiche Kapitel sowohl dem kroatischen Problem wie dem Schicksal der deutschen Volksgruppe und der deutschen Besatzungs- und Wirtschaftspolitik in Serbien widmet. Die Hauptursache dafür, daß Wueschts „Jugoslawien und das Dritte Reich“ in Bonn und von den meisten bundesdeutschen Zeitungen totgeschwiegen wird, dürfte freilich in der Tatsache zu suchen sein, daß in diesem Werk als Ergebnis gründlicher Forschungsarbeit die Behauptung vom deutschen „Überfall“ widerlegt und insofern der „reparations“bereiten neuen „Ostpolitik“ der Brandt und Scheel überzeugend widersprochen wird.

Die Bormann-Legende und die Canaris-Wirklichkeit

Kritische Hinweise eines Zeit-Zeugen
Geschrieben am 14. Sept. 1971 (DWZ)

Zu der von den Publicity-Managern des Generals Gehlen zur „Sensation“ emporgespielten Behauptung, der einstige Reichsleiter Bormann sei ein „sowjetischer Agent“ gewesen, bedarf es aus der Feder des Endesunterzeichneten, der Bormann nicht nur persönlich kannte, sondern ihn in seinem Wirken jahrelang beobachtete, nur noch eines zusätzlichen Kommentars.

Auch Fernstehende haben sich inzwischen deutlich genug über die Dreistigkeit ausgesprochen, mit der Herr Gehlen es unternimmt, unter drastischer Mißachtung offenkundiger Tatsachen einen Toten, der sich nicht mehr wehren kann, mit dem dramatischen Vorwurf zu belasten, er sei derjenige gewesen, der Stalin in schicksalentscheidender Zeit jene militärischen Geheimkenntnisse zugespielt hat, die schließlich einen nicht geringen Beitrag zum Vordringen der sowjetischen Armee nach Mitteleuropa geleistet haben.

Nach den bisherigen Veröffentlichungen sind es genau 84 Zeilen, die der ehemalige General Gehlen diesem immer noch geheimnisumwobenen Schlüsselthema des Zweiten Weltkrieges widmet und die — wie man hört — überdies erst in die letzte Fassung der „Memoiren“ des Geheimdienstchefs eingeführt worden sind. Offenbar hat irgend jemand es für opportun gehalten, das Gehlen-Manuskript durch eine massive „Anti-Nazi-Story“ abzuschirmen.

In Gehlens Text fiel sogar dem „Spiegel“ auf, wie kurios es sein müßte, wäre ein geheimer „Agent der Sowjets nach Hitlers Tod am 2. Mai 1945 durch den Geschoßhagel der Berliner Innenstadt geirrt“. In der „Deutschen Wochen-Zeitung“ wurde außerdem bereits darauf hingewiesen, daß der Reichsleiter Bormann an den militärischen Lagebesprechungen nicht teilgenommen hat. Auch diese Tat-

sache steht ebenso fest wie Bormanns Beteiligung am mißglückten Ausbruchsversuch an der Weidendammer Brücke in Berlin. Wäre es für einen „Agenten" nicht viel ratsamer gewesen, im Bunker der Reichskanzlei in aller Gelassenheit das Eintreffen seiner „Auftraggeber" abzuwarten?

Noch mit einem dritten, leicht nachprüfbaren Umstand widerlegt Gehlen seine Bormann-Legende selbst. Der Reichsleiter habe über eine „unkontrollierte Funkanlage" verfügt! Worüber Bormann in Wirklichkeit verfügte, war ein Anschluß an das Draht-Fernschreibnetz, das die Reichsleitungdienststellen mit den Gauleitungen der NSDAP — aber gewiß nicht mit dem Kreml — verband. Will Gehlen uns ernsthaft glaubhaft machen, aus dem Führerhauptquartier habe Bormann oder sonstwer Funkverkehr mit der Außenwelt aufgenommen, ohne daß diese Texte von einer der deutschen Abhörstellen festgehalten und ihre Herkunft örtlich ermittelt worden wären?

In der „Wolfsschanze" verfügte der Reichsleiter Bormann über einen Adjutanten und eine Sekretärin, die beide zweifellos keine Funker und überdies froh waren, wenn sie Bormanns umfangreichen innenpolitischen Diktatstoff täglich bewältigten. Man hat dem Reichsleiter Bormann damals und später vorgeworfen, daß er sich zwischen Hitler und die Partei eingeschoben hat — dieser Vorwurf ist in gewissem Umfang berechtigt. Was auch immer an politischen, personellen und sachlichen Problemen während der späteren Kriegszeit in den deutschen Landen sich auftürmte, von der Rationierung der Lebensmittel und Rohstoffe bis zur Arbeitskräftefrage und den Luftkriegsschäden: Alles dies ging durch Bormanns Hand und wurde meist — aber nicht ausschließlich — von Bormann bei Hitler vorgetragen. Wer den Reichsleiter dabei gelegentlich beobachtete, wußte, worin seine Stärke lag! Eine sorgfältige Auswahl der Themen, die er zum Vortrag brachte (Hitler hatte für nichtmilitärische Fragen nur noch wenig Interesse), eine nüchterne Darlegung der jeweiligen Entscheidungsfrage und anschließend eine präzise Wiedergabe dessen, was Hitler im Einzelfall anordnete. Der Titel, den er sich bei Hitler selbst erbat, bezeichnete Bormanns Stellung genau und treffend: „Sekretär des Führers". Das war er — nicht weniger, aber auch nicht mehr. Im großen innenpolitischen Bereich ließ sich Bormanns Rolle mit der meines einstigen Chefs Dr. Dietrich im engeren Pressebereich

vergleichen: auch mit Dr. Dietrich oder gar mit mir hat Hitler nie etwas „besprochen“ — wir trugen Nachrichten vor und erhielten Weisung, ob etwas und, wenn ja, was zu veranlassen sei.

Ich zweifle sehr, ob Hitler den Reichsleiter Bormann jemals „zu Rate gezogen“ hat, so sehr er es liebte, seine Gedanken und Pläne in Gesprächen zu formulieren: das tat er in oft stundenlangen Auseinandersetzungen unter vier Augen mit Göring, mit Ribbentrop, mit Goebbels, gewiß auch mit einigen Generalen. Von Bormann ist mir keine solche Szene in Erinnerung. Es mag sein, daß sich die persönliche Distanz in den letzten Monaten 1945 etwas verringert hat — völlig gewiß aber ist, daß Bormann von Fragen der militärischen Kriegführung weder etwas verstand noch sich jemals dafür stärker interessierte als jeder deutsche Zeitungsleser.

Abweisend im persönlichen Umgang, suchte Bormann auch nicht etwa Kontakte, die ihm — wollte er als „Agent“ tätig werden — jenes Wissen hätten verschaffen müssen, auf das es dabei ankommt.

Natürlich weiß der Memoirenschreiber Gehlen das alles ebenso, wie einst sein Chef Canaris es wußte. Wenn er — wie er berichtet — schon 1941 „in einem längeren Gespräch“ mit dem Admiral „zu der Überzeugung kam, daß die Sowjets in der deutschen obersten Führung über eine gut orientierte Nachrichtenquelle verfügen mußten“, so stellt sich die historische Frage: Wann und wie hat Canaris diese Beobachtung seinem Vorgesetzten, dem Generalfeldmarschall Keitel oder — angesichts der Tragweite dieser Angelegenheit — Hitler selbst gemeldet? Ein solcher Bericht mußte doch nicht sofort mit einer personellen Verdachtsäußerungen verbunden werden, aber es war unerläßlich, um die erforderliche Beobachtung zu veranlassen.

Wir wissen heute längst, daß und warum dem Admiral Canaris eine solche Überwachung der höchsten deutschen Kommandostellen unerwünscht war: der inzwischen bis in die Einzelheiten aufgeklärte Verrat der Angriffstermine Norwegen und Holland-Belgien stammte ja — was erst 1944 festgestellt wurde — aus der eigenen Dienststelle des deutschen Abwehrchefs.

Der britische Abwehr-Offizier und Publizist Jan Colvin hat sein 1952 in New York erschienenes, überzeugend dokumentiertes Buch über diese bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges angeknüpften Geheimverbindung mit dem Titel versehen: „Master Spy, The incre-

dible story of Admiral Wilhelm Canaris, who while Hitlers Chief of Intelligence was a secret ally of the British", zu deutsch: „Der Meisterspion — Die unglaubliche Geschichte des Admirals Wilhelm Canaris, der als Hitlers Abwehr-Chef ein geheimer Verbündeter Englands war."

Angesichts dieses Hintergrundes muß Gehlens, des Canaris-Vertrauten, Phantasiegeschichte über den „Agenten Bormann" zu denken geben. Während nämlich die Verratshandlungen der Jahre 1938—40 als weitgehend aufgeklärt gelten dürfen, ist es immer noch ein Geheimnis, wer der Nachrichten-Lieferant des Agenten Rössler war, der aus der Schweiz in Funkverkehr mit Moskau jahrelang eine verblüffende — und für Hunderttausende deutscher Soldaten tödliche — Fülle von deutschen militärischen Geheiminformationen berichtete, ja sogar Anfragen aus dem Kreml beantwortete. Dieser Nachrichtenverkehr in militärischer Fachsprache lieferte alles, was der sowjetische Generalstab nötig hatte: Strategische Planungen, Truppenverschiebungen, Ausrüstung, Waffenentwicklung. Die Mitteilungen des Agenten mit dem Decknamen „Werther" waren so detailliert, daß sie nur aus dem unmittelbaren deutschen Generalstabsbereich stammen konnten. Der Kenner der damaligen Hauptquartiers-Organisation weiß, daß der Informant im 20 Kilometer von der „Wolfschanze" entfernten OKH-Quartier „Mauerwald" sitzen mußte; nur dort waren die Einzelheiten, die Rössler aus der Schweiz an die Russen funkte, unmittelbar greifbar!

Man hat bereits den Verdacht geäußert, daß Gehlens Bormann-Mache nur ein Ablenkungsmanöver sei. Ich vermute noch präziser: Dieser Canaris-Mann *weiß*, wer damals „Werther" war, und hofft nun, die Historiker, die den noch ungelösten inneren Rätseln des deutschen Ostfeldzuges nachspüren, auf eine falsche Spur zu locken.

Ist es ein schlechtes Gewissen, das die Bormann-Legende erfand?

Was der General nicht weiß — oder verschweigt

Zu Reinhard Gehlens „Memoiren", die keine sind
Geschrieben am 14. Nov. 1971 (DWZ)

Der Verlag von Hase und Koehler in Mainz kündigte das Buch des ehemaligen Geheimdienst-Chefs Gehlen als „die Memoiren des Jahrhunderts" an. In der Reklame ist bekanntlich jedes Kraftwort erlaubt. Es handle sich um „das Buch, das die Geschichtsschreibung der letzten 25 Jahre als völlig falsch enthüllt" — dieser üppige Satz eines Buchdienst-Werbeblattes ist weniger entschuldbar; ein Geschäftsmann will ein Buch verkaufen, das er nicht gelesen hat.

Wer in den knapp 400 Seiten „Memoiren" erwartet, wie man sie von unterrichteten Zeitgenossen als Ergänzung der trockenen Historie begrüßt, wird schlicht enttäuscht. „Memoiren" sollen sich nicht in der Darlegung von Ansichten oder Grundsätzen — und seien es Anweisungen, wie Geheimdienste zweckmäßig organisiert werden — erschöpfen, man erwartet auch nicht die Wiedergabe von Vermutungen oder Gerüchten, sondern das, was nüchterne Akten uns in der Regel versagen: Mitteilungen auf Grund eigener unmittelbarer Erlebnisse, die historisch wesentliche Geschehnisse in neuem oder deutlicherem Licht erscheinen lassen.

Gehlens einzige — von gewürfelten Managern vorweg posaunte — „Sensation": er sei in Gesprächen mit dem Admiral Canaris von einer Verräter-Rolle des Reichsleiters Bormann überzeugt worden (ohne in der Angelegenheit etwas zu unternehmen), findet sich nur auf der Seite 48 und sonst nirgends im ganzen Buch. Das verstärkt die Vermutung, daß diese Geschichte erst nachträglich in das insgesamt magere Manuskript eingeflickt worden ist (vergl. meine kritische Stellungnahme: „Die Bormann-Legende und die Canaris-Wirklichkeit" S. 58 ff.).

Gehlen war — erst im Dezember 1944 vom Oberst zum General-

major befördert — keine Spitzenfigur der deutschen militärischen Führung. Er betont, daß er nur viermal bei Hitler selbst Vortrag gehalten hat. Aber er teilt dem Leser nicht einmal mit, was dabei zur Debatte stand; das wäre doch wenigstens interessant gewesen und hätte den Anforderungen entsprochen, die man gemeinhin an „Erinnerungen" stellt. Statt irgendeiner originalen Aussage über die entscheidenden Kriegsjahre bedient Gehlen seine Leser mit den vielerlei halben Wahrheiten, wie sie im Stabsbereich des Oberkommandos des Heeres kolportiert worden sind. Manches hätte anhand der mittlerweile vorliegenden Dokumente berichtigt werden können — so die Behauptung, Hitler habe 1941 den Angriff auf Moskau verhindert. In Wirklichkeit hat Hitler damals gegen seine in Denkschriften niedergelegte Überzeugung, es sei zunächst wichtiger, Leningrad und Rostow zu nehmen, der aus einem Verdun-Denken des Generalstabs entstandenen Forderung des Hauptstadt-Angriffs stattgegeben. Die Folge war der erste große Rückschlag im Ostfeldzug. Gehlen war damals Oberstleutnant und Gruppenleiter in der Operationsabteilung des OKH. Historisch interessant wurde dieser Bereich des Hauptquartiers erst nachträglich durch die Tatsache, daß kaum anderswo jene Fülle von militärischen Detailkenntnissen greifbar war, deren Weiterleitung an die Sowjets durch einen in der Schweiz jahrelang tätigen Agenten das düsterste Kapitel der militärischen Geschichte des Zweiten Weltkrieges bezeichnet. Der „Fall Rössler" taucht bei Gehlen nur einmal in gewundenen Sätzen auf, aus denen der Leser entnimmt, daß diese Affäre zur „Trübung" des Canaris-Bildes „beigetragen" habe. Nach Gehlens „Überzeugung" würden die diesbezüglichen „zumeist vagen Schilderungen" dem seinerzeitigen deutschen Abwehrchef „in gar keiner Weise gerecht"!

Diese merkwürdigen Auskünfte müssen den aufmerksamen Leser beunruhigen: in Wirklichkeit hätte sich Gehlens besondere Aufmerksamkeit vor und nach 1945 doch auch darauf richten sollen, präzise zu erkunden, wer „Werther" war: so lautete bekanntlich das Deckwort des Mannes, der den Agenten Rössler ab Juni 1941 instandsetzte, „regelmäßig, manchmal sogar täglich, genaue Daten von überragender Wichtigkeit" zu liefern: „über Hitlers strategische Planungen, über das Lagebild, die Stärke und die Zusammensetzung der Einheiten des deutschen Heeres ... über Waffen aller Art, ja sogar

Informationen, die die deutsche Abwehr über die sowjetischen Gegenbewegungen erhalten hatte". So der amerikanische Historiker Dallin zu der bis heute ungeklärten Frage nach dem Verantwortlichen. Gehlen will sie mit dem hingeworfenen Stichwort „Bormann" beantworten statt ernsthaft zu untersuchen, wer im Hauptquartiersbereich solche Einzelkenntnisse überhaupt zu sammeln und sachkundig zu ordnen vermochte. Herr Gehlen hätte zu diesem dunklen Punkt genauere Erörterungen bieten müssen, wenn er dem Verdacht begegnen wollte, mehr und anderes zu wissen, als er dem Leser seines Buches mitteilt.

Dem im April 1942 zum Abteilungsleiter „Fremde Heere Ost" ernannten damaligen Oberst Gehlen wird man kaum anlasten können, daß der deutsche Geheimdienst im Kriege nur wenig außerordentliche Leistungen vollbrachte und sich im wesentlichen auf Frontaufklärungsergebnisse stützte — sicherlich hat Gehlen dabei Solides geleistet und manche Situation richtig beurteilt, obwohl sein Bericht auch diesbezüglich keine Neuigkeiten vermittelt.

Daß Gehlen im Frühjahr 45 — wie jeder aufmerksame Zeitungsleser — den sich anbahnenden Bruch in der amerikanisch-sowjetischen Kriegsfront voraussah, seine Akten sicherstellte und sie dann nach der Wehrmachtskapitulation den Amerikanern andiente: all diesem wird der Leser ebenso zustimmen wie den meisten Betrachtungen zur Nachkriegsentwicklung, die den General — wäre er Journalist — als einen bedächtigen Leitartikler ausweisen würden.

Seit Begründung der Bundesrepublik war Gehlen — im Gegensatz zu seiner bescheidenen Rolle vorher — freilich keine Randfigur mehr, sondern eine politische Persönlichkeit, von der der heutige Staatsbürger ernstlich „Erinnerungen" erwarten dürfte. Für diese Epoche aber wird der Leser erneut fast nur mit Betrachtungen und Kommentaren bedient, mit Besorgnissen und Wünschen, die man zwar meist teilen kann, aber die durchwegs die intime Fakten-Darstellung vermissen lassen, die unsere bisherige Kenntnis in brauchbarer Weise erweitern würde.

So berichtet General Gehlen zur „Spiegel"-Affäre des Herbstes 1962 (als ein Geheimpapier der Bundeswehr an eine Redaktion weitergegeben worden war), es sei „ein offenes Geheimnis", daß es damals darum ging, die allgemeine Aufmerksamkeit „von einer politischen

Persönlichkeit abzulenken". Gehlen bezeichnet diese sogar als „prominent" — aber er nennt den Namen nicht, obwohl er ihm offenkundig bekannt ist!

Auch gegenüber anderen Sachverhalten, deren freimütige Erörterung ganz gewiß nicht die äußere Sicherheit der Bundesrepublik gefährden würde, bleibt der General in einer Weise zugeknöpft, die die Frage aufwirft, warum überhaupt er sein Buch geschrieben hat. Es wäre für den deutschen Staatsbürger zweifellos von Wichtigkeit, über die Feststellungen unterrichtet zu werden, die Gehlen dereinst doch wohl sicherlich bei den zahlreichen aus dem Ausland in die deutsche Politik zurückgekehrten Persönlichkeiten getroffen hat. Gab es unter diesen Emigranten nicht auch solche, die vordem für ausländische Geheimdienste tätig waren und deshalb Einflüssen oder gar Pressionen ausgesetzt sein können? Sind diese Fälle erkundet worden, und haben negative Feststellungen zu ernsthaften Folgerungen geführt?! Außer diesen gibt es noch manche andere Fragen, zu denen sich sagen läßt: Diese Memoiren könnten manches Zwielicht aus der deutschen Politik beseitigen. Hierzu war der Geheimgeneral aufgerufen — und hier schweigt er.

Es ist ein Schweigen, mit dem der Autor uns mehr zu denken gibt als mit den Dürftigkeiten, die er berichtet.

Kiesinger und das Auschwitz-Geheimnis

Hinweise zu einer historischen Zeugenaussage
(DWZ, 19. Juli 1968)

Nur in Deutschland sind noch immer „Kriegsverbrecher"-Verfahren anhängig. In diesem Rahmen läuft derzeit ein Verfahren gegen den während des Zweiten Weltkrieges in Sofia akkreditierten deutschen Gesandten Beckerle. Ihm muß eine nicht unbeträchtliche historisch-politische Bedeutung beigemessen werden.

Wie sich aus der Berichterstattung über diesen lange hingezogenen Prozeß zeigt, gründet die Frankfurter Staatsanwaltschaft ihre Schuld-Behauptung auf ein „Mitwissen" an Untaten: in den Jahren des Zweiten Weltkrieges wurden auch in Bulgarien jüdische Einwohner interniert und deportiert. Ähnliches gab und gibt es in allen kriegführenden Ländern. Die vermutlich nur indirekte Mitwirkung der damaligen deutschen Gesandtschaft in Sofia kann für eine strafrechtliche Verfolgung nur dann Bedeutung haben, falls der Gesandte gewußt hat, daß diese Internierten eben nicht nur deportiert wurden, sondern an Leib und Leben bedroht waren. Es ist die gleiche Kernfrage, die seit Kriegsende im Mittelpunkt der antideutschen Weltpropaganda stand und immer noch steht; man will dem ganzen deutschen Volk, dem die auch in Deutschland erfolgten Internierungen bekannt waren, damit eine Wissensschuld an „Auschwitz" zudiktieren — dies ist seit 1945 der geläufige Sammelbegriff für die auf deutscher Seite geschehenen geheimen Kriegsverbrechen.

Der Gesandte Beckerle — als SA-Obergruppenführer und langjähriger Polizeipräsident immerhin ein hoher Funktionär des Dritten Reiches, im Kriege als Vertreter des Reiches bei einem verbündeten Staat an wichtigem Posten verwendet — hat nun mit allem Nachdruck jegliche Kenntnis, ja jegliche Ahnung von Tötungsvorgängen an den aus politischen Sicherheitsgründen zur Internierung bestimmten Personengruppen ebenso bestritten wie der Angeklagte von Hahn, dem die Staatsanwaltschaft vorwirft, als Beamter des Auswärtigen

Amtes an Erlassen zur Deportation bulgarischer und griechischer Juden mitgewirkt zu haben. Die Aussagen, die Dr. Kiesinger infolge des Arrangements des Frankfurter Gerichts zum Fall von Hahn gemacht hat, sind — da es sich sowohl juristisch wie historisch um die gleiche Sache handelt — gleichermaßen für Beckerle bedeutsam.

Die allgemeine Bedeutung sowohl dieses Rechtsfalles wie der Einvernahme des Bundeskanzlers ist offenkundig: wenn das Gericht nach so umständlicher Prüfung des Sachverhaltes bei den beteiligten hohen Beamten des deutschen auswärtigen Dienstes zu dem Ergebnis kommt, daß ihnen ein „Nicht-Wissen" zugebilligt werden muß, wo bleibt dann die deutsche „Kollektiv-Schuld", die „Kollektiv-Scham" und wie alle diese der deutschen Deklassierung dienenden Phrasen noch lauten mögen?

Diese allgemeine Bedeutung des Falles Beckerle wird noch durch einen weiteren Umstand unterstrichen: es ist nämlich längst bekannt, wenn auch nur selten erwähnt, daß es in den von alliierter Seite erbeuteten deutschen Akten kein Dokument gibt, das einen einschlägigen Befehl Hitlers oder eine sonstige Beteiligung der deutschen Reichsregierung an den dennoch geschehenen Verbrechen erweisen könnte. Auf amtlichem Wege hat — das kann auch der leidenschaftlichste Staatsanwalt nicht behaupten — der deutsche Gesandte Beckerle in Sofia keine Kenntnis von dem Schicksal erhalten, das die in Bulgarien internierten Juden erwarten mußten, wenn sie deportiert wurden. Nicht auf dienstliche Kenntnisse gründet sich der Strafvorwurf gegen Beckerle, sondern auf die Behauptung, im damaligen internationalen Presse- und Rundfunknachrichtenmaterial sei über die Judenvernichtung berichtet worden, und deshalb müsse dem deutschen Gesandten in Sofia bewußt gewesen sein, was mit den dort Internierten geschehen werde. Auch dies berührt den Bereich des antideutschen Kollektiv-Vorwurfes — schließlich waren im Zeitalter des Funkwesens die internationalen Informationsquellen dem Durchschnittsdeutschen nicht völlig verschlossen, wenn er sich auch durch Abhören von „Feindsendern" im Kriege einer strafbaren Handlung schuldig machte.

Die im Beckerle-Prozeß neu aufgeworfene Frage, was die Deutschen im allgemeinen und was ein deutscher Gesandter im besonderen von Auschwitz „wußte", ist freilich schon vor zwanzig Jahren vor

einem Nürnberger amerikanischen Tribunal im sog. „Wilhelmstraßen-Prozeß“ gründlich untersucht und ausführlich behandelt worden. In diesem Verfahren war u. a. der inzwischen verstorbene Reichspressechef Dr. Otto Dietrich angeklagt gewesen. Gegen das am 13. April 1949 in seiner Sache ergangene, auf 7 Jahre Gefängnis lautende Urteil hat einer der drei amtierenden amerikanischen Richter — Leon W. Powers — damals sofort Einspruch eingelegt und eine „abweichende Meinung“ dazu formuliert, die nicht nur zu den Gerichtsakten genommen wurde, sondern innerhalb Jahresfrist auch zur vorzeitigen Entlassung Dr. Dietrichs aus dem Landsberger Gefängnis geführt hat.

Richter Powers stellte u. a. fest, im damals vorgelegten umfangreichen Beweismaterial habe man keinerlei Hinweis dafür gefunden, daß Dietrich „irgend etwas mit einer Formulierung oder der Durchführung eines Ausrottungsprogrammes zu tun hatte oder von der Existenz eines solchen Programmes irgendwie in Kenntnis gesetzt war“. Zu der Formulierung seiner beiden Richterkollegen, wonach Dietrich die deutsche öffentliche Meinung dahin „beeinflußt“ habe, daß sie „diesem Programm zustimmte“, indem er „die wahre Natur der Deportation verheimlichte“, bemerkte Richter Powers mit Recht, daß der eine Vorwurf den anderen ausschließe, und er stellte die Frage: „Warum wird dann Dietrich überhaupt verurteilt?“ (Zitate nach „Trials of War Criminals before Nürnberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10“ Vol. XIV, Seite 927.)

Es handelte sich hier — wohlgemerkt — nicht um einen Diplomaten auf fernem Auslandsposten, sondern um den Pressechef der deutschen Reichsregierung, Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, Reichsleiter der NSDAP und einen Mann, der von 1931 bis 1945 in Hitlers unmittelbarer Umgebung tätig war!

In vorhergegangenen allgemeinen Ausführungen hatte der amerikanische Richter Powers seine Erkenntnisse aus einem 16 Monate lang dauernden Prozeß dargelegt:

„Nach meinem Urteil ist es unzutreffend zu sagen, daß alle Deutschen mit wenigen Ausnahmen an der Judenverfolgung beteiligt waren. Es ist nach meiner Ansicht auch ungenau, anzunehmen, daß jede Erwähnung einer ‚Endlösung‘ der jüdischen Frage Ausrottung bedeutete. Tatsache ist, daß — als die ersten Maßnahmen gegen

die Juden eingeleitet wurden — der Ausdruck ,Endlösung' üblich wurde. In den Anfangsstadien bedeutete ,Endlösung' erzwungene Auswanderung. Eine Zeitlang bedeutete das Wort Deportierung der Juden nach Madagaskar. Als ein Ergebnis der Wannsee-Konferenz bedeutete ,Endlösung' Deportierung in Arbeitslager im Osten. Außer für einige wenige Initiatoren bedeutete sie niemals Ausrottung."

Auch in jenem „Wilhelmstraßen-Prozeß" war bereits — da sich aus den Akten nichts Einschlägiges ergab — die ausländische Berichterstattung geprüft worden. Als unleugbare Tatsache zeigte sich, daß während des mehrjährigen Zeitabschnittes, in dem nach unserer heutigen Kenntnis geheime Tötungen stattfanden, darüber niemals und nirgends glaubhafte Berichte veröffentlicht wurden.

Gewiß gab es — seit 1933 — eine nie abreißende Flut leidenschaftlicher Propagandabehauptungen gegen die Deutschen im allgemeinen und das Dritte Reich im besonderen. Aber nicht nur die Fachleute, auch die breiten Volksschichten hatten angesichts der üblichen überdimensionalen Schwindeleien es schon vor Kriegsbeginn aufgegeben, diesen Phantasieprodukten irgendeinen Glauben zu schenken. Auch in heutiger Sicht halte ich meine Zeugenerklärung im Dietrich-Prozeß für zutreffend: „Was berichtet wurde, war nicht wahr; was sich später als bittere Wahrheit herausstellte, wurde nicht berichtet".

Dieser kritische Satz stimmte auch für die nach Kriegsende so wirksam betriebene alliierte Propaganda über die Zustände in den deutschen Konzentrationslagern. Noch am 12. April 1945 hatte das amerikanische Kriegsministerium eine sachliche Mitteilung des Inhalts veröffentlicht, daß die von den vorrückenden amerikanischen Truppen in den deutschen Gefangenenlagern angetroffenen Zustände zwar „erbarmungswürdig" seien, daß die Verhältnisse dort jedoch bis Mitte Dezember 1944 noch als „verhältnismäßig gut" hätten gelten dürfen. Erst nach dem „Zusammenbruch des deutschen Transportwesens" sei „das Versorgungsproblem kritisch" geworden usw. Aber schon Ende April 1945 gehörte diese Sachlichkeit der Vergangenheit an, und seither gelten die Katastrophenzustände der damaligen Konzentrationslager in der Welt als „typisch deutsch".

Auch die Behauptung, es seien „6 Millionen Juden" ermordet wor-

den, ist erst in der Nachkriegs-Propaganda aufgetreten. Diese Zahl wurde erstmals am 25. April 1945 öffentlich genannt, und zwar in London von einem Dr. E. Scherer namens eines „Polnischen Rates für die Rettung der Juden“. Diese Erklärung fand damals zunächst wenig Echo. In einer Leserzuschrift an die „Times“ (London) beklagte sich am 28. Mai 1945 Oberrabbiner J. H. Hertz über den Nachruf dieser Zeitung zum Tode Himmlers: darin sei nur allgemein von den Schrekken der Konzentrationslager die Rede; die Verbrechen der Nazis seien jedoch wesentlich umfangreicher. Hertz nannte die Zahl von 5 Millionen Juden als ausgerottet. Aber noch in den Verhandlungen der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 war zwar von der Niederlassung der Juden in Palästina die Rede; der Umstand, daß ihre Volkszahl so einschneidend vermindert sei, wurde in den Sitzungen nicht erwähnt.

Die Tatsache, daß vor Kriegsende auch Argumente der damaligen Feindmächte die Geheimvorgänge von Auschwitz nicht ernstlich erörtert haben, ist erst kürzlich wieder durch eine amerikanische Dokumentenveröffentlichung bestätigt worden. In einer Publikation des Committees on the Judiciary des amerikanischen Senats wurde im November 1967 ein kritischer Briefwechsel mitgeteilt, der im Dezember 1944 zwischen mehreren Ministern in Washington geführt wurde. Damals hatte Schatzkanzler Morgenthau der amerikanischen Presse Texte zugeleitet, denen zufolge „die Deutschen“ 1,7 Millionen jüdische Gefangene ermordet hätten. Dieser Bericht, der sich auf drei namentlich nicht genannte „Augenzeugen“ berief, fand nicht nur keinen Widerhall in der amerikanischen Presse, sondern stieß auf lebhaften Widerspruch eines angesehenen Washingtoner Journalisten, der sich an die „Greuelgeschichten des Ersten Weltkrieges“ erinnert fühlte und an den Kriegsminister Stimson die besorgte Frage richtete, ob denn diese Berichte ernstlich geprüft seien. Der Kriegsminister ließ bei Morgenthau rückfragen, was er antworten solle. Aus dem Schatzamt wurde dann ein Entwurf formuliert, der recht ausweichend lautete.

Diese heute möglichen Feststellungen über die damalige Berichterstattung der Gegenseite sind für den „Fall Beckerle“ schon rein zeitlich von Bedeutung: denn der Gesandte, der bis zuletzt auf seinem Posten blieb, geriet in Bulgarien bereits im September 1944 in sowjetische Gefangenschaft (aus der er 1955 zurückkehrte).

Hätte die Staatsanwaltschaft mit der angezeigten sachlichen Sorgfalt gehandelt, so wäre es gewiß nicht zu einer Anklageerhebung gegen Beckerle oder von Hahn gekommen. Angesichts der dennoch erfolgten Prozeßeröffnung war es für die Verteidigung eine gebotene Pflicht, durch eine Zeugenvernehmung des Bundeskanzlers Dr. Kiesinger zu erhärten, was sich aus dem vorliegenden Sachstoff über die internationale Berichterstattung jener Jahre bereits klar verdeutlichte. Dr. Kiesinger mußte ein geradezu „klassischer" Zeuge sein. Das hat sich bei seiner Vernehmung in mehrfacher Hinsicht bestätigt. Die darüber veröffentlichten Presseberichte sind zwar angesichts der Bedeutung des Themas und der mehrstündigen Dauer der Befragung des Bundeskanzlers durch das Gericht beschämend knapp, sie geben jedoch über die entscheidenden Punkte hinreichend Aufschluß, was sich auch aus der Polemik bestätigt, der Dr. Kiesinger anschließend ausgesetzt war.

Wer die geschichtsaufklärende Bedeutung der Aussage in ihrem sachlichen Kern erfassen will, muß die auch in der Bonner Vernehmung erörterte Tatsche kennen, daß in Berlin während des Krieges die Publikationstätigkeit der damaligen Feindmächte von *zwei* Stellen erfaßt wurde; Dr. Kiesinger sprach sogar von einer „Konkurrenz" zwischen Propagandaministerium und Auswärtigem Amt auf diesem Gebiet. Dieses Motiv mag beim Aufbau des von der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes organisierten sog. „Seehaus"-Abhördienstes mitgewirkt haben; in der Praxis ergab sich freilich eine Aufgabenteilung. Es handelte sich darum, daß das vom Propagandaministerium beeinflußte amtliche „Deutsche Nachrichtenbüro" sich im Kriege — wie schon vorher — darauf konzentrierte (und beschränkte), den ausländischen *Presse*-Nachrichtenstoff zuverlässig zu erfassen und den obersten Reichsdienststellen — an ihrer Spitze dem Führerhauptquartier, das im direkten 24-Stunden-Fernschreibbetrieb bedient wurde — mit tunlichster Schnelligkeit zu übermitteln. Das Rückgrat dieses Dienstes war die bereits vor 1939 funktechnisch gut erfaßte Nachrichtengebung des britischen Reuter-Büros. Sie wurde vom ersten bis nahezu zum letzten Kriegstag von der Berliner DNB-Zentrale zügig aufgenommen und lieferte in zuverlässigen Texten den gesamten wichtigen Nachrichtenstoff der Feindseite: die Heeresberichte, Regierungserklärungen, Parlamentsreden, Presse-

kommentare usw. Zusätzlichen Stoff lieferten die DNB-Büros im neutralen Ausland nach den dort erhältlichen Zeitungen. Der Charakter dieses DNB-Informationsdienstes — Dr. Kiesinger sprach in seiner Vernehmung von einem „Nachrichtenmonopol des Propagandaministeriums — brachte es mit sich, daß hier der gesamte offizielle und halboffizielle Nachrichtenstoff der Gegenseite erfaßt wurde. Doch konnte über die eigentliche „Propaganda", die ja meist über den Publikums-Rundfunksender ausgestrahlt wurde, nur dann berichtet werden, wenn sie in Pressenachrichtendiensten oder in Zeitungen einen Niederschlag fand. Diese Lücke schloß der sog. „Seehaus"-Dienst des Auswärtigen Amtes, der draußen am Wannsee mit einem großen Stab von Übersetzern arbeitete. Sie erfaßten schriftlich, was die gegnerischen Propagandaeinrichtungen täglich in Dutzenden von Sprachen in den Äther verkündeten.

Im Nürnberger Wilhelmstraßen-Prozeß wurde bei der Behandlung des Falles Dietrich nur der Bereich der Presse-Nachrichtengebung geprüft und erörtert. Dabei ergab sich — wie erwähnt —, daß es hier keine Berichte gab, die dem ehemaligen Reichspressechef als „Wissens"-quelle hätten angelastet werden können. Es ist ja auch bekannt, daß in keiner Churchill- oder Roosevelt-Rede — und diese Herren sprachen während des Krieges häufig und heftig gegen das Dritte Reich — jemals von Judentötungen gesprochen wurde. Man hat seither den verstorbenen Papst Pius XII. leidenschaftlich angegriffen, weil er „geschwiegen" habe. Die Kritiker hätten sich mit der gleichen Leidenschaft über alle damaligen Staatsmänner der Gegenseite — Stalin nicht ausgenommen — ereifern können ...

Dr. Kiesinger hat nun diesen aktenkundigen Sachverhalt durch Aussagen über den von ihm damals ressortmäßig überblickten Bereich der feindlichen *Rundfunk*propaganda ergänzt und bestätigt. Laut „Münchner Merkur" (6. Juli 68) konnte Kiesinger in seiner eidlichen Aussage sich nicht erinnern, „jemals Meldungen ausländischer Rundfunkstationen auf den Tisch bekommen zu haben, in denen von der Vernichtung der Juden die Rede war". Nach dem Bericht der „Süddeutschen Zeitung" sagte er zu diesem Punkt noch: „Von allen Greuelmeldungen wären diese die ersten gewesen, die ich als Greuelmeldung angesehen hätte". Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" formuliert in ihrem Bericht über diese wichtige Aussage:

„Der Bundeskanzler antwortete auf eine entsprechende Frage des Vorsitzenden, er würde es als feindliche Greuelpropaganda angesehen haben, wenn er wirklich einmal eine spezifizierte ausländische Nachricht über die Judenmorde erhalten hätte". Eine vorhergegangene Erklärung Kiesingers besagte nach diesem Bericht, „er habe zwar, wie viele andere Deutsche, von den Deportationen erfahren, jedoch geglaubt, die Juden kämen irgendwo zu Arbeitseinsatz". David Hotham, der Bonner Korrespondent der Londoner „Times", faßte seinen Bericht lapidar in dem Satz zusammen: „Dr. Kiesinger, der westdeutsche Kanzler, bezeugte vor Gericht, daß er nicht das Geringste (Nothing at all) von der Ausrottung (extermination) der Juden wußte, solange er während des Krieges als stellvertretender Direktor der politischen Rundfunkabteilung des Außenministeriums tätig war."

Aus den meisten Zeitungsberichten ist freilich auch zu entnehmen, daß Dr. Kiesinger sich bemüht hat, seine Aussage zur Sache durch persönliche Bemerkungen zu entschärfen: nicht dienstlich, aber auf Grund privater Kontakte habe er Verdacht geschöpft, daß irgend etwas nicht stimme: aber das waren offenkundig weder konkrete Kenntnisse noch solche, die einem breiteren Kreis der deutschen Öffentlichkeit zugänglich waren. Und für sich selbst bleibt Dr. Kiesinger strikt dabei: „Der Zusammenhang des riesigen grauenhaften Ausmaßes ist mir erst hinterher aufgegangen" (Südd. Zeitung 6. 7. 68) — eben dann, als die Alliierten *nach* der deutschen Niederlage mit ihren Darlegungen begannen.

Alle diese klärenden Aussagen hat nun erneut und unter größerer Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit, als sie der „Fall Dietrich" in der hektischen Nachkriegsatmosphäre der Jahre 1948/49 finden konnte, ein Mann gemacht, der sich vor 1945 eine unvergleichlich deutlichere Kenntnis der internationalen Propaganda verschaffen konnte als die Millionen der Durchschnitts-Deutschen und der überdies nicht als Angeklagter in eigener Sache, sondern als vereidigter Zeuge aussagte.

Mit kritischem Unterton hat das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" zu Kiesingers Aussage vermerkt, sie habe nicht nur dem angeklagten Legationsrat von Hahn Entlastung gebracht: „entlastet hat die Aussage Kurt Georg Kiesingers vor allem das deutsche Volk". Genauer gesagt: er hat bestätigt, allerdings auf einem wichtigen

das ist gut

Gebiet, was ruhig denkende Kenner der historischen Tatsachen auch schon vordem wußten: an Auschwitz gab es nicht nur keine Mitwirkung, sondern auch kein Mit*wissen* der deutschen Öffentlichkeit!

Diese ungleugbare Tatsache vom amtierenden deutschen Bundeskanzler auf Grund eigener Sachkenntnis klargelegt — das sollte die Luft endlich reinigen. Dieses Wort aus dem Munde eines heutigen Staatsmannes war überfällig, das gesamte deutsche Volk hat mit den düsteren Geheimvorgängen, die nach Kriegsende aufgedeckt wurden, nicht mehr zu schaffen als das russische Volk mit Katyn, das englische mit Dresden, das amerikanische mit Hiroshima!

Erst wenn das einmal nicht nur in einer juristischen Aussage, sondern auch politisch in Bonn klar festgestellt wird, ließe sich erklären, daß der Krieg, dessen letzte Schüsse vor 23 Jahren fielen, auch im Bereich der immer noch virulenten antideutschen Volksdiffamierung sein Ende gefunden hat.

Es begann in Buchenwald ...

Notwendige Erinnerung zur antideutschen Weltpropaganda
Geschrieben am 30. März 1970 (DWZ)

Am 19. März 1970 fuhr der westdeutsche Bundeskanzler im Auto des Außenministers eines Staates, den er angeblich nicht anerkennen will, von Erfurt aus durchs Thüringer Land in das früher deutsche, nach 1945 sowjetische Konzentrationslager Buchenwald. Eine Ehrenkompanie der dortigen „Volksarmee" präsentierte, und unter den Klängen von zwei Staatshymnen, von denen eine das Deutschlandlied war, wurden Erinnerungskränze niedergelegt. Nach Bonner Berichten war die Zeremonie von Bundeskanzler Brandt angeregt worden, der hier das Andenken sowohl an den Sozialdemokraten Breitscheid wie an den Kommunisten Thälmann ehren wollte. Beide hatten an dieser düsteren Stätte den Tod gefunden. Nirgends freilich war zu hören oder zu lesen, daß *diese* Opfer Buchenwalds weder das deutsche noch das russische Konto belasten: sie erlagen am 24. August 1944 einem amerikanischen Bombenwurf, der eigentlich der nahegelegenen Goethestadt Weimar galt. Außer Breitscheid und Thälmann fand als weiterer prominenter Häftling damals die italienische Prinzessin Mafalda den Tod. Ihrer gedachten die Kranzniederleger ebensowenig wie all der Deutschen, die *nach* 1945 an dieser Stätte des Todes ihr Leben hingeben mußten. Die Beamten des Bonner Bundeskanzleramtes hätten nur zum Nachkriegs-Brockhaus greifen müssen, um zu erfahren, was unter der Ägide des „Sowjetischen Militär-Administration" in den fünf Jahren bis zu der 1950 endlich erfolgten Auflösung des Lagers vor sich gegangen war: „Von den insgesamt 185000 Insassen verstarben 96000 (die meisten 1945/1946)". *Diese* Toten waren Nationalsozialisten, also schweigt man von ihnen.

Zum Weltbegriff wurde das Konzentrationslager Buchenwald erstmals drei Wochen vor der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht. Anfang April 1945 hatten amerikanische Truppen nach ihrem Rheinübergang auf dem Vormarsch dieses Gefangenenlager erreicht. Sie

fanden dort katastrophale Verhältnisse vor; verhungernde Häftlinge, unbestattete Leichen. Zu diesem Tatbestand veröffentlichte das amerikanische Kriegsministerium am 12. April 1945 eine amtliche Verlautbarung. Hier und in anderen deutschen Lagern seien „zahlreiche Gefangene in erbarmungswürdigem Zustand“ angetroffen und Hilfsmaßnahmen eingeleitet worden. Immerhin wurde erwähnt, daß die Verhältnisse in diesen Lagern bis Mitte Dezember 1944 noch „einigermaßen gut“ gewesen seien. Dann jedoch sei das deutsche Transportsystem zusammengebrochen: „Das Versorgungsproblem wurde kritisch, und es wurde auch unmöglich, Rote-Kreuz-Sendungen zu den Lagern durchzubringen“ (Zitat nach „Times“, London, 13. Apr. 45).

Mit diesem Hinweis war freilich die Sachlichkeit der amerikanischen Berichterstattung beendet; es wurde nicht erwähnt, daß vor allem die alliierte Luftkriegführung mit ihrer gegen das zivile Leben in Deutschland gerichteten Schwerpunktbildung den Zusammenbruch der innerdeutschen Versorgung mit allen ihren mörderischen Folgen herbeigeführt hatte. Immerhin verdient festgehalten zu werden, daß die amtliche amerikanische Nachricht zunächst den Sachverhalt so feststellte, wie er sich verhielt: in Buchenwald war eine Katastrophe eingetreten, der sich die Verantwortlichen deutschen Behörden nicht gewachsen gezeigt hatten.

Nach dieser Verlautbarung verging noch fast eine Woche, und zwar eine sehr dramatische: in den USA starb Roosevelt, und von der Oder her entfaltete sich der Russenangriff auf Berlin.

Eisenhower macht Schlagzeilen

Am 18. April 1945 — ich habe das Datum in meinen seinerzeitigen Aufzeichnungen festgehalten (veröffentlicht in meinem Buch „Deutsche Notizen 1945/1965“, S. 350) — sagte mir, seinem Mitarbeiter, der damalige Reichspressechef Dr. Dietrich, nachdem er das neueste internationale Nachrichtenmaterial durchgesehen hatte, mit blasser Stimme: „Es bleibt uns nichts erspart — jetzt beginnt die Greuelpropaganda.“ Er meinte eine neuerliche amerikanische Verlautbarung über Buchenwald. Sie stammte nicht wie die vorhergegangene aus dem Washingtoner Kriegsministerium, sondern aus dem europäischen Hauptquartier des Generals Eisenhower, und sie bemühte sich auch nicht mehr um die Darstellung eines Sachverhaltes oder gar

seiner Vorgeschichte, sondern war mit gezielter Lautstärke sensationell formuliert, in jeder Zeile darauf abgestellt, die Gemüter zu erregen und der Weltpresse Schlagzeilen zu liefern. Nun hieß es, in Buchenwald seien nicht weniger als 21 000 Gefangene als „lebende Wracks“ angetroffen worden; fast ebenso viele Häftlinge seien dort seit Januar verhungert. Tags zuvor, also eine Woche nach der tatsächlichen Übernahme des Lagers durch die Amerikaner hatte General Eisenhower eine Journalistengruppe im Sonderflugzeug nach Buchenwald bringen lassen; um ihnen das rechte Schauspiel zu bieten, mußten auch tausend Einwohner Weimars unter Aufsicht amerikanischer Militärpolizei zum Lager marschieren, um die bis dahin immer noch nicht beerdigten Leichen zu besichtigen. Eisenhower ließ ankündigen, er werde auch eine Gruppe britischer Unterhausabgeordneter nach Buchenwald einladen — von heute auf morgen war eine Weltparole entstanden!

Hitler und die Bergen-Belsen-Berichte

In den gleichen Tagen meldeten dann auch noch die Engländer, daß ihre Truppen in Bergen-Belsen ähnliche Zustände angetroffen hatten. Zunächst berichtete ein britischer Sanitätsoffizier von mehreren tausend Typhusfällen in diesem Lager — aber schon in den folgenden Schreckensberichten war von der Epidemie nicht mehr die Rede, sondern nur noch von der hier dokumentierten Brutalität „*der* Deutschen“.

Diese Bergen-Belsen-Berichte erreichten noch die Reichskanzlei und wurden Hitler vorgelegt. Er ließ beim zuständigen „Reichssicherheits-Hauptamt“ rückfragen und erhielt zunächst den Bescheid, an den englischen Nachrichten sei kein wahres Wort. Die britischen Truppen hätten bei ihrem Vordringen in das Lager hineingeschossen und dadurch Verluste verursacht. Schließlich wurde Hitler dann doch noch wahrheitsgemäß gemeldet, daß „in den letzten Wochen“ tatsächlich „ernste Mißstände“ in den Konzentrationslagern eingetreten seien — vor allem durch die Rückführung von Häftlingen bei Feindannäherung und durch Überfüllung der noch in deutscher Hand verbliebenen Lager. Anstelle einer von ihm zunächst beabsichtigten Gegenerklärung in den noch erscheinenden Berliner Zeitungen erteilte Hitler nun dem Auswärtigen Amt den Auftrag, durch Vermittlung der

Schweizer Regierung den Alliierten mitzuteilen, daß keine weiteren Gefangenenlager mehr geräumt, sondern den Feindmächten bei Annäherung übergeben werden sollten. Der Erhalt und die Annahme dieses Angebotes wurde in Washington noch am 23. April 1945 offiziell bestätigt.

Diese außenpolitische Aktion Hitlers, seine letzte, vermochte freilich nichts mehr gegen die Lawine der Empörung, die mit Buchenwald und Bergen-Belsen weltweit in Bewegung gesetzt war, auszurichten. Auch der am 16. Mai 1945* (Lüdde-Neurath, S. 90) vom Großadmiral Dönitz, dem letzten Reichsoberhaupt, an das Reichsgericht erteilte Auftrag, die Vorgänge in den Konzentrationslagern auf ihren Tatsachengehalt zu untersuchen, blieb unbeachtet und konnte nach der Verhaftung der Reichsregierung nicht mehr wahrgenommen werden.

1945/46: Die 6-Millionen-These

Mittlerweile war — wenn auch zunächst noch zögernd — eine weitere atemberaubende Anklagesturmflut gegen Deutschland in Gang gesetzt worden: hinter den kämpfenden Kriegsfronten hat ein millionenfacher Völkermord stattgefunden. Soweit ich aus den damaligen ausländischen Presseveröffentlichungen inzwischen feststellen konnte, wurde die Behauptung, auf deutscher Seite seien 6 Millionen Juden getötet worden, erstmals am 25. April 1945 in London von Dr. E. Scherer namens eines „Polnischen Rates für die Rettung der Juden" veröffentlicht. Diese Meldung wurde in dem von den Sowjets bereits eingeschlossenen Berlin nicht mehr aufgefaßt, sie fand auch international damals wenig Beachtung. Noch am 28. Mai 1945 beklagte sich in einer Leserzuschrift an die Londoner „Times" Oberrabbiner J.H. Hertz über den Nachruf dieser Zeitung zum Tode Himmlers: darin sei nur allgemein von den Schrecken der Konzentrationslager die Rede gewesen; die Verbrechen der Nazis seien jedoch wesentlich umfangreicher. Hertz nannte die Zahl von 5 Millionen Juden als ausgerottet. Trotz solcher Erklärungen war in den Verhandlungen der Potsdamer Konferenz, die zwischen dem 18. Juli und dem 2. August 1945 stattfanden, zwar von der Ansiedlung der Juden in Palästina die Rede, der Umstand, daß deren Volkszahl um mehr als

* vergleiche Lüdde-Neurath, Regierung Dönitz, S. 167, Leoni 1980, 4. Auflage

ein Drittel vermindert worden sei, wurde jedoch in den Sitzungen nicht erwähnt.

Noch neun Monate später waren die meisten Angeklagten des großen Nürnberger Prozesses völlig überrascht, als am 15. April 1946 der Auschwitzer Lagerkommandant Höss dem Gericht von den geheimen Vernichtungsaktionen berichtete, die in einem dortigen Nebenlager stattgefunden hatten. Das „Affidavit", in dem dieser Zeuge die Zahl von 2,5 Millionen Getöteten angab, war zwar erstaunlicherweise in englischer Sprache abgefaßt, aber es genügte, um nun die seit Jahresfrist vorgebrachten Erklärungen über einen auf deutscher Seite geschehenen Völkermord als ein massives Dauerargument in die internationale Pressepolemik einzufügen. Beachtliche Tatsache blieb freilich, daß so überdimensionale Behauptungen *während* des Krieges von der gewiß nicht zimperlichen antideutschen Feindpropaganda nicht vorgebracht worden waren, daß sowohl Churchill wie Roosevelt in allen ihren leidenschaftlichen Anklagereden kein Wort dieses Inhalts sagten und daß seither nie mehr eine nüchterne und objektive Nachprüfung der „6-Millionen-These" stattgefunden hat, wie sie im allzu oberflächlichen Sprachgebrauch der Publizisten genannt wird.

Das Quantum Wahrheit und die Zutat der antideutschen Propaganda

Das für uns Deutsche Beunruhigende, ja Zermürbende an der damals begonnenen und bis heute noch nicht ernstlich beendeten, keineswegs nur untergründig feindseligen antideutschen Propaganda-Offensive war und bleibt es, daß ihr ein Quantum Wahrheit zugrundeliegt: es gab die Leichenhaufen in Buchenwald und Berlin-Belsen, und es gab — wie sich seither unbezweifelbar herausgestellt hat — geheime Tötungsaktionen auch auf deutscher Seite. Dieses bittere Wissen sollte uns aber nicht verleiten, die eifernden Zutaten der west-östlichen Propagandaapparate außer Betracht zu lassen. Ihre Leistung war die Übersteigerung des düsteren Geschehens ins Monströse, ins angeblich Nie-da-Gewesene, die penetrante Verhinderung neutraler historischer Nachprüfung, die leidenschaftliche Zurückweisung einer — in der Tat makabren — „Aufrechnung". Die propagandistische Interessenlage der Sieger von 1945 ist deutlich genug durchschaubar: in Wirklichkeit gab es schon in Katyn, später in Dresden und in Hiro-

shima nicht minder hohe Leichenberge als in Buchenwald und Bergen-Belsen. Und die deutschen Menschenverluste im Terror-Luftkrieg, während der Vertreibungsmonate nach Kriegsende, in den Gefangenenlagern zwischen Bordeaux und Archangelsk waren gewiß nicht geringer als alles Vergleich-, wenn auch dennoch nicht Entschuldbare auf unserer Seite.

Nirgends freilich hält sich das Übergewicht des Siegers über den Besiegten so hartnäckig, und nirgends gilt so durchgreifend der Satz: wer die Macht hat, dem gehört die Wirkung. Der Widerspruch des Unterlegenen bleibt ungehört; dennoch muß er angemeldet werden.

Es geht um Politik

Bei dem, was 1945 in Buchenwald begann und heute in Buchenwald von deutschen Ministern weiter zelebriert wird, geht es allerdings nicht nur um Moral und Propaganda, sondern um zukunftsgefährdende Politik. In Versailles formulierten die alliierten Juristen 1919 einen historisch unhaltbaren „Schuld"-Paragraphen, um das Diktat zu begründen, das man die Deutschen unterschreiben ließ. Nach der Siegerkonferenz von Jalta im Februar 1945, in der man endgültig beschloß, Deutschland zu zerstückeln, ging es um mehr als um eine Vertragsklausel. Es handelte sich darum, einer großen Nation den Willen zum Widerstand auszutreiben, ihr das seelische Rückgrat zu brechen, der Welt gegenüber einen Morgenthau-Plan zu motivieren. Dazu holte man diesmal nicht die nüchternen Paragraphenformulierer, deren Werk sich als brüchig erwiesen hatte, sondern die einfallsreichen Virtuosen auf der Klaviatur der Propaganda.

Und wer die Szene von Buchenwald 1970 in ihrem historisch-politischen Zusammenhang mit Buchenwald 1945 begreift, wird einräumen müssen, daß die Eisenhower-Leute keine Dummköpfe waren — jetzt soll ihnen als späte Frucht ihres Eifers überdies beschert werden, woran in Jalta und Potsdam noch niemand dachte: deutsche Unterschriften zu dem, was dort gegen uns beschlossen wurde.

Die hier erwiesene Macht der politischen Propaganda über ein denkfähiges Volk werden spätere Geschichtsschreiber zu bestaunen haben — freilich erst dann, wenn der ganze Spuk verblaßt ist und die beiden Deutschlandkriege des 20. Jahrhunderts endlich mit einem Frieden beendet sind, der diesen Namen verdient.

Die Regierung Dönitz

Geschrieben am 1. Mai 1970 (DWZ)

Zum Jahrestag des 8. Mai 1945 steht der deutschen und der Weltöffentlichkeit wieder einmal eine Lawine eifernder Meinungsmacher bevor. Es ist unnötig, Prophet zu sein, um zu wissen, daß dabei davon geschwiegen wird, worum in dem neuerlichen dreißigjährigen Krieg der Deutschen zwischen 1914 und 1945 in Wirklichkeit gerungen worden war: Um die Erhaltung oder die Zerschlagung der deutschen politischen Kraft, die dennoch für die Erhaltung Europas und der weißen Welt unentbehrlich war und bleibt.

Wenn die Niederkämpfung sowohl des Bismarckschen wie dann des Großdeutschen Reiches tragischer Wahnwitz war, über dessen chaotische Folgen zuvörderst die Sieger des Zweiten Weltkrieges nachzudenken haben und die überwunden werden müssen, so werden wir solche Einkehr zunächst leider kaum erhoffen dürfen.

Die Gegenstimmen der nüchternen historischen Wahrheit werden von den Massenmedien der Gegenwart niedergeschwiegen, dennoch muß sie sich um der Zukunft willen zu Worte melden.

Es vollzog sich in Wirklichkeit das, was heute in tönenden Phrasen „als Kapitulation Deutschlands" ebenso gefeiert wie mißdeutet wird. Zu dieser Frage, die in mancher Hinsicht geradezu tagesaktuelle politische Bedeutung hat, seien die wichtigsten Tatsachen kurz skizziert.

Bereits am 10. April 1945 war angesichts des amerikanischen Rheinüberganges Großadmiral Karl Dönitz — bis dahin Oberbefehlshaber der Kriegsmarine — von Hitler zum Oberkommandierenden für den gesamten Nordraum des damaligen deutschen Machtbereiches bestimmt worden. Am 30. April ernannte Hitler den Großadmiral zu seinem Nachfolger als Reichsoberhaupt. Am 1. Mai 1945, 10 Uhr 53 erhielt Dönitz aus dem eingeschlossenen Berlin den Funkspruch, der ihm nach dem Tode Hitlers die volle Verantwortung über-

trug. Wohl kaum jemals ist einem Manne über Nacht eine so bittere Bürde aufgelastet worden: Vor dem konzentrischen Angriff der amerikanischen, britischen und sowjetischen Truppen waren die deutschen militärischen Fronten in West und Ost zusammengebrochen. Die übermächtigen Gegner hatten seit der berüchtigten Casablanca-Erklärung des amerikanischen Präsidenten Roosevelt (im Jahre 1943) ihre Vernichtungsziele unverhüllt proklamiert. ‚Deutschland', so hieß es, müsse „bedingungslos kapitulieren". Man verkündete offen, was dann folgen sollte: „Zerstückelung" des Reiches, Abtransport deutscher Männer als „Reparationsarbeiter" in die Sowjetunion, ja die Sterilisierung des ganzen deutschen Volkes. Das waren nicht nur Propaganda-Phantasien; der „Morgenthauplan", nach dem das Ruhrgebiet zur Viehweide umgeackert werden sollte, war in Quebec (September 1944) sowohl von Roosevelt wie von Churchill unterzeichnet worden.

Für Dönitz, der die deutschen Verteidigungskämpfe gegen diesen Vernichtungskrieg der Feindfront nicht mehr weiterführen konnte, ging es nur darum, soviel wie möglich an deutscher Volkssubstanz über die hereinbrechende Katastrophe hinwegzuretten. Den militärischen Kampf beenden — ja; politisch kapitulieren — nein: Das war die Richtschnur der Maßnahmen, die Dönitz mit dem kleinen Kreis seiner Mitarbeiter in so ruhiger und verantwortungsbewußter Überlegung traf, daß seine kurze Regierung hohe historische Würdigung verdient.

Schon wenige Stunden nach seiner Berufung — am 1. Mai 1945 abends — wandte sich der Großadmiral an das deutsche Volk und die Welt mit einer Ansprache, in der er die Bereitschaft der neuen Reichsregierung zur Einstellung des Kampfes bekanntgab — allerdings unter der Bedingung, daß es ermöglicht werde, den Strom deutscher Flüchtlinge aus dem Osten zu retten und unter der dementsprechenden Voraussetzung, daß die deutsche Wehrmacht zunächst nur gegenüber den Westmächten kapitulieren solle.

Hier klang bereits an, was wenige Tage später dann das entscheidende Merkmal des Geschehens wurde: Die deutsche *Wehrmacht* würde ihre Waffen niederlegen — aber unter der Voraussetzung, daß das deutsche *Volk* gesichert bliebe.

Dönitz' nächster Schritt auf diesem Wege war eine Teilkapitulation

gegenüber dem britischen Feldmarschall Montgomery. Sie trat am 5. Mai für den gesamten Nordraum in Kraft — in ihr war bereits festgelegt, daß es sich um eine „rein militärische Kapitulation" handelte, in welche zivile Fragen nicht hineingehörten." (So Dönitz in seinen Erinnerungen).

Es gab einen bezeichnenden Zwischenfall in Kiel: Der dortige britische Kommandant wollte ein aus der Ostsee eintreffendes deutsches Truppentransportschiff nicht ausladen lassen und es an den sowjetisch besetzten Hafen Rostock verweisen. Dönitz ließ dem Engländer ausrichten: „Unsere Leute werden in Kiel an Land gehen oder sich den Landgang erzwingen". Die deutschen Flüchtlingstransporte liefen dann noch tagelang. In Libau und auf Hela legten die letzten deutschen Schiffe in der Nacht vom 8. zum 9. Mai ab — insgesamt hat die deutsche Kriegsmarine in den letzten Kriegswochen etwa zwei Millionen Menschen aus dem Ostraum über See gerettet (vergl. dazu Deutsche Notizen 1945—65, S. 297).

Es ging nun freilich für Dönitz nicht nur um diese Seetransporte, sondern um die ganze Ostfront von Stettin bis Graz — so vielen Soldaten wie möglich sollte das ungewisse Los sowjetischer Kriegsgefangenschaft erspart werden. Wie recht Dönitz damit hatte, erwies sich später in tragischer Weise. So kehrten von den 190000 Stalingradgefangenen nur noch 6000 lebend in die Heimat zurück. Es bedeutete Lebensrettung für Millionen, daß — trotz des zahlenmäßig viel stärkeren Wehrmachtseinsatzes im Osten — von den etwa 9 Millionen deutschen Soldaten im Mai 1945 mehr als sechzig Prozent noch in westliche Kriegsgefangenschaft geführt werden konnten.

Schon am Tage nach der Nordraum-Kapitulation entsandte Dönitz den Generaloberst Jodl nach Reims, wo sich das Hauptquartier des amerikanischen Oberbefehlshabers Eisenhower befand. Jodls Auftrag und Absicht war es, zunächst eine Teilkapitulation der deutschen Truppen an der Westfront durchzusetzen und — falls das nicht erreichbar wäre — eine militärische Gesamtkapitulation mit *zwei* Terminen: einem früheren im Westen, einem späteren für die Ostfront. In dieser Zwischenzeit sollten noch viele Divisionen und Flüchtlingstrecks im Eilmarsch Richtung Westen Raum gewinnen.

Generaloberst Jodl traf am 6. Mai 1945 in Reims ein und sah sich bornierter amerikanischer Verständnislosigkeit gegenüber. Über die

stundenlange Auseinandersetzung ist eine Niederschrift im Kriegstagebuch des OKW erhalten geblieben. Um den notwendigen Zeitgewinn durchzusetzen, ging Jodl so weit, eine einseitige deutsche Kampfeinstellung gegenüber dem Westen anzubieten; es wurde ihm bedeutet, das sei „ganz unmöglich". Eisenhower brüstete sich später in seinen Erinnerungen, er habe damit gedroht, er werde „unter *Gewaltanwendung* das Zurückströmen deutscher Soldaten und *Zivilisten* nach dem Westen verhindern."

Schließlich sagte Jodl dem amerikanischen General Bedell-Smith: „Warum schließen wir dann überhaupt einen Vertrag?" Mit dieser kühnen Drohung seiner Abreise brachte Jodl schließlich auch Eisenhower zur Vernunft. Wenn auch nicht die gewünschten 72 Stunden, so erreichte Jodl doch wenigstens 48 Stunden Zeitdifferenz zwischen der Unterzeichnung der Kapitulation in Reims (7. Mai früh 2.41 Uhr) und dem Inkrafttreten des Waffenstillstandes an der Ostfront (9. Mai, 0.00 Uhr). Jodls entschlossenem Auftreten würden noch mehr Flüchtlinge und Soldaten das Leben verdanken, hätte Eisenhower nicht in den ersten Wochen nach der Kapitulation noch Zehntausende von Kriegsgefangenen den Sowjets übergeben lassen. Eine weitere historisch-politische Tatsache jenes „Vertrages" bleibt heute von Bedeutung: sowohl Generaloberst Jodl in Reims wie am nächsten Tag Generalfeldmarschall Keitel in Karlshorst unterzeichnete nur ein Dokument, das mit den Worten „Urkunde für die militärische Kapitulation" überschrieben war. Der Text wurde damals nicht veröffentlicht, sonst wäre das Propagandaschlagwort einer „bedingungslosen Kapitulation *Deutschlands*" in der ersten Stunde widerlegt gewesen. Vier der insgesamt fünf Punkte des Dokuments (Wortlaut skizziert in dem Buch „Potsdam 1945 — Ein kritischer Bericht", S. 63) handeln ausschließlich von der Waffenniederlegung der deutschen Truppen. Politischen Charakter hat nur Punkt 4 dieser Urkunde; er lautet:

> „Die Urkunde militärischer Übergabe präjudiziert nicht ihre Ersetzung durch ein allgemeines Kapitulationsinstrument, das von und im Namen der Vereinten Nationen Deutschland und den Streitkräften in ihrer Gesamtheit auferlegt wird."

Jodl und Dönitz verstanden diesen Text zutreffend dahin, daß die Reichsregierung nach der militärischen Kapitulation noch ein weite-

res Dokument zu prüfen habe, in dem politische Bedingungen formuliert sein würden. Daß diese nicht seitens der „Alliierten", sondern durch die „Vereinten Nationen" entworfen werden sollten, dürfte als vertrauenerweckend gelten. Als Programm dieser „Weltfriedens-Organisation" waren bereits zahlreiche Grundsätze zur Sicherung des Lebens- und Selbstbestimmungsrechtes der Völker verkündet worden — ein Morgenthau-Plan ließ sich hier nicht unterbringen. Ob deshalb oder aus anderen Gründen: Der deutschen Regierung wurde das in Punkt 4 der Urkunde vom 8. Mai 1945 angekündigte zusätzliche Dokument *niemals vorgelegt;* eine *politische* Kapitulation hat im Jahr 1945 *nicht stattgefunden.*

Nach der Kapitulation der deutschen Streitkräfte, die am 9. Mai 1945 in Kraft trat, war zwar die militärische, nicht jedoch die völkerrechtliche politische Lage in Mitteleuropa geändert. Den alliierten Streitkräften war die Möglichkeit eröffnet worden, ohne weiteren Widerstand das ganze Reichsgebiet zu besetzen. Dies geschah anschließend — allerdings mit Ausnahme eines Sondergebietes in Flensburg-Mürwick. Dieses wurde als Sitz der Reichsregierung und des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht freigehalten. Auch der Funkverkehr der Regierung Dönitz wurde nicht behindert. Das war ein folgerichtiges Verhalten der Alliierten: Um sich die vollständige Niederkämpfung des bewaffneten deutschen Widerstandes zu ersparen, waren sie mit der Regierung des besiegten Staates in ein Vertragsverhältnis getreten. Sie hatten damit auch auf eine „Debellation" verzichtet — davon sprechen die Völkerrechtler, wenn die Auslöschung eines Staatswesens durch die militärischen Sieger bezeichnet werden soll.

Einige Tage lang hatte es den Anschein, als ob die tatsächlich gegebene Völkerrechtslage von den Alliierten respektiert werden würde. Abgesehen davon, daß in mehreren Tagen der Waffenniederlegung die militärischen Angelegenheiten durch einen deutschen General im Hauptquartier Eisenhowers behandelt wurden, der mit dem OKW in Flensburg laufende Verbindung hielt, erschien am 12. Mai in Mürwick unter Leitung des amerikanischen Generals Rocks eine „alliierte Überwachungskommission", der auch britische und sowjetische Mitglieder angehörten. Sie wurde auf Schiffen untergebracht. Am 13. Mai vormittags ließ General Rocks den Großadmi-

ral Dönitz um 12 Uhr um seinen Besuch auf der „Patria“ ersuchen. Als Dönitz an Bord erschien, wurde er korrekt empfangen — sogar mit präsentiertem Posten, was angesichts des noch bestehenden Kriegszustandes protokollarisch übertrieben war, aber der Stellung von Dönitz als Staatsoberhaupt entsprach.

Hinsichtlich der künftigen Regelung der deutschen Verhältnisse begann ein lebhafter Verkehr zwischen der „alliierten Überwachungskommission“ und der Regierung Dönitz. Dönitz tat unterdes das Seinige, um den Alliierten die Anerkennung seiner Regierung nicht zu erschweren. Bereits am 4. Mai hatte er die bisherigen Befugnisse des „Reichsführers SS“ als erloschen erklärt; dann erließ er Aufrufe zur Einstellung jeder deutschen Widerstandstätigkeit; er verfügte die Auflösung der NSDAP und erteilte den Auftrag, die von der gegnerischen Propaganda groß herausgestellten Zustände in den bisherigen Konzentrationslagern durch das deutsche Reichsgericht zu untersuchen. In diesen Tagen erschienen auch zahlreiche ausländische Pressevertreter in Flensburg; am 15. Mai verbreitete die amerikanische Nachrichten-Agentur „United Press“ ein Interview, das Graf Schwerin Krosigk dem britischen Rundfunk (BBC) gewährt hatte und in dem der Minister die Ansicht äußerte, daß er und vier Kollegen der Regierung Dönitz durchweg Fachleute seien, „denen jetzt die große Aufgabe zukomme, Nahrung, Unterkunft und Arbeit für das deutsche Volk zu beschaffen“.

Der Reichsminister Speer war freilich der Ansicht, daß die Dönitz-Regierung zurücktreten sollte. Er glaubte — wie Dönitz in seinen Erinnerungen berichtete — „für seine Person, daß die Amerikaner weiterhin zusammenarbeiten würden“. Dönitz dagegen war der Ansicht:

„Der Reichspräsident und seine behelfsmäßige Regierung stellten die Reichseinheit dar. In der bedingungslosen Kapitulation hatte ausdrücklich nur die Deutsche Wehrmacht kapituliert. Der deutsche Staat hatte nicht aufgehört zu bestehen ... Ich durfte jetzt keinesfalls, was auch geschehen möge, freiwillig mit der behelfsmäßigen Reichsregierung zurücktreten. Dann konnten die Sieger mit Recht erklären: Da die für alle Zonen Deutschlands zuständige Reichsregierung davongelaufen ist, blieb uns nichts anderes übrig, als in einzelnen Besatzungsgebieten besondere deutsche Re-

gierungen aufzustellen und die Souveränität in den Zonen durch eigene Militärregierung ausüben zu lassen."

In diesen Überlegungen Dönitz' war der Kern der Angelegenheit angesprochen: Die völkerrechtlich ganz zweifelsfreie Existenz der Reichsregierung Dönitz stand tatsächlich dem freien Schalten und Walten der Siegermächte im deutschen Raum — insbesondere hinsichtlich künftiger Regelungen — ernstlich im Wege.

Diese Lage wurde zunächst von Stalin mit sicherem Blick erkannt, während Churchill — wie wir heute wissen — dringend für den Fortbestand der Regierung Dönitz eintrat. Aus den Erinnerungen des Präsidenten Truman wissen wir, daß in dieser Angelegenheit am 16. Mai General Eisenhower mit dem britischen Premierminister in London konferierte. Eisenhower erhielt bei dieser Gelegenheit ein Memorandum des Foreign Office, das die „Notwendigkeit" betonte, eine — wenn auch provisorische deutsche Regierung — in Tätigkeit zu halten. Die deutschen Probleme müßten von den Deutschen selbst gelöst werden, „am besten durch einige der jetzt in unserer Hand befindlichen Generäle", denen das deutsche Volk Gehorsam leisten würde.

Diese Argumente bleiben Moskau nicht unbekannt, und Stalin ordnete ein propagandistisches Trommelfeuer an, das am 17. Mai durch Radio Moskau eingeleitet wurde, und am 20. Mai schoß die Moskauer Prawda eine volle Breitseite: Einige alliierte Kreise hielten es „nach wie vor für notwendig, die Dienste von Dönitz und seiner Mitarbeiter in Anspruch zu nehmen". Im britischen Parlament sei diese „Bande" als „Verwaltung Dönitz" bezeichnet worden. Die Engländer liebten bekanntlich die Paradoxe, jedoch sei „das Paradox mit Dönitz nicht nur lächerlich, sondern auch gefährlich".

Am 20. Mai 1945 war diese sowjetische Erklärung in Moskau veröffentlicht worden — und am 22. Mai erhielt Dönitz die Aufforderung, am darauffolgenden Morgen zusammen mit Generaloberst Jodl und Generaladmiral von Friedeburg auf der „Patria" zu erscheinen.

Diesmal erwartete ihn kein englischer Oberstleutnant, kein Posten präsentierte, dagegen war eine Fülle von Pressefotografen erschienen.

In Anwesenheit eines Sowjet-Generals wurde Dönitz eröffnet, daß er sich nunmehr als Kriegsgefangener zu betrachten habe. Die offizielle Bekanntgabe des Vorgangs aus dem Hauptquartier Eisenhowers wiederholte dann eifrig der Ton des „Prawda"-Leitartikels:

„Das alliierte Oberkommando gab laut United Press bekannt, daß Großadmiral Dönitz und alle Mitglieder der sog. ‚Dönitz-Clique', die sich bisher als deutsche Regierung bezeichneten, als Kriegsgefangene in Gewahrsam genommen wurden. Unter den Verhafteten befinden sich auch alle Mitglieder des deutschen Oberkommandos der Wehrmacht in Flensburg."

Das alliierte Oberkommando vergaß hinzuzufügen, daß es noch zwei Wochen vorher mit dieser „Dönitz-Clique", die sich bisher als deutsche Regierung bezeichnete, einen „Staatsvertrag über die Waffenniederlegung der deutschen Streitkräfte" abgeschlossen hatte.

Immerhin bleibt es bemerkenswert, daß Stalin die „Flucht in die Öffentlichkeit" antreten mußte, bevor er seine Alliierten dazu bewegen konnte, die Brücke des Völkerrechts hinter sich zu verbrennen. Dann allerdings ging es hemmungslos vorwärts auf dem eingeschlagenen Weg: „Dem Sieger ist alles erlaubt ..."

Welcher staatsrechtliche Zustand in Deutschland seit dem 23. Mai 1945 besteht, ist unter den Fachgelehrten umstritten. Am 5. Juni 1945 wurde durch eine gemeinsame Erklärung der Besatzungsmächte die Theorie der „debellation" verkündet, wobei in dieser Proklamation zur Einrichtung eines sog. „Kontrollrates für Deutschland" manche Teile des ursprünglichen Entwurfes für die Kapitulationsbedingungen verwendet wurden.

In diesem Zusammenhang ist bedeutsam, daß bereits am 7. Juni 1945 von deutscher Seite eine schriftliche Klarstellung erfolgte, die freilich weitgehend verschwiegen wird. Im Kriegsgefangenenlager Bad Mondorf wurde den dort Inhaftierten eine amerikanische Verlautbarung vorgelesen, die den Satz enthielt, „der deutsche Staat habe zu bestehen aufgehört". Da ließ Dönitz dem amerikanischen Lagerkommandanten die nachstehende Erklärung schriftlich übergeben:

„Durch die mit einer Vollmacht am 9. Mai abgeschlossene bedingungslose Kapitulation der drei Wehrmachtsteile hat weder das

Deutsche Reich aufgehört zu bestehen, noch ist dadurch mein Amt als Staatsoberhaupt beendet worden. Auch die von mir berufene Geschäftsführende Regierung ist im Amt geblieben; mit ihr hat die alliierte Überwachungskommission in Flensburg bis zum 23. Mai in Geschäftsverkehr gestanden. Die im Anschluß an die Kapitulation erfolgende vollständige Besetzung des deutschen Reichsgebietes hat an dieser Rechtslage nichts geändert. Sie hat nur mich und meine Regierung tatsächlich behindert, in Deutschland Regierungshandlungen zu vollziehen. Ebensowenig konnte meine und meiner Regierung Gefangennahme auf die dargelegte Rechtslage Einfluß haben."

Politisch von Bedeutung war nach dem schmutzigen Vorgang der Verhaftung der Reichsregierung Dönitz und des Oberkommandos der Wehrmacht, daß bereits eine wichtige Vorentscheidung zur Potsdamer Konferenz getroffen war: Die Existenz eines deutschen Staatswesens sollte geleugnet, Deutschland als Siegerbeute behandelt werden.

Churchill, Stalin und die Verhaftung der Reichsregierung

Während der deutschen Katastrophenwochen und im alliierten Siegesrausch des Mai 1945 blieb manches Geschehen, das noch bis heute politische Beachtung verdient, entweder von der Öffentlichkeit unverstanden oder überhaupt geheim.

So wissen wir erst seit 1961 durch die amerikanische Veröffentlichung der Potsdam-Dokumente, daß der britische Kriegspremierminister Churchill Anfang Mai 1945 — also reichlich spät, aber immerhin noch im letzten Augenblick — mit geradezu entsetzten Augen erkannte, was der Sieg der antideutschen Kriegsfront für Europa in Wirklichkeit bedeutete.

Am 6. Mai 1945, an dem Tage, an dem Großadmiral Dönitz als deutsches Reichsoberhaupt gerade seine Bevollmächtigten entsandte, um die militärische Kapitulation der deutschen Streitkräfte zunächst mit dem britischen Oberbefehlshaber Montgomery, anschließend mit dem amerikanischen General Eisenhower auszuhandeln (vgl. Seite 82 ff.), richtete Churchill an den USA-Präsidenten Truman eine dringende Geheimbotschaft. Darin regte er eine möglichst sofortige

Konferenz mit Stalin an und forderte die Amerikaner auf, die Tage der deutschen Kapitulation zu möglichst ausgreifendem militärischem Geländegewinn nach Osten zu nutzen. Churchill verdeutlichte seine Zukunftssorgen durch Beifügung eines Telegramms, das er am 4. Mai von London aus bereits seinem Außenminister Eden nach San Franzisko gesandt hatte. Darin schilderte er in dramatischen Worten, was sich dann infolge des militärischen Zusammenbruchs der deutschen Wehrmacht in der Tat ereignete:

„Ich fürchte, schreckliche Dinge haben sich während des russischen Vordringens durch Deutschland bis zur Elbe ereignet. Der vorgesehene Rückzug der amerikanischen Armee zu den Besatzungslinien, die mit den Russen und Amerikanern in Quebec vereinbart worden waren und die auf der Landkarte gelb eingezeichnet wurden, die wir dort studierten, würde bedeuten, daß die Flut russischer Herrschaft auf einer Breite von 300 oder 400 Meilen um 120 Meilen vorwärts fegt. Das würde ein Ereignis sein, das, wenn es einträte, einer der düstersten in der Geschichte wäre (of the most melancholy in history) ... Das bedeutet ein Ereignis in der Geschichte Europas, zu dem es keine Parallele gibt und das die Alliierten in ihrem langen und gefährlichen Kampf nicht vorhergesehen haben."

Zu diesem Satz (volles Zitat des Dokumentes in meinem Buch „Potsdam 1945 — Ein kritischer Bericht" S. 33—35) ist nüchtern zu sagen: Sowohl Churchill wie Trumans Vorgänger Präsident Roosevelt mußten dieses Geschehen in Wirklichkeit sehr genau vorhergesehen haben; sie haben in der Konferenz von Quebec (September 1944) diese „Zonen" quer durch Deutschland selbst festgesetzt.

Für die seitherige Nachkriegspropaganda ist es bezeichnend, daß sowohl Churchill wie Truman in ihren Erinnerungen die leidenschaftlichen Telegramme, die der Premierminister Anfang Mai 1945 von London nach den USA sandte, zwar erwähnen, sie aber nicht im Wortlaut wiedergeben. Bekanntlich wurden die britischen Warnrufe in Washington völlig unbeachtet gelassen: Wie Eisenhower schon Anfang April mit seinen Divisionen an der Elbe stehengeblieben war, um den Russen ihren Griff auf Berlin zu ermöglichen, so wurde US-General Patton auf Befehl von oben gehindert, Prag einzunehmen;

schließlich ordnete Präsident Truman noch Ende Juni 1945 die Auslieferung Leipzigs und ganz Thüringens, wohin die US-Truppen bis zum Ende der Kampfhandlungen vorgedrungen waren, an die Sowjets an — insgesamt ein weltpolitisches Drama, das noch der historischen Schilderung harrt.

Was geht uns Potsdam an?

Aktueller Rückblick auf eine fragwürdige Siegerkonferenz
Geschrieben am 20. Juli 1970 (DWZ)

In der Juli-Ausgabe 1970 der Moskauer Monatsschrift „Internationales Leben" — Sprachrohr des sowjetischen Außenministeriums — wurde aus Anlaß des 25. Jahrestages der Potsdam-Konferenz das damalige „Abkommen" gefeiert, in dem Stalin, US-Präsident Truman und Attlee, der britische Labour-Premierminister jener Tage, ihre Siegerpolitik gegenüber Deutschland in einem gehässigen Wortschwall formuliert hatten.

Der heutige sowjetische Artikelschreiber bläst dem zum Besuch angekündigten bundesdeutschen Außenminister Scheel bereits vorsorglich den Marsch: „Aggressoren werden nicht gefragt, wie der Frieden aussehen soll. Nicht sie entscheiden über die Gültigkeit des Potsdamer Abkommens. Es lebte, es lebt und wird weiterleben!" (Zitat nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Juli 70.)

Im Munde derer, die im Verlauf des Zweiten Weltkrieges den Botschaftern von vier Ländern ebenso überraschende wie unbegründete Kriegserklärungen ausgehändigt haben, als es kein Risiko mehr war, solches zu tun (Polen: Mitte September 1939, Finnland: Ende November 1939, Bulgarien: Anfang September 1944, Japan: am 10. August 1945), klingt die Phrase von den „Aggressoren" nur als dreiste Polemik. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!

Politisch ernst zu nehmen ist dagegen das leidenschaftliche Bekenntnis zu „Potsdam". Diese Erklärung der offiziösen Moskauer Regierungs-Zeitschrift stellt das beabsichtigte „Gewaltverzicht"-Abkommen, das diesbezügliche „Bahr-Papier" und die eifrige Anreise des Außenministers Scheel in die sowjetische Hauptstadt unter ein beunruhigendes Vorzeichen: Offenkundig will die sowjetische Regierung den beabsichtigten Bonner Unterschriften den Sinn einer bundesdeutschen Zustimmung zu jener Siegerkonferenz und ihren „Beschlüssen" unterstellen.

Es ist auf Seite 81 ff. dieses Buches („Regierung Dönitz") bereits daran erinnert worden, daß mit der Waffenniederlegung der deutschen Streitkräfte ab 8. Mai 1945 keine *politische* Erklärung verbunden war, daß die Reichsregierung Dönitz ihre Funktionen auch nach der Beendigung der Feindseligkeiten ausübte und erst durch die von sowjetischer Seite veranlaßte Verhaftung am 23. Mai 1945 an weiterer Regierungstätigkeit gehindert wurde — ein völkerrechtswidriger Vorgang, gegen den der letzte Reichspräsident Dönitz Protest erhoben hat.

Es gab weder damals noch seither eine rechtlich bedeutsame Zustimmung zu dem, was die Siegermächte im Jahre 1945 in Deutschland und mit Deutschland unternommen haben, insbesondere nicht zur Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten und erst recht nicht zur Teilung des Deutschen Reiches in mehrere Staatsgebilde. Dies aber waren die Hauptthemen aller Siegerkonferenzen des Zweiten Weltkrieges, deren abschließende vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Schloß Cecilienhof bei Potsdam ohne auch nur einen einzigen deutschen Zuschauer oder gar Teilnehmer stattfand.

Bei sorgfältiger Betrachtung der dortigen Vorgänge — die amerikanischen Konferenz-Protokolle sind inzwischen veröffentlicht worden (deutsche Übersetzung in „Potsdam 1945 — Ein kritischer Bericht", Leoni 1962) wird freilich deutlich, daß hinsichtlich der deutschen Frage nicht einmal ernstlich von „Beschlüssen" gesprochen werden kann, die erst dort gefaßt worden wären und dann anschließende Folgen gehabt hätten.

In Wirklichkeit hatte Stalin alle nach seiner Ansicht für die Sowjetunion wichtigen Regelungen in den vorhergegangenen Wochen bereits *vor*entschieden, und der amerikanische Präsident hatte zu diesem Geschehen trotz besorgter — allzu verspäteter — Beschwörungen seitens des britischen Premierministers Churchill das Seinige beigetragen. Diese Vorgeschichte der Potsdamer Konferenz war für das deutsche und englische Schicksal wichtiger als die oberflächlichen Wortgefechte am runden Tisch:

1. Stalin forderte und Truman bewilligte bereits mehrere Wochen vor dem Zusammentritt der Konferenz die Übergabe der territorialen Faustpfänder, die die amerikanischen Truppen seit dem 8. Mai 1945

in der Hand hielten: die Städte Schwerin, Halle, Leipzig, Karlsbad, Pilsen, Budweis mit den dazugehörigen Gebieten, darunter das ganze Land Thüringen. Am 1. und 2. Juli 1945 fand die riesige westliche Rückzugs-Aktion zwischen Ostsee und Donau statt — ein wahrlich folgenreiches, tragisches Geschehen, das der sowjetischen Besatzungszone erst die Industriegebiete zuteilte, die es den Sowjets später gestatteten, ihre „Deutsche Demokratische Republik" lebensfähig zu begründen.

2. Stalin übergab — ohne die westlichen Alliierten auch nur zu verständigen — schon im Mai und Juni 1945 die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße einschließlich der Stadt Stettin an die von ihm eingesetzte und von Moskau abhängige polnische Regierung.

3. Stalin schloß am 29. Juni 1945 mit der neubegründeten Tschecho-Slowakei ein Abkommen, durch das von deren früherem Staatsgebiet die Karpatho-Ukraine abgetrennt und der Sowjetunion einverleibt wurde. Bereits am 3. Juli — zwei Tage nach dem Abzug der amerikanischen Truppen aus den sudetendeutschen Gebieten — verkündete die Prager Regierung — von Moskau unterstützt — ihr Programm der deutschen Austreibung, dessen Durchführung sofort begann.

Alles das geschah in Mitteleuropa mit stillschweigender Billigung der amerikanischen und gegen den nur schwächlichen Widerspruch der britischen Regierung, bevor die Zeremonie der Potsdamer Konferenz ihren Anfang nahm.

Deren „Beschlüsse" in europäischen Angelegenheiten waren und blieben nur insoweit von Bedeutung, als sie Stalins „vollendete Tatsachen" ausdrücklich sanktionierten oder ihnen eine spätere Zustimmung für die „Friedenskonferenz" in Aussicht stellten. Das erstere war der Fall hinsichtlich der Deutschen-Austreibung aus dem Sudetenland, der letztere in bezug auf die Oder-Neiße-Linie. Hier war der Kompromiß lahm genug: die Amerikaner stimmten zu, daß die ostdeutschen Gebiete der „polnischen Verwaltung" unterstellt blieben, ohne daß deshalb Polen zur Besatzungsmacht wurde — immerhin wurde gesagt, daß „die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll".

Hinsichtlich Deutschlands befand man, daß es „in den Grenzen von 1937" (ein für die Potsdam-Konferenz typischer Unsinn: jeder

Friedensvertrag muß logischerweise von dem Zustand bei Kriegsausbruch ausgehen!) „während der Besatzungszeit als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten" sei.

Wir wissen heute, daß dieser „Potsdamer Beschluß" nicht das Papier wert war, auf dem er niedergeschrieben wurde: Ostdeutschland blieb so geteilt, wie die sowjetische Besatzungsgrenze seit dem 2. Juli 1945 verlief; nur Österreich ist seither besatzungsfei geworden.

In dem Vierteljahrhundert, das inzwischen vergangen ist, wurde häufig und mit mancherlei Gründen darüber orakelt, weshalb der amerikanische Präsident Truman sich in jenen verhängnisvollen Monaten so ahnungslos und willfährig von Stalin nicht nur beeindrukken, sondern geradezu beherrschen ließ, weshalb er die zahlreichen Warnungen in den Wind schlug, die ihm sowohl Churchill wie auch manche eigene Mitarbeiter oft und leidenschaftlich vorhielten.

Wie auch immer wir dieses historische Rätsel beantworten wollen — über *einen* Punkt gibt es keinen Zweifel: Während Stalin unentwegt und hauptsächlich die machtpolitische Verankerung des sowjetischen Imperiums in Ost- und Mitteleuropa im Auge hatte, dachte der amerikanische Präsident vor allem an Ostasien, in jenen Wochen, wo der Krieg mit Japan noch im Gange war. Oberflächliche Beobachter mögen sich mit der Erklärung begnügen, Truman habe um dieses fernen und schwierigen Kriegsschauplatzes willen Stalins Gunst nötig gehabt, und es sei ein ernstes militärisches Interesse der USA gewesen, die Sowjets zu einem Bruch ihres „Nichtangriffspaktes" und zur Kriegserklärung an Japan zu bewegen.

Eine sorgfältigere Prüfung der historisch-politischen Sachverhalte kommt freilich zu anderen Ergebnissen:

Da ist zunächst zu sagen, daß die japanische Regierung bereits seit den ersten Apriltagen 1945 immer wieder vergebliche Friedensfühler ausstreckte; schließlich wollte der japanische Kaiser den Fürsten Konoye nach Moskau entsenden, um eine Friedensvermittlung der Sowjet-Regierung zu erwirken. Von dieser Affäre berichten auch die Potsdam-Dokumente. Stalin erzählte Truman von dem japanischen Schritt und versicherte ihm, daß die sowjetische Antwort „natürlich negativ" sein werde. Das Potsdam-Protokoll (a.a.O., S. 335) bemerkte dazu: „Der Präsident dankte Marschall Stalin".

Es ist mittlerweile auch sehr deutlich geworden, warum Truman

von der japanischen Friedensbereitschaft nichts wissen wollte: Seit dem 16. Juli 1945 — einen Tag vor dem Beginn der Potsdam-Konferenz — wußte der Präsident, daß die neuentwickelte Atombombe einsatzbereit war — die erste Probeexplosion in Alamogordo hatte stattgefunden und Erfolg gehabt. Der US-Kriegsminister Stimson zog zwar daraus den richtigen Schluß, „daß weitere diplomatische Bemühungen, die Russen in den Pazifik-Krieg zu ziehen, nunmehr weitgehend sinnlos" seien, Präsident Truman aber dachte anders: Er wollte die neue Bombe jedenfalls noch zum Einsatz bringen, und zwar am lebenden Objekt einer japanischen Stadt. Deshalb, so meinte er, dürfe der Krieg nicht vorzeitig zu Ende gehen, und das wiederum glaubte er nur dann bewirken zu können, wenn er Stalin bei Laune hielt.

Es genügt, die beiden Hauptmerkmale jenes makabren Spiels anzudeuten, das sich damals vollzog — die ersten Opfer waren die 200 000 japanischen Männer, Frauen und Kinder, die in Hiroshima und Nagasaki ungewarnt vom Atomtod überfallen wurden. In weiterer Folge des anschließenden sowjetischen Kriegseintrittes wurde Mao Tse tung in China in den Sattel gesetzt — mit den Waffen ausgestattet, die die Sowjets der japanischen Armee nach ihrem Drei-Tage-Krieg in der Mandschurei abnahmen.

Sich dieser Zusammenhänge erinnern, heißt freilich auch erkennen, was allein in Potsdam noch zur Debatte stand und erst hier entschieden wurde: statt Frieden mit Japan der Bombenwurf auf Hiroshima.

Alle bedeutenden *deutschen* Angelegenheiten waren schon vorweg geregelt worden: von Stalin allein. Hier leisteten die Amerikaner und die Engländer nur noch Unterschriften, in einigen Punkten verklausuliert, in der Hauptsache aber zweifelsfrei: Deutschland galt als Siegerbeute, kein einziger Gedanke wurde an den politischen Willen oder an die Lebensinteressen des deutschen Volkes gewendet.

*

Mit diesem Rückblick ist auch das Entscheidende zu der heute wieder brennend gewordenen Frage gesagt: Was geht uns Potsdam an?

Dort haben die Siegermächte über Angelegenheiten Vereinbarungen getroffen, die für das Schicksal Ostasiens bedeutend, für Europa nur noch indirekt wichtig waren. Mit Rücksicht auf den Japan-Krieg hat der amerikanische Präsident sich zu bequemen Unterschriften in allen noch europäischen Angelegenheiten verleiten lassen. Kein Deutscher, auch kein Franzose, kein Pole, kein Tscheche, kein Ungar war an diesem politischen Handel beteiligt. Niemand wurde auch nur darüber gefragt.

Eine verpflichtende deutsche Unterschrift unter das, was Stalin damals in überlegener Verhandlungstaktik seinem Konkurrenzpartner abzunötigen verstand, hätte freilich 1945 ebensowenig geleistet werden können, wie das heute der Fall ist. Auch im Völkerrecht ist der Nichtigkeits-Einwand der Sittenwidrigkeit denkbar. Kein Politiker besitzt die Legitimation, einer Austreibung von Millionen eigener Volksgenossen aus tausendjährig angestammten Siedlungsgebieten oder die mutwillige Errichtung von Stacheldraht- und Mauergrenzen mitten durch den nationalen Lebensraum verbindlich zuzustimmen. Regierungen — gleich welcher Art — sind weder berufen noch berechtigt, so weitgehend über das Schicksal zu verfügen. Völker befinden sich nicht im Privatbesitz ihrer Regenten; mittelalterliche Vorstellungen dieser Art gehören längst der Vergangenheit an, schon die Grundbegriffe eines „Völker"-Rechtes widersprechen ihnen.

Darüber sich Rechenschaft zu geben, sind diejenigen aufgerufen, die heute — ein Vierteljahrhundert nach Potsdam — im Ernst daran denken, diese fragwürdige Siegerkonferenz zum europäischen Fetisch zu erheben.

Wer für die Zukunft unseres Kontinents eine dauerhafte Friedensordnung erhofft, kann nicht mit einer Anerkennung von Potsdam beginnen, sondern muß im Gegenteil die *Revision* fordern.

Geschehenes Unrecht wird nicht dadurch erträglich, daß man sich vor ihm beugt, sondern nur dadurch, daß man es ändert.

Die amerikanisch-sowjetische Japan-Verschwörung

Der Geheimvertrag für einen Angriffskrieg
Geschrieben am 1. Aug. 1970 (DWZ)

Ein und der gleiche Tag — der 8. August 1945 — ist durch zwei unterschiedliche Geschehnisse im Buch der Geschichte unserer Zeit verzeichnet.

In *London* erließen die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges ein salbungsvolles „Statut", in dem sie die jahrelangen „Kriegsverbrecher-Prozesse" in Nürnberg und Tokyo in Gang setzten. Als strafbare Handlung, für die verantwortliche Staatsmänner persönlich zur Rechenschaft zu ziehen seien, wurde an erster Stelle das „Verbrechen gegen den Frieden" erklärt, nämlich: „Planen, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Abkommen oder Zusicherungen" (so der Wortlaut des Statuts).

In *Moskau* bestellte sich am gleichen 8. August 1945 für 17 Uhr nachmittags der sowjetische Außenminister Molotow den Botschafter Japans und erklärte ihm in dürren Worten den Krieg — ungeachtet des noch in Kraft befindlichen, Mitte April 1941 in Moskau abgeschlossenen sowjetisch-japanischen „Fünf-Jahres-Paktes der Freundschaft und Neutralität". Molotow erklärte schlicht, die „Alliierten" hätten die Sowjetunion „aufgefordert", sich dem Krieg gegen Japan anzuschließen, um ihn abzukürzen. Schlichter ist im 20. Jahrhundert wohl kaum eine Kriegserklärung begründet worden; sie traf auch nie in Tokyo ein; hier wurde man über den sowjetischen Angriff durch den Rundfunk unterrichtet.

Um es genau zu sagen: der sowjetische Botschafter Malik meldete sich am 9. August noch einmal beim Außenminister Togo an und wurde von diesem am 10. August 1945 empfangen:

„Malik erklärte, er habe jetzt auf Weisung seiner Regierung die Kriegserklärung zu überbringen. Nachdem ich seine Erklärung bis zum Ende angehört hatte, erinnerte ich ihn daran, daß sein Land uns angegriffen habe, während der Neutralitätsvertrag zwischen der UdSSR und Japan noch voll in Kraft war, und ich wies auch auf das sowjetische Verhalten hin, einen Krieg gegen uns zu beginnen, bevor unser Ansuchen um Moskaus gute Dienste für einen Friedensschluß beantwortet war."

Dieser Bericht des damaligen japanischen Außenministers Togo in seinen Erinnerungen verweist auf eine Vorgeschichte, die heute allenthalben mit Schweigen übergangen wird, obwohl sie die historische Erklärung für die inzwischen eingetretene Verwirrung des ganzen ostasiatischen Bereiches bietet.

*

Angesichts des sich abzeichnenden deutschen Zusammenbruches war am 6. April 1945 die japanische Regierung Koiso zurückgetreten.

Ihr Außenminister Shigemitsu hatte in den letzten Tagen seiner Amtszeit noch den schwedischen Gesandten Bagge, der nach Stockholm zurückkehrte, beauftragt, bei den westlichen Alliierten die Bedingungen zu erkunden, unter denen Japan Frieden schließen könne. Dieser Schritt des Außenministers Shigemitsu stand zwar im Widerspruch zu dem noch in Geltung befindlichen Bündnis mit Deutschland, aber unter so krassen Umständen, wie sie nun eingetreten waren, mochte die Außerachtlassung dieser Rücksicht als entschuldbar gelten.

Eigentlich bedurfte es kaum einer Nachfrage bei den Alliierten: Die amerikanische, englische und chinesische Regierung hatten längst klargelegt, daß Japan im Fall seiner Niederlage auf alle Besitzungen und Ansprüche auf dem asiatischen Festland zu verzichten habe und räumlich wieder auf seine Inseln beschränkt werden würde.

Aber seit der Casablanca-Erklärung Roosevelts vom Januar 1943 war das Schlagwort von der „bedingungslosen Kapitulation" geprägt, die sowohl Deutschland wie auch Japan auferlegt werde. Genau wie diese undefinierte und undefinierbare Vernichtungsformel es Hitler nicht erlaubte, den Kampf anders aufzugeben als auf den Trümmern

der Reichskanzlei, so sah sich auch die japanische Regierung vor die Frage gestellt, wie sie die politische Weiterexistenz des Staates sichern könne, wenn sie die Waffen niederlegte.

Zum Nachfolger des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Koiso ernannte der japanische Kaiser am 7. April 1945 den siebenundsiebzigjährigen Admiral Suzuki. Schon die Wahl eines so alten Herrn für das wichtige Amt machte deutlich, daß die kaiserliche Absicht auf Kriegsbeendigung gerichtet war.

Aus den heute bekannten Berichten über die seit April in Tokyo bereits entschiedene Politik der Kriegsbeendigung zeigt sich, daß der japanische Kronrat nur am 8. Juni 1945 noch einmal die Fortführung des Krieges ernsthaft erörterte — ganz offenbar unter dem niederschmetternden Eindruck des deutschen Schicksals, das für Japan keinen anderen Ausweg mehr zu zeigen schien als den eines Kampfes bis zum letzten Mann.

In solcher Weise wurde in jenen Tagen auf der Insel Okinawa tatsächlich Krieg geführt: von den 120000 japanischen Verteidigern auf der Insel fielen in 82 Kampftagen über 110000 Mann im Kampf; die Amerikaner konnten nur 7400 Gefangene machen; als die Verteidigung schließlich zusammenbrach, begingen der japanische General und sein Stabschef Harakiri; die Amerikaner hatten 183000 Mann mit 1321 Schiffen, darunter 18 Schlachtschiffe, 40 Flugzeugträger und 200 Zerstörer, eingesetzt — die größte Armada der Seekriegsgeschichte!

Die Verzweiflungsstimmung des 8. Juni 1945 wich wieder ruhiger Überlegung; inzwischen hatto Togo durch den früheren Ministerpräsidenten Hirota mit dem sowjetischen Botschafter Malik erste Verhandlungen führen lassen, die von dem Gedanken geleitet waren, den Sowjets beträchtliche Zugeständnisse anzubieten, um sie für die Vermittlerrolle geneigt zu machen.

Togo war des weitverbreiteten Glaubens, die Sowjetunion halte ihre Verträge peinlich genau ein, und so war er einigermaßen beruhigt, als Molotow dem japanischen Botschafter Sato am 27. April auf dessen von Togo veranlaßte Rückfrage ausdrücklich versicherte, „die Haltung der Sowjetunion im Zusammenhang mit der Beibehaltung der Neutralität habe sich nicht geändert" (Togo, S. 241). Aus den Akten erfuhr Togo auch, daß sein Vorgänger Shigemitsu schon im

Februar bei Molotow bezüglich der damaligen alliierten Konferenz hatte rückfragen lassen und die Versicherung erhielt, „in Jalta sei über Japan nicht diskutiert worden“ (Togo, a.a.O., S. 230).

Nun versicherte auch Botschafter Malik in seinem Gespräch mit Hirota, der Neutralitäts-Pakt sei noch in Kraft und werde deshalb geachtet!

Man kann also nicht sagen, Togo sei völlig blind ins Verderben gerannt, als er den Kaiser immer noch dahin beriet, daß der Weg über Moskau zum Frieden führen könne. In Wirklichkeit freilich wurde die japanische Regierung von Stalin in dem für ihn so wichtigen Punkte seiner Beteiligung am Ostasien-Krieg umsichtig und wirksam hinters Licht geführt. In seinen Erinnerungen vergleicht Togo das sowjetische Verhalten gegenüber Japan mit den Prozeduren, die Roosevelt im Sommer und Herbst 1941 anwandte, um den japanischen Angriff zu provozieren. Togo schreibt, die Männer des Kreml hätten ihn im Zusammenhang mit den Konferenzen von Teheran und Jalta „*in ähnlicher Weise betört*“.

*

Dieses Urteil war nicht übertrieben: In Wirklichkeit war während der Jalta-Konferenz über Japan nicht nur „diskutiert“, sondern sogar ein Geheimvertrag geschlossen worden, in dem die Sowjetunion ihren Angriff auf Japan für einen Zeitpunkt „zwei oder drei Monate, nachdem der Krieg in Europa beendet ist“ gegen einen ganzen Katalog von Zusicherungen der Amerikaner für zukünftige sowjetische Errungenschaften im chinesisch-japanischen Raum einschließlich der Abtretung der japanischen Kurilen-Inseln eintauschte. Das Dokument trägt die Unterschrift „J. Stalin — Franklin D. Roosevelt — Winston S. Churchill“ (der Wortlaut in: „Potsdam 1945 — Ein kritischer Bericht“, Leoni am Starnberger See 1962, S. 167.) Die drei waren sich der Anfechtbarkeit dieser Anstiftung Rußlands zu einem Angriffskrieg so sehr bewußt, daß sie sogar vereinbarten, ihren erstaunlichen Vertrag vor dem unmittelbar beteiligten Bundesgenossen Tschiang-Kai-schek geheimzuhalten. Erst im Juli 1945 erfuhr der damalige chinesische Staatschef, daß Roosevelt und Stalin über chinesische Interessen Verfügung getroffen hatten und daß die Vereinig-

ten Staaten in Jalta den Sowjets außerdem ähnliche Sonderrechte in China einräumten, wie sie den Japanern im Jahre 1941 verweigert worden waren! Tschiang-Kai-schek gegenüber gipfelte die politische Weisheit der Washingtoner Regierung in stetiger Einwirkung, er möge sich nicht nur mit der Sowjet-Regierung, sondern auch mit den chinesischen Kommunisten „verständigen“ und mit ihnen zusammen eine „repräsentative“ Regierung bilden. Diese führte schließlich Mitte August 1945 zu einem chinesisch-sowjetischen Vertrag, anschließend zur Übergabe wesentlicher Teile des japanischen Kriegsmaterials an die kommunistischen Streitkräfte und im Jahre 1948 zum Siege Mao Tse-tungs.

Es bedarf keiner Erörterung, daß die japanische Regierung den Sowjets keinen ähnlich verlockenden Preis für eine Friedensvermittlung in Aussicht stellen konnte; den ab Mitte Juni 1945 verstärkt einsetzenden Bemühungen des Außenministers Togo, die sowjetische Regierung zur Vermittlung eines baldigen Friedens zu bewegen, haftet angesichts der längst festgelegten Marschroute Moskaus ein geradezu rührender Zug an.

Es war in Tokyo bekannt geworden, daß Mitte Juli eine neue Zusammenkunft Stalins mit dem amerikanischen Präsidenten und dem britischen Premierminister stattfinden werde. Man legte nun größten Wert darauf, noch vor diesem Ereignis Japans Friedensbereitschaft in Moskau ganz zweifelsfrei bekanntzugeben. Am 29. Juni 1945 begab sich Togos Emissär Hirota erneut zum Sowjetbotschafter Malik und übergab ihm schriftlich die japanischen Vorschläge: Aufgabe der Mandschurei sowie der japanischen Fischereirechte in sowjetischen Gewässern und Bereitschaft zur Verhandlung über „jede andere Angelegenheit, über die die Sowjetunion zu verhandeln wünsche“. Als Togo einige Tage später Botschafter Malik zu sich bat, erklärte dieser, „krank“ zu sein. Durch einen Botschaftsbeamten ließ er mitteilen, die japanischen Vorschläge seien „durch Kurier“ nach Moskau unterwegs.

Zäh hielt der japanische Außenminister an der Vorstellung fest, Stalin sei der richtige Mann, durch den ein — wenn auch harter und verlustreicher — so doch wenigstens ehrenvoller Friede für Japan vermittelt werden könne: Nun wurde eine Mission direkt nach Moskau in Erwägung gezogen und vorbereitet. Der frühere Premiermini-

ster Konoye wurde ausersehen, unverzüglich als Sonderbotschafter des Kaisers entsandt zu werden. Am 8. Juli suchte Togo den Fürsten Konoye in dieser Angelegenheit auf, am 12. Juli wurde der Fürst in kaiserlicher Audienz empfangen. Am gleichen Tage erhielt der japanische Botschafter in Moskau ein langes Telegramm aus Tokyo, in dem ihm aufgetragen wurde, dem sowjetischen Außenminister Molotow offiziell den Wunsch des Kaisers nach einer „schnellen Beendigung des Krieges" zu übermitteln und um Einreise-Erlaubnis für Fürst Konoye als kaiserlichen Sonderbotschafter zu ersuchen. Im Hinblick auf die Dringlichkeit beabsichtigte Konoye auf dem Luftweg nach Moskau zu kommen; die sowjetische Regierung wurde ersucht, ein Flugzeug ab Mandschurei oder Tsitsikar zur Verfügung zu stellen. Für den Fall, daß es dem Sonderbotschafter nicht möglich sein werde, Moskau zu erreichen, bevor die Sowjet-Autoritäten zur Drei-Mächte-Konferenz abreisten, sollten Vorbereitungen getroffen werden, daß er mit ihnen sofort nach ihrer Rückkehr in Verbindung treten könne.

Botschafter Sato konnte Molotow nicht erreichen. Er wurde vom stellvertretenden sowjetischen Außenminister Lozowsky empfangen, dem er das japanische Ersuchen mitteilte und erläuterte. In langen Telegrammen berichtet Sato am 13. Juli über seine Versuche, eine Antwort zu erhalten; schließlich konnte er am 15. Juli nur mitteilen, daß Stalin und Molotow in der Nacht des 14. Juli Moskau verlassen hätten; es sei für beide vor ihrer Abreise „mindestens mehr als ein halber Tag Zeit gewesen"; trotzdem habe er nur die Antwort erhalten, daß hinsichtlich der sowjetischen Stellungnahme zur Entsendung eines Sonderbotschafters „eine Verzögerung eintreten" werde.

So standen die Dinge Anfang Juli 1945 in Moskau.

*

Auf der amerikanischen Seite zeigte sich das Bild ähnlich: Auch hier gab es nur taube Ohren für die japanischen Friedensbemühungen:

Natürlich hatten die Japaner — wenn sie auch den Weg über Moskau am nachdrücklichsten beschritten — die Westmächte ebenfalls über ihre Bereitschaft, den Krieg zu beenden, hinreichend ver-

ständigt. Nicht nur der bereits erwähnte schwedische Gesandte Bagge wußte Bescheid, auch der Chef des amerikanischen Nachrichtendienstes in der Schweiz, Allan W. Dulles, hatte bereits im Mai 1945 Kontakt mit japanischen Mittelsmännern. Die Berichte, die darüber in Tokyo eintrafen, waren freilich ganz unbefriedigend — die einzige Auskunft, die die japanische Regierung immer wieder zu hören bekam, war „bedingungslose Kapitulation“ ohne jede Erklärung hinsichtlich der Zukunft des japanischen Staates.

Es gab in Washington eine ganze Anzahl von verständigen Leuten, die sich darüber Rechenschaft gaben, daß der ganze Ostasienkrieg sich auf diese Formel zugespitzt hatte. Admiral Leahy war auf Grund der japanischen Flotten- und Schiffsraum-Verluste schon im September 1944 zu der Ansicht gelangt, daß Japan bereits als besiegt gelten könne. Nach dem deutschen Zusammenbruch gab es weder für ihn noch für irgendeinen normal denkenden Menschen in Washington einen Zweifel an der Lage Japans; schließlich telegrafierte Präsident Trumans Sonderbotschafter Harry Hopkins am 30. Mai 1945 aus Moskau den lapidaren Satz „Japan ist verloren, und die Japaner wissen es“.

Als dieser Hopkins-Bericht in Washington eintraf, hatten sich bereits manche ganz anders lautende Vorschläge auf Trumans Schreibtisch gehäuft. Da war z. B. am 28. Mai 1945 der frühere Präsident Hoover im Weißen Haus erschienen und hatte ein Memorandum hinterlassen, in dem er für einen ausgehandelten Frieden mit Japan eintrat. Auch der amtierende Staatssekretär Grew, der aus langer Botschafter-Tätigkeit Japan kannte, hatte bereits ab Mitte Mai begonnen, auf Truman einzureden: Er hielt es für entscheidend, den Japanern klarzumachen, daß sie die Institution des Kaisers beibehalten konnten. Das war zweifellos der wichtigste Punkt, denn die staatliche Weiterexistenz Japans war dann zugesichert, der Kapitulation jenes Element der Totalunterwerfung genommen, die man schon Dönitz nicht zugemutet hatte und für die in keinem Land eine verantwortliche Unterschrift erlangt werden konnte.

Präsident Truman hatte in seiner Erklärung vom 8. Mai 1945 — dem europäischen Siegestag — sich nur ganz unbestimmt ausgedrückt: „Bedingungslose Kapitulation bedeutet nicht Ausrottung oder Versklavung des japanischen Volkes.“ Diese allzu allgemeine

Formel war nicht vertrauenerweckend, und Grew meinte mit Recht, die Erklärung des Präsidenten müsse „vervollständigt" werden, wenn sie eine positive Wirkung zur baldigen Kriegsbeendigung ausüben solle. Des Staatssekretärs entschiedene Ansicht war es, daß eine Kapitulation der japanischen Streitkräfte nur erreicht werden konnte, wenn von seiten des Präsidenten klargemacht würde, „daß bedingungslose Kapitulation nicht Auslöschung der Dynastie bedeute, falls das japanische Volk sie beizubehalten wünsche". Admiral Leahy war vom militärischen Standpunkt aus der gleichen Ansicht.

Bei beiden — sowohl bei Grew wie bei Leahy — spielte auch der naheliegende Gedanke eine Rolle, wie wünschenswert es für die Vereinigten Staaten sein müsse, den Ostasienkrieg zu beenden, bevor die Sowjetunion sich an ihm beteiligte.

Stalins Dispositionen waren von der verkehrstechnischen Tatsache bestimmt, daß für den ab Ende März 1945 begonnenen Truppenaufmarsch an der mandschurischen Grenze nur die einzige Bahnstrecke der transsibirischen Eisenbahn zur Verfügung stand — in Moskau hatte man genau gerechnet: man brauchte wirklich volle drei Monate, um eine den Japanern überlegene Zahl von sowjetischen Divisionen aus Europa in den Fernen Osten zu verlegen. Zu einem früheren Zeitpunkt konnte die Sowjet-Offensive nicht beginnen — und es mußte für jeden politisch Denkenden in Washington vernünftig erscheinen, die Japaner möglichst noch vor Ablauf dieser Frist zur Waffenniederlegung zu veranlassen.

Von geschichtlicher Bedeutung wurde Trumans wiederholte hartnäckige Weigerung, die ihm mehrmals vorgeschlagene Erklärung über die Respektierung des japanischen Kaiserhauses (die dann bei der Kapitulation im August tatsächlich erfolgte) öffentlich abzugeben.

Grew gegenüber fand der Präsident immer neue Ausflüchte; zunächst, Ende Mai 1945, erklärte Truman zu dem ihm vorgelegten Erklärungs-Entwurf, er wolle das Ende der Kämpfe in Okinawa abwarten. Als dann dieses blutige Ringen Mitte Juni dem Ende zuging und Grew ihn wiederum bestürmte, nun endlich eine Japanerklärung herauszugeben, fand Truman, die Angelegenheit müsse bis zur Potsdam-Konferenz zurückgestellt werden.

Trotz zweimaliger Zurückweisung durch Truman ließ Grew nicht locker. Am 26. Juni hielt er eine Besprechung mit Kriegsminister

Stimson und Marineminister Forrestal; er bewirkte deren Zustimmung zu der Ansicht, daß dem Präsidenten ein Entwurf für eine gemeinsame Erklärung der Regierungschefs nach Potsdam mitgegeben werden sollte. Schließlich überredete Grew, der seine eigenen Einwirkungsmöglichkeiten bei Truman in dieser Frage offenbar als erschöpft ansah, den Kriegsminister Stimson dazu, einen solchen Entwurf mit einem Memorandum dem Präsidenten vorzulegen. Das geschah am 2. Juli 1945. Der beigefügte Proklamationsentwurf enthält unter Punkt 12 die folgenden Sätze:

„(12) Die Besatzungsstreitkräfte der Alliierten werden aus Japan zurückgezogen, sobald unsere Kriegsziele erreicht sind und eine über allen Zweifel hinaus friedlich eingestellte verantwortliche Regierung, die das japanische Volk repräsentativ vertritt, eingerichtet worden ist. Das kann auch eine konstitutionelle Monarchie unter der gegenwärtigen Dynastie sein, wenn der Welt überzeugend gezeigt wird, daß solch eine Regierung niemals wieder nach Aggression strebt" (Zitat nach dem bereits erwähnten Buch „Potsdam 1945").

In Potsdam angekommen, konnte Truman sofort feststellen, wie richtig er von allen, die ernstlich auf eine baldige politische Beendigung des Japan-Kampfes drängten, beraten worden war: Nun lagen die Abhörberichte des amerikanischen Geheimdienstes über die Botschaft vor, die von Tokyo im Auftrag des japanischen Kaisers an die sowjetische Regierung gesandt worden waren. Obwohl Stalin erst nach Tagen davon sprach, wußten die verantwortlichen Amerikaner bereits alles Wissenswerte über die beabsichtigte Mission des Fürsten Konoye.

Nicht der leiseste Zweifel bestand noch darüber, daß die Japaner die Waffen niederlegen wollten und auch harte Bedingungen in Kauf zu nehmen bereit waren. Nun hätte ein Wort des Präsidenten genügt, um den Ostasienkrieg zu beenden, noch bevor die erste Sitzung der Potsdamer Konferenz begann.

Aber dieses Wort blieb aus.

Hiroshima — Nagasaki: das unnötige Kriegsverbrechen

Geschrieben am 8. Aug. 1970

Zu den erstaunlichsten weltpolitischen Dokumenten unseres Jahrhunderts gehört die Aufzeichnung über ein vertrauliches Gespräch, das am 18. Juli 1945 zwischen dem amerikanischen Präsidenten Truman und dem sowjetischen Generalissimus Stalin in dessen Potsdamer Villa stattfand. Die Aufzeichnung stammt von Charles E. Bohlen und ist in der amerikanischen Veröffentlichung der Potsdam-Protokolle wiedergegeben (Deutsche Übersetzung in „Potsdam 1945" — ein kritischer Bericht, Leoni am Starnberger See 1962, S. 199 f.).

Im Verlauf dieser Zwiesprache berichtete Stalin dem amerikanischen Präsidenten von der Botschaft, die der japanische Kaiser bereits Anfang Juli 1945 an die Sowjetregierung gerichtet hatte: deren Friedensvermittlung wurde erbeten und zu diesem Zweck die Entsendung des Fürsten Konoye nach Moskau angekündigt. Stalin erkundigte sich bei Truman, „ob es der Mühe wert sei, diese Mitteilung zu beantworten". Er wies darauf hin, „daß die Sowjetunion mit Japan nicht im Kriege stehe und daß es vielleicht wünschenswert sei, die Japaner einzulullen und daß möglicherweise eine allgemeine und unbestimmte Antwort erteilt werden könnte, die darauf hinweise, daß der genaue Charakter der vorgeschlagenen Konoye-Mission nicht klar sei. Sie könnten auch entweder die Sache vollständig ignorieren, also keine Antwort erteilen oder eine endgültige abschlägige Mitteilung zurücksenden. Der Präsident sagte, die erstgenannte Behandlungsart sei befriedigend.

Mit anderen Worten: spätestens am 18. Juli 1945 — fast drei Wochen *vor* dem Atombombenwurf — war Präsident Truman offiziell und zweifelsfrei von der japanischen Friedensbereitschaft unterrichtet. Er wünschte jedoch nicht davon Kenntnis zu nehmen, sondern stimmte dem Vorschlag Stalins zu, die Japaner „einzulullen".

Wer dieses Verhalten des amerikanischen Präsidenten zu begreifen sucht, hat die Tatsache zu berücksichtigen, daß Truman am 16. Juli 1945 abends — genaue anderthalb Tage vor jenem Geheimgespräch in Potsdam — eine wichtige Nachricht erhalten hatte: die erste Versuchsexplosion der Atombombe in der Wüste von Alamogordo im amerikanischen Staat Neu-Mexiko war erfolgreich verlaufen. Und wenige Stunden vor Trumans Besuch in der Stalin-Villa hatte der in Potsdam anwesende US-Kriegsminister Stimson ein erstes ausführliches Telegramm über den Verlauf des Experimentes vorlegen können, über das der Präsident „äußerst befriedigt" war, wie Stimson seinem Tagebuch anvertraute. Zwei Tage später lag dem Präsidenten der ausführliche Bericht des Generals Groves vor, der die Explosion als Augenzeuge wie folgt schilderte:

„Der Versuch war über die optimistischsten Erwartungen aller Beteiligten hinaus erfolgreich. Gestützt auf die Daten, die bis heute errechnet werden konnten, schätzte ich die erzeugte Energie auf mehr, als der Menge von 15000—20000 t TNT entsprechen würde; und das ist eine sehr vorsichtige Schätzung. Würde man die bis jetzt noch nicht miteinander abgestimmten Messungsergebnisse zugrunde legen, so würde die freigesetzte Energie ein Mehrfaches dieser vorsichtigen Ziffern ergeben. Die Sprengwirkungen waren ungeheuer. Für eine kurze Zeitspanne ergab sich innerhalb eines Radius von 32 km ein Lichteffekt gleich dem mehrerer Sonnen zur Mittagsstunde; es bildete sich ein riesiger Feuerball, der mehrere Sekunden bestehen blieb. Dann verwandelte er sich in einen Pilz und stieg bis auf 3500 m, bevor er sich auflöste. Das Licht der Explosion wurde deutlich in Albuquerque, Santa Fè, Silver City, El Paso und anderen Punkten gesehen, die rund 300 km entfernt sind ... Es bildete sich ein Krater mit einem Durchmesser von 400 m und einer leichten Neigung nach der Mitte, aus dem jegliche Vegetation verschwunden war. In der Mitte war eine flache Schale von etwa über 40 m Durchmesser und 2 m Tiefe. Der Stoff innerhalb des Kraters bestand bis tief hinab aus pulverisierter Erde. Das Material innerhalb des äußersten Kreises war grünlich und konnte sehr deutlich aus einer Entfernung von nicht weniger als 8 km ausgemacht werden. Der Stahl des Turmes war verdampft. 500 m entfernt hatte sich ein 5 m hohes Eisenrohr von 12 cm Durchmesser, das in Beton gefaßt und stark verankert befestigt gewesen war, befunden; es verschwand vollständig ..."

Es konnte nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß ein solcher Sprengkörper in einer von Menschen bevölkerten Landschaft mörderische Wirkung haben mußte.

Unter Berücksichtigung der von Stalin gemachten Mitteilung über die Friedensbereitschaft des japanischen Kaisers war es offenkundig, daß allein schon eine öffentliche Mitteilung über die Erfindung dieser Bombe, verbunden mit einer Androhung ihres Einsatzes, genügen mußte, um die Waffenniederlegung der japanischen Streitkräfte zu bewirken.

Ebensowenig freilich wie Truman bereit war, dem Rat des Unterstaatssekretärs Grew zu folgen und den möglichen Verbleib des japanischen Kaiserhauses in Aussicht zu stellen (vgl. den ersten Abschnitt dieses Aufsatzes: „Geheimvertrag für einen Angriffskrieg"), wollte der Präsident von einem Hinweis wissen, der die Einführung eines neuen Kriegsmittels angekündigt hätte.

Die Frage einer solchen Sonderwarnung war in Washington bereits mehrere Wochen von der Probezündung in Alamogordo erörtert, aber auf Empfehlung der an der Entwicklung der Bombe besonders beteiligten Wissenschaftler Oppenheimer, Compton, Lawrence und Fermi ausdrücklich abgelehnt worden:

> „Sie empfahlen, die Bombe sobald als möglich gegen den Feind einzusetzen. Weiters empfahlen sie, keine Sonderwarnungen ergehen zu lassen und ein Abwurfsziel zu wählen, an dem die vernichtende Kraft eindeutig demonstriert werden könne." (So berichtet Truman in seinen Memoiren.)

War es schon merkwürdig, daß technische Waffenkonstrukteure zu solchen Einsatz- und Völkerrechtsfragen Stellung nahmen, so ist der Satz noch erstaunlicher, den Truman aus der ihm zugegangenen Denkschrift dieser „Berater" wörtlich zitiert:

> „Wir sind nicht in der Lage, eine Demonstration vorzuschlagen, die den Krieg beenden würde, und sehen daher keine andere Möglichkeit als den direkten militärischen Einsatz."

Mit anderen Worten: nur tatsächlich praktizierter Massenmord konnte den Ehrgeiz dieser Leute befriedigen. Daß angesichts der von ihnen erhofften Wirkung des Explosionskörpers von „militärischem Einsatz" keine Rede sein konnte, wußten sie ebenso wie Truman. In

seinem späteren Einsatzbefehl waren dementsprechend nur ganze Städte, nicht etwa besondere Ziele bezeichnet. Daß der Krieg nicht infolge einer „Warnung“ oder einer „Demonstration“ vor dem Einsatz der Bombe gegen bevölkerte Städte beendet werden sollte — das war der Rat der „Wissenschaftler“, und genau an diese Richtschnur hielt sich Truman in den entscheidenden Tagen.

Auch hinsichtlich der Städte, die als geeignetes Bombenziel in Betracht gezogen wurden, kam es zu einer Diskussion in amerikanischen Regierungskreisen. Die „Experten“ wollten ihre Bombe in einer dichtbevölkerten Kessel-Landschaft erproben; deshalb war zunächst die Stadt Kyoto als erstes Angriffsobjekt vorgesehen. Kriegsminister Stimson erinnerte sich immerhin daran, daß diese Stadt mit ihren tausendjährigen Tempeln und dem alten Kaiserpalast nicht nur eine Kulturstätte von Menschheitsbedeutung ist, sondern auch den Japanern als Nationalheiligtum gilt. Dem Einspruch Stimsons verdankte Kyoto seine Rettung. In der amerikanischen Dokumenten-Veröffentlichung über die Potsdam-Konferenz ist als Dokument 1307 noch vom 21. Juli 1945 ein Telegramm aus Washington an den in Berlin weilenden Stimson wiedergegeben, in dem gesagt wird, die „militärischen Berater“ würden Kyoto, das ironisch als Stimsons „Lieblingsstadt“ bezeichnet wird, als erstes Ziel der Atombombe wünschen. Stimson lehnte es jedoch in einer Sofortantwort (Telegramm 1508) ab, seine offenbar vorhergegangene Entscheidung zu ändern, nach der Kyoto zu schonen war. Stimson nannte dem Präsidenten Truman die Gründe, die ihn veranlaßten, den Abwurf der Atombombe auf Kyoto zu verhindern: Eine derart rücksichtslose Tat („wanton act“) würde es „in der Nachkriegszeit auf lange Sicht unmöglich machen, die Japaner stärker für uns zu gewinnen als für die Russen“.

Mit der Streichung der Stadt Kyoto von der Vernichtungsliste war freilich das Eingreifen des Kriegsministers in den Lauf der Dinge erschöpft, obwohl Stimson als langjähriger früherer Außenminister der Vereinigten Staaten sehr wohl zu beurteilen vermochte, was da im Gange war.

Am 22. Juli 1945 überreichte Stimson seinem Präsidenten immerhin eine politische Denkschrift; er stellte eine deutliche Beziehung zwischen der neuen Waffe und dem amerikanischen Verhältnis zur Sowjetunion her. Stimson forderte nicht nur, daß genauere Kenntnis-

se über die neue Bombe den Sowjets zunächst nicht mitgeteilt werden dürften, sondern auch, daß Truman sie politisch als eine Art Druckmittel in seinen Verhandlungen mit Stalin verwenden sollte. Durch seine Geheimdienste war Stalin über die amerikanische Atombombenentwicklung zweifellos unterrichtet. Im Rahmen des „Pacht-Leih"-Verfahrens war auch Uran nach Rußland geliefert worden. Aber über eine einsatzbereite Bombe verfügten die Sowjets damals noch nicht. Nach Stimsons Absicht war es deshalb möglich, den Russen Bedingungen zu stellen „bei jeglicher Forderung, die sie etwa vorbringen, ob es sich um territoriale Ansprüche, Anleihen, militärische Stützpunkte oder anderes handelt".

Die in den Truman-Memoiren wiedergegebene Weisung an General Spaatz, den Oberkommandierenden der amerikanischen Strategischen Luftwaffe, in der der Einsatz der Atombombe auf Hiroshima und Nagasaki angeordnet wurde, trägt das Datum vom 24. Juli 1945. Diese zeitlichen Umstände verdienen im Hinblick auf den späteren Ablauf der Ereignisse festgehalten zu werden.

An jenem 24. Juli 1945 war Kriegsminister Stimson bereits in früher Morgenstunde beim Präsidenten erschienen; er brachte ihm die telegrafische Antwort aus Washington zur Frage der Einsatzbereitschaft der Atombombe. Stimson konnte auf Grund dieses Telegrammes berichten, daß die Bombe vermutlich schon ab 4. August und mit Gewißheit ab 10. August einsatzbereit sei. Truman zeigte sich sehr erfreut, das zu hören.

> „Er sagte, das sei genau das, was er wünsche, daß er höchst befriedigt sei und daß ihm dies das Stichwort für seine Warnung gebe. Er sagte, er habe gerade seinen Warnungstext an Tschiang Kai-schek gesandt, um zu erfahren, ob er sich daran beteilige, und sobald das von Tschiang geklärt sei, würde er seine Warnung veröffentlichen." (So eine Notiz in Stimsons Tagebuch.)

Die „Warnung", von der Truman sprach, war nicht etwa eine Ankündigung eines Einsatzes des neuen, die feindliche Zivilbevölkerung unterschiedslos bedrohenden Kriegsmittels, sondern jene Japan-Erklärung, über die schon seit Mai in Washington verhandelt wurde.

Am Abend des 24. Juli gab es im Anschluß an die 8. Plenarsitzung der Potsdam-Konferenz noch eine interessante Szene, über die Churchill in seinen Erinnerungen anschaulich berichtet:

„Als wir vor dem Aufbruch in Zweier- und Dreiergruppen herumstanden, sah ich den Präsidenten auf Stalin zugehen und nur im Beisein der Dolmetscher mit ihm sprechen. Worüber er mit ihm sprach, das wußte ich. Ich stand ungefähr fünf Meter entfernt und beobachtete Stalin mit gespannter Aufmerksamkeit. Es war ungemein wichtig, die Wirkung abzuschätzen, die diese umwälzende Neuigkeit auf ihn ausübte. Ich sehe alles vor mir, als wäre es gestern gewesen. Stalin schien hocherfreut. Eine neue Bombe! Von unerhörter Sprengkraft! Vermutlich kriegsentscheidend gegen Japan! Welcher Glücksfall! Das war mein im Moment gewonnener Eindruck, und so war ich überzeugt, daß ihm die Bedeutung dessen, was ihm gesagt wurde, völlig entging."

Das war gewiß eine Täuschung. Als Churchill abschließend Truman über den Verlauf des Gespräches befragte, sagte der Präsident von Stalin: „Er stellte keine Frage".

Immerhin war Stalin nun offiziell mitgeteilt worden, was man den Japanern verschwieg. Und die Menschen von Hiroshima durften das Experiment nicht etwa dadurch stören, daß sie vor dem Angriff ihre Stadt verließen oder gar dadurch, daß ihr Kaiser Frieden schloß.

Über diese Fragen wurde in Trumans Arbeitszimmer in Potsdam nun erneut nachgedacht. Mit aller Sorgfalt prüfte der Präsident die Japan-Erklärung, die ihm vom Unterstaatssekretär Grew aus Washington mitgegeben worden war. Als dieser am 27. Juli 1945 die am Abend vorher veröffentlichte „Japan-Deklaration" in den Zeitungen der amerikanischen Hauptstadt las, konnte er feststellen, daß der Text nahezu aller Punkte fast wörtlich mit dem Entwurf übereinstimmte, den er dem Außenminister Byrnes bei dessen Abreise in die Hand gedrückt hatte. 12 der 13 Punkte wiesen nur bedeutungslose stilistische Korrekturen auf. Im vorletzten Punkt aber *fehlten* vier Zeilen — über diese war freilich seit Anfang Mai in Washington diskutiert worden, denn sie waren die entscheidenden. Truman hatte in Potsdam aus Punkt 12 der Japan-Erklärung *den* Satz gestrichen, in dem gesagt war, daß ein „konstitutionelle Monarchie unter der gegenwärtigen Dynastie" beibehalten werden könne.

Angesichts der dem Präsidenten bekannten Friedensbemühungen des japanischen Kaisers war die Streichung besonders auffällig. Über die Motive für sie schwiegen sich alle Memoiren der Beteiligten und auch die

Potsdam-Dokumente aus. Der Vorgang läßt sich nur dahin deuten, daß der Präsident für den Fall der Beibehaltung dieser wichtigen Textstelle eine zustimmende Antwort aus Tokyo als möglich erachtete, sie zu diesem Zeitpunkt aber nicht wünschte. So konnte die Atombombe fallen, die Sowjetunion in den Ostasien-Krieg eintreten, bevor Truman der japanischen Regierung genau *die* Zusicherung gab, die er in Potsdam aus dem Text seines Aufrufes geflissentlich entfernt hatte: die Beibehaltung des Kaiserhauses.

*

Am 6. August 1945 war es dann so weit. Truman war mittlerweile eilig aus Potsdam aufgebrochen; das amerikanische Schlachtschiff „Augusta", auf dem er nach Hause unterwegs war, näherte sich New York. Den Vormittag des historischen Tages verbrachte Truman mit seiner Begleitung auf Deck „sich des Sonnenscheins erfreuend und den Klängen der Schiffskapelle lauschend", wie uns das offizielle Präsidenten-Tagebuch berichtet. Grund der freudig-gespannten Erregung war nicht nur die für den kommenden Tag erwartete Rückkehr in die Vereinigten Staaten, sondern ein wichtigeres Ereignis: kurz vor 12 Uhr mittags traf das Telegramm des amerikanischen Marineministers ein, durch das der Präsident unterrichtet wurde, daß „wenige Stunden vorher der japanische Hafen Hiroshima bombardiert worden war, unter ausgezeichneten Wetterbedingungen und ohne Gegenwehr".

Obwohl diese Nachricht nicht unerwartet kam und er offenkundig um ihretwillen von Potsdam so dringend nach Hause strebte, war Truman ganz aufgeregt und teilte sowohl den Offizieren wie den Mannschaften der „Augusta", die zum Lunch versammelt waren, die Neuigkeit persönlich mit; er sagte dazu, sie sei „die größte Sache der Weltgeschichte". In Washington wurde unterdes eine bereits in Potsdam vorbereitete offizielle Pressemitteilung über die Entstehungsgeschichte der Atombombe veröffentlicht.

Die amerikanische Regierungspropaganda nach dem Bombenwurf von Hiroshima hatte einen realen innerpolitischen Hintergrund: Im Laufe der Jahre war ein sehr beträchtlicher Betrag — Präsident Truman nannte ihn in seiner Ansprache an die Besatzung des Schlacht-

schiffes „Augusta“ am 6. August 1945 in Höhe von 2 Milliarden Dollar — für die Entwicklung der Atombombe aufgewendet und das Projekt trotzdem streng geheimgehalten worden. Bis 1944 war es der Roosevelt-Verwaltung gelungen, die erforderlichen Mittel im allgemeinen Rüstungshaushalt zu „verstecken“, dann aber ging das nicht mehr, und die Parteiführer im Kongreß — aber nur diese — wurden streng vertraulich darüber unterrichtet, daß riesige Dollarbeträge für die Entwicklung einer geheimen Waffe aufgewendet wurden.

Auch unter den Eingeweihten hatte es skeptische Stimmen gegeben, die daran zweifelten, ob diese gewaltigen Ausgaben sich auch wirklich lohnen würden. Der Gedanke, daß es über die aufgewendeten Dollar-Milliarden noch nachträglich kritische Debatten im Kongreß geben könnte, wenn nichts anderes als ein Experiment in der Wüste von Neu-Mexico stattgefunden hätte, mag zum Entschluß Trumans, die Bombe gegenüber Japan anzuwenden, einiges beigetragen haben.

Jetzt war ihm offenbar ein Stein vom Herzen, und aus den Lautsprechern der „Augusta“ tönten noch den ganzen Nachmittag die für diesen Augenblick vorbereiteten amtlichen Propaganda-Verlautbarungen.

In Tokyo wurde man über das Geschehene zunächst über die amerikanischen Rundfunk-Nachrichten unterrichtet; die Verbindung zur 600 Kilometer entfernten Stadt Hiroshima war unterbrochen. Es mußte ein Aufklärungsflugzeug dorthin gesandt werden; dabei stellte sich heraus, daß der Zivilgouverneur umgekommen war, der Kommandierende General jedoch lebte und berichten konnte. Später wurde festgestellt, daß von den 320 000 Einwohnern der Stadt 92 133 Personen getötet wurden bzw. vermißt blieben.

Der japanische Außenminister Togo erfaßte sofort, daß es sich um eine radikale Verletzung der Haager Landkriegsordnung handelte; dementsprechende Proteste wurden von japanischer Seite vorbereitet und veröffentlicht. Ihre Berechtigung ist von führenden amerikanischen Militärs nicht ernsthaft in Zweifel gezogen worden. Trotzdem wurde zwei Tage später nochmals eine Atombombe auf die Stadt Nagasaki abgeworfen; hier war — obwohl diese Bombe stärker war als die erste — die Zahl der Todesopfer mit etwa 40 000 beträchtlich geringer, da das hügelige Gelände die Wirkung behinderte.

Es erwies sich in der Tat, daß die Kaiserstadt Kyoto für das Experiment noch günstiger gewesen wäre.

Später gab der amerikanische Kriegsminister Stimson zu, daß damals nur diese beiden Atombomben einsatzbereit waren; andernfalls wären die Experimente wohl noch weiter fortgesetzt worden.

Der britische General und Militärhistoriker J. F. C. Fuller hat freilich über diese Atombombenwürfe vernichtend geurteilt — er nannte sie eine „Kriegsführung, die einen Tamerlan entehrt haben würde".

Stärker als mit der Atombombe, über die nur unbestimmte Nachrichten vorlagen, beschäftigte sich die japanische Regierung am 7. und 8. August 1945 mit der Frage, ob und wann sie endlich aus Moskau eine Antwort auf ihren Friedensschritt erhalten werde; Fürst Konoye hatte nun schon seit fast vier Wochen die Koffer gepackt. Die Potsdamer Erklärung enthielt keine Andeutung darüber, ob die amerikanische Regierung inzwischen von der sowjetischen über die Botschaft des japanischen Kaisers unterrichtet worden war. Da — wie wir heute wissen — Präsident Truman den entscheidenden Satz gestrichen hatte, fehlte im Potsdamer Text jeder Anknüpfungspunkt zu direkter Verhandlung.

Botschafter Sato in Moskau bemühte sich mittlerweile,

> „die UdSSR zu einer raschen Behandlung unseres Vermittlungsansuchens zu veranlassen, aber es gelang ihm nicht, von irgendwelchen Sowjetbeamten außer Vizeaußenminister Lozowsky empfangen zu werden, bis er schließlich berichtete, Molotow sei aus Potsdam nach Moskau zurückgekehrt und werde ihn am 8. um 17 Uhr (23 Uhr japanischer Zeit) empfangen. Diese Unterredung stand jedoch, wie wir erst nach dem Kriege erfahren — mit unserem Ersuchen in keinem Zusammenhang, sondern diente dem völlig anderen Zweck, dem Botschafter den Beginn des sowjetischen Krieges gegen Japan zu notifizieren" (so berichtete der damalige japanische Außenminister Togo in seinen Memoiren).

Dies war die unmittelbare Wirkung des Abwurfs der ersten Atombombe: Stalin zögerte nun keine Stunde mehr, sondern zerriß eilig den immer noch gültigen sowjetisch-japanischen „Neutralitätsvertrag" und marschierte in die Mandschurei ein.

Über all diesen niederschmetternden Ereignissen verlor die japanische Regierung nicht ihre besonnene Überlegung. Nachdem ihr nun

klargeworden war, daß der Weg der seit langem beschlossenen Friedensaktion nicht über Moskau führen konnte, beauftragte sie am 10. August ihre Gesandten in der Schweiz und in Schweden, eine Mitteilung nachstehenden Inhalts an die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion weiterzuleiten:

„Gehorsam den gnädigen Befehl seiner Majestät des Kaisers, der, allzeit bemüht, die Sache des Weltfriedens zu erhöhen, ernstlich eine rasche Beendigung der Feindseligkeiten wünscht, um die Menschheit vor weiteren ihr durch Fortsetzung des Krieges auferlegten Leiden zu bewahren, hat die japanische Regierung vor einigen Wochen die damals Japan gegenüber neutrale Sowjetregierung um ihre guten Dienste bei der Wiederherstellung des Friedens gegenüber den Feindmächten gebeten. Nachdem unglücklicherweise diese im Interesse des Friedens unternommenen Bemühungen scheiterten, hat die japanische Regierung in Übereinstimmung mit dem erhabenen Wunsch Seiner Majestät, den allgemeinen Frieden wieder herzustellen, und aus dem Streben heraus, den unsagbaren Leiden, wie der Krieg sie mit sich bringt, so schnell wie möglich ein Ende zu bereiten, beschlossen, was folgt:
Die japanische Regierung ist bereit, die Bedingungen, die in der gemeinsamen am 26. Juli 1945 in Potsdam von den Häuptern der Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Chinas herausgegebenen, später auch von der Sowjetregierung unterschriebenen Erklärung aufgezählt sind, zu akzeptieren, in der Annahme, daß die besagte Erklärung keine Forderungen enthält, die die Prärogative Seiner Majestät als eines souveränen Herrschers präjudiziert.
Die japanische Regierung hofft aufrichtig, daß diese Annahme gerechtfertigt ist und wünscht sehr, daß eine ausdrückliche Erklärung dieses Inhalts rasch abgegeben werde.
Am 10. August des zwanzigsten Jahres Showa.“ (Zitat nach Togo S. 277.)

Hier stand nun klipp und klar der Satz, den Truman in Potsdam aus der Japan-Erklärung in kühler Überlegung beseitigt hatte, weil der Krieg sonst sofort beendet gewesen wäre: es ging um nichts anderes als um die Anerkennung der Stellung des japanischen Kaisers, des Symbols der Fortdauer des japanischen Staates!

Noch am 10. August 1945 bestätigte Präsident Truman in seiner

Antwort auf diese Anfrage der japanischen Regierung, daß „keine Forderungen gestellt werden, die die Prärogative des japanischen Kaisers als eines souveränen Herrschers präjudiziert".

Das war ziemlich wörtlich die Formel, die Truman zwei Wochen vorher in Potsdam aus der vom Unterstaatssekretär Grew entworfenen Japan-Erklärung in kühler Überlegung beseitigt hatte.

Es folgten zwei Monate, in denen die Japaner überall in Ostasien die Waffen niederlegten und sich nach Jahrzehnten ausgreifender Abenteuer wieder auf ihre engen Inseln zurückziehen mußten. Auf dem Festland besetzten die Sowjets unterdes die Mandschurei und Nord-Korea, die Häfen Dairen und Port Arthur, und überdies sorgten sie dafür, daß die chinesischen Kommunisten unter Mao Tse-tung mit japanischen Waffen ausgerüstet und dadurch in die Lage versetzt wurden, die Armeen des Marschalls Tschiang Kai-schek niederzukämpfen und sich zu den alleinigen Herren Chinas aufzuwerfen.

So zeitigte Trumans Potsdamer Politik auch in diesem Teile der Welt weitreichende Auswirkungen, die keines Kommentars bedürfen. Die angestifteten Verhältnisse sprechen für sich.

*

Wenn es im 20. Jahrhundert „Kriegsverbrechen" und „Schreibtischmorde" gegeben hat — in Ostasien wie in Europa war und blieb es bis heute dringend nötig, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den Siegern des Zweiten Weltkrieges und von Katyn, Dresden, Hiroshima auf die Besiegten abzulenken. Dementsprechend fand bekanntlich in Tokyo auch ein „Nürnberg"-Prozeß statt. Wenn es freilich eine übernationale Gerechtigkeit geben könnte, hätten sich am 23. Dezember 1948 jedenfalls auch der amerikanische Präsident Truman und seine „wissenschaftlichen Berater" am Tor des Sugamo-Gefängnisses zur Exekution miteinfinden müssen, als dort sieben japanische Minister und Generale ihren letzten Gang antraten.

Hinter den Kulissen der Nürnberger Farce

Die „Verteidigung" im großen Prozeß 1945/46
Geschrieben 1951

Als die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges daran gingen, den besiegten Deutschen einen Monstre-Prozeß zu machen, waren sie sich ihrer eigenen, rechtlich höchst angreifbaren Position wohl bewußt: sie konnten weder ein neutrales Gericht noch eine Berufungsinstanz noch eine zeitliche Verschiebung brauchen. Wäre nur *eine* dieser Voraussetzungen gegeben gewesen, dann hätten aus Anklägern Angeklagte, aus Richtern Verurteilte werden müssen.

Anklagepunkt 1, das „Verbrechen gegen den Frieden", setzte — um die Verurteilung deutscher Politiker und Militärs zu ermöglichen — vor allem voraus, daß die Archive des US-State-Departments verschlossen, die Roosevelt-Initiativen und die Sowjet-Politik unerörtert blieben.

Anklagepunkt 2, die „Verstöße gegen die Regeln der Kriegführung", wurde unhaltbar, wenn auch die Kriegführung der Alliierten und die daraus sich ergebenden tatsächlichen „Regeln" der Kriegführung im Zweiten Weltkrieg mit in den Betrachtungskreis einbezogen wurden.

Und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" wurden in Nürnberg eilig in den gleichen Monaten verhandelt, in denen furchtbare Verbrechen dieser Art im Gange waren — begangen von Staaten, deren Repräsentanten sich in Nürnberg in den Büros der Anklagebehörde und am Richtertisch niederließen. Ihnen galt der Nürnberger Prozeß als ein höchst vorteilhaftes Unternehmen, weil es das Licht der Öffentlichkeit auf sich zog und sie dafür im Schatten um so ungestörter ihre Politik des millionenfachen Raubes, Mordes und der Plünderung vollenden konnten.

Die in Nürnberg außerdem betriebene und — es klingt heute kaum mehr glaubhaft — tatsächlich vom Gericht ausgesprochene „Verur-

teilung" ganzer Deutschland umfassender Organisationen (in Yalta als juristische Attrappe für die Niedermetzlung von Hunderttausenden von Deutschen geplant und später als „Rechtsgrundlage" für die „Entnazifizierung" benützt) gehörte offenkundig in das Gebiet der Psychiatrie. Nicht einmal die Geistesverwirrung des Jahres 1945 reicht für eine Erklärung dafür aus, daß dann in Nürnberg tatsächlich darüber verhandelt wurde, z. B. alle „politischen Leiter der NSDAP" als eine „verbrecherische Organisation" zu erklären, so daß jedes ihrer Mitglieder für diese Mitgliedschaft bestraft werden konnte.

So stellten sich nicht nur die Argumente des Rechtes, sondern auch die Gesichtspunkte des gesunden Menschenverstandes gegen diesen Prozeß. Das kurz nach Potsdam im August 1945 verkündete sog. „Londoner Statut" der Siegermächte war darauf abgestellt, durch hastige Schnelligkeit dem Offenkundigwerden dieser grundlegenden Schwierigkeiten entgegenzuwirken. Jeder weitere Monat Verzögerung hätte die Nebel der Kriegspropaganda weiter zerrissen und diesem Wahn-Prozeß die Basis entzogen.

Man beeilte sich, weil man die Eile nötig hatte, und so begann in einem Deutschland, in dem kaum die Post und nur teilweise die Eisenbahn wieder funktionierte und in dem der Durchschnittsdeutsche noch Sondergenehmigungen brauchte, um sich von Dorf zu Dorf zu bewegen, der „Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher". Richter waren ein Engländer, ein Amerikaner, ein Franzose und ein Sowjetbürger. Ankläger die routiniertesten Staatsanwälte dieser vier Staaten, umgeben von einem Rudel tschechischer, polnischer und anderer „Delegationen". Einer offiziellen Vertretung der Juden bedurfte es nicht, denn in dichten Schwärmen bevölkerten sie die Büros *jeder* der vier Anklagebehörden.

Wie stand es demgegenüber mit der Verteidigung der Angeklagten? Diese Frage erhebt sich, da sich die ganze Absurdität dieses Prozesses unter normalen Verhältnissen jedem guten Anwalt als die Chance seines Verteidigerdaseins bieten mußte. Das amerikanische Bedürfnis, einen Schauprozeß zu führen, brachte es mit sich, daß sich der Verteidigerschaft die ungewöhnliche Gelegenheit darbot, vor dem Rampenlicht der Weltöffentlichkeit den in allen Festreden so oft zitierten Satz „fiat justitia" mutig zu vertreten, sich dem dummdreisten Spiel der Siegermächte geistvoll entgegenzustellen und in das Dunkel dieses

Verfahrens mit dem Scheinwerfer eines selbstlosen Wahrheitsfanatismus hineinzuleuchten. Das angelsächsische Gerichtsverfahren, in dem der Angeklagte nur eine Statistenrolle spielt, und dem Anwalt die ganze Strategie und Taktik der Verteidigung übertragen ist, gab den Weg frei für forensische Leistungen, die zwar gewiß nicht die Angeklagten vor der Willkür dieses Tribunals retten, wohl aber die Farce als Farce entlarven konnten.

Die amerikanische Anklagebehörde, die unter ihrem Chef Jackson die Triebkraft der Prozeß-Vorbereitung und -Durchführung war, hat den Gefahrenpunkt „Verteidigung" von vorneherein erkannt und umfassende Maßnahmen getroffen, um das Risiko zu verringern. Der erste Punkt dieses Systems zur Ausschaltung einer wirkungsvollen Verteidigung war die seltsame Anordnung, daß alle Verteidiger vom Gericht bezahlt und ausgewählt wurden! Nach welchen Gesichtspunkten die etwa 30 Verteidiger aus den Zehntausenden von deutschen Rechtsanwälten herausgesucht wurden, ist eine bis heute unbeantwortete Frage. Angeblich haben die damaligen Berufsverbände der Anwälte dabei mitgewirkt — wie es in deren Leitung im Sommer und Herbst 1945 aussah und welche verschiedenartigen „Gesichtspunkte" bei solchen Aufträgen wirksam gewesen sein mögen, läßt sich unschwer vermuten und braucht nicht weiter untersucht zu werden. Das Ergebnis war dementsprechend: einige Provinzanwälte, einige „Antifaschisten", dazwischen ein paar besonders verschüchterte Gestalten, die wegen früherer untergeordneter Parteizugehörigkeit jeden Tag mit Verhaftung rechnen mußten und von ihren freundlichen Kollegen wohl in dieser denunziatorischen Absicht nach Nürnberg delegiert wurden. Dazwischen auch der und jener normale gute Routinier — insgesamt aber erhielten die Angeklagten eine Verteidigerliste ausgehändigt, die ihnen völlig unbekannte Namen enthielt. Nur aus dieser Liste konnten sie wählen — vom Großadmiral Raeder wird berichtet, daß er ganz einfach den einzigen Verteidiger nahm, der aus Hamburg stammte: wobei er hoffte, daß dieser Herr aus dem geographischen Grund des Wohnortes wenigstens ungefähre Kenntnisse über die Seefahrt besäße. Es sei schon hier nicht verschwiegen, daß trotz des geradezu grotesken Verfahrens der Verteidigerauswahl für diesen größten Staatsprozeß der Neuzeit einige tüchtige jüngere Kräfte auf die Verteidigerbank gerieten — aus Zufall, nicht aus Absicht des

Gerichtes. Von dieser Seite wurde peinlichst vermieden, das in solchem Falle eigentlich Selbstverständliche zu tun: nämlich die Spitzenkönner der deutschen Anwaltschaft und unter ihnen vor allem die Kenner des angelsächsischen Prozeßrechtes (das sich vom deutschen stark unterscheidet) nach Nürnberg zu rufen. Das letztere wurde sogar mit besonderer Sorgfalt verhindert, die Beiziehung eines amerikanischen Anwaltes durch Gerichtsbeschluß sogar ausdrücklich abgelehnt.

War solchermaßen schon vor Beginn des Prozeßes für eine möglichst „unschädliche" Verteidigung gesorgt worden, so blieb es doch noch während des ganzen Prozesses ein Gegenstand steter Aufmerksamkeit des Gerichtes und der Anklagebehörde, jeden ernstlichen Vorstoß der Verteidigung gegen die so angreifbaren Grundlagen des Prozesses zu vermindern und, wo er trotz allem versucht wurde, im Keime zu ersticken. Die persönliche und sachliche Situation, in die die Verteidiger vom ersten Prozeßtag an versetzt wurden, war ein entscheidender Begleitumstand für das fast generelle Versagen der Nürnberger Verteidigung in allen Kernfragen, um die es in diesem Prozeß ging.

Aufschlußreiche und oft beschämende Mitteilungen über die Qualität, die Denkweise dieses bunt zusammengewürfelten Verteidigerkreises und die erfolgreiche Einschüchterungspolitik des Gerichtes und der Anklagebehörde hat der Mitverteidiger des Großadmirals Raeder, Dr. Frhr. v. d. Lippe, in seinen „Nürnberger Tagebuchnotizen November 1945 — Oktober 1946" (Verlag Fritz Knapp, Frankfurt 1951) mitgeteilt. Danach waren die Nürnberger Verteidiger nicht nur hinsichtlich ihres Honorars (dessen Höhe jeweils unterschiedlich nach unbekannten Richtlinien festgelegt wurde), sondern auch in bezug auf Unterbringung und Verpflegung völlig vom Tribunal abhängig. Der innerdeutschen Situation jener dunklen Periode entsprechend bildeten die amerikanischen Zigaretten (die ebenfalls vom Gericht zugeteilt wurden) für die Verteidiger „das wahre Lebenselixier"; die Kürzung dieser Ration wurde zum Anlaß einer ebenso ernsthaften wie würdelosen „Demarche" der gesamten Verteidigerschaft bei Gericht. Auch diejenigen Anwälte, die sich nicht, wie der Tagebuchschreiber es tat, von den Gerichts-Amerikanern einladen und dabei mit „eßbaren Gastgeschenken" ausstatten ließen, mußten sich angesichts der da-

maligen deutschen Hungersnot im Nürnberger Justizpalast wie auf einer Insel fühlen und interessiert daran sein, dieses Zufallsglück keinesfalls aufs Spiel zu setzen. Das Gericht wiederum ließ unter der Samtpfote, die Honorare, Lebensmittel und Zigaretten darbot, immer wieder recht deutlich die Krallen des Siegers verspüren: immer wieder mußten sich die Verteidiger peinlichen Befragungen durch den CIC unterziehen, und es kam vor, daß der eine oder der andere von ihnen mit oder ohne Angabe von Gründen festgehalten wurde. Ein Anwalt wurde zwischendurch einmal sechs Wochen in ein Gefängnis gesperrt und dann wieder freigelassen — er weiß heute noch nicht, warum es geschah. Um die Einschüchterung noch zu vervollständigen, erfolgten in angemessenen Zeitabständen — durch die allenthalben regierenden alliierten Presseoffiziere angeregt — in den deutschen Lizenz-Zeitungen heftige Angriffe gegen die Verteidiger, die in jener Hauptkonjunkturzeit der Denunziation unter den Nürnberger Anwälten jeweils furchtsame Aufregung hervorriefen und zu der seltsamen Bitte führten, das Tribunal möge den Verteidigern einen „Schutzbrief" ausstellen. Das Gericht tat das nicht, aber der Vorsitzende ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, der Angelegenheit in einer geschickt formulierten Erklärung eine Spitze gegen die Angeklagten zu geben.

Durch die Auswahl des Verteidigerkreises und die Atmosphäre der bis ins kleinste sich erstreckenden Abhängigkeit wurde zweifellos ein entscheidender Schutz gegen die Möglichkeit geschaffen, daß etwa ein Verteidiger oder gar die gesamte Verteidigerschaft das so leicht durchschaubare Spiel dieses Prozesses nicht mitspielen und ihn in die so naheliegenden Krisen hineinführen würde. Diese so wohlfundierte Sicherheit genügte dem Tribunal und vor allem der Anklagebehörde immer noch nicht. Sie faßten die Tatsache ins Auge, daß die Angeklagten intelligente und streitbare Männer waren, die auch bei nur zaghafter Unterstützung durch ihre Verteidiger aus ihren Dokumenten und mit ihren Zeugen eine gewichtige Beweisführung hätten zuwege bringen können — wenn nicht diese Akten sämtlich in der Hand der Gegner und fast alle Zeugen verhaftet oder verschwunden gewesen wären! Weder Angeklagte noch Verteidiger hatten Zutritt zu den Archiven, in denen die deutschen Akten lagen, und das Auffinden wichtiger Zeugen war eine Sache glücklichen Zufalls. Und da die deutschen Eigenschaften des Fleißes und der Findigkeit auch in Provinz-

anwälten wirksam sind und auch durch Lebensmittel und Zigarettengaben nicht ausgeschaltet werden können, gelang es tatsächlich, manches nicht unwichtige Verteidigungsdokument zu beschaffen und in irgendwelchen Winkeln alliierter Internierungslager kenntnisreiche Zeugen aufzutreiben. Gegenüber solchen Versuchen, doch noch eine Art von Verteidigung aufzubauen, griff das Gericht zum wirkungsvollen Mittel der Ablehnung — es genehmigte einfach nicht die Vorlage peinlicher Dokumente oder die Vorführung von Zeugen, deren Aussagen das Anklagegebäude ernstlich hätten gefährden können. Ganze Beweisführungen — etwa die völkerrechtlich natürlich entscheidende Beweisführung über die tatsächliche Kriegführungspraxis der Gegenseite — wurden generell verboten. Hier vollzog sich in den Nürnberger Monaten ein echtes Drama: immer wieder vernehmen wir ein bescheidenes Anklopfen der kleinen Rechtsanwälte, um wenigstens durch eine Hintertür mit ernstlichen Argumenten auf die Bühne zu kommen — aber stets dröhnt ihnen das mächtige „Nein" einer übermächtigen Anklagebehörde und eines parteiischen Tribunals entgegen. Der nahezu einzige wirkliche Unerschrockene der Nürnberger Verteidiger, — ein dreißigjähriger junger Münchner Anwalt, Dr. Alfred Seidl — hat einen monatelangen grotesken Kampf darum geführt, den deutsch-sowjetischen Geheimvertrag von 1939, also ein Dokument von weittragendster Bedeutung für die These des „Angriffskrieges" und für die Zusammensetzung des Gerichtshofes, in den Prozeß einzuführen. Seidls Beharrlichkeit und Geschicklichkeit führte nach vielen Abweisungen schließlich doch zum Ziel: ein „Affidavit" mit dem Vertragstext wurde den Prozeßakten beigefügt — aber dafür wird es im Urteilstext mit keinem Wort erwähnt! Dieses dreiste Hinweggehen über eine entscheidende Grundtatsache wäre natürlich nicht möglich gewesen, wenn die Gesamtverteidigerschaft sich des sensationellen Dokumentes, mit dem der ganze Prozeß aus den Angeln gehoben werden konnte, ernstlich bedient hätte. Nichts vermieden die Nürnberger Verteidiger ängstlicher als ein Auftreten, das als „Demonstration" hätte wirken können — und gerade darum mußte es in diesem Falle gehen; nur durch Demonstration lassen sich Schweigemauern brechen.

Statt dessen hörten sich die Verteidiger das von der Anklagebehörde vorgetragene, teils tendenziös entstellte, teils frech zusammen-

gelogene Anklagematerial staunenden Ohres an — ohne auch nur den Versuch einer ernsthaften Attacke gegen die dabei angewandten Methoden. Noch in dem im Jahre 1951 erschienenen Lippe'schen Buch wird von dem (von den Amerikanern inzwischen längst aus dem Verkehr gezogenen) Schwindelfilm über die „KZ-Greuel" so gesprochen, als ob es sich um ein ernstzunehmendes Beweisstück gehandelt habe, auch an die „Lampenschirme aus Menschenhaut" (die inzwischen ebenfalls längst als Phantasieprodukte entlarvt sind) glaubt dieser „Verteidiger" offenbar heute noch. Es wundert uns nicht, wenn wir hören, daß Görings Verteidiger nur mit Mühe dazu zu bewegen war, einen in Nürnberg bereits anwesenden Zeugen über die Bluttat von Katyn (die in Nürnberg den Deutschen als Anklagepunkt vorgehalten wurde!) dem Gericht vorzuführen. Diese Herren Anwälte waren alle so besatzungsfromm und deshalb im Sinne der alliierten Propaganda im tiefsten Herzensgrunde von der abgrundtiefen Verworfenheit derer, die sie verteidigen sollten, so überzeugt, daß sie hinsichtlich der alliierten Greuelberichte eine andersgeartete Tatsachenlage nur mißtrauisch ins Auge faßten und nur unter größten Vorsichtsmaßregeln zur Sprache brachten.

Den Angeklagten gegenüber war es dementsprechend vielen Verteidigern vor allem darum zu tun, sich selbst von ihnen zu distanzieren oder wenigstens von ihnen „Reue"-Äußerungen und Erklärungen gegen Adolf Hitler und den Nationalsozialismus zu erzielen. Solche Leistung, die den paar Angeklagten, die sich fügten, nicht nützte, dem Ansehen des deutschen Volkes in der Welt aber bitteren Schaden zufügte, erfüllte die Verteidiger mit besonderer Genugtuung und bedeutete auch für sie einen Plus-Punkt im Zeichen der „Umerziehung" und „Entnazifizierung". Ernste Konflikte zwischen manchen Anwälten und ihren Mandanten blieben nicht aus — sichtbar wurden sie vor allem in der letzten Phase des Prozesses, als es um die Plädoyers und um die Schlußworte ging. Es gab Anwälte, die bis zu diesem Zeitpunkt warteten, um denen, die sie vertreten hatten, klarzumachen, daß sie nicht daran dachten, sich ernstlich vor sie zu stellen. Als es zum Schwur kam, zeigte sich das beschämende Bild, daß nur wenige Anwälte es wagten, Freisprüche zu fordern. Einige von ihnen haben sich sogar noch mit Lockungen und Drohungen in die Schlußworte ihrer Mandanten eingemischt, um bis zur letzten

Minute des Prozesses das zu verhindern, was im Nürnberger Jargon „Verteidigung des Nationalsozialismus“ genannt wurde.

Man muß alle diese Umstände in Rechnung ziehen, wenn man die seltsame, aber unbestreitbare Tatsache bewertet, daß es im größten internationalen Staatsprozeß aller Zeiten keine ernstzunehmende planmäßig wirkende Verteidigung gegeben hat. Nur einige Angeklagte haben tapfere Vorstöße unternommen. An ihrer Spitze trat Hermann Göring mit Mut und Entschlossenheit auf und hat damit internationales Aufsehen erreicht. Einige Tage lang hat Göring die Szene beherrscht; dann mußte er sich wieder in die Rolle des Zuschauers zurückziehen. Von Göring wird der Satz überliefert, ihm sei nicht so sehr wichtig, was sein Anwalt vor Gericht erzähle, sondern nur, daß er ihn allabendlich besuche und sich mit ihm unterhalte. Das ist wohl das bescheidenste Verlangen, das sich in einem solchen Prozeß an die Leistung eines Verteidigers stellen läßt. Rudolf Hess, der dem Prozeß gegenüber die strikteste Haltung einnahm, indem er, mit einem Buch ausgerüstet, die Verhandlungswochen zu privater Lektüre benützte, fand schon zu Beginn des Prozesses Anlaß, vernehmlich zu seinem Banknachbar Göring zu bemerken: „Siehst du, die Verteidiger arbeiten *gegen* uns.“

Ein so hartes Urteil mag in manchem Einzelfall zu weitgehend sein (gerade Hess fand einige Wochen nach diesem Vorfall in Seidl den mutigsten der Nürnberger Anwälte), aber es ist leider eine Tatsache, daß zu dem Mangel an fachlicher Fähigkeit und zur Beschränkung der Arbeitsmöglichkeiten seitens der Nürnberger Verteidigerschaft ein oft ganz offenes Zusammenspiel mit der Anklagebehörde feststellbar gewesen ist. Das überraschend würdelose Verhalten einiger innerlich schwacher Angeklagter war nicht zuletzt solchen unterirdischen Querverbindungen zuzuschreiben — allzu viele Verteidiger lebten in der Furcht des Herrn Jackson, und die tribunalfromme Atmosphäre des Verteidigerraumes im Justizpalast hat sich auch in einigen Zellen des Gefängnisses ausgewirkt. Keine der paar staunenerregenden Angeklagten-Erklärungen gegen das von ihnen selbst repräsentierte Dritte Reich ist ohne die eifrige Mitwirkung zweifelhafter Juristen zustande gekommen. Um so mehr menschliche Achtung verdienen jene Angeklagten, die allem Zureden ihrer Anwälte zum Trotz, aller Erniedrigung und Beleidigung, aller Qual der Gefängnishaft, aller Tortur der

scheinwerferdurchstrahlten Nächte ungeachtet im Gerichtssaal, in den Zellen und schließlich auf dem Schafott Männer und Bekenner blieben.

Einige wenige von diesen Tapferen haben Nürnberg überlebt, in den dumpf-kalten Steinzellen von Spandau werden sie von west-östlichen Kerkermeistern gefangengehalten — immer noch.

Zeitkritik aus deutscher Sicht

sehr gut

Die Vereinigten Staaten und die Weltpolitik

(NE, November 1952)

Würde ein Zeitgenosse Bismarcks in die Welt von 1952 zurückkehren, um die politische Lage zu prüfen, so wäre er — neben den wichtigen Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen Rußland, Deutschland, Frankreich und England — vor allem von zwei völlig neuen Tatbeständen überrascht: Erstens von der Auslöschung Österreich-Ungarns und zweitens von der Weltmachtstellung der nordamerikanischen Republik. Diese beiden Tatsachen sind, was man oft vergißt — Ergebnis der letztvergangenen vier Jahrzehnte. Konnte die Auflösung des Habsburgreiches gegen Ende des 19. Jahrhunderts immerhin schon vorausgeahnt werden, so gehört der Aufstieg der USA zu Weltmacht-Rang ausschließlich unserer Zeit an.

Erst mit dem Eingreifen in den Ersten Weltkrieg haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika — von England und Frankreich herbeigerufen — ihren Einzug in den Bereich der „großen" Politik vollzogen. Seitdem ging es nicht nur dem Londoner Kabinett wie dem Zauberlehrling, der die Geister nicht mehr los wurde, die er rief. Schon in Versailles wurde klar, daß die amerikanische Hilfe nicht aus selbstloser Neigung gegeben worden war, sondern mit bestimmten Zielen und Absichten und mit dem Wunsche nach einer Art Schiedsrichterstellung in den europäischen Fragen.

Im Jahre 1919 war es das amerikanische Parlament, das seinem Präsidenten den Rückzug anbefahl; weder der Versailler Vertrag noch Wilsons „Völkerbund" fanden die Billigung der amerikanischen Öffentlichkeit. Die Ratifizierung unterblieb und die USA — zufrieden mit der Verlagerung der monetären Vormachtstellung von London nach New York — beschritten zunächst erneut den bewährten Weg der Zusammenfassung aller Kräfte auf rein amerikanische Aufgaben. Dieses Verhalten entsprach der alten Linie amerikanischer Unabhän-

gigkeitspolitik, die einst bei der Lostrennung der 13 Staaten von England Pate gestanden hatten. Freiheit von transatlantischen Bindungen war das Anliegen der nordamerikanischen Kolonisten, die sich stark genug fühlten, *ohne* Hilfe eines europäischen Heimatlandes die Eingeborenen auszurotten und sich zum Herren eines Erdteils zu machen. Sie waren harte Kämpfer: wie sie keine Gnade kannten für die „Injuns", die sich ihrem „Drang nach dem Westen" entgegenstellten, so duldeten sie auch von Europa weder Steuerforderungen noch Belehrungen oder Einmischung politischer Art. Als Metternich — vor erst 130 Jahren — an Strafzüge gegen südamerikanische Revolutionen dachte, setzte ihm der USA-Präsident Monroe die Formel entgegen: „Amerika den Amerikanern". Aber die Macht, die hinter diesem kühnen Worte stand, war unbedeutend, und noch im amerikanischen Bürgerkrieg der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts war die Möglichkeit des Eingreifens europäischer Mächte eine ernste Gefahr für die USA.

Es ist kein Zweifel, daß schon im 19. Jahrhundert die ständige Ablenkung der europäischen Staaten durch innere Streitigkeiten, Revolutionen und Kriege — und als Ergebnis die stillschweigende Anerkennung der Monroe-Doktrin — die Entwicklung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu einem wirtschaftlich reichen und politisch bedeutenden Staat überhaupt erst möglich gemacht hat. Weder Bismarck noch irgendeiner seiner europäischen Kollegen fanden Zeit und Kraft, der Entwicklung in den fernen USA mehr zuzuwenden als ein freundliches „Desinteressement". Der Aufbau der nordamerikanischen Macht in jenen Jahrzehnten bleibt trotzdem — oder vielleicht gerade deshalb — bewunderungswürdig: aus eigener Kraft entstand hier eine neue Nation, zusammengesetzt aus guten Kräften fast aller europäischen Völker — nur die Russen gaben wenige oder gar keine Menschen in den „Schmelztiegel". Die Leistungsschwerpunkte veränderten sich in diesem jahrzehntelangen millionenfachen Mischungsprozeß; auch charakterlich entstand eine von der europäischen unterschiedene „amerikanische Seele". In den hundert Millionen Amerikanern des riesigen schätzereichen Kontinents war aber um die Jahrhundertwende ein neuer Machtpunkt entstanden, der nur deshalb für Europa noch nicht fühlbar wurde, weil die Politik, die ihn beherrschte, noch nach der Denkweise Monroes verfuhr. Es war nun kein euro-

päischer Zugriff mehr zu befürchten, aber die Einflußnahme auf Südamerika und auf die für den amerikanischen Handel wichtigen Bereiche des Stillen Ozeans und Ostasiens erschien den Amerikanern jener Zeit als ausreichendes politisches Feld.

Die Namen zweier Präsidenten bezeichnen die Abkehr von dieser genügsamen Politik: *Wilson* — der Professor — griff in Europa ein in der Absicht, die Welt zu verbessern, *Roosevelt* — der Demagoge — tat das Gleiche mit dem Ziele, sie zu beherrschen. Der eine ließ sich nicht ohne Widerstreben in den Krieg hineinziehen, der andere wirkte mit Geschicklichkeit und Leidenschaft auf dieses Ziel hin, ja sein Spiel begann längst,bevor in Europa der erste Schuß fiel. Für ihn wurde der Zweite Weltkrieg ein wirkungsvolles Verfahren, um die Kräfte der europäischen Großmächte aufzureiben und sie zum Ausverkauf ihres Welteinflusses zu bringen.

Mit dem wachsenden Einblick in ihre Gründe, Hintergründe und Wege findet die Rooseveltsche Politik heute in Amerika wie in Europa immer kritischere Beurteilung. Für uns gehört Selbstüberwindung dazu, in Ruhe die wichtige Frage zu prüfen: ob nicht Roosevelt gerade um seiner europafeindlichen Politik willen als ein großer amerikanischer Staatsmann zu gelten hat, der seinem Volk in kurzer Zeit und mit verhältnismäßig geringen Opfern eine großartige Weltstellung aufgebaut hat. Wer staunend den Weg der amerikanischen Politik in den letzten anderthalb Jahrzehnten verfolgt hat, wer erlebte, wie sie während des letzten Krieges sich die Herrschaft auf den Meeren aneignete, wie sie in Indien, Persien, Ägypten den britischen Einfluß ablöste, wie sie fast überall in der Welt den ersten Platz unter den Mächten an sich riß und auch eingeräumt erhielt, ist zunächst geneigt, dieser dramatischen Veränderung der Weltlage und den dabei entscheidenden Kräften und Männern nüchterne Anerkennung nicht zu versagen. Und wenn wir gar sehen, daß diese kraftgeladene Politik auch vor *dem* Gegner nicht zurückscheut, der schon für Napoleon, dann für die Engländer und schließlich für Hitler unbezwingbar war, dann sind wir erst recht versucht, zu bewundern — statt kritisch zu untersuchen, ob nicht hinter diesem planmäßigen Umsturz der weltpolitischen Lage ein verderbenbringender Irrtum wirksam ist.

Blicken wir tiefer in den Sinn des Geschehenen, so ergeben sich vier ernste Bedenken:

1 Die heutige amerikanische Weltgeltung ist zum großen Teil *Erbschaft* — vielfach erworben auf Kosten der Stellung des weißen Mannes.

2 Die von der Rooseveltschen Politik angestrebte Ausschaltung Deutschlands und Schwächung Englands hat — zusammen mit der ostasiatischen Entwicklung — Rußland stärker werden lassen, als es jemals zuvor gewesen ist.

3 Trotz ihrer außerordentlichen Ballung ist die wirtschaftliche Kraft in den USA doch nicht so groß und möglicherweise auch nicht entwicklungsfähig genug, um *überall*, wo heute amerikanischer Einfluß geltend gemacht wird, im Ernstfall gleich stark zu wirken.

4 Das politische Verfahren, das die USA während und nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt haben, macht die europäischen Völker langsam, aber zuverlässig zu ihren Gegnern; keinesfalls werden die europäischen Nationen ihr in Jahrhunderten gewachsenes Selbstbewußtsein so sehr vergessen, daß sie sich auf die Dauer zu Befehlsempfängern herabwürdigen lassen, als die sie doch im Rahmen des heutigen weltpolitischen Systems der USA tatsächlich mitunter erscheinen. Ein Nachlassen des Gefahrendruckes aus dem Osten wird von selbst zu einer Frontstellung Europas gegen die USA führen.

Sehr folgenschwer wird es sein, daß die USA die Kräfte, die sie im Jahrhundert der Monroe-Doktrin zielbewußt angesammelt haben, unter der Aera Wilson—Roosevelt allzu rasch und hemmungslos verschleudert haben und sie immer noch weiter über die Welt verzetteln. In Washington hat man den alten Satz, daß „Rom nicht an einem Tage erbaut“ worden ist, nicht begriffen. Man reckt sich allzusehr im Gefühl eines weltpolitischen Neu-Reichtums, dem die zuverlässige Festigkeit fehlt.

Wie auf die Flut die Ebbe, so wird auf die weltpolitische Konjunktur der USA Krise und Rückschlag folgen. Es wird bei diesem Geschichtsablauf viel von der Frage abhängen, ob in Nordamerika rechtzeitig erkannt wird, daß die Straße Roosevelts zu Verbindlichkeiten führte, die selbst über die große Kraft der USA weit hinausgehen, daß nur ein rechtzeitiges kluges Lösen aus der allzu anspruchsvollen Stellung einer schweren Enttäuschung zuvorkommen kann. Die europäischen Völker können und werden nicht auf immer und ewig das Weiße Haus in Washington als ihr politisches Mekka be-

trachten. Der Versuch, den europäischen Kontinent als eine Art nordamerikanische Kolonie zu organisieren, die europäische Militärmacht von US-Generälen kommandieren zu lassen, wäre nicht weniger unklug als die Erwartung Stalins, Polen, Tschechen, Ungarn und Rumänen würden ernsthaft für Rußland kämpfen, weil ihnen sowjetische Marschälle als Oberbefehlshaber aufgezwungen wurden. Weder der sowjetische Anspruch auf Ost- noch der amerikanische auf West-Europa sind gesund gewachsen; diese Machtgebäude könnten einem Sturme nicht trotzen. Für beide gilt das gleiche: wer auf eingebildete Macht über fremde Völker *rechtzeitig und freiwillig verzichtet*, hat die Aussicht, dafür echten politischen Einfluß zu gewinnen; wer sich dazu nicht entschließt, erfährt eines Tages ein bitteres Erwachen aus der Selbsttäuschung.

Für die amerikanische Politik der Gegenwart und der Zukunft ergibt sich aus solchen Ausblicken zweifellos ein Hinweis auf den früheren, gesünderen und glücklicheren Kurs großer amerikanischer Staatsmänner. Sie sollte rechtzeitig prüfen, in welcher Form ein freundschaftliches Nebeneinander von Europa und Amerika wiederhergestellt werden kann. Gewiß läßt sich die Abkehr von all dem, was seit 1917 und insbesondere seit 1937 geschah, nicht mit einer einfachen Kehrtwendung vollziehen; aber ein neues und besseres Ziel sollte erkannt und angestrebt werden: nicht mehr die Rooseveltsche „Weltregierung" — eine Idee, die an ihrer alttestamentarischen Starrheit zerbrechen muß —, sondern die wirklich befriedende Weltstellung des weißen Mannes, gleichermaßen getragen von den 150 Millionen Nordamerikanern wie von den 300 Millionen Europäern. Sie alle haben die geistige, politische und wirtschaftliche Welt von heute gestaltet. Nur in aufrichtig-gemeinsamem Wirken werden sie sie erhalten und zu neuer Blüte führen können.

Demokratie? Ja! — Demokratur? Nein!

(NE, April 1953)

Seit in der Neuzeit die Aufgaben des Staates bis zu ihrem heutigen Ausmaß gewachsen sind, seit die Pflichten der Gemeinschaft nicht mehr ohne die tätige, überzeugte Mitwirkung der breiten Massen bewältigt werden können, seit insbesondere die Kriegführung die Völker in ihrer Gesamtheit in Anspruch nimmt, ist es nur eine ganz natürliche Entwicklung, daß diese Massen auch entscheidenden Einfluß auf die Politik des Staates fordern, der so sehr ihr Schicksal geworden ist. Die Ausnahmen, die sich in unserem Jahrhundert zeigten, bestätigen diese Regel: nur gegenüber ganz außergewöhnlichen Erscheinungen waren die Nationen bereit, auf ihren Anspruch zu verzichten und freiwillig in den früheren Stand der „Regierten" zurückzutreten. Kemal Atatürk, Pilsudski, Mussolini, Adolf Hitler waren solche überragende Persönlichkeiten — aber auch unter ihnen kam es schließlich zum inneren Bruch, ihre Regierungsform überlebte sie nicht. Sie vermochten keinen dauernden Staatsbau zu begründen; ihre Staatsform bewährte sich so lange, als der Strahlenkranz des Sieges den Staatsführer umleuchtete und die Massen überzeugte. Als dieser Glanz erlosch, war die Kraft des Staates, der auf ihre Person zugeschnitten war, gebrochen. In der unmittelbaren Gegenwart — nach Stalins Tod — erleben wir eine Wiederholung dieses Ablaufes. Er wird sich nicht dramatisch vollziehen, dafür ist der russische Mensch zu sehr Untertan geblieben, aber schließlich wird auch hier sich zeigen, daß mit den wachsenden Forderungen, die der Staat an den einzelnen stellt, dessen Wille geweckt wird, auf die politischen Entscheidungen einzuwirken. Je mehr der „Demos", das Volk, zu leisten und im Unglück zu leiden hat, um so entschiedener fordert es die „Kratie", das Bewußtsein der Herrschaft.

Gewiß stimmt der Satz, daß durch Mehrheitsbeschlüsse noch selten Geschichte gemacht worden ist, aber es läßt sich auch sagen, daß solche parlamentarischen Beschlüsse bisher nicht immer wirklicher

Ausdruck des Volkswillens waren: es gibt nämlich in jeder geistig wachen Nation ein oft erstaunlich klares inneres Wissen, das — unbekümmert um jede Art von Propaganda — meist in eine sehr deutliche Richtung weist. Es hat nicht nur Herrscher, sondern auch Parlamente gegeben, die auf diese Stimme nicht hörten und die deshalb scheiterten. Dieser Volkswille, die Summe des politischen Denkens einer Nation, ist wie eine Naturkraft, der zu folgen dem bedeutendsten Politiker Ehre macht und Segen bringt. Demokratie bedeutet in ihrem tiefsten Kern die Umsetzung *dieses* „gesunden Volksempfindens" in politische Tat.

Über die Formen der Demokratie, über die Art und Weise, wie der Volkswille sich bilden und geltend machen soll, ist seit dem Zeitalter der Französischen Revolution viel gestritten und experimentiert worden. Setzt man die Verfassungsformen, die sich sowohl im Laufe der Zeit wie auch in Krisen sichtbar bewährt haben, mit denen in Vergleich, deren Leistungen weniger unbestritten sind, so zeichnet sich die angelsächsische Auffassung der Demokratie vor der romanischen aus. Das amerikanische Verfahren der zwar streng überwachten, aber doch auch sehr entscheidungsfreien Präsidentenherrschaft hat zweifellos zu bedeutenden politischen Leistungen geführt — wenn es auch irreführend wäre, wollte man den Aufstieg der USA zur Weltmacht ausschließlich aus dem Aufbau ihrer Verfassung erklären. Es läßt sich aber doch sagen, daß kaum eine andere Staatsform den Träger der staatlichen Macht so sehr zwingt, unmittelbar in das Volk hineinzuhorchen, und diesem Staatsführer trotzdem soviel Recht und Verantwortung zu eigenem Entschluß gibt. Verglichen mit der schwer zu erringenden, dann aber überragenden Machtfülle eines amerikanischen Präsidenten, hat selbst ein so einflußreicher Mann wie ein britischer Ministerpräsident nur eine schwache Stellung. Doch läßt sich nicht leugnen, daß auch die britische Auffassung sich einst in jahrhundertelanger Entwicklung gut bewährt hat, jedenfalls besser als das französische Verfahren der reinen Parlamentsherrschaft mit all ihren launenhaften Zwischenfällen, die gewiß nichts mit dem Volkswillen zu tun haben.

Die Verfassung der westdeutschen Bundesrepublik ist teils nach englischem, teils nach französischem Vorbild geschaffen; das Bonner Grundgesetz könnte — so wie es auf dem Papier steht — ein nicht

unwirksames, in vielen Einzelheiten wohldurchdachtes Werkzeug für die staatspolitische Zusammenfassung des deutschen Volkes sein. Als bedenklicher Mangel zeigt sich dem prüfenden Blick das Fehlen des Volksbegehrens und Volksentscheides — dieser ältest-überlieferten Bestandteile germanischer Volksfreiheit, mit denen gerade wir Deutschen ein eigenständiges Merkmal *unserer* Demokratie entwickeln könnten. Auch die Forderung der Persönlichkeitswahl anstelle der Listenwahl ist ein Verbesserungsziel, das nicht aus dem Auge verloren werden sollte. Zweifellos ist es eine besondere Stärke des britischen Unterhauses, daß in ihm fast nur Männer sitzen, die sich ihren Sitz beim Volk in einem festumrissenen Bezirk klar erkämpfen mußten. Auch die bedeutendsten britischen Minister sind von dieser heilsamen Prüfung nicht verschont; sie verlieren unweigerlich ihr Amt, wenn die Wähler ihres Wahlkreises sich von ihnen abwenden. Dem Begriff eines von *seinen* Wählern „Ab-Geordneten" den ursprünglichen Sinn zurückzugeben, heißt gewiß dem Parlament größere geistige Bedeutung und größeres öffentliches Ansehen sichern.

Der aufmerksame Leser wird unsere Einschränkung zum Bonner Grundgesetz „so wie es auf dem Papier steht" nicht übersehen haben. Dieser Satz konnte nicht ungeschrieben bleiben, denn allzuviel, was wir seit 1949, dem Jahr des Inkrafttretens dieser Verfassung, innenpolitisch erleben, ist mit ihrem Wortlaut oder gar mit ihrem Sinn nicht in Einklang zu bringen.

Schon der berüchtigte Ausnahmeparagraph, in dem verfügt wird, daß die in den Ländern erlassenen „Entnazifizierungs"-Gesetze mit dem Grundgesetz nicht in Widerspruch ständen, war und ist eine zeitbedingte Lüge, denn jedes dieser von den Besatzungsmächten erzwungenen, von allzuviel deutschen Regierungen übereifrig durchgeführten politischen Verfolgungsgesetze *steht* eben im unversöhnlichen und krassen Widerspruch zu jedem wichtigen Satz des Bonner Grundgesetzes. Heute, im Jahre 1953, ist jener unheilvolle Paragraph immer noch nicht getilgt, und es wird immer noch „entnazifiziert".

Noch bedenklicher als dieser Widersinn, der immerhin als Überrest der geistigen und politischen Nachkriegswirren erklärt, wenn auch nicht entschuldigt werden kann, erscheint es uns, daß zahlreiche Vertreter gerade der Personenkreise, die uns nach 1945 von den Besatzungsmächten als Vorbilder und „Umerzieher" vorgestellt und vorge-

setzt wurden, sich in wachsendem Ausmaß als höchst zweifelhafte Demokraten erweisen, indem sie den Grundsatz verfechten, daß Demokratie in Deutschland gleichzusetzen sei mit der Regierungstätigkeit *ihrer* Partei oder gar mit ihrer eigenen Person.

Die entscheidende Bewährungsprüfung jedes demokratischen Staates ist es zweifellos, daß sich einem Meinungswandel des Volkes auch die politischen Verhältnisse anpassen — zwar ohne Überstürzung, aber doch ohne ernsten Widerstand. Mit Staunen bemerkt aber heute das deutsche Volk, daß die politischen Kräfte, die nach 1945 sich oft allzu mühelos in den Vordergrund geschoben haben und deren es heute nach dem Gesetz der Abnutzung vielfach überdrüssig geworden ist, nun dem sehr undemokratischen Irrtum verfallen, daß der rücksichtslose Einsatz staatlicher Machtmittel ihre dahinschwindende politische Überzeugungskraft ersetzen könnte.

Der Volksmund hat dieses sich allzu deutlich vor unseren Augen vollziehende Verfahren mit dem spöttischen Wort „Demokratur" gekennzeichnet — und es läßt sich nicht bestreiten, daß auch hier seine tiefere Klugheit wieder einmal treffend urteilt.

Noch ist das Wort „Demokratur" ein Scherzwort. Wie lange wird es dauern, bis es gallig und bitter auf unseren Lippen liegt? Wir Deutschen sind ein geduldiges Volk, und deshalb werden die behördlichen Zwangsmaßnahmen zunächst scheinbar zum Erfolge führen. Die 45er werden vielleicht sogar, durch verfassungswidrige Sondergesetze geschützt, in ihren Ministersesseln alt und grau werden und eines Tages aussterben, aber einmal werden ihre Parteien in sich zusammensinken, wie jede politische Bewegung verfällt, die sich aus dem offenen Ringen mit ihren Gegnern auf die bequemen Verfahren der Verbote, Verhaftungen und Haussuchungen zurückzieht. Freilich: nach dem Vorbild der Ostzone wird um so lauter von Demokratie geredet werden, je weniger sie in der Wirklichkeit bedeutet.

Unter der erstarrten Eisschicht obrigkeitlich verordneten „politischen Friedens" aber werden sich erneut die Kräfte spannen — denn es ist ein Zeitalter der Demokratie, nicht der Demokratur, in dem wir leben.

Soll dieser verhängnisvolle Kreislauf des Druckes und der Explosion noch einmal wiederholt werden, oder gibt es unter denen, die heute in Deutschland regieren, einige, die auch das deutsche Volk und sein Schicksal sehen?

„Mockery of Justice" — Hohn auf das Recht

Wo bleibt das grundsätzliche Nein zur „Kriegsverbrecher"-Justiz?
(NE, Dezember 1954)

Kürzlich starb in Washington Herr Jackson — weiland Haupteinpeitscher der alliierten „Kriegsverbrecher"-Justiz und Ankläger der USA im Nürnberger Prozeß, nicht zuletzt bekanntgeworden durch die gründliche Abfuhr, die Göring ihm erteilte.

Daß Herr Jackson, der noch in den besten Jahren stand, seine ersten Opfer nicht allzulange überlebt hat, mag als ein Umstand ausgleichender übernatürlicher Gerechtigkeit gewertet werden, und man könnte zur Tagesordnung übergehen, würde nicht in mehreren Verliesen auf deutschem, auf holländischem, belgischem und französischem Boden noch eine beträchtliche Anzahl anständiger Männer nur auf Grund von „ex post facto"-Gesetzen Jacksonscher Prägung ihrer Freiheit beraubt sein.

Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß der Ruf der Jackson-Justiz in dessen eigenem Heimatland bereits anrüchig geworden ist, was recht deutlich anläßlich der Herrn Jackson gewidmeten Nachrufe sichtbar wurde. So schrieb die bekannte amerikanische Zeitschrift „Time" — die den gleichen Jackson in den Jahren seines Glanzes nicht laut genug hat preisen können — die beachtlichen Sätze, die wir den Lesern von NE nicht vorenthalten wollen, weil sie fast auch für unsere Zeitschrift geschrieben sein könnten:

„History" — so lesen wir in „Time" vom 18. Oktober 1954 — „already has come to make a wry face on tasting the wine from Nürnberg chalice. That US fought a war with Communist allies is completely justifiable, but that US representatives then sat with Communist judges to try others on charges of ‚crimes against humanity' is now recognized as a mockery of justice ..."

„Die Geschichte ist heute bereits so weit, ein schiefes Gesicht zu

ziehen, wenn sie den Wein aus Nürnbergs Kelch schmeckt. Daß die Vereinigten Staaten einen Krieg ausfochten an der Seite von kommunistischen Alliierten, ist völlig gerechtfertigt (?!NE), aber daß Repräsentanten der USA damals mit kommunistischen Richtern zusammensaßen, um gegen andere wegen ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit' zu verhandeln, wird heute als ein Hohn auf die Gerechtigkeit erkannt ..."

„Time" macht außerdem noch einige Mitteilungen über Jacksons juristische Laufbahn, aus der sich aufsehenerregende Verteidigungserfolge für junge Kommunisten hervorheben, und schließt mit dem vielsagenden Satz, daß Jackson, „so klardenkend und eindringlich er war, nie ganz deutlich auszudrücken vermochte, wofür er eigentlich eintrat" (he never quite succeeded in expressing what it was that he stood for).

Deutlicher läßt sich in einem amerikanischen Magazin kaum ausdrücken, daß auch die ganze „Kriegsverbrecher"-Justiz zu den Kuckuckseiern gehörte, die Moskau im Lager des Westens zu legen verstand. Freilich — eine Entschuldigung für das ungeheuerliche und uferlose Unrechtssystem, das eine riesige Sippschaft von Rachefanatikern und Profitjägern nach 1945 aus den von Herrn Jackson ausgedachten Formeln entwickelte, kann solche späten Erkenntnisse, wie sie „Time" jetzt ausspricht, um so weniger bieten, als manche Regierungskanzleien heute noch stur an allen aus dieser schmutzigen Nachkriegsjustiz übriggebliebenen Formalien und Maßnahmen festhalten.

Wie sehr das System — trotz der überreifen Erkenntnis seiner Rechtswidrigkeit und Unhaltbarkeit — immer noch am Leben ist, haben wir erstaunt gerade bei dem einzig erfreulichen Tatbestand der letzten Monate, der Freilassung Neuraths aus Spandau, erlebt.

Zu ihr ist zunächst zu bemerken, daß dieses längst fällige und doch versöhnend-überraschende Ereignis nicht das Werk der Zehntausende von professoralen Schwätzern ist, die täglich in Deutschland und in der Welt von „Freiheit" und „Gerechtigkeit" faseln — von Spandau, Landsberg und Werl reden sie kein Wort —, und auch kaum die Leistung derer, die nach dem Ereignis die Telegraphenboten beschäftigten. Es ist eine für den sittlichen Zustand unseres Jahrhunderts wahrhaft beschämende Tatsache, daß der kranke achtzigjährige Herr

von Neurath, dem einst alle großen Staaten der Erde ihre Ordensbänder auf die Brust hefteten, auch heute noch in der Gruft von Spandau begraben wäre, hätte nicht eine tapfere Tochter mit der Geschicklichkeit einer Diplomatentochter und -frau so lange und so laut an die verschlossenen Türen gepocht, daß man sie als lästig empfand.

Und es ist eine weitere Tatsache, die sich alle die Phrasendrescher hinter die Ohren schreiben sollten, daß die Tore heute noch geschlossen wären, hätten nicht ausgerechnet die Russen sich darauf besonnen, daß humane Gesten nicht immer falsch zu sein brauchen. Und es zeigte sich, daß Moskau offenbar auch heute noch — wie 1945 — der Platz ist, von dem die Westmächte sich die Richtlinien für Gerechtigkeit gegenüber „Kriegsverbrechern" einholen! Als die Sowjets fanden, Neurath könne entlassen werden — ging es auf einmal in einem Tempo, das wir bei der Behandlung der Landsberg-, Werl- und Wittlich-Fälle seit Jahren vergeblich erwartet haben.

Es blieb gerade noch Zeit für ein bezeichnendes Zwischenspiel: Als des sowjetischen Botschafters Puschkin Vorschlag zur Haftentlassung Neuraths soeben veröffentlicht worden war, erhielten die in London tätigen ausländischen Zeitungskorrespondenten zunächst Informationen, die auf eine ablehnende Haltung der britischen Regierungskreise schließen ließen. Man habe — so war in unterrichteten Londoner Kreisen zu hören — zwar gewissen Hafterleichterungen in Spandau zugestimmt, der Gedanke einer vorzeitigen Entlassung aber sei von britischer Seite bisher nie ins Auge gefaßt worden! Nun, auch dort hat man sich schließlich den Auffassungen Moskaus über das gegenüber achtzigjährigen kranken Häftlingen anzuwendende Verfahren angeschlossen, aber offenbar nur widerstrebend.

Noch eine andere Einzelheit zum Fall Neurath, ebenfalls britischer Herkunft, verdient vermerkt zu werden: Als Bundespräsident Heuß in einer anerkennenswerten Regung von Mut an Neurath telegraphierte und das Wort „Martyrium" gebrauchte — (es wäre schöner gewesen, wir hätten dieses treffende Wort aus dem Munde des Bundespräsidenten *vor* der Entlassung vernommen) — da gab es gleich ein paar bitterböse Anrempelungen von Londoner Zeitungen und schließlich — wie angesichts der Emigrationsverbindungen nicht verwunderlich — ein gehorsames Nachgeplapper dieser Kritik durch deutsche SPD- und Gewerkschaftsgrößen! Kommentar überflüssig.

Die Entlassung Neuraths war eine Episode — und zwar eine aus humanitären Gründen längst überfällige Episode. Immerhin hat sie gezeigt, wo die wirklichen Gegner einer Bereinigung dieses gewiß schmutzigsten Kapitels der schmutzigen europäischen Nachkriegsgeschichte sitzen. Soviel Souveränität sollte Bonn nun — zehn Jahre nach Kriegsende — doch endlich besitzen, um den offenbar in der Downingstreet konzentrierten Widerstand der unbelehrbaren Rachejustiz auszuschalten.

Freilich — das zaghafte Getue, das man in Bonn an den Tag legt, bringt nicht die entschiedene Lösung, die überreif ist. Sie kann nicht — wie man es von deutscher Seite immer wieder versucht — in der spitzfindigen Behandlung von Einzelfällen gesucht und gefunden werden. (Wer weiß, wie diese Akten zustande gekommen sind, der weiß auch, daß ihr Studium nutzlose Zeitvergeudung ist.) Sie liegt vielmehr in der klaren Ablehnung aller dieser Urteile, die auf Grund des von Herrn Jackson erfundenen und in mehr als merkwürdigen Verhandlungen ausgehandelten Siegerrechtes erlassen wurden. Solange das nicht geschieht, wird nur an den Symptomen herumkuriert, statt die Krankheitsursache zu erfassen.

Was sich in der „Time"-Redaktion schon herumgesprochen hat, könnte schließlich auch der deutsche Bundeskanzler einmal zu sagen wagen: daß alle die deutschen Männer, die in Spandau, Landsberg, Werl, Wittlich, in holländischen, belgischen, französischen Gefängnissen immer noch ihrer Freiheit beraubt sind, nicht Verbrecher sind, sondern Opfer — Opfer einer „mockery of justice", eines Hohnes auf das Recht.

Die Souveränität

(NE, Juni 1955)

Englische Zeitungen haben mißbilligend bemerkt, daß die deutsche Öffentlichkeit die Verkündung der westdeutschen „Souveränität" mit Apathie aufgenommen habe. Das mag dem durchschnittlichen Londoner Zeitungsleser als ein Merkmal typisch deutscher Borniertheit oder gar als ganz unverständlich erscheinen, denn er mißt das Wort „Souveränität" natürlich mit den üblichen und den ihm gewohnten Maßstäben.

Wer die Dinge genauer betrachtet, dem erscheint die in England bemängelte Zurückhaltung der Deutschen gegenüber dieser neuesten Phrase aus dem unerschöpflichen Born der Schlagworte als ein gutes Zeichen für den wachsenden Wirklichkeitssinn unseres Volkes.

Als sie — den ursprünglichen Absichten entgegen — es unterließ, hektische Feierlichkeiten zu befehlen, hat die Bonner Regierung zweifellos schlauer gehandelt als die österreichische Regierung, die der Versuchung nicht zu widerstehen vermochte und „Jubel" betrieb, wo nachdenkliches Schweigen besser am Platz gewesen wäre. (Um den Unsinn voll zu machen, hat man in Wien verkündet, daß Österreich nun erstmals seit dem März 1938 wieder „frei" sei. Wer nur etwas Erinnerungsvermögen besitzt, weiß, daß sich das österreichische Volk gewiß in seiner ganzen Geschichte nie so befreit gefühlt hat, als nach dem Sturz des so über-österreichischen Schuschnigg-Regimes ... Das als Randbemerkung zu einem Ereignis, von dem wir hoffen, daß es nicht der Auftakt zu bitteren Enttäuschungen für unsere Freunde jenseits von Inn und Salzach werden möge.)

Die Bonner Schlauheit war sehr am Platze, denn das Märchen von der „Souveränität" konnte keine 48 Stunden lang aufrechterhalten werden. Wie schon so oft, vollzog sich einfach eine Parallele zu Ostzonenverhältnissen, nur mit umgekehrten Vorzeichen: wir erinnern uns, daß die Ostzonenregierung schon vor geraumer Zeit ähnliche

Attribute zuerkannt erhalten hatte, wie dies jetzt der westdeutschen Regierung geschah, und daß sich trotzdem nichts irgendwie Beachtliches jenseits der Zonengrenze veränderte — genausowenig wie es nunmehr in Westdeutschland der Fall sein wird. An der 1945 geschaffenen Grundtatsache der Aufteilung Deutschlands in zwei Einflußzonen fremder Mächte hat sich ganz und gar nichts geändert; das immer wieder klarzustellen, ist eine um so notwendigere Aufgabe, als von den nach Ost oder West engagierten Deutschen über diese Wahrheit eifrig hinweggeredet wird — nicht ohne Grund, denn in ihrem Licht werden vielerlei Tätigkeiten als Handlangerdienste sichtbar.

Wer es für wünschenswert hält, daß Begriffe im Sinne ihrer ursprünglichen Bedeutung angewandt werden, der wird den Mißbrauch des Wortes „Souveränität" ebenso peinlich empfinden, wie er sich über den ordinären Verschleiß des schönen deutschen Begriffes der Freiheit ärgert, der mit Eifer durch alle schmutzigen Gassen der Besatzungspolitik geschleppt worden ist und heute nur noch bitteres Lächeln wecken kann; denn es gab in den letzten zehn Jahren kaum irgendein Verbrechen, das nicht mit dem Deckmantel einer angeblichen Verteidigung oder Errichtung von Freiheit zugedeckt worden wäre.

Wir möchten wünschen, daß nichts Ähnliches mit dem Begriff der „Souveränität" geschehe. Unter „souverän" hat man bisher Staaten und Regierungen begriffen, die in der Lage waren, ihre politischen Entschlüsse unabhängig und nach den Gesichtspunkten ihrer eigenen Interessen zu fassen. Daß im heutigen Deutschland weder diesseits noch jenseits der Zonengrenze von solchen Voraussetzungen die Rede sein kann, bedarf deshalb keiner besonderen Begründung, weil für die beiden in Restdeutschland wirkenden Verwaltungsregierungen geradezu das Gegenteil von Souveränität Gültigkeit hat: Sie sind weder unabhängig, noch dürfen sie im Umgang mit den ihnen durch den Kriegsausgang zugewiesenen Einflußmächten den Gedanken einer deutschen Interessenvertretung auch nur in den Mund nehmen.

Die Leser von NE kennen unseren oft klargelegten und in den Tatsachen festbegründeten Standpunkt, daß es sich nicht lohnt, sich in heftige Gemütsbewegungen über diese oder jene Maßnahme der Adenauer oder Grotewohl hineinzusteigern, weil ja diese beiden letzten Endes nur Exponenten der jeweils leitenden Besatzungsmacht

sind und weil jeder andere deutsche Politiker an ihrer Stelle vermutlich nur eine ähnliche Linie des Redens und Handelns verfolgen könnte. In der für die westdeutsche Regierung getroffenen sogenannten Souveränitätsregelung findet sich nicht *ein* Element, das eine Veränderung dieser gegebenen Grundsituation auch nur andeuten würde. Der magnetische Pol liegt für Bonn nach wie vor in Washington und für Pankow nach wie vor in Moskau. Gewiß — es sind ein paar erfreuliche Verwaltungsvereinfachungen eingetreten, und ein bei einem Überfall ertappter Besatzungssoldat kann nunmehr von der deutschen Polizei festgehalten werden. Dafür bleiben genügend andere erniedrigende Grotesken aufrechterhalten, die so recht deutlich zeigen, daß man uns nicht einmal die scheinbare Souveränität zubilligt, wie sie etwa Luxemburg genießt: So bleiben auf deutschem Boden immer noch Gefängnisse der Besatzungsmacht aufrechterhalten, in denen zahlreiche Deutsche auf Grund der anrüchigen und brutalen Nachkriegsjustiz *völkerrechtswidrig* festgehalten werden. Man spricht von „Souveränität" — aber der Geßlerhut darf nicht angetastet werden!

Es erhebt sich die Frage, warum man in Bonn eigentlich mit solcher Inbrunst, wie es geschieht, die politische Lüge pflegt. Wäre es nicht sowohl ehrlicher wie *nützlicher*, ganz offen zu sagen, was sich doch nicht verheimlichen läßt? — Würde es nicht dem Bundeskanzler Adenauer besser anstehen, wenn er — im Stile des von ihm so gefeierten Winston Churchill — Blut, Schweiß und Tränen aus dem Weg zu dem fernen Ziel der Souveränität predigen würde, statt als bereits erreicht zu verkünden, wovon wir Deutsche noch gar nicht träumen können?!

Wirkliche Souveränität ist ein Ziel, das nur klar verkündet zu werden braucht, um im Herzen jedes Deutschen echtes Echo zu wecken: denn sie schließt die Kraft und die Macht ein, den deutschen und den europäischen Raum vom Schicksal eines Schlachtfeldes fremder Mächte zu bewahren, sie bedeutet die Stärke und den Willen, das deutsche Element wieder aus eigenem Entschluß teilnehmen zu lassen an den Entscheidungen unseres Kontinents.

Das Recht der Deutschen auf ihren Staat

(NE, Oktober 1955)

Vor hundert Jahren sprach man vom „Nationalitätsprinzip"; später prägte der amerikanische Präsident Wilson die Parole vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker". Hätte man es in Versailles wirklich gelten lassen, dann wäre uns der Zweite Weltkrieg erspart geblieben. Den in Mitteleuropa lebenden Deutschen zugebilligt, hätte es eine lebensfähige Weimarer Republik ergeben, — aber das lag nicht im Sinne der Versailler Diktatoren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war, da Österreich-Ungarn der Vergangenheit angehörte, von einem „Selbstbestimmungsrecht der Völker" nicht mehr die Rede, dafür um so mehr von „Demokratie". Scheinbar rechnete man nicht damit, daß dieses Wort von den Deutschen voll begriffen würde. Genau betrachtet besagt nämlich „Demokratie" noch viel mehr als Selbstbestimmungsrecht über die staatliche Zugehörigkeit, denn es drückt die Forderung nach „Herrschaft des Volkes", also doch wohl auch nach „Herrschaft des Volksinteresses" aus. Und das allererste Gebot jeglichen Volksinteresses besteht wohl unbestrittenermaßen darin, daß die in gleichem Raum lebenden Angehörigen eines Volkes, eines Sprach- und Geschichtsbereiches, das Recht erhalten, ihren gemeinsamen Staat zu bilden.

Wir sind gewohnt, in aller Welt den „Kolonialismus" verdammt zu sehen. Wer einem Negerstamm des afrikanischen Urwaldes das Recht vorenthalten will, ein Parlament zu bilden und in der Weltpolitik mitzusprechen, wird mittelalterlicher Denkweise angeklagt.

Den Menschheitsfanatikern kann anempfohlen werden, ihre Blicke nicht so weit in die Ferne, sondern in die unmittelbare Nähe Mitteleuropas zu lenken. Es mag dahingestellt bleiben, ob der Freiheitsdrang der Eingeborenen von Rhodesien oder Uganda für Europäer ein ernstes Problem darstellt, solange es in Mitteleuropa augenfällige Tatsache ist, daß den Deutschen das Recht auf ihren Staat unter Vorwänden verweigert wird, die kein britischer Kolonialminister einem

Negerhäuptling mitzuteilen wagen würde; daß sowohl im Saargebiet wie in der deutschen Ostzone Millionen Deutsche gegen ihren Willen von Handlanger-Regierungen ausgebeutet werden und daß auch die so betont „demokratische" westdeutsche Regierung seit dem SRP-Urteil gezeigt hat, daß sie unter „Demokratie" keineswegs ein „Selbstbestimmungsrecht des Volkes" versteht.

Das raffinierteste Beispiel dafür, wie sich im 20. Jahrhundert mitten in Europa unter lebhafter Anwendung pseudodemokratischer Zeremonien volle zehn Jahre hindurch gegen einen ganz unzweifelhaften Volkswillen regieren läßt, bietet die Geschichte der Regierung Hoffmann im Saargebiet. Daß — wie es den Anschein hat — dieser Krug nun lange genug zum Brunnen gegangen ist, bietet den einzigen Lichtblick in der sonst so düsteren Stickluft der europäischen Nachkriegslage. Den Pariser Saarstrategen ist zum ersten Male in den zehn Jahren seit 1945 ein taktischer Fehler unterlaufen — sie haben es zwar wieder zu vermeiden gewußt, der Saarbevölkerung die einzig interessierende Frage zu stellen, nämlich die, ob das Saargebiet sich wieder mit Deutschland zu vereinigen wünsche; aber sie haben wenigstens die Möglichkeit geboten, ein trotziges „Nein" dem Herrn Hoffmann und seinem traurigen Anhang ins Gesicht zu schleudern. Daß die Volkswut schon gleich die erste Gelegenheit ergriff, um der Welt zu zeigen, wie es wirklich aussieht im Saargebiet, mag gefährlich sein: nachdem bereits im August so klar wurde, wie das Ergebnis der Oktoberabstimmung ausfallen wird, wenn sie wie vorgesehen stattfindet, können wir uns auf allerhand Fälschungsversuche gefaßt machen.

Immerhin: das,was zur Zeit im Saargebiet vor aller Augen tritt, ist für die deutsche Wiedervereinigung wahrscheinlich wichtiger als zehn weitere Genfer Konferenzen. Bei diesen internationalen Vorführungen wird uns nur immer wieder mitgeteilt, daß ein unabhängiges vereintes Deutschland weder den Amerikanern noch den Russen ein Anliegen ist. Die kürzlich abgehaltene Konferenz hatte wenigstens das eine Gute, daß sie den weitverbreiteten unbegründeten Optimismus hinsichtlich der sowjetischen Haltung gründlich gedämpft hat. Für den Herrn Molotow und seine Vorstellung von den sowjetischen Interessen war die Parole einer deutschen Wiedervereinigung nur so lange etwas wert, als er sicher war, daß sie im westlichen Lager abgelehnt würde.

Nun, da man in Washington endlich den Ball aufgegriffen hat (freilich ohne die Sache irgendwie ernst zu nehmen), wird in Moskau die Wiedervereinigungsfrage eilig an den zweiten Platz gestellt. Die Gelder, die bisher zur Unterstützung „national" getarnter Propagandaeinrichtungen nach Westdeutschland flossen, werden zusammengestrichen, und die dabei ersparten Mittel nach Paris transferiert, um hier die alte Walze „Sicherheit" neu in Gang zu setzen — ohne jede Rücksicht darauf, daß dieses „Sicherheits"-verlangen im Munde der Sowjets, deren militärische Macht und Lage stärker ist als jemals zuvor in ihrer Geschichte, wie ein bitterer Hohn klingt gegenüber einem Westeuropa, das die roten Panzer in Thüringen bereitgestellt weiß.

Das Recht der Deutschen auf ihren Staat von denen zu erhoffen, die es ihnen genommen haben, ist eine Illusion. Die Intelligenz, die sich auf diesen Konferenzen entfaltet, ist nicht viel überzeugender, als jene, die einst in Versailles triumphiert hat. Man denkt weder in Moskau noch in Washington ernstlich daran, den Deutschen zuzubilligen, was den Indern zu gewähren ein leidenschaftliches Anliegen war. Das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" ist offenbar nur eine Parole, wenn es etwas aufzulösen gilt: im Jahre 1919 das Habsburgerreich, seit 1945 das Britische Empire.

Das Problem für Weimar wie für Hitler bestand darin, dieses Selbstbestimmungsrecht aufbauend zur Zusammenfassung der Deutschen anzuwenden. Beide sind an dieser Aufgabe gescheitert — Weimar auf dem Wege der Schwäche und des Verhandelns, Hitler auf dem Wege der Stärke und des Kampfes.

Die Frage, vor der wir stehen und die sich zum ersten Male im Saargebiet offen erhebt, lautet: Reicht die Methode der Demonstration des wahren Volkswillens in Mitteleuropa ebenso wie in Indonesien oder in Marokko aus, um der Forderung nach einer vernünftigen und gerechten Ordnung der Dinge zum Durchbruch zu verhelfen?

Wenn das Saargebiet sein „Nein" zur Fortdauer der Trennung gesagt hat, dann wird eine erste Bresche geschlagen sein in die Mauer des Kolonialismus, die heute Deutsche von Deutschen trennt. — Wann aber werden die Deutschen endlich ihr Nein zu Pankow, wann ihr Nein zu Bonn sagen können?

Wäre es nicht klüger, es doch endlich anders zu machen als nach 1919 und die deutsche Frage nicht nur aus dem Gesichtswinkel des

augenblicklichen Vorteils zu beurteilen, sondern Deutschland endlich dadurch zu befrieden, daß man den Deutschen gibt, was der Deutschen ist? Eines Tages wird man ihnen ja doch nicht verweigern können, was in aller Welt längst als selbstverständlicher Anspruch der Völker anerkannt wird!

Es fragt sich nur, *wie* das Unvermeidliche sich diesmal vollzieht. — Wir halten Ausschau, im Saargebiet, in der Ostzone, in Österreich, bei uns selbst.

*

Dieser Aufsatz war bereits geschrieben und abgesetzt, als die erstaunliche Nachricht von der Bochumer Erklärung des westdeutschen Bundeskanzlers zur bevorstehenden Saarbestimmung eintraf, in der Adenauer der Saarbevölkerung zumutet, mit der Annahme des Saarstatuts die gegenwärtige Abtrennung des Saargebietes vom Reich anzuerkennen. Dazu sei bemerkt:

1. Diese ungeheuerliche Erklärung aus dem Munde eines deutschen Politikers steht auf der gleichen moralischen Stufe wie die Oder-Neiße-Deklamationen der Pieck, Ulbricht und Grotewohl. Wer sich angesichts der heutigen europäischen Lage zur Preisgabe deutschen Volksbodens und zur Verewigung statt zur Ausräumung nationaler Konfliktstoffe bekennt, streicht sich selbst aus der deutschen und europäischen Geschichte.

2. Die Bochumer Erklärung Adenauers ist die dreisteste Demonstration gegen wahre Demokratie, die wir in den letzten zehn Jahren erlebt haben. Statt sich der deutlich genug erkennbaren Volksmeinung zu beugen, schwätzt dieser Mann von der bevorstehenden Genfer Konferenz, als ob dieses gewiß wieder belanglos verlaufende west-östliche Tauziehen wichtiger wäre als ein Völkerschicksal.

3. Mit Interesse warten wir ab, welche Konsequenzen die Bonner Parteien aus dem Fall Adenauer ziehen werden, wenn die Saarbevölkerung diesem Bundeskanzler die Antwort erteilt, die er verdient.

*

Zum Moskauer „Junktim“:

Es war ein erstaunliches Aufgebot an Begleitung und bürokratischem Apparat, mit dem Bundeskanzler Adenauer nach Moskau reiste. Zu den Errungenschaften der allerneuesten Zeit scheint es zu gehören, daß politische Konferenzen den Charakter von Massenversammlungen annehmen und daß viele Tage mit der Verlesung von Reden zugebracht werden, die sich zeitsparend auch schriftlich austauschen ließen. Das ist nur eine Randbemerkung, aber sie drängt sich auf, wenn man daran denkt, daß dem Außenminister des Großdeutschen Reiches im August 1939 ein Flugzeug genügte, um nach Moskau zum Abschluß eines immerhin weltpolitisch wichtigen Paktes zu reisen. Der Regierungschef des westdeutschen Teilstaates bedurfte außer den Flugzeugen noch eines Sonderzuges voller Beamten — um über die Errichtung einer sowjetischen Botschaft in Bonn zu verhandeln.

Immerhin wollen wir nicht nörgeln: Wir wollen den Aufwand auch in Zukunft zugestehen, wenn sich öfter wiederholen sollte, was in Moskau zum ersten Male seit zehn Jahren geschah — daß eine deutsche Delegation für ein Zugeständnis eine Gegenleistung *fordert.* Das ungewohnte Neue an Adenauers Moskau-Verhandlungen war das „Junktim“, das von deutscher Seite als Bedingung aufgestellt wurde: Wünschten die Sowjets diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik — und wie sehr sie diese wünschten, darüber gab es nicht den geringsten Zweifel —, dann mußten sie zugunsten der eingestandenen neuntausend deutscher Gefangener ihre „Kriegsverbrecher-These“ opfern, und sie taten es auch in dem Augenblick, als Adenauer in begrüßenswerter Entschlossenheit das Flugzeug zum Rückflug bestellte, um mit Krach abzureisen. Es ist zu hoffen, daß der Bundeskanzler an dem Verfahren des kraftvollen Auftretens Geschmack gefunden hat und es künftig auch außerhalb des sowjetischen Machtbereiches in Betracht zieht.

Einige Bemerkungen drängen sich beim Rückblick auf die Adenauersche Moskaureise dem kritischen Beobachter auf:

Zunächst verdient bemerkt zu werden, daß die Sowjetregierung sich offenbar nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Vorteile davon verspricht, nach Bonn einen offiziellen Vertreter zu entsenden.

Vorteile, die den Verzicht auf die Arbeitskraft von neuntausend deutschen Gefangenen rechtfertigen — wir dürfen nicht daran zweifeln, daß im Kreml das „Junktim" so nüchtern durchgerechnet worden ist. Nur um das Bonner Getriebe zu *beobachten*, dazu bedurfte es keines menschlichen Kaufpreises, das konnten wie bisher die zahlreichen Agenten in der Bundeshauptstadt, die „kleinen John", auch in Zukunft ausreichend besorgen. Offenbar wünscht man jetzt nicht mehr Informationen, sondern man will ein offizielles Wort mitreden und Schleichwege sparen. Es bleibt abzuwarten, welche Linie dabei verfolgt und welches Bild die Bonner Landschaft bieten wird, wenn auf den Vorder- und Hintertreppen der sowjetischen Botschaft sich Wichtigtuer und Geldempfänger noch ungenierter bewegen können als bisher.

Ein weiteres Moment ist in Moskau erneut sichtbar geworden: die Tatsache, daß die in den letzten Jahren von den Sowjets so laut verkündete Parole der deutschen Wiedervereinigung zur Zeit aus dem dortigen Wörterbuch gestrichen ist. Hätte Adenauer ein „Junktim" auf diesen Punkt hin formuliert, dann hätte er sein Flugzeug ohne weiteres wieder besteigen können, und niemand hätte ihn an der Abreise gehindert. Hierzu gibt es nämlich ein sowjetisches Junktim (das in Deutschland nicht immer durchschaut wird): nach Moskauer Rezept darf nur ein *kontrolliertes* Deutschland wiedervereinigt werden! Der Gedanke, daß eine durch großzügige Entschlüsse geförderte Wiedergeburt eines starken, unabhängigen Deutschland die auf lange Sicht und im weltgeschichtlichen Rahmen wirkungsvollste Sicherheitsstrategie für Rußland sein würde, hat hinter den engen Stirnen der Molotow und Chruschtschew keinen Platz gefunden. Nach wie vor erscheint es ihnen viel wichtiger, „Kaliningrad" zu besitzen, die Polen in Stettin und Breslau, die Pieck und Grotewohl in Ostdeutschland etabliert zu halten. Immerhin ist es für die SED-Leute fatal genug, daß es Adenauer vorbehalten blieb, einige tausend Gefangene zu befreien.

Diese Erinnerung führt zur dritten notwendigen Anmerkung, die sich in die Frage fassen läßt: Muß nun eigentlich Herr Grotewohl nach Washington reisen, *bis sich endlich auch die Westmächte entschließen, die von ihnen festgehaltenen deutschen Kriegsverurteilten freizulassen!?*

Aus den langen Redetexten, die den deutschen Zeitungslesern aus Moskau übermittelt wurden, haben wir mit Genugtuung entnommen, daß der Bundeskanzler Adenauer offenbar deutliche Vorstellungen über die Qualität der Siegerjustiz besitzt, die nach 1945 geübt worden ist. Er ist sich gewiß auch klar darüber, daß die Urteile, die in Nürnberg, Dachau und anderswo gefällt worden sind, sich nur im äußeren Gehabe, nicht im völkerrechtlichen Gehalt von den juristischen Produkten der sowjetischen Militärrichter unterscheiden.

Herr Adenauer hat in Moskau mit Wortreichtum und Erfolg die Forderung eines Junktims zwischen Wiederaufnahme normaler Beziehungen und Beendigung der Nachkriegsjustiz vertreten — wir fragen: wo bleibt dieses Junktim gegenüber den Westmächten? Mußte eine solche unabdingbare Forderung nicht schon vor Jahren gestellt werden, als die Bundesregierung den Amerikanern ganz andere und viel weitreichendere und von der Gegenseite nicht minder dringend gewünschte Zugeständnisse machte als den Austausch diplomatischer Missionen?

Etwas Richtiges zu tun, ist es nie zu spät: Wir hoffen, daß der Bundeskanzler nach der Moskauer Erfahrung keine weitere Zeit mehr verstreichen läßt, — die Gefängnistore von Landsberg, Werl, Spandau usw. können nicht mehr länger geschlossen bleiben, nachdem die Sowjets die ihrigen öffnen. Schluß mit den lächerlichen „Kommissionen", die das Nürnberger Unrecht verniedlichen und die Qualen verlängern; es ist nicht nur aus humanitären und aus politischen Gründen höchste Zeit, sondern liegt nunmehr auch unbestreitbar im Bereich der Bonner Forderungsmöglichkeit, eine *Generalamnestie* als mindeste Voraussetzung deutscher Souveränität und eines moralisch unbelasteten Wehrmachtsaufbaues durchzusetzen.

Deutschland wartet darauf, daß Herr Adenauer die Sprache, die er in Moskau zu führen verstand, nun endlich auch dort anwendet, wo sie sonst noch gesprochen werden muß!

Erst war Scharnhorst ...

(NE, Dezember 1955)

Eine historische Erinnerung für die, die es angeht: Es gibt heute in Deutschland — allerdings mehr in der den Sowjets ferneren West- als in der ihnen näheren Ostzone — manchen Anständigen, der sich, bedrückt durch den nun schon zehnjährigen Anblick fremder Herrschaft in unserem Land, durch die Dampfkesselatmosphäre unserer zusammengepreßten Lage die Frage stellt, ob nicht doch ein Eingreifen der russischen Hand das Rechte wäre, um den Weg ins Freie zu finden. Wer sich an die lange Periode preußisch-deutscher Verständigung mit Rußland von 1813 bis zu den Tagen des Berliner Kongresses erinnert, wird sich in der Tat nie dazu verleiten lassen, die Möglichkeit einer Wieder-Ordnung unserer durch die geographische Lage gegebenen östlichen Beziehungen „a priori" oder aus ideologischen Gründen abzulehnen. Daß die Slawen in zaristischer Form beherrscht wurden, war Bismarck gleichgültig, und es kann auch uns gleichgültig sein, wenn die Zaren statt Nikolaus und Alexander heute Chruschtschew oder Bulganin heißen.

Aber bei einem Handschlag kommt es darauf an, von welcher Bauart die beiderseitigen Fäuste sind — nur bei ähnlicher Kraft wird ein Händedruck daraus, andernfalls entsteht eine Fesselung. So belanglos es für uns sein kann, nach welchen Rezepten Slawen regiert werden, so wirklichkeitsfremd ist die heutige Moskauer Vorstellung, Deutschland ließe sich als „Glacis" vor ihrer Festung verwenden.

Es ist schon viel um die derzeitige sowjetische Politik in der Deutschlandfrage gerätselt worden, obwohl sie leicht zu durchschauen ist: man wünscht dort zur Zeit immer noch nicht, wie etwa in Bismarcks Tagen, sich mit einem *starken* Deutschland zu *verbünden,* sondern man will ein *schwaches* unter *Kontrolle* nehmen.

Es ist erstaunlich, daß sich angesichts dieser glasklaren Durchsichtigkeit der heutigen russischen Politik im deutschen Raum immer wieder Politiker und Publizisten finden, die diesen engstirnigen sowje-

tischen Tagesbedürfnissen nach dem Munde reden und schreiben. Freilich hat sich inzwischen herausgestellt, daß auch in unserer Zeit „der Rubel rollt“ — wenn auch manchmal auf Umwegen. Nicht jeder, der da hingeht und die Parole der Selbstentmannung, der deutschen „Neutralisierung“ (statt einer europäischen Blockbildung, die allein Unabhängigkeit von Ost und West gewähren könnte) und ähnliche Schlagworte propagiert, weiß, daß er von denen auch bezahlt wird, für die er arbeitet.

Nur die besatzungsbefohlene Verhinderung jeglicher nationaler Willensbildung bringt es mit sich, daß ausgerechnet diese Schwäche-Propagandisten sich mit „nationalen“ Zeitungstiteln und mit Schwarz-Weiß-Rot drapieren können, ohne daß ihnen an den Zeitungsständen, an denen sie sich breitmachen, eine Gegenstimme antwortet.

Wir kennen aus diesen Blättern, die sofort eingehen, wenn der Rubel-Zufluß gestoppt wird, und dann anderswo — nur wenig umgestaltet — wieder auftauchen, wenn der Rubel sich ein neues Bett gesucht hat, nicht nur das Locken mit dem Osthandel und die Andacht vor angekündigten Sowjetbotschaftern, sondern es taucht auch mit Gewißheit immer wieder das Symbol „Tauroggen“ auf, wenn uns anempfohlen werden soll, die russische „Freundschaft“ durch Verzicht auf Ostpreußen, Pommern und Schlesien zu erkaufen, statt Gewehren Palmzweige zu ergreifen und sie für Herrn Molotow zur Girlande zu winden.

*

Wenn historische Begriffe in das Tagesgespräch gezogen werden, lohnt es sich, in die Geschichtsbücher zu blicken — denn nur in Kenntnis der Tatsachen läßt sich prüfen, ob die Vergangenheit Parallelen aufweist, die sich als Lehre für die Gegenwart mit Nutzen verwenden lassen.

In der napoleonischen Aera finden wir manchen Tatbestand, der uns an heute erinnert: auch damals war das Reich untergegangen; auch damals war Deutschland geteilt; das ganze Rheinland war an Frankreich abgetreten — eine Art „Oder-Neiße-Linie“ war am Rhein entstanden —; eine beträchtliche Anzahl deutscher Fürsten hatten sich offen unter französisches Protektorat gestellt; im Königreich

Westfalen regierte gar ein Bruder Napoleons. Preußen und Österreich waren isoliert und niedergeworfen, zu selbständigem Handeln zu schwach.

Besonders schwer war Preußen vom Schicksal getroffen worden. Gestützt auf ein Bündnis mit Rußland, hat es 1806 Napoleon den Krieg zu erklären gewagt und mußte dann — von der französischen Armee völlig besiegt — das ungewöhnliche Schauspiel erleben, daß der Zar es nicht dabei bewenden ließ, sich mit Napoleon zu einigen, sondern durch Annexion preußischer Gebietsteile sich noch an der Zerstückelung seines bisherigen Verbündeten beteiligte; Napoleons damalige Konferenzen mit Alexander I. hatten etwas vom Jalta-Geschmack an sich: Auch hier wurden Länder verteilt, als seien sie Einrichtungsgegenstände.

Es wäre falsch, die damalige Haltung des Zaren von der sittlichen Seite zu bewerten, statt sie mit nüchternen Augen zu beurteilen: Die preußische Armee hatte bei Jena und Auerstädt den Nimbus verloren, den sie seit den Zeiten Friedrichs des Großen besaß, und in der großen Politik gilt nun einmal nicht der Maßstab der Moral, sondern der der Macht. Und nach diesem war zu jener Zeit Preußen für den Zaren uninteressant geworden.

Freilich zeigte sich bald, daß diese Petersburger Politik doch kurzsichtig war: Einerseits blieb die neue Freundschaft des Zaren mit Napoleon eine Episode, an deren Ende des Kaisers Angriff auf Rußland stand; andererseits nutzten im zerschlagenen und amputierten, kleingewordenen Preußen einige klarsehende und tatkräftige Männer die fünf Jahre zwischen 1807 und 1812 zu einem Neuaufbau der Kraft dieses Staates so erfolgreich, daß in der Stunde neuer Entscheidung wieder ein *starkes* Preußen in die Ereignisse eingreifen konnte.

Es bedeutet gewiß keine Herabwertung der großen Leistungen des Reichsfreiherrn vom Stein und Hardenbergs, die in dem zusammengebrochenen Staat neues inneres Leben erweckten, wenn wir für jene vom Gott Mars bestimmten Jahre dem Werk *Scharnhorsts* den ersten Platz einräumen: Er, der Leiter des „Kriegsdepartements" seit den Tagen des Tilsiter Friedens, war sich klar, daß es keinen Wiederaufstieg Preußens zur Unabhängigkeit geben könne ohne die Neubelebung der soldatischen Kraft, die einst die Grundlage des Staates gewesen war. Mit Reformen, die seither weltgeschichtlichen Rang er-

halten haben, schuf Scharnhorst nach gründlicher Beseitigung der in den Niederlagen erkannten Mängel das preußische Volksheer, erstmals nach dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht. Durch kurze Dienstzeiten und zusätzliche Ausbildungsverfahren gelang es Scharnhorst, die von Napoleon auferlegte Begrenzung des preußischen Heeres auf 42000 Mann zu durchkreuzen und innerhalb weniger Jahre dem preußischen Staat eine Machtreserve zu schaffen, die seiner Politik neues *Gewicht verlieh.*

Freilich lag im Jahre 1812, als Napoleon nach Rußland marschierte, das Kräfteschwergewicht noch eindeutig auf des Kaisers Seite; die preußische Armee mußte ihm Waffenhilfe leisten, aber sie war immerhin bereits bedeutend genug, um *selbständig* operieren zu können: während Napoleon mit seinen Hilfstruppen aus allen Ländern nach Moskau marschierte, bewegten sich die preußischen Truppen im baltischen Raum! Scharnhorst aber, der Schöpfer des neuen Heeres, hatte sich nach Schlesien begeben, wo er sich die Vorbereitung der Volkserhebung zur Aufgabe machte. Als die Stunde gekommen war, vermochte Preußen einen entscheidenden Beitrag bei der Niederwerfung Napoleons zu leisten; es war durch das Werk weniger Jahre ein Staat geworden, der mit Rußland und Österreich auf gleicher Seite verhandeln und mit ihnen den Frieden regeln konnte.

Die berühmte Konvention von Tauroggen, die der preußische General Yorck am 30. Dezember 1812 auf eigene Faust mit dem ihm gegenüberliegenden deutsch-russischen General Diebitsch abschloß, beendete einerseits die Operation des preußischen Korps im Baltikum, andererseits bildete sie das Vorspiel zum neuen russisch-preußischen Bündnis, das im Februar 1813 in Kalisch geschlossen wurde und das nun, da der Zar im Gegensatz zu 1807 nicht mehr ein schwaches, sondern ein wiedererstarktes Preußen vor sich hatte, ein jahrzehntelanges politisches Zusammenwirken einleitete.

*

Von welcher Seite aus immer wir die Vorgänge von Tauroggen und Kalisch betrachten, wir entdecken, daß Scharnhorsts Leistung die notwendige *Voraussetzung* für beides war: Die Konvention zwischen Yorck und Diebitsch war nur möglich, weil das preußische Korps

stark genug war, um nicht ein sofortiges Eingreifen Napoleons befürchten zu müssen, der damals noch keineswegs hoffnungslos geschlagen war. Und die Neuanerkennung der preußischen Stellung durch den Zaren, die das Merkmal des Bündnisses von Kalisch ist, war nur denkbar, weil der Zar im Preußen von 1813 einen anderen, wichtigeren, kraftvolleren Staat vor sich sah als im Tilsiter Preußen, über das er zur Tagesordnung übergegangen war.

*

So bemerkenswert die Erinnerung daran ist, daß und wie Preußen sich aus der Katastrophe von 1807 wieder erhoben hat, sowenig Parallelen lassen sich von damals auf heute ziehen; es fehlt dazu an jeglicher Voraussetzung — die Heuß und Adenauer sind keine Stein und Hardenberg, die Blank und Heusinger keine Scharnhorst und Gneisenau, und es lebt in ihnen nicht einmal der Wunsch, es den großen Vorbildern nachzutun; freilich ist auch hinzuzufügen, daß Mr. Eisenhower kein Napoleon und Molotow kein Diebitsch ist. *Gleich* ist nur der Zustand der Fremdherrschaft im deutschen Raum, an der aber diesmal nicht nur der Westen, sondern genauso der Osten beteiligt ist.

Mehr Zeit, als die ganze Preußische Heeresreform in Anspruch nahm, ist in Westdeutschland allein damit verbracht worden, über den Aufbau einer künftigen Wehrmacht eine Dauerflut von Reden zu halten — und immer noch steht kein einziges Regiment. Das Preußen von 1807—1812 erstrebte eine bessere und schlagkräftigere Armee als die von Jena-Auerstädt, in Bonn aber sind die Leute hauptsächlich damit beschäftigt, ganz bewußt eine *schlechtere* Wehrmacht zu organisieren — oder richtiger gesagt: zu desorganisieren —, als es die deutsche bis 1945 war. Wir erkennen nicht den geringsten Ansatzpunkt jener planmäßigen Fernhaltung von der „grande armée", die Scharnhorst im Auge hatte und die nur durch Entwicklung beträchtlicher eigener Stärke möglich ist; wir kennen auch keinen Bonner General, der das Mißtrauen der Gegenseite in so gründlicher und ehrenvoller Weise sich erworben hätte, wie es Scharnhorst tat. Und während der preußische Heeresorganisator mit leidenschaftlicher Entschiedenheit die in der Niederlage zutage getretenen moralischen

Mängel innerhalb der Armee beseitigte, führen in Bonn die Männer des 20. Juli das große Wort ...

Was soll in solcher Lage die Tauroggen-Erinnerung?

Auf welche deutsche Kraft könnte sich ein Kalisch stützen?

Diese Konvention und dieses Bündnis bedeuteten nicht, daß der preußische Staat statt der französischen Trikolore nun die russische Fahne hißte, sondern daß er seine *eigene* wieder entfalten konnte; es vollzog sich nicht ein Wechsel im Protektorat über Preußen, sondern der Wiedereintritt dieses zusammengebrochenen, aber wieder stark gewordenen Staates in den Kreis der europäischen Großmächte.

Um zu *diesem* Punkte der Erkenntnis vorzudringen und zu solcher Klarlegung dessen zu gelangen, worauf es ankommt, war und ist es vielleicht doch nützlich, uns in der heutigen Zeit jener vergangenen Tage zu erinnern.

Die drei Möglichkeiten deutscher und europäischer Entwicklung

(NE, August 1956)

Seit 1945 wird die deutsche und europäische Lage vor allem von zwei Tatsachen bestimmt: von der Besetzung Deutschlands und von seiner Teilung in zwei Zonen, entsprechend den ebenfalls nur zwei wirklichen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges.

Zu den zahlreichen Merkwürdigkeiten in den Scheindiskussionen der zur ernsten Mitentscheidung gegenwärtig noch gar nicht aufgerufenen deutschen Öffentlichkeit gehört es, daß zwar viel und leidenschaftlich über die Wiedervereinigung der beiden Zonen, aber nie über die erste Voraussetzung dazu, die Beendigung der Besatzung, gesprochen wird. Wie soll denn ein Deutschland wiedervereinigt werden, in dem in Hessen amerikanische und in Thüringen sowjetische Panzerdivisionen sich gegenüberliegen?

Bis in die napoleonische Epoche müssen wir zurückgehen, um ein zeitlich vergleichbares Beispiel für den Umstand zu finden, daß eine europäische Nation über ein Jahrzehnt hindurch und ohne Aussicht auf ein Ende den politischen und militärischen Truppenübungsplatz für fremde Mächte abzugeben hat.

Obwohl alle die lautstarken Redner in ihrem aufgeregten Drang zur Ministerbank über *diese* Tatsache kein Wort verlieren, ist doch *sie* es zweifellos, die hauptsächlich die heutige friedlose Unruhe nicht nur des deutschen, sondern auch des europäischen Daseins verursacht. Die Unterdrückung eines großen Volkes war, ist und bleibt ein naturwidriger Zustand, dessen Aufrechterhaltung auf die Dauer ein stetig wachsendes Maß von Machtanwendung erfordert — mag sie sich in der Form von Panzeraufmärschen darstellen, wie im Berlin des 17. Juni 1953 und im Posen der letzten Wochen — oder mag sie sich im hektischen Ruf nach „Sondergesetzen" gegen nationale Meinungsäußerung ausdrücken, wie wir es in der Bundesrepublik vor kurzem erlebt haben.

Wenn wir von dieser gegebenen Lage ausgehen und die Frage nach ihrer künftigen Weiterentwicklung stellen, so zeichnen sich recht deutlich mehrere Möglichkeiten ab:

Zunächst ist es denkbar, ja sogar wahrscheinlich, daß das „Satelliten"-Experiment, das die Sowjetunion *und* die USA als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges begonnen haben, bis zum Punkt der absoluten Unhaltbarkeit weiterexerziert wird. Der Ausdruck „Satellit" sei dabei nicht als Schimpfwort, sondern als naturwissenschaftlich korrekte Bezeichnung eines politischen Zustandes angewandt; das Merkmal eines Satelliten ist es, daß er zwar ein eigener Weltenkörper ist und eine eigene Bewegung vollzieht — nur im *großen* Lauf ist er von einem Zentralgestirn abhängig, um das er kreist. Ins Politische übertragen, ist „Satellit" jeder Staat, ganz gleich, wie die Formen der Abhängigkeit sich äußerlich darstellen, der in bedeutenden Entscheidungen nicht die eigenen Interessen gelten lassen kann, sondern sich denen einer größeren Macht beugen muß.

Unabhängige Interessenpolitik klassischen Stils kann heute nur noch in Washington und in Moskau betrieben werden; dieser Tatbestand kennzeichnet die Lage seit 1945, und es ist bis heute weder gelungen noch ernstlich gewollt worden, im europäischen Raum, der bis 1945 für die Weltpolitik entscheidend war, eine dritte Gruppierung zustande zu bringen.

Das Gefährliche dieser Lage wird durch das naheliegende Beispiel deutlich: Wenn es zwischen den USA und der Sowjetunion — was jeden Tag möglich ist — etwa zu einem Konflikt im *asiatischen* Raum kommt, so würde ganz einfach durch die *Automatik* der erzwungenen Bündnissysteme sofort ein mitteleuropäischer Krieg daraus entstehen, obwohl der Konfliktstoff selbst weder für die Deutschen, Franzosen, Engländer noch für die Polen, Tschechen und Ungarn von irgendwelcher Bedeutung ist.

Es kann uns allen wirklich gleichgültig sein, in welche Einflußsphäre etwa China oder Indien in Zukunft gehören wird; und eine Auseinandersetzung darüber und über ähnliche uns fernliegende Streitpunkte aus dem europäischen Raum auszuschalten, müßte eigentlich ein Hauptanliegen *gemeinsamer* deutscher, französischer und englischer Politik sein. Solange die Entscheidung über Krieg und Frieden auch für *unseren* Raum in Washington und Moskau liegt — und sie

liegt gewiß dort, solange Deutschland besetzt bleibt —, ist *jeder* europäische Staat „Satellit".

Wenn die Gegenwirkungen gegen dieses uns seit 1945 aufgezwungene System sich weiterhin in eitlen Reden über einige Folgen bei gleichzeitigem Schweigen über die wirkliche Ursache erschöpfen, besteht wenig Aussicht auf grundlegende Änderung. Auch die neue Formel amerikanisch-sowjetischer „Koexistenz" bietet kein heilendes Rezept; zu zahlreich sind die Gebiete in aller Welt, in denen amerikanischer und sowjetischer Ehrgeiz immer wieder aufeinanderstoßen werden; erst wenn uns solche Konflikte nicht mehr berühren können, weil wir weder von des einen noch von des anderen Entscheidungen abhängig sind, sitzen wir nicht mehr auf einem Pulverfaß, dessen Lunte in anderer Leute Hand ist.

Gewiß ist in den letzten zehn Jahren das Satellitenprinzip im europäischen Raum bereits brüchig geworden — aber wie lange auch brüchige Doktrine sich halten können, wenn Macht dahintersteht, dafür hat im vorigen Jahrhundert die Metternich-Epoche einen klassischen Beweis geliefert.

Wie jede Sache — und sei sie die unerfreulichste — auch eine gute Seite hat: die amerikanische Festsetzung im europäischen Raum hat jedenfalls dem Traum der Sowjets, in der Verwirrung von 1945 die Kontrolle des europäischen Kontinents an sich zu reißen — sie waren daran! — ein „Halt" entgegengesetzt.

Die zweite Möglichkeit künftiger Entwicklung müssen wir darin sehen, daß dieses „Halt" sich abschwächt, *bevor* jener Traum endgültig abgeschrieben ist, daß die Amerikaner auf ihr europäisches System verzichten, ohne daß die Moskau ein Gleiches tut!

Wir sehen im ganzen westdeutschen, im französischen, im italienischen und auch im englischen Bereich beträchtliche — oft intellektuelle, manchmal sogar „national" getarnte — Kräfte am Werk, die auf eine solche „Lösung hinarbeiten"; sie glauben, und lassen sich diesen Glauben bezahlen, daß ein Sowjet-Zeitalter im Kommen sei, und ihre Sorge um die Zukunft ist beschwichtigt, weil sie annehmen, daß die Sowjetunion ihre unterirdischen Schrittmacher nicht mehr an die Wand stellt, was freilich nur eine Vermutung ist. Nach 1945 wurde in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Rumänien und

Bulgarien das praktische Verfahren angewandt, Leute, die sich „Verdienste“ erworben hatten, einfach zu beseitigen, wenn sie nach dem Siege mitreden wollten.

Man braucht kein Feind des Slawentums zu sein, um in der von Moskau erstrebten Überlagerung auch des westeuropäischen Raumes — in welcher Übergangsform immer sie angeboten wird — eine nicht minder große Gefahr für die deutsche und europäische Existenz zu erkennen, als die bei Fortdauer des zweifachen Satellitensystems drohende Einbeziehung unserer Völker in einen amerikanisch-sowjetischen Konflikt.

Unterschätzen wir die planmäßige Wühlarbeit nicht, die wir überall am Werke sehen und die sich gegen jede staatliche Festigung im westeuropäischen Raum, gegen jede Kräftigung unserer Gefühle und gegen jede selbständige Klärung unseres Denkens richtet! Es ist alte bolschewistische Taktik, stets von etwas *anderem* zu reden, als von dem, was gemeint ist:

Da wird die Parole der deutschen Wiedervereinigung verkündet — aber wenn wir nachfragen, stellt sich heraus, daß keineswegs die einzige normale Lösung: Abzug der Besatzung und Einberufung einer *ordentlich* gewählten Nationalversammlung zur Ablösung des Bonner und Pankower Regimes gemeint ist.

Da wird verkündet, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht — für jeden modernen Staat eine *Selbstverständlichkeit!* — verhindere die Wiedervereinigung. Warum eigentlich? Gibt es nicht in der UdSSR, Polen, Rumänien, sogar in Österreich überall die allgemeine Wehrpflicht?

Aus solchen und vielen anderen Fragezeichen wird mehr als deutlich, daß in all den Diskussionsstoffen, die die Sowjets durch ihre willigen Handlanger in unser öffentliches Leben einschleusen, nur jene zweite Möglichkeit vorbereitet werden soll, die für uns genauso wenig Verlockung bedeutet wie die erste eine Fortdauer des Satellitensystems: Sie wünschen einen amerikanischen Rückzug aus Europa unter Umständen zustandezubringen, der einer Sowjet-Kontrolle den Weg öffnet!

Die „Rote Kapelle“ — alle die undurchsichtig-durchsichtigen Bestrebungen zur Schwächung unseres Widerstandes — ruft zwar nicht „Heil Moskau“, aber sie meint nichts anderes.

Die beiden Ausblicke, die sich als Möglichkeiten künftiger Entwicklung im europäischen Raum dem kritischen Auge zeigen, haben ein Gemeinsames: Sie bieten beide *keine* echte Lösung unserer Lebensfragen, keine wirkliche *Zukunft,* für die es sich zu leben lohnte.

Wir müßten nicht nur als Deutsche, sondern auch als Franzosen, Engländer, Spanier und Italiener innerlich kapitulieren, wenn es nicht noch eine hoffnungsvollere *dritte Möglichkeit* gäbe.

Freilich: sie scheint heute noch utopisch zu sein — und doch hat sie *allein* die Chance späterer *echter Dauer* und gewissermaßen eine *natürliche Zwangsläufigkeit* für sich.

Gehen wir an die Frage zuerst vom Standpunkt einfacher Vernunft, von dem der realen Interessen heran: Die Zerstörung der europäischen Stellung in der Welt — das Ergebnis der beiden Weltkriege — hat unsere großen Nationen so ziemlich auf den gleichen Status der „Habenichtse" gesetzt; nicht einmal für die Engländer ist es mehr sehr wichtig, ob die Russen und Amerikaner sich über Asien streiten oder ob sie sich darüber einig werden. Und für uns alle ist es ein Problem von erstrangiger Bedeutung geworden, die *beiden* Übermächtigen zum Rückzug aus dem mitteleuropäischen Raum zu veranlassen, ohne daß darüber ein neuer Weltkrieg entsteht.

Die politische Aufgabe, die sich hier abzeichnet, ist so groß, daß sie nicht durch eine „Konferenz" und nicht durch ein paar diplomatische Winkelzüge, erst recht nicht durch Schlagworte gelöst werden kann. Auch glücklichste Umstände und tatkräftigste Staatsmänner werden so bedeutende Veränderungen nicht bewirken können, wenn nicht vorher ein Mindestmaß von Voraussetzungen geschaffen ist.

Die Umsicht eines Bismarck und die Leidenschaft eines Cavour werden nötig sein, um die dritte Lösung, die Befreiung eines europäischen Schicksals aus seiner heutigen gefahrvollen Abhängigkeit und den Durchbruch zu einer europäischen Renaissance, zu vollziehen. Aber auch Bismarck hätte das Deutsche Reich nicht ohne die Voraussetzung Preußen schaffen, Cavour Italien nicht ohne das entschiedene Zusammenstreben des ganzen Volkes einigen können.

So schwierig, ja unmöglich es ist, kommende Situationen und Gelegenheiten vorherzubestimmen, so einfach, gewissermaßen sich selbst anbietend, ist die Antwort auf die Frage, was wir *zunächst* tun

müssen, um überhaupt eine neue Chance für die europäischen Völker erleben zu können: Schon wenn wir das Problem andeuten, erkennen wir mit Schrecken, wieviel Ballast wir völlig unnötigerweise mit uns herumschleppen. Die Vorstellung vom „Vorrecht des Siegers" und der „Reuepflicht" des Besiegten — geboren aus der Leidenschaft moderner Kriegspropaganda — hat schon nach dem ersten Weltkrieg das Zustandekommen eines wirklichen Friedens verhindert. Die Besonderheit der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges ist es, daß diese lähmenden Wahnvorstellungen diesmal nicht nur die *internationalen* Beziehungen, sondern auch die *nationalen* Verhältnisse verwirren.

Im Frankreich nach 1815 — nichts ist lehrreicher als historische Parallelen — gab es als Erbschaft der napoleonischen Zeit eine (mit den Erlebnissen unseres Jahrhunderts freilich kaum vergleichbare) Bonapartisten-Verfolgung. Immerhin hatte sie das Ergebnis, daß die französische Nation über Nacht aufgeteilt war in eine herrschende Kaste der vielfach aus der Emigration zurückgekehrten Bourbonisten und in die diffamierte der früheren Anhänger der Revolution und des Kaisers. Erst der Umsturz des Juli 1830 hat die Einheit „französisches Volk" wieder hergestellt. Heute — über ein Jahrzehnt nach dem deutschen Zusammenbruch — zieht sich immer noch eine ähnliche Trennungsliste zwischen „Widerständlern" und Normaldeutschen, Normalfranzosen, Normalitalienern, Normalholländern, Normalnorwegern usw. durch fast jedes europäische Volk! Wie soll da eine weltpolitisch wirksame europäische Linie entstehen, wenn die Nationen nicht nur untereinander, sondern auch noch *in sich selbst* zerhadert sind?

Diesem — wäre es nicht so traurig — geradezu als lächerlich zu bezeichnenden moralisch-politischen Durcheinander in Deutschland und in Europa steht die nicht mehr leugbare Tatsache des *unteilbaren Schicksals* gegenüber, dem kein Staat und kein einzelner ausweichen kann. Was in Zukunft mit Europa geschieht, geschieht mit jedem von uns, mag er sich heute in einem Direktorenstuhl räkeln oder als diffamierter „Faschist", „Collaborateur" oder „Nazi" die gewohnte tägliche Beschimpfung schlucken.

Wenn es jemals zur dritten, zur einzig erstrebenswerten Lösung unseres Lebensproblems kommen soll, dann ist *eines* ganz sicher: Sie

beginnt sich nicht früher auch nur abzuzeichnen, bevor nicht durch entschiedene Revision der Atmosphäre von 1945 *die innere Einheit und Willensbildung der europäischen Nationen wieder hergestellt wird.*

Nur was uns stark macht, kann uns helfen, wieder selbständig zu werden. Alles, was schwächt — und nichts schwächt sinnloser als Gezeter über längst Vergangenes — gehört aus unseren Hirnen und Handlungen entfernt. Die große Einigung all derer, die als Deutsche Deutschland und als Europäer Europa wollen, kann nur aus dem Entschluß geboren werden, einen endgültigen Schlußstrich zu ziehen und *einen neuen Anfang zu machen.*

Es gibt sehr viele weitere Konsequenzen aus dem Satz „Nur was uns stark macht ..." — aber so wichtig Panzer und Flugzeuge für die Bildung eines neuen Machtfaktors sind: von wirklicher Bedeutung werden sie nur durch den Willen und die Bereitschaft der *Jugend,* und diese ist nur dort zu finden, wo echte Zukunft sich abzeichnet.

Damit schließt sich der Kreis: der *Wahrscheinlichkeit* der Fortdauer des gefahrvollen Satellitensystems, der *Möglichkeit* einer Ablösung der amerikanischen durch eine Sowjet-Vormundschaft steht nur *eine Hoffnung* gegenüber: daß die Deutschen und mit ihnen alle anderen europäischen Nationen sich eines Tages doch noch der Kräfte erinnern, die sie besitzen würden, wenn sie sich besinnen wollten.

Wiedervereinigung

Reden, Pläne und die Wirklichkeit
(NE, März 1958)

Wenn die Zeitungen uns richtig unterrichtet haben, dauerte die außenpolitische Debatte, der sich der Bonner Bundestag Ende Januar widmete, nicht weniger als 17 Stunden. Nicht genug damit — die Redeschlacht wurde dann noch über einige Rundfunksender fortgesetzt. Der Großaufwand an Pathos steigerte sich schließlich zu der Behauptung, einige Parlamentsredner hätten einer „Dolchstoßlegende" das Wort geredet — als ob es sich um Festigung oder Schwächung einer im Felde stehenden Millionenarmee handle.

Der nüchterne Kritiker konnte in dem umfangreichen Material an Worten nicht viel Bemerkenswertes entdecken. Gewiß war da in einen Oppositionsantrag überraschend die von NATION EUROPA seit Jahr und Tag erhobene Forderung nach Abzug der Besatzungsmächte hineingerutscht — aber sie wurde zur Sinnlosigkeit verkehrt durch den gleichzeitigen Antrag, den deutschen Raum durch militärische Schwächung als künftiges Schlachtfeld anzubieten. Als ernsthafte wirklichkeitsnahe Feststellung hält der Prüfung nur *eine* Bemerkung stand, die der Bundeskanzler Adenauer — vermutlich unabsichtlich, mit der entwaffnenden Offenherzigkeit eines 80jährigen — in der Debatte fallen ließ: die Bundesrepublik sei schließlich keine Großmacht mehr, und es sei — so deutete er an — deshalb klar, daß die Entscheidungen in größeren Angelegenheiten nicht in Bonn, sondern in Washington getroffen werden.

Im Eifer der Redeschlacht überhörten die Abgeordneten diesen Satz; sonst hätte sich wohl zumindest einer finden müssen, der den Schluß der Debatte wegen Zeitvergeudung beantragt hätte: so redete man hastig weiter über Dinge, die nach heutiger Lage ganz andere Leute und Mächte zu beschließen haben.

Das Beunruhigende an solchen aufwendigen Diskussionen ist das

hektische Vorbeireden an den bitteren Tatbeständen. Da ereifert sich beispielsweise eine Opposition darüber, daß die Bonner Regierung nicht ausreichend „mit Moskau“ spricht. Hat man denn Jalta vergessen? Dort wurde bekanntlich die sowjetische Politik hinsichtlich Polens, des Balkans und Deutschlands festgelegt. Kann man von den Sowjets erwarten, daß sie sich durch „Gespräche“ mit einer Regierung, die keine Großmacht repräsentiert, zu einer Neuorientierung bestimmen lassen?

Was immer man aus Moskau hört — nirgends ein Anzeichen dafür, daß die nur in westdeutschen Parlamentarierreden zitierte Bismarck-Politik deutsch-russischer Partnerschaft auf der Basis gleicher Stärke und gleicher Interessen dort wieder aus der Taufe gehoben werden soll. Man denkt in Moskau im Gegenteil ganz offensichtlich mit großem Optimismus daran, die Elbe-Linie nach Westen zu verlegen. Lenin hat gesagt: „Ich pfeife auf Rußland“. Ihm, dem es stets und vor allem auf Deutschland ankam. Wer so oft davon spricht wie Herr Chruschtschow, über dessen Absichten gibt es wohl kaum einen Zweifel. Nüchtern gesprochen: Chruschtschow hat gegenwärtig keinen Anlaß, das westeuropäische Ziel aus seinem Programm zu streichen, denn er sieht ja, wie viele Kräfte sich ihm hier geradezu *anbieten.* Auf einem anderen Blatt steht, daß dieses äußerliche Bild der Auflösung im Kern falsch ist und die Sowjets bei einem Versuch, sich zum Herrn der europäischen Nationen aufzuwerfen, eine Katastrophe erleben würden. Das ändert aber nichts daran, daß sie das heute wahrscheinlich nicht glauben und durch den Anblick der gegenwärtigen europäischen Verwirrung immer weiter auf den Weg des gefährlichen Experimentes gelockt werden.

Wer immer in einer deutsch-sowjetischen (unter heutigen Verhältnissen besser gesagt: europäisch-sowjetischen) Verständigung die einzig denkbare Voraussetzung für eine spätere echte Friedensordnung erkennt, tut gut daran, die Gefährlichkeit der heutigen Zwischenphase zu begreifen und sich klar darüber zu werden, daß sie ohne eine gründliche Revision von Jalta nicht überwunden werden kann.

Diese Revision werden wir weder von Moskau noch von Washington geschenkt erhalten, und wir können sie uns auch nicht erschwätzen. Nur eine Neuverteilung der Gewichte auf dem Felde der Weltpolitik kann die veränderte Lage schaffen, die die alten Papiere vom

Tisch schiebt. Die Leser von NATION EUROPA kennen unser „ceterum censeo“:

Eine wirkliche Veränderung der Lage von 1945 wird erst erreicht sein, wenn die großen europäischen Staaten sich unter entschiedener Entfaltung ihrer Kräfte zu einer gemeinsamen Weltpolitik zusammenschließen. Nur eine „Dritte Macht“ wird sich der Unterordnung unter Washington entziehen können, ohne an ihrer Stelle eine ebenso unerfreuliche Unterordnung unter den Kreml auf sich nehmen zu müssen.

Wenn wir davon sprechen, daß sich die Lage von 1945 in ihrem entscheidenden Punkt nicht geändert habe, so soll damit natürlich nicht bestritten werden, daß eine Reihe von neuen Aspekten hinzugekommen ist. Die vereinigte amerikanisch-sowjetische Leidenschaft, Deutschland und die Deutschen wie Ungeziefer zu zertreten und auszuräuchern, ist von einem latenten Streit der beiden Sieger über die Teilung der übrigen Welt abgelöst worden. Das aber wiederum macht die Lage im westeuropäischen Bereich so besonders unerträglich. Da die beiden Kontrahenten sich hier unmittelbar bewaffnet gegenüberstehen, muß ein „dritter Weltkrieg“, der je nach Temperament und Chancen-Abschätzung der Machthaber im Weißen Haus oder im Kreml jeden Tag ausbrechen oder noch zwanzig Jahre auf sich warten lassen kann, unvermeidlich Europa zum Kriegsschauplatz machen.

Absichtlich sei hier nicht nur vom unmittelbar betroffenen deutschen Raum gesprochen: England, Frankreich, Italien, Spanien — sie alle sind seit Jalta keine Großmächte mehr. In anderen Formen, aber mit den gleichen praktischen Auswirkungen werden sie am Tage eines Kriegsausbruches an die Entschlüsse des Weißen Hauses gebunden sein wie die Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien an die des Kreml.

Um ein Beispiel zu nennen: Falls man es etwa in Moskau angezeigt hielte, die Insel Formosa zu besetzen, oder falls das Pentagon beschließen würde, eine Expedition des Marschalls Tschiangkaischek auf das chinesische Festland zu unterstützen, dann wird ein darüber ausbrechender Großmächte-Krieg mit hoher Wahrscheinlichkeit in Europa ausgekämpft werden, obwohl die strittige Angelegenheit weder für die Deutschen noch für die Franzosen, Italiener, Spanier, und noch nicht einmal für Engländer von leisestem Interesse ist.

Man streitet sich über „Abschußbasen für Raketenwaffen" herum — merkwürdigerweise nur um diejenigen, die im westeuropäischen Raum gebaut werden; als ob sich durch Abstinenz und frommen Augenaufschlag verhindern ließe, daß von drüben zu uns geschossen wird. Nicht technische Einrichtungen, sondern politische Verhältnisse entscheiden in kritischen Lagen über Krieg und Frieden. Sind wir oder die Polen, Tschechen usw. verpflichtet, an einem sowjetisch-amerikanischen Streitfall teilzunehmen, dann ist Europa Kriegsschauplatz — mit und ohne Raketenabschußeinrichtungen.

Ein Reden um den „heißen Brei" bedeuten auch die schönen Worte von einer „Neutralisierung", wobei immer nur von Mitteleuropa gesprochen wird. Als ob sich unter den heutigen Raum- und Fernwaffenverhältnissen ein kleines Zwischenfeld aussparen ließe! Nichts gegen die Forderung nach Neutralität, in einem amerikanisch-sowjetischen Krieg, wenn es um Interessen geht, die uns nicht berühren! Wie über jede Neutralität wird darüber erst im Konfliktfalle entschieden: eine wirklich freie Entscheidung werden die europäischen Mächte nur dann treffen können, wenn sie weltpolitisch gleichwertig bewaffnet und so stark sind, daß jeder Versuch, sie gegen ihren Willen in den Streit zu verwickeln, mit einem ernstzunehmenden Schlag gegen den Angreifer beantwortet werden kann.

Europäische Neutralität ist unter solchen Voraussetzungen angesichts der Ungewißheit über künftige Washingtoner und Moskauer Leidenschaften in der Tat eine Politik, in der sich das heutige gemeinsame Interesse aller europäischen Staaten ausdrücken müßte. In ernsthafter Anwendung wird man dann allerdings unvermeidlich bei der „Dritten Weltmacht" angelangt sein, und es wird sich als belanglos herausstellen, welche Formel für dieses politische Verhalten einer Gruppe von Mächten, die einzeln nur mehr wenig, *vereint aber noch sehr viel bedeuten,* geprägt wird: ob man den augenblicklichen Zeitproblemen entsprechend von „Neutralität" oder von „Isolationismus" oder ganz einfach von europäischer Interessenpolitik spricht.

*

Einen besonderen Versuch, den heutigen Sachverhalt zu verschleiern, stellen die verschiedenen „Pläne" dar, mit denen die öffentliche

Diskussion von Zeit zu Zeit gefüttert wird. Ob Eden, Kennan oder Rapacki — ihre Verfasser sind keine Poeten, die die Menschheit beglücken wollen, sondern sie sprachen und sprechen für *Interessen*, die nicht identisch mit den unsrigen sind. Ihr übereinstimmendes Merkmal ist es, daß sie durchwegs nur den deutschen Raum „neutralisieren", aber ihn gleichzeitig auch noch schwächen wollen, wozu eine Kontrolle oder ein Milizsystem aus der Versailler Kramkiste empfohlen wird. Hier treffen sie sich mit innerdeutschen Oppositionellen, denen die Bundeswehr aus anderen Gründen ein Dorn im Auge ist.

Daß eine „militärisch verdünnte Zone" ausgerechnet im Herzen Europas und *rings um das Ruhrgebiet herum* empfohlen wird, kann kaum noch als gutgemeinter Ratschlag bewertet werden. Drastischer kann den Generalstäben das Thema des ersten Kriegstages gar nicht gestellt werden: „Wer ist der Schnellere?" Die Geschichte der belgischen Neutralität scheint durchwegs vergessen zu sein.

Natürlich ist es richtig und sogar dringend erforderlich, durch Abzug der Besatzungstruppen aus dem deutschen Raum die Gefahr unmittelbarer örtlicher Zusammenstöße zu verringern und die Primitivvoraussetzung für eine Normalisierung der staatlichen Verhältnisse im deutschen Raum zu schaffen; aber das für die Zukunft wirklich Wichtige hat größeres Format: die beiden außereuropäischen Weltmächte werden auf das Manöverfeld Gibraltar — Nordkap — Saloniki als künftigen Kriegsschauplatz nicht verzichten, *solange sich nicht in den europäischen Völkern und Staaten eine ernstzunehmende Kraft entwickelt, die sie daran hindert.*

Man hat die Bundesregierung in der Bonner Debatte stundenlang in heftigen Ausdrücken angegriffen. Die Frage, die seit Jahren im Hintergrund steht, ist nicht gestellt worden: „Wenn Sie, Herr Bundeskanzler Adenauer, erkennen, daß wir keine Großmacht mehr sind und über unser Schicksal nach anderen Interessen als nach deutschen und europäischen entschieden wird — was haben Sie getan und was werden Sie tun, um diesen Zustand zu ändern?", kürzer ausgedrückt: „Was geschieht, um den Schwerpunkt der Entscheidungen wieder nach Europa zu verlegen?" Das ist das Thema, das die Wirklichkeit stellt.

*

Der österreichische Staatskanzler Metternich hat einmal in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts hinsichtlich Italiens erklärt, es sei „nur ein geographischer Begriff". Wer immer die damaligen Machtverhältnisse betrachtete, hat ihm zugestimmt — die Ordnung des „Wiener Kongresses", die immerhin unter Mitwirkung des Besiegten und in vielen Dingen nicht unverständig zustande gekommen war, schien unerschütterlich — jedenfalls solider als die heutige „Ordnung" von Jalta.

Trotzdem stellte sich nach zweieinhalb Jahrzehnten innerhalb weniger Tage heraus, daß alles nur ein Kartenhaus gewesen war. Wo es um elementare Kräfte ging, da ist dem Herrschaftsanspruch auch von Weltmächten eine Grenze gesetzt. Hinsichtlich Deutschlands und Europas wird sich in unserem Jahrhundert das gleiche erweisen, und es ist für eine deutsche Regierung — und mag sie noch so schwach sein — nicht verfrüht, sich an die Spitze einer solchen wirklichen „Widerstandsbewegung" zu setzen, statt ihr, wie es bisher geschah, mit blindem Eifer entgegenzuwirken.

Westdeutsches Narrenhaus 1958

(NE, September 1958)

Dieser Sommer 1958 wird dem denkenden Deutschen nicht so leicht aus dem Gedächtnis kommen.

Da gab es zunächst eine Krise im Nahen Osten, die zwar deutsche Interessen nicht ernstlich berührte, uns aber trotzdem unmittelbar an den Rand eines Weltkrieges führte. Es brauchte am 15. oder 16. Juli nur der ägyptische Präsident Nasser einen Augenblick lang die Nerven zu verlieren und die Hilfe der auf ihre Stunde lauernden Sowjets gegen die amerikanischen Landungen anrufen: dank der Automatik der Verträge hätte sich dann auch die Bundesrepublik im Kriegszustand befunden — ohne vorher auch nur gefragt worden zu sein!

Das Unheimliche dieser Lage ist, wie damals aus einigen Zeitungsberichten zu entnehmen war, auch dem Bundeskanzler Adenauer nicht verborgen geblieben; jedenfalls hat er sich darüber beklagt, daß der amerikanische Präsident seine Entscheidungen getroffen habe, ohne mit den NATO-Regierungen darüber zu konferieren. Auf diese Kritik hin begab sich dann der amerikanische Außenminister immerhin auch einmal wieder nach Bonn, und seitdem herrscht erneut Sonnenschein. Geändert hat sich nichts; nach wie vor sind amerikanische Truppen in Westdeutschland stationiert; nach wie vor bleibt die Entwicklung der Bundeswehr auf Halbstärke gedrosselt; nach wie vor wird der Präsident der Vereinigten Staaten seine Politik nach amerikanischen Interessen einrichten, ohne sich um die Bundesrepublik oder andere europäische Staaten ernstlich zu kümmern. Auch Herr Chruschtschow fragt nicht die Ulbrichts, Kadars, Gomulkas — er hat das angesichts des europäischen Chaos ebensowenig nötig wie Eisenhower. Nur den Chinesen muß Chruschtschow fragen — wie sich gezeigt hat. Der ist stark genug, um eine eigene Meinung zu haben und sie durchzusetzen. Wir könnten stark genug sein — das ist der ganze Unterschied zwischen Europa und China in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Daß wir uns in Westdeutschland noch nicht einmal auf dem Wege zur Normalisierung, sondern immer noch in einem geistigen und staatspolitischen Verwirrungszustand befinden, haben die gleichen Sommerwochen beunruhigend deutlich gemacht.

Zwar hat der drohende weltpolitische Hintergrund den Bundeskanzler Adenauer abgehalten, am 20. Juli selbst einen Kranz für die Putschisten des Jahres 1944 niederzulegen; aber sonst wiederholte sich das Gedenkritual für die „Idee" des unverbindlichen Fahneneides unverändert. Der scharfe Luftzug der Wirklichkeit blieb unbeachtet. Was wäre wohl auszusagen gewesen, wenn die sowjetische Teilmobilmachung jener Tage sich nicht in Manövern erschöpft hätte?

Die gespenstischen Berliner Feierlichkeiten zum 20. Juli wurden wenige Tage später ergänzt durch den ersten bisher bekanntgewordenen Gnadenerweis des Herrn Bundespräsidenten. In einer Aufwallung hatte vor einiger Zeit das Karlsruher Gericht den notorischen Landesverräter Otto John — früher häufiger Ehrengast bei den Bendlerblockfeiern — zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt; es wurden dabei nur die Verratshandlungen nach 1945 aufgerechnet. Trotzdem fanden viele mildgestimmte Seelen (denen es ganz gleichgültig ist, daß etwa ein Rudolf Heß sich seit 17 Jahren in brutaler, durch nichts begründeter Gefangenschaft befindet) das Schicksal des Otto John unerträglich hart, und sie sind sehr befriedigt, daß diese schillernde Persönlichkeit nun dem westdeutschen Alltag wiedergeschenkt ist. Es gibt so viele seines Typs, daß wirklich nicht einzusehen war, warum ausgerechnet der John allein im Zuchthaus sitzen sollte ...

Die Aufdeckung ausländischer Spionageringe und inländischer Korruptionskomplotte in der Bundeshauptstadt — kann es in Zeiten weltpolitischer Spannung bedenklichere Warnungszeichen geben? — beunruhigt die westdeutsche Presse wenig; sie ist viel zu beschäftigt mit der Serie von Gerichtsverhandlungen, die kürzlich ein nüchterner Beobachter unter dem Sammelbegriff der „Schubladenprozesse" zusammengefaßt hat. Man ist der Ansicht, die deutsche Justiz sei dazu da, die „Vergangenheit zu bewältigen", indem sie in nie abreißender Fortsetzung irgendwelche Kz-Greuel aufwärmt, auf daß die Zeitungen den uralten Stoff in immer neuer Aufmachung wiederholen können.

Über die Weisheit dieser Schubladen-Justiz läßt sich streiten. Es sind Fälle darunter, die seinerzeit schon die SS-Gerichtsbarkeit behandelt und mit schweren Strafen geahndet hat; in anderen Verhandlungen ergibt sich, daß die fast zwei Jahrzehnte zurückliegenden Taten im rückwärtigen Frontbereich auch der damaligen Staatspolizei auf die Nerven gingen. Es mag ja sehr verdienstlich sein, daß etwa litauische Pogrome jetzt eine späte Sühne finden; aber es drängt sich die Frage auf, warum die deutschen Justizbehörden sich nicht mit näherliegenden und deutlicher rekonstruierbaren Vorgängen — etwa mit den Privatracheakten nach 1945 — beschäftigen. Den Grundsatz „Gleiches Recht für alle" wiederherzustellen, wäre wohl verdienstlicher und würde in der Welt mehr Anerkennung und weniger Belustigung auslösen als etwa der „Fall Eisele", der in besonders grotesker Weise zu einer westdeutschen Sensation geworden ist. Wir kennen weder den Dr. Eisele noch seinen Fall; aber es gibt immerhin zu denken, daß dieser Mann nicht etwa erst jetzt als „Massenmörder" entdeckt worden ist, sondern bereits von den Amerikanern verhandelt, zunächst zum Tode verurteilt, dann aber nicht nur nicht hingerichtet, sondern verhältnismäßig frühzeitig aus dem Gefängnis entlassen worden ist. Andere bekanntere Ärzte wie die Professoren Schilling, Gebhardt, Brandt wurden dagegen in Landsberg ohne viel Federlesens ermordet — der Ausdruck ist zutreffend, denn es ist längst klar geworden, welcher Art die Justiz war, die in der Nachkriegszeit geübt wurde und der einige deutsche Staatsanwaltschaften in später Leidenschaft heute nacheifern. Vielleicht ist sogar die berüchtigte Gilde der Dachauer „Berufszeugen" wieder am Werk?!

*

Die Aufzählung wirklichkeitsfremder westdeutscher Tatbestände des Sommers 1958 ist noch nicht erschöpft: wenige Tage nach der Haft*entlassung* des John hielt man es für angezeigt, Haft*antritts*bescheide an zwei der bekanntesten westdeutschen Armeeführer abzusenden: an den Generalfeldmarschall Schörner und an den Generaloberst Sepp Dietrich. Vor wenigen Wochen erst hatte das Landsberger Gefängnis als amerikanische Vollzugsanstalt der Nürnberger und Dachauer Justiz ausgedient — jetzt wird dieses weltberühmte düstere

Gebäude erneut der Aufgabe gewidmet, verdiente deutsche Soldaten ihrer Freiheit zu berauben.

Sowohl Schörner wie Dietrich haben sich freilich gewissermaßen freiwillig am Landsberger Gefängnistor eingefunden. Seit den jeweiligen Urteilsverkündungen sind viele Monate verstrichen, die Prozesse waren überdies so offenkundig politische Verfahren, daß jeder einigermaßen zivilisierte Staat Asyl gewährt hätte. Wenn Schörner und Sepp Dietrich ohne Rücksicht auf ihr Alter trotzdem an die Landsberger Gefängnistür klopften, so haben sie damit nicht nur die abgehärtete Ironie wirklich großer Soldaten bewiesen, sondern auch denen die gebührende Ohrfeige erteilt, die glaubten, einen deutschen Feldmarschall erniedrigen zu können, und nun selbst die Erniedrigten sind.

*

Der zeitliche Ablauf hat das alles in wenige Wochen zusammengedrängt: die Weltkriegs-Krise, die Gnade für den Otto John, den Sturm um Eisele und den Schörner-Dietrich-Skandal.

Es hat den Anschein, daß wir das Wirtschaftswunder denn doch überstrapazieren; den Luxus von Autos und Kühlschränken kann man sich ohne ernsten Nachteil leisten, der Luxus der Geistesabwesenheit aber ist in unserer Lage lebensgefährlich.

In dieser Zeitschrift ist oft ausgesprochen worden, daß auch im Zeichen der Atomdrohung — die möglicherweise bei gleichstarken Partnern eine Drohung bleibt — eine wirksame Verteidigung des europäischen Raumes denkbar ist und daß ein kraftvoller Abwehrwille auch im Restdeutschland noch seinen Sinn hat. Aber kann man ein Narrenhaus verteidigen?

Das mögen sich diejenigen fragen, die das, was heute in Westdeutschland und mit Westdeutschland geschieht, vor der Zukunft zu verantworten haben.

*

Um diesen Aufsatz in der Zeitschrift NATION EUROPA kam es zu einem mehrjährigen Strafverfahren gegen Helmut Sündermann, das in mehreren Instanzen und lief schließlich mit einem Freispruch für den Angeklagten endete.

In seinem am 13. Febr. 1961 formulierten Schlußwort sagte er u. a.:

Wie Sie wissen, bin ich kein Jurist, und insoferne habe ich den gründlichen Ausführungen des Herrn RA Knote nichts weiter hinzuzufügen. Erlauben Sie mir trotzdem einige wenige abschließende Bemerkungen:

Wäre ich Beisitzer des Gerichts, so würde ich in der Beratung dieses Falles als Laie die Schlüsselfrage stellen: „Ist dieser Mann ein Staatsfeind oder ist er es nicht?"

Vor Jahresfrist — im Schlußwort nach der ersten Verhandlung — habe ich mich zu dieser Frage präzise ausgesprochen:

„Für mich — so sagte ich damals — war, ist und bleibt der Staat als Einrichtung ein ‚zweites Ich', die nächste Stufe nach der Familie. Wer den Staat als Institution beschimpft — und sei es nur in seinen vier Wänden oder in seinen Gedanken, den rechne ich zu den asozialen Elementen. So unmöglich und unerträglich es wäre, wenn ein Gericht zugunsten einer augenblicklichen Regierung oder einer zeitweilig führenden Schicht Partei nehmen wollte, hinsichtlich des Staates als Dauereinrichtung unseres Zusammenlebens darf, soll, ja muß es nach meinem Gefühl einen entschiedenen Standpunkt einnehmen. Hier plädiere ich nicht für den Rechtssatz *‚in dubio pro reo', sondern meine, es muß heißen ‚in dubio pro re publica'.*"

Dieser vorjährigen Erklärung habe ich ergänzend nur noch hinzuzufügen: damals stand auch § 131, also der Vorwurf einer Kritik wider besseres Wissen, zur Debatte. Diesen Punkt hat die Staatsanwaltschaft bekanntlich schon in der ersten Verhandlung fallenlassen. Eine Verurteilung ausgerechnet nach der Staatsschutzvorschrift des § 96 müßte ich als ein zu meiner ganzen Lebensauffassung in offenkundigem Widerspruch stehendes echtes Unrecht empfinden.

Es gibt keine Vorschrift des Strafgesetzbuches, gegen die ich mit Bewußtsein verstoßen würde. Ich kann mir denken, daß ich dieses oder jenes Gesetz scharf kritisiere und seine Änderung oder Aufhebung befürworte. Aber solange es in Kraft ist, werde ich es beachten. Es ist mir sogar gelungen, seit 30 Jahren Kraftfahrzeuge zu lenken, ohne auch nur einen einzigen Strafbefehl zu erhalten — und das will angesichts der häufig wechselnden Bestimmungen gewiß etwas heißen. Vor Leichtfertigkeit bewahrt mich meine Überzeugung von der absoluten Notwendigkeit einer gemeinverbindlichen öffentlichen Ordnung und vor allem von der Unerläßlichkeit des Staatsschutzes.

Eine Ausweitung des § 96 auf den heute verhandelten Fall rein tagespolitischer Polemik könnte ich nur als eine fast ironische Bestätigung des Satzes empfinden, den der bekannte Hamburger Publizist Hans Zehrer am 23. Januar 60 in die Zeitung „Die Welt" schrieb:

„Die Gefahr liegt nicht dort, wo sie heute gesucht wird; sie könnte dort liegen, wo sie heute *nicht* gesucht wird".

Dieser Mann kennt sich aus im derzeitigen Presse- und Literaturbetrieb!

Ich gehöre — wie Ihnen aus den Akten bekannt ist — der Generation der heute Fünfzigjährigen an, die man schon oft „die verlorene Generation" genannt hat.

Aus früher Kindheit haben wir die Hungerwinter des Ersten Weltkrieges in Erinnerung und die Schatten einer fremden Räterepublik; wir sind herangewachsen im Versailler Jahrzehnt des Siegerübermutes gegenüber dem geschlagenen Deutschland, und wir haben uns — ich möchte fast sagen: selbstverständlich — der fordernden Führung der Frontsoldaten des ersten Krieges unterstellt, als sie zum Aufstand aufriefen. So wurden wir schließlich selbst zur Kampfgeneration des zweiten glücklosen Ringens. Die Jahre des Zusammenbruches verbrachten wir hinter Stacheldraht, und dann kamen wir — oft verbittert — zurück. Das Anpacken freilich hatten wir gelernt, und so war es vielleicht gerade diese angeblich verlorene Generation, die dem deutschen Wirtschaftswunder jenen Schuß Leidenschaft beigefügt hat, ohne den es keine große Leistung gibt. Vor der Propaganda freilich, die sich über uns ergoß, haben wir meist die Ohren verschlossen. Wer selbst erlebt hat, was wir erlebten, dem kann man mit den Zweckbelehrungen von einer deutschen Allein- oder Hauptschuld wirklich nicht beikommen. Daß wir uns vor jeder billigen Schema-Erklärung dessen, was in diesem Jahrhundert geschah, schlicht abwenden, ist vielleicht der einzige ernsthafte Grund, weshalb man uns „verloren" nennen darf. Für Eiferer sind wir kein Objekt, und Schweigen ist uns fast zum Programm geworden — verständlich in einer Welt, in der deutsche Äußerungen, gleich welcher Art, immer noch und immer wieder als Drohung und Gefahr gedeutet werden. Ganz selten entfährt uns in der innerdeutschen Diskussion ein Ausbruch — der Artikel, über den wir hier verhandelt haben, war ein solcher.

Man kann ihn, glaube ich, nicht mit Paragraphen messen, sondern muß ihn ganz einfach als ein Zeitgeschehnis werten. In zehn oder

zwanzig Jahren sollte man ihn wieder zur Hand nehmen; dann wird man wissen, was richtig oder was falsch daran war.

Diese einst so bewußt junge Generation, die dann über alle Straßen Europas marschiert ist und gewiß zu kühn geträumt hat, fängt mittlerweile an, alt zu werden. Manche mögen aufatmen bei diesem Gedanken.
Und doch ist eines gewiß: wir vom Schicksal Herumgestoßenen haben uns mehr Idealismus im Herzen bewahrt, als die Erziehungsprodukte der letzten anderthalb Jahrzehnte je darin überhaupt aufnehmen durften, wenigstens wenn es nach den im Jahr 1945 befohlenen Lehrvorschriften ginge.
Wir, die wir in der Vorstellung einer naturgegebenen nationalen Lebensgemeinschaft aufgewachsen sind, sehen heute in dem verbliebenen deutschen Staat, in der Bundesrepublik, *mehr* als nur eine Wirtschaftseinheit, mehr als eine Einrichtung zur Gewährleistung motorisierten Verkehrs und sonstiger Bequemlichkeiten. Und wir lesen im Grundgesetz nicht nur die Darlegungen unserer Rechte und Ansprüche, sondern auch die dynamisch verpflichtende Präambel, die in ernsten Worten die Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands zur Aufgabe und zum Ziel unseres heutigen staatlichen Zusammenschlußes proklamiert.
Diese meine Generation, die die Bundesverfassung nicht nur als einen Gesellschaftsvertrag, sondern tiefer begreift, hat über der Predigt des Wohlstandes den Treuebegriff nicht vergessen, sie wird ihn auch zu bewahren wissen, wenn die Prüfungen näherkommen, die sich heute deutlich genug als Wolken am Horizont abzeichnen.
Vielleicht werden wir Greise sein, bis man die „verlorene Generation" wieder zur Kenntnis nehmen und das in seinem bleibenden Werte anerkennen wird, was wir dem Staate anzubieten haben — die unveränderliche Überzeugung, daß es ohne gesunden, kräftigen gesamtdeutschen Volkstaat kein erträgliches und deshalb dauerhaftes europäisches Zusammenleben gibt und: daß man Ziele nur erreichen kann, wenn man zu Opfern bereit ist.

Das alles hat mit dem § 96 und mit dem Text des tagespolitischen Artikels aus dem Sommer 1958 scheinbar gar nichts zu tun. Aber nach meinem Gefühl gehörten diese Anmerkungen doch zum fernen, geistigen Hintergrund dieses ungewöhnlichen Prozesses.

Das große Spiel um Deutschland

Berlin und die Wiedervereinigung —
Wann endlich Volksabstimmung?
(NE, Dezember 1958)

Seit im Jahre 1945 die weltpolitischen Fronten erstarrt sind, gab es bereits mehrere vergebliche Vorstöße zu ihrer Änderung. Im Jahre 1950 wurde in Korea sogar ein indirekter sowjetisch-amerikanischer Krieg geführt, um die dort recht schematisch auf einen Breitengrad bezogene „Interessenlinie" zu revidieren: im Ergebnis blieb alles beim alten. Später — im Herbst 1956 — schien es einige Tage lang, als würde in Polen und Ungarn die Sowjet-Position ins Wanken geraten; das Übergewicht der sowjetischen Machtmittel stellte den alten Zustand wieder her. Im deutschen Raum ist eine Revision einmal im Jahre 1948 durch die sowjetische Blockade West-Berlins und ein zweites Mal durch den Ostberliner Volksaufstand vom 17. Juni 1953 versucht worden. Gegen die Blockade erwiesen die amerikanischen „Luftbrücken"-Flugzeuge, gegen die rebellischen Berliner die sowjetischen Panzer sich als wirksam.

Man muß diese allgemeine Vorgeschichte vor Augen haben, um die kürzlichen Moskauer Forderungen hinsichtlich West-Berlins richtig zu würdigen. Der Wunsch der Russen, die amerikanisch-britisch-französischen Besatzungstruppen aus West-Berlin entfernt zu sehen, ist weder überraschend, noch ist er neu. Auch die Wahl des Zeitpunktes und der Methode für ihren zweiten Vorstoß in der gleichen Sache läßt sich unschwer aus dem derzeitigen Schwächezustand des amerikanischen Kontrahenten, der kranken Eisenhower-Verwaltung, sowie aus der verworrenen Unwilligkeit der westdeutschen Bundesregierung erklären, die nationalen Interessen als solche zu erkennen und zu vertreten. Man schätzt diese Verhältnisse in Moskau offenbar mit kühler Nüchternheit ab und schließt daraus auf eine Gunst des Augenblicks.

Natürlich ist es nicht Berlin allein, um das nun die internationale Diskussion entbrannt ist. In Wirklichkeit zeichnet sich ein neuer Abschnitt des großen Spiels um Deutschland ab, das nicht erst 1945 begann — seine Ausgangspunkte lassen sich bis in die Zeit Bismarcks zurückverfolgen. Die Deutschen, die — wie Clemenceau sich lapidar ausdrückte — um „20 Millionen zuviel" sind, politisch aus dem Feld der Weltentscheidungen auszuschalten, darüber haben sich schon die Väter der „Entente" ähnliche Gedanken gemacht wie die Verantwortlichen der Jalta- und Potsdam-Doktrin und wie die Verfasser der neuesten Moskauer Noten. Zwar nur am Rande und oft zwischen den Zeilen, aber doch deutlich genug als Lockspeise für die vielen unbelehrbaren Deutschenfresser in den Regierungskanzleien der Westmächte wird ein sowohl aufgeteiltes wie kontrolliertes und jedenfalls verteidigungsunfähiges Deutschland des Potsdamer Modells nach den Morgenthau- und Ehrenburg-Rezepten als eine ideale Lösung umschrieben.

Es lohnte sich nicht, die Moskauer Papiere einer ernsthaften Betrachtung zu unterziehen, würden sie außer jenen bekannten Wunsch-Elementen, Deutschland zerstückelt zu sehen und Berlin von nichtrussischen Truppen verlassen zu wissen, nicht auch noch weiteres aussagen.

Die Wahrscheinlichkeit aufweichbaren Widerstandes und politischer Verwirrung auf der Gegenseite wird in Moskau diesmal so sanguinisch beurteilt, daß man sich zur Anwendung einiger neuer, vom sowjetischen Standpunkt aus geradezu waghalsiger Argumente verleiten ließ — einige Thesen der sowjetischen Berlin-Noten fordern dazu heraus, sie weiterzuentwickeln und sie geradezu als ein Programm der deutschen Befreiung und kontinentalen Wiedergesundung sowohl in Moskau wie in Washington neu zu präsentieren.

Das durchschlagendste Argument, das die Sowjets in ihrer Note an die Vereinigten Staaten vorbringen, ist von ihnen selbst wie folgt formuliert:

> „Ist es tatsächlich möglich, darauf zu bestehen, daß das Besatzungsregime in Deutschland oder in irgendeinem seiner Teile mehr als dreizehn Jahre nach dem Ende des Krieges aufrechterhalten wird? Jede Besetzung ist ein Ereignis von begrenzter Dauer ..."

Weiter unten in der gleichen Note:

„Die Besetzung Deutschlands ist seit langem zu einer Angelegenheit der Vergangenheit geworden, und alle Versuche, das Verschwinden der Sonderrechte ausländischer Mächte in Deutschland zu verhindern, werden zu einem gefährlichen Anachronismus".

Diese Sätze könnten nicht präziser aussprechen, was Millionen von Deutschen seit Jahren denken und was das Kernproblem der Deutschlandfrage seit 1945 ist; die Sowjet-Regierung hat mit diesen Sätzen nicht nur ihrer eigenen Potsdam-Glorifizierung widersprochen, sie hat auch verdeutlicht, daß mit ihren Noten nicht allein die Berlin-, sondern die ganze Deutschland-Frage auf die Tagesordnung der Entscheidungen gesetzt ist. In den zitierten Sätzen der Sowjetnote an die Vereinigten Staaten ist geradezu der Angelpunkt einer gegenwartsnahen und zukunftsbestimmten deutschen und europäischen Interessenpolitik umrissen. Es ist in der Tat keine kontinentale Normalisierung und Wiedererstarkung denkbar ohne vorherige Beseitigung dessen, was die Russen als „ausländische Vorrechte in Deutschland" bezeichnen — sie hätten, um der Wahrheit die Ehre zu geben, zusätzlich auch noch eine beträchtliche Anzahl weiterer europäischer Länder von England und Frankreich bis nach Ungarn und Rumänien nennen können. Hier überall verwirren „ausländische Vorrechte" die Lage, und hier überall müssen sie beseitigt werden, wenn der europäische Raum nicht eines Tages Schauplatz eines Satelliten-Krieges werden soll.

Deutschland liegt in der Mitte, und von hier aus muß deshalb unvermeidlich die Gesundung ausgehen. Die Berlin-Angelegenheit müßte zu einem Teilproblem zusammenschrumpfen, würden die Sowjets bei der großen Kernfrage der Besetzung Deutschlands beim Wort genommen, würden sie im Zuge einer Gesamtregelung, die uns von *allen* fremden Abhängigkeiten befreit und endlich unsere Vollsouveränität herstellt, gezwungen, auch ihrerseits *ihre* Sonderrechte im deutschen Raum „zum Verschwinden zu bringen", wie sie sich etwas holprig, aber deutlich ausdrücken.

Die Aufgabe der deutschen Argumentation zeichnet sich klar ab: es gilt, aus den russischen Thesen zur Berlin-Besatzung die gleichgelagerte größere Deutschland-Frage und die gesamteuropäische Situa-

tion so drastisch zu beleuchten, daß sie — endlich zur Debatte gestellt — nicht mehr hinter Tagesfragen versteckt werden können.

*

Ein weiterer in den neuen Sowjetnoten entwickelter Gedankengang verdient unsere volle Aufmerksamkeit:

„Die Sowjetregierung hat bereits wiederholt erklärt, daß weder die UdSSR noch die USA oder irgendein anderer Staat befugt sind, das Problem der Wiedervereinigung der DDR und der Bundesrepublik zu behandeln. Es ist Sache der Deutschen in Ost- und Westdeutschland, wann sie dazu bereit sind und den Wunsch haben; das ist ihre Sache, über die sie sich selbst verständigen müssen."

So heißt es in der an die westdeutsche Bundesregierung übergebenen Note. Später wird in der gleichen Note — allerdings nur in bezug auf West-Berlin — erklärt:

„Die Sowjetunion ist nicht für den Bruch der eingebürgerten Ordnung, sondern dafür, daß Westberlin so existiert, wie das seine Bevölkerung wünscht; wenn diese für das bestehende soziale System ist, so ist das der eigene Wille der Bewohner Westberlins, und die Sowjetregierung wird die freie Stadt unabhängig von ihrer staatlichen und sozialen Einrichtung respektieren."

In der Note an die USA wird zum gleichen Thema noch ausführlicher gesagt:

„Die sowjetische Regierung ist der Ansicht, daß die Bevölkerung Westberlins nach der Beendigung der ausländischen Besatzung das Recht erhalten sollte, eine Lebensform nach ihrer eigenen Wahl zu finden. Sollten die Einwohner Westberlins wünschen, ihre auf das private kapitalistische Eigentum gestützte Lebensform beizubehalten, so liegt das bei ihnen. Die Sowjetunion wird ihrerseits jede Entscheidung der Westberliner respektieren."

Es bedarf hier keiner Erörterung über die verschiedenen formalistischen Fallstricke in diesen Erklärungen, auch nicht über die angeblich „sozialistischen" Merkmale Ostberlins oder über die ebenso phraseologisch gedeutete „kapitalistische" Lebensweise der Westberliner. In der Welt der Wirklichkeiten lebt diesseits und jenseits des

Brandenburger Tores die gleiche Sorte von Deutschen. Eine recht hartnäckige Sorte. Sie haben dem Bombenterror getrotzt; sie haben den russischen Einmarsch überlebt und sind sich wohl ziemlich einig in dem Wunsch, die fremden Herren loszuwerden, spezialiter Herrn Ulbricht aus dem Moskauer Lux-Hotel.

Von Bedeutung in den erwähnten Moskauer Erklärungen ist allerdings das grundsätzliche Zugeständnis: die *West*berliner sollen auch in Zukunft existieren dürfen, wie sie es wünschen, ja es wird sogar von ihrer „Entscheidung" gesprochen. Gebieterisch drängt sich die Frage auf: Warum gilt dieses Zugeständnis nicht auch für die *Ost*berliner?!

Herr Chruschtschow hat natürlich die Gefahr dieser naheliegenden Frage erkannt,und er wendet sich vorweg gegen den Gedanken einer „mechanischen Vereinigung der beiden Teile der Stadt"; bei Schaffung einer „Freien Stadt" mit internationalem Status läge es ja wohl allzu nahe, die Sonderstellung jedenfalls für das *gesamte* Stadtgebiet einzurichten.

Diese Erwägung wünscht also die Sowjetregierung von vorneherein auszuschließen — aber gibt es denn nicht anderen, keineswegs „mechanischen" Verfahrensweisen, auch andere Methoden als die etwas abgegriffene Formel von den „freien Wahlen", durch die hier wie dort Parteiargumente in Entscheidungen eingeführt werden könnten, bei denen sie nichts zu bedeuten haben? Auch im angeblich „sozialistischen", nüchterner gesagt: im Sowjet-Lager schätzt man es, sich auf den Volkswillen zu berufen, und auch in fast jeder der neuen sowjetischen Noten ist davon die Rede: Ist nicht die einfache, schlichte *Volksabstimmung* über einfache schlichte Fragen offenkundig der einfachste und schlichteste Weg, um zu erkunden, was die Berliner in ihrer Gesamtheit eigentlich wirklich wollen?! Fragt doch die Westberliner, ob sie den Anschluß an die Ostberliner Gesetzgebung wünschen; falls ja, dann ist das ganze Problem „Freie Stadt" in einfachster Weise gelöst. Es besteht nicht der leiseste Verdacht, daß etwa die in Westberlin lebenden Kapitalisten vermöge ihrer Anzahl die Abstimmung ernstlich beeinflussen könnten. Es handelte sich klar um ein Votum der Westberliner Werktätigen. Und ebenso: laßt doch die Ost-Berliner darüber abstimmen, ob sie sich der „Freien Stadt" anschließen wollen!

Und weiter: Was für Berlin recht ist, sei für Deutschland billig. Wer den Frieden will und nicht nur davon redet — und ebenso, wer die deutsche Wiedervereinigung zu fördern wünscht ohne den Hintergedanken, daraufhin den anderen Teil seinem Einfluß zusätzlich zu unterstellen, der kann dem Verfahren in einer international-neutral überwachten Volksabstimmung, für die es bereits praktisch bewährte Vorbilder gibt, kein ernsthaftes Argument entgegensetzen — vor allem dann nicht, wenn etwa außer den Zugehörigkeitsfragen auch die Bündnisfrage des wiedervereinigten Deutschland (Nato—Warschauer Pakt) dem Volksentscheid unterworfen wird.

In der Note an die Vereinigten Staaten versichert die Moskauer Regierung ausdrücklich:

„Die Sowjetunion vertritt den Standpunkt der *völligen Nichteinmischung* in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes wie in die irgendeines anderen Volkes."

Auch eine Phrase kann Gewicht bekommen, wenn man sie fest ergreift — sowohl Berlin wie die Wiedervereinigung der beiden durch Besatzungsdekrete geschaffenen deutschen Staaten sind zweifelsfrei „innere Angelegenheiten des deutschen Volkes". Regeln wir sie endlich durch längst fällige Volksabstimmungen, die allein auch dem künftigen neuen Staatswesen die Autorität einer volksnahen Eigenschöpfung verleihen können!

Die Russen haben ihre „völlige Nichteinmischung" verkündet. Wo ist der deutsche Staatsmann, der die gleiche Erklärung bei den Amerikanern erwirkt und dann Herrn Chruschtschow beim Wort nimmt?!

Wiedervereinigung in Sicht?

Gesamtdeutsche Volksabstimmung — das Thema der „Gipfelkonferenz"
(NE, April 1960)

Für den nüchternen Beobachter ist die Lage seit langem klar: An der Spitze aller widernatürlichen Unmöglichkeiten von 1945 steht die künstliche Aufteilung Deutschlands, die sich aus dem Fest-Frieren der Besatzungszonen ergab.

Zweifellos setzt jede Zukunftsregelung, die nicht in neuen Krieg münden soll, eine Regelung gerade *dieses* Problems voraus. Mitteleuropa ist zu wichtig, als daß sich auf die Dauer ein Eiserner Vorhang genau am Brandenburger Tor und auf den Hängen des Thüringer Waldes installieren ließe.

Herr Chruschtschow hat sich zwar erst kürzlich zum italienischen Staatspräsidenten Gronchi — Zeitungsberichten zufolge — sehr militant geäußert: „Wir erklären, daß das, was durch den Krieg geändert wurde, nicht ohne Krieg wieder geändert werden kann"; aber was die Revision der Besatzungszoneneinteilung von 1945 betrifft, so möchte man meinen, daß hierfür immerhin ein Türspalt zu friedlicher Lösung offengeblieben ist. Wer das nicht anerkennt, sollte das politische Herumreisen bleiben lassen und nicht länger mehr vom Verhandeln und von Konferenzen schwätzen.

*

In dieser Zeitschrift wurde angesichts der damaligen Sowjet-Note in der Berlin-Frage schon im Dezember 1958 gesagt:

> „Auch im angeblich ‚sozialistischen', nüchterner gesagt: im russischen Lager schätzt man es, sich auf den Volkswillen zu berufen, und in fast jeder der neuen sowjetischen Noten ist davon die Rede: Ist nicht die einfache, schlichte Volksabstimmung über einfache, schlichte Fragen offenkundig der einfachste und schlichteste Weg,

um zu erkunden, was die Berliner in ihrer Gesamtheit eigentlich wirklich wollen?! Fragt doch die Westberliner, ob sie den Anschluß an die Ostberliner Gesetzgebung wünschen! Falls ja, dann ist das ganze Problem ‚Freie Stadt‘ in einfachster Weise gelöst. Es besteht nicht der leiseste Verdacht, daß etwa die in Westberlin lebenden Kapitalisten vermöge ihrer Anzahl die Abstimmung ernstlich beeinflussen könnten. Es handelte sich klar um ein Votum der Westberliner Werktätigen. Und ebenso: laßt doch die Ostberliner darüber abstimmen, ob sie sich der ‚Freien Stadt‘ anschließen wollen! Und weiter: Was für Berlin recht ist, sei für Deutschland billig. Wer den Frieden will und nicht nur davon redet — und ebenso, wer die deutsche Wiedervereinigung zu fördern wünscht ohne den Hintergedanken, daraufhin den anderen Teil seinem Einfluß zusätzlich zu unterstellen, der kann dem Verfahren einer international überwachten Volksabstimmung, für die es bereits praktisch bewährte Vorbilder gibt, kein ernsthaftes Argument entgegensetzen, vor allem dann nicht, wenn etwa außer den Zugehörigkeitsfragen auch die Bündnisfrage des wiedervereinigten Deutschland (Nato — Warschauer Pakt) dem Volksentscheid unterworfen wird...“

Inzwischen sind fast anderthalb Jahre vergangen. Unser damaliger Ruf nach einer deutschen Initiative in der Volksabstimmungsangelegenheit ist ohne Widerhall geblieben. Weder von der Bundesregierung noch von seiten eines Bundestagsredners ist diese naheliegendste Forderung zur praktischen Vorbereitung der Wiedervereinigung auch nur erwähnt worden. Soweit es sich überblicken läßt, war NATION EUROPA die einzige deutschsprachige Zeitschrift, die den Gedanken der überfälligen gesamtdeutschen Volksabstimmung trotzdem weiter erörtert hat. Der „Jungeuropäische Arbeitskreis“ hat ihn in einer sorgfältig formulierten 5-Punkte-Erklärung vertieft und konkretisiert — aber die breitere deutsche Öffentlichkeit verharrte in stumpfsinnigem Schweigen: Es bedurfte schließlich eines ungewöhnlichen und höchst unerwarteten Anstoßes zu dem entscheidenden Schritt über die allgemeine Wunschformel „Selbstbestimmung“ hinaus, zur Forderung ihrer praktischen Anwendung, die sich ja nach Lage der Dinge ohne Krieg nur in einem Plebiszit ausdrücken kann.

Wir wissen nicht, ob dem US-amerikanischen Außenminister Herter Auszüge aus unserer Zeitschrift vorgetragen werden und ob er überhaupt dazu neigt, aus publizistischen Organen Anregungen zu

entnehmen — gewiß aber haben die Leser von NATION EUROPA eine Genugtuung besonderer Art empfunden, als sie Ende Februar überrascht in den Zeitungen lasen: eine gesamtdeutsche Volksabstimmung sei der amerikanische Kernvorschlag zur Deutschlandfrage für die bevorstehende „Gipfelkonferenz"!

Natürlich ist es den Diplomaten stets unerwünscht, wenn — wie es in diesen Zeitungsberichten geschah — Verhandlungsabsichten vorzeitig in die Welt hineinposaunt werden. Nachdem dies aber nun — aus welchen Gründen immer — einmal geschehen ist, liegt es nahe, wenigstens aus der Not eine Tugend zu machen. Das Bekanntwerden des „Herter-Planes" mußte, so möchte man meinen, für die deutschen Politiker geradezu ein Signal sein. Fast über Nacht war damit die Wiedervereinigung in greifbare Nähe gerückt, das „Selbstbestimmungsrecht" aus dem Bereich der Phrase in den der praktischen Politik verlegt.

Das offizielle Echo, das der überraschenden Nachricht in Bonn zuteil wurde, ließ erstaunlicherweise nichts von solchem Aufatmen über diese erstmalige ernsthafte amerikanische Wiedervereinigungs-Initiative erkennen. Zunächst vernahm man überhaupt nur von einer einzigen offiziellen Persönlichkeit ein zustimmendes Wort. Wir verzeichnen diese Äußerung um so aufmerksamer, als dieser Mann NATION EUROPA bekanntlich alles andere als Anlaß zu Sympathie gegeben hat: Bei einem Berliner Aufenthalt begrüßte Bundestagspräsident *Gerstenmaier* den Herter-Vorschlag spontan. Es wäre, so sagte er, „ein Fortschritt", wenn er verwirklicht würde. In Bonn, wo man ansonsten an Beifall zu amerikanischen Äußerungen nicht kargt, vergingen zehn Tage wortlosen Schweigens, bis Bundesaußenminister von Brentano sich in einer Rundfunkrede vom 6. März zu der bescheidenen Bemerkung aufraffte: ja, an eine Volksabstimmung könne „gedacht werden".

*

Inzwischen hatte man sich beeilt, eine Chruschtschow-Rede in westdeutschen Zeitungsüberschriften bereits als eine „Ablehnung der Volksabstimmung" zu deklarieren. Wer die verfügbaren Texte genauer durchsah, erkannte zunächst nur einen der üblichen Winkelzüge

des Kreml-Chefs: die Sowjetunion werde an einer solchen Volksabstimmung „nicht mitwirken", weil dies eine Einmischung in innerdeutsche Fragen sei. Natürlich möchte er seinen Ulbricht ins Spiel bringen: „*Wenn beide deutschen Staaten sich auf ein Abkommen* über eine Volksabstimmung einigen, dann steht ihnen das frei."

Das sind allerdings nicht die Formeln und Formen, unter denen die Volksabstimmungslösung in die Praxis umgesetzt werden kann. Aber das Thema ist ja erst in die Debatte geworfen, und die entscheidenden Punkte, auf die es im großen Spiel der Kräfte allein ankommt, sind noch gar nicht erörtert. Es gibt beispielsweise ein ganz eindeutiges, bis in jede Einzelheit sowohl der Fragestellung wie der organisatorischen Durchführung bereits praktiziertes Muster eines solchen Plebiszits von historischer Tragweite — das ist das für die Saarabstimmung 1935 schon 1919 in den Grundzügen festgelegte und dann anderthalb Jahrzehnte später unter Aufsicht des Völkerbundes exerzierte Verfahren.

Es endete bekanntlich mit einer so peinlich genauen Überwachung des Wahlvorganges, einer Versiegelung und überörtlichen Auszählung der Abstimmungsurnen, daß die Feststellung des Ergebnisses anderthalb Tage in Anspruch nahm — eine Nervenprobe für Journalisten, aber eine Nervenprobe, die von der Weltgeschichte in solchen Fällen gern in Kauf genommen wird.

Beträchtliche Zeit vor der Abstimmungsfrist erfolgte — eine ganz wesentliche Voraussetzung unbeeinflußter Durchführung — der Abzug der in diesem Fall interessierten französischen Besatzungstruppen und die innerpolitische Sicherung des Abstimmungsgebietes durch neutrale Streitkräfte. Im Saarland waren das 1935 englische, schwedische, holländische und italienische Einheiten.

Von ähnlich entscheidender Bedeutung für unbestrittene Abstimmungsdurchführung war damals — und ist natürlich auch heute — eine ganz sachliche Fragestellung, die dem einzelnen Abstimmungsberechtigten wirklich die volle Entscheidungsfreiheit einräumt. Im Jahr 1935 hatte die Saarbevölkerung zu wählen zwischen den drei Möglichkeiten: a) Anschluß an Frankreich, b) Anschluß an Deutschland, c) Beibehaltung der bisherigen Völkerbundsverwaltung (sog. „status quo").

Eine gesamtdeutsche Volksabstimmung, die gemäß dem Herter-

Plan die Frage des Friedensvertrages — und damit der künftigen deutschen Regierungsgewalt — zu entscheiden hätte, würde der Bevölkerung ebenfalls drei Sachfragen vorzulegen haben:

a) Soll bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen die Regierung der Bundesrepublik für ganz Deutschland handeln?

oder b) Soll dies die der DDR tun?

oder c) Sollen zwei Friedensverträge — für die Bundesrepublik und für die sog. DDR ausgehandelt und abgeschlossen werden? (also „status quo").

*

Wird der Herter-Plan zu Ende gedacht — und das bei allen Beteiligten zu erwirken, ist unser ernstes deutsches National-Interesse —, dann ergeben sich auch für die sowjetische Seite zwangsläufige Erwägungen, bei denen nicht sicher ist, ob die Rücksicht auf den Wert des Herrn Ulbricht ausreicht, um sie ganz beiseitezuschieben: Der Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus der Sowjetzone ist rein militärisch kein großes Opfer, denn er findet bereits an der Oder seinen Halt. Wo aber endet demgegenüber die amerikanische Abzugsbewegung, wenn sie einmal in Gang gesetzt ist?

Ganz konkret gesprochen: Der Herter-Plan — und das ist das Bedeutende daran — bezeichnet offenkundig den Preis, den die Amerikaner für ihren Truppenabzug aus Europa den Russen gegenüber festzusetzen beabsichtigen. Natürlich wird Herr Chruschtschow — vertrauend auf viele Aufweichungsanzeichen in den USA — bestrebt sein, das ihm zweifellos dringend erwünschte Ergebnis des amerikanischen Rückzuges auch *ohne* Hingabe der Sowjetzone an ein neues Deutschland zu erzielen: aber wird er nicht doch zur Zahlung bereit sein, wenn sich herausstellen sollte, daß die Verweigerung der Volksabstimmung die Amerikaner für ein weiteres Jahrzehnt oder gar noch länger in Europa festnageln würde?

Für den Publizisten ist es eine undankbare Aufgabe, Konferenz-Konstellationen vorherzudeuten. Einfacher allerdings ist die Bestimmung des deutschen Interesses — es liegt genau dort, wo sich ein gangbarer Weg zur Wiedervereinigung abzeichnet. Wir waren, sind und bleiben dabei der Ansicht, daß die Deutschen militärisch und

geistig stark genug werden und sein könnten, um auch ohne amerikanische Truppenstationierungen die Unabhängigkeit von Moskau zu bewahren. Sowohl die Wiedervereinigung wie ein korrekter Friedensvertrag sind Grundlagen, auf denen sich sehr wohl Stabilität entwikkeln läßt.

Es mag aus der Nachkriegssituation verständlich gewesen sein, daß die westdeutsche Politik für eine Weile sich lediglich des amerikanischen Schutzschildes zu versichern und sich darunter einzurichten trachtete — aber im großen Gang der Völkergeschichte bleiben solche Verhältnisse unvermeidlich Übergangsepisoden. Auch auf den, der die bisherige Lage bequem empfunden hat und gerne daran festhalten möchte, kommt das Neue zu; wir müssen die Augen offenhalten und auf jeden Wink des Schicksals achten. Das Wagnis bleibt niemandem erspart.

Gerade in den Tagen, in denen diese Zeilen niedergeschrieben wurden, berichtete Bundespräsident Lübke in öffentlicher Rede von einem politischen Gespräch, das er geführt habe:

> „Kürzlich sagte die Gattin des peruanischen Staatspräsidenten zu mir: ‚Bei allen unseren Besichtigungen fällt uns auf, wie reich Deutschland wieder ist, so kurz nach dem verlorenen Krieg. Es muß doch eine große Genugtuung sein zu wissen, daß der größte Teil der deutschen Bevölkerung in gesicherter Wohlfahrt leben kann'. Ich antwortete ihr, ich sei voll überzeugt, daß unser ganzes Volk keinen Augenblick zögern würde, alles das, was Reichtum, Wohlfahrt und Sicherheit bedeutet, aufzugeben und von vorn wieder anzufangen, wenn damit Deutschlands Einheit und Frieden wiederhergestellt werden könnte." (Zitiert nach FAZ, 9. März 1960).

*

Die Anmerkungen zu dem durch den Herter-Plan weltpolitisch aktuell gewordenen Thema: „Wiedervereinigung durch Volksabstimmung" können nicht abgeschlossen werden ohne Hinweis auf einige engere, innenpolitische Gesichtspunkte, die immerhin in manchen Bonner Kreisen eine gewisse Rolle zu spielen scheinen.

Gesetzt den Fall: eine neutral überwachte, unanfechtbar durchgeführte Volksabstimmung habe der Bundesrepublik den Auftrag er-

teilt, in Zukunft für ganz Deutschland zu handeln. Dann wäre zunächst die Wahl einer verfassunggebenden und zur Ratifizierung eines gesamtdeutschen Friedensvertrages bevollmächtigten Nationalversammlung durchzuführen. Sicherlich würden dabei manche in Westdeutschland heute geltenden Parteibeschränkungen nicht aufrecht erhalten werden, vermutlich müßte nicht nur die SED, sondern auch die KPD zur Wahlbeteiligung zugelassen sein; es bedarf jedoch keiner großen Prophetengabe, um vorherzusehen, daß die beiden westdeutschen Großparteien im Wahlkampf und Wahlergebnis weit voraus an der Spitze marschieren werden, um so mehr als natürlich das Grundrezept ‚Der Feind steht rechts‘ verstärkt in Kraft bleiben wird.

Man braucht sich nur der Stimmverhältnisse etwa in der Weimarer Zeit zu erinnern, um zu wissen, daß allein schon die stimmstarken Länder Sachsen und Thüringen der SPD mehr Zuwachs versprechen als der CDU. Auch in den anderen — nicht nur konfessionell „protestantischen“ — Gebieten der heutigen Sowjetzone wird es sich wohl ähnlich verhalten: die SPD wird einer gesamtdeutschen Nationalversammlung mit beträchtlich mehr Erwartungen entgegenblicken dürfen als einer westdeutschen Bundestagswahl. Wer ganz nüchtern urteilt, wird sogar einer unter vernünftiger Leitung stehenden SPD die dann auftretenden mannigfaltigen innenpolitischen Aufgaben in der bisherigen Sowjetzone lieber übertragen sehen als allzu forschen Managertypen der anderen zugelassenen Parteien.

Uns freilich, die wir die Zeitschrift NATION EUROPA mit ihrem unerschrockenen nationalen Realismus als unser Forum schätzen, bietet die Aussicht auf eine Kanzlerschaft des Herrn Willy Brandt wenig Verlockendes. Die Westberliner Verhältnisse — das ganze öffentliche Leben trieft dort von einem krampfhaften „Antifaschismus“ — sind gewiß kein ermutigendes Beispiel für das, was einem wiedervereinigten deutschen Staatswesen an Experimenten und vielen anständigen Deutschen an neuer Verfolgung bevorstehen mag.

Aber hat man uns nicht einst gelehrt: „Dein Volk ist alles“! — Ich glaube auch heute, gerade heute: In großen Schicksalsfragen müssen wir alle persönlichen Sorgen und Wünsche weit zurückstellen.

Wenn die gesamtdeutsche Volksabstimmung in ihrer Konsequenz die stärkste Chance denen einräumt, die wir als haßblinde innenpo-

litische Gegner kennen — das sind kleine Angelegenheiten des Tages, die unser Denken und Wollen nicht beeinflussen dürfen.

Deutsche Wiedervereinigung ohne Krieg — dies Ziel ist jede Bemühung und auch jedes Opfer wert!

NACHSCHRIFT

Der vorstehende Artikel war längst geschrieben und bereits abgesetzt, als Bundeskanzler Adenauer während seiner Amerikareise — offenbar als Gegenmanöver zur viel weitergehenden Herter-Forderung — eine eilige Volksabstimmung nur der Westberliner Bevölkerung vorschlug. Noch *vor* der Gipfelkonferenz sollten — so meinte er — die Westberliner sich darüber aussprechen, ob sie den Abzug der alliierten Truppen aus Berlin oder den „status quo“ wünschten. Das ist zweifellos eine Frage von zweitrangiger Bedeutung gegenüber den wirklichen Forderungen der Stunde. Es ist leider bekannt, daß der westdeutsche Regierungschef kein Freund von echten Volksentscheiden über klare Grundsatzfragen ist: Im Jahre 1955 waren durch hingezogene Verhandlungen über die Zugehörigkeit des Saargebietes die Verhältnisse so verwirrt worden, daß die Saardeutschen in einem höchst unklar formulierten Plebiszit mit „Nein“ stimmen mußten, um ihr „Ja“ zu Deutschland sagen zu können. Angesichts der neuerlichen Bonner Winkelzüge ist die Erinnerung am Platz, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik sowohl das Parlament wie die Regierung zu einer aktiven Wiedervereinigungspolitik *verpflichtet.*

De Gaulle, die Deutschlandfrage und das Problem der Dritten Macht

(NE, März 1963)

Bekanntlich hatte der Staatsumsturz, der das Ende der Vierten französischen Republik und die Machtergreifung General de Gaulles bewirkte, seinen Ausgangspunkt in Algier. Es schien damals selbstverständlich, daß das neue Oberhaupt Frankreichs zunächst *eine* Aufgabe zu bewältigen hatte: die französische Stellung in Nordafrika zu retten.

Wahrscheinlich hat aber General de Gaulle sich selbst von Anfang an einen ganz anderen Auftrag erteilt: Er betrachtete Algier als einen Nebenschauplatz, der allzu viele Mittel und Kräfte verbrauchte und deshalb aus der politischen Rechnung zu streichen sei, zugunsten einer Neubegründung des französischen Einflusses in Europa.

Daß zwischen Nordafrika und Frankreichs europäischer Politik ein ernstlicher Zusammenhang besteht, das hatte schon Bismarck ins Auge gefaßt. Er befürwortete mit Nachdruck die nordafrikanische Ausbreitung Frankreichs. Je erfolgreicher sich unser Nachbar in südlicher Richtung betätigte, um so geringer werde sein Ehrgeiz im mitteleuropäischen Raum sein — das war die Ansicht des großen Kanzlers.

Wer diesen Hintergrund berücksichtigt, war und ist nicht überrascht, daß General de Gaulle nach seinem Rückzug aus Algier in immer auffälligerer Weise „europäisch" auftritt. Man kann darüber streiten, was in diesem Wechselspiel zutiefst als Ursache oder als Wirkung anzusprechen ist: Zeigt de Gaulle sich neuerdings so aktiv, weil er in Algier Schiffbruch erlitten hat, oder hat er die Algier-Angelegenheit planmäßig beiseite gesetzt, weil ihm die europäischen Fragen wirklich wichtiger erscheinen?

Wie auch immer man diese Fragen stellen und beantworten will, Tatsache ist jedenfalls, de Gaulle hat

1. durch sein Beharren auf eigener Atombombenproduktion die militärische Hegemonie der USA in Westeuropa demonstrativ angefochten;
2. durch seinen Freundschaftspakt mit Bonn die Interessen-Politik innerhalb europäischer Staaten unter Ausschaltung amerikanischer Einmischung wieder salonfähig gemacht;
3. durch sein Veto die derzeitige Aufnahme Großbritanniens in die EWG verhindert und damit einen französischen Entscheidungsanspruch in europäischen Fragen angemeldet.

Der letztgenannte Vorgang war in seiner dramatischen Zuspitzung in Brüssel der auffälligste Punkt. Die wirtschaftspolitischen Einwände gegen die Aufnahme Englands in den „Gemeinsamen Markt" waren gewiß nicht ganz belanglos, aber es war offenkundig, daß sie nur den Vorwand boten für eine Demonstration des politischen Einflusses Frankreichs in Westeuropa. Ziemlich unverblümt wurde in Paris das Argument geäußert, daß vor allem Englands Eigenschaft als „Satellit Amerikas" der Grund für de Gaulles Weigerung sei, das britische Eindringen in die EWG zu dulden.

Ob die Dinge wirklich so einfach gelagert sind, wie es sich aus solchen Stimmen schließen läßt, ist nicht die Schlüsselfrage: Zweifellos würde der französische Entschluß in der EWG ganz beträchtlich vermindert sein, wenn England in ihr mitzubestimmen hätte. De Gaulle aber ist entschlossen, die Position Frankreichs wieder zu kräftigen, keinesfalls sie weiter zu reduzieren. Er geht dabei von schlichten, aber bewährten Maximen aus.

Seit dem Brüsseler Krach ist man in London eifrig am Werk, de Gaulle weitreichende europäische Hegemonie-Absichten zuzuschreiben. So halten sich auf dem internationalen Nachrichtenmarkt hartnäckig Gerüchte, die von einer de Gaulle-Initiative in der Berlinfrage, ja von einer de Gaulle-Reise nach Moskau wissen wollen.

In der Tat wäre es nach der Demonstration französischen Einflusses in europäischen Fragen für den General ein logischer Schritt, nun in Moskau als ein Verhandlungspartner aufzutreten, der — gestützt auf das Bündnis mit der westdeutschen Bundesregierung — die

mitteleuropäischen Angelegenheiten zu vertreten in der Lage sei: Warum sollte ein Mann und eine Macht, die England von den Toren des europäischen Marktes zurückwiesen, nicht mit der Sowjetunion über die deutsche Frage verhandeln können?

Es gibt manche Anzeichen dafür, daß solche Gedankengänge hinter der hohen Stirn des Generals de Gaulle eine Heimstätte gefunden haben, und ich hätte — wäre ich Bundestagsabgeordneter — dem Bundeskanzler Adenauer in der kürzlichen Debatte die Frage gestellt, ob und — wenn ja — welche Gespräche er in Paris mit dem französischen Staatsoberhaupt über Berlin, das Ulbricht-Regime und die Oder-Neiße-Linie geführt habe.

Hinsichtlich der Deutschlandfrage gehört de Gaulle zweifellos dem geistigen Bezirk der Richelieu und Clemenceau an. Ernsthafte Leistungen in Richtung der deutschen Wiedervereinigung sind von ihm nicht zu erwarten; darin unterscheidet er sich nur wenig vom amerikanischen Präsidenten Kennedy und dessen düsterer Beratergruppe. Um so nötiger erscheint es in der derzeitigen Periode der absoluten Geheimdiplomatie und der hektischen Kulissenbetriebsamkeit, daß wenigstens in den uns Deutschen wichtigen Fragen öffentlich klargestellt wird, welchen präzisen Inhalt die darüber zwischen Paris und Bonn gepflogenen „Konsultationen" gehabt haben und weiterhin haben werden.

*

Es gibt bereits einige Gespensterseher, die in General de Gaulle eine Reinkarnation Napoleons zu erkennen glauben und ernstlich eine französische Diktatur in Westeuropa heraufziehen sehen. Zur persönlichen Seite dieser Deutung ist zunächst einmal zu sagen, daß der große Korse ganz gewiß Algier weder verloren noch aufgegeben hätte. Überdies ist Frankreichs heutige geistige und politische Situation auch nicht andeutungsweise mit jener dynamischen Kraft zu vergleichen, die einst Napoleons Siegeszüge ermöglichte. Frankreichs militärischer Nimbus ist seither mehrfach, zuletzt im Frühjahr 1940, geradezu dramatisch zerbrochen, er kann — bei aller Überzeugungskraft französischen Stolzes — keinen echten Schrecken mehr verbreiten.

Zur Stabilisierung einer Hegemonie hat die französische Kraft

überdies schon zu Napoleons Zeiten nicht ausgereicht — heute ist nicht einmal der romanische Bereich des Kontinents bereit, sich der Pariser Leitung zu unterstellen. Frankreich ist ein wichtiger Faktor für eine europäische Allianz — nicht weniger und nicht mehr.

Das Brüsseler Schaustück war ein diplomatischer, kein machtmäßiger Gewaltakt — hätte etwa Adenauer dem französischen Veto gegen den britischen Beitritt zur EWG entschlossen die Gefolgschaft versagt, so wäre de Gaulle zum Rückzug gezwungen gewesen. Die Bundesrepublik ist gewiß noch ein sehr schwacher Staat, aber vor Paris braucht man in Bonn wirklich nicht zu schlottern.

Wir Deutschen können die Frage, ob de Gaulle in einigen Ansätzen seiner europäischen Politik nicht doch vielleicht auf dem richtigen Wege ist, ohne Ängstlichkeit und in aller Ruhe prüfen.

Wenn der englische Außenminister Lord Home nach den Brüsseler Ereignissen im britischen Oberhaus an die Adresse de Gaulles verkündete, Großbritannien werde keinesfalls eine Politik unterstützen, die dem Ziele diene, Europa als „Dritte Macht" zu konstruieren, so wird sich angesichts dieser Deutung der Differenz die Sympathie des politischen Realisten dem Anliegen des französischen Oberhauptes zuwenden.

Natürlich können die durch zwei Weltkriege verworrenen europäischen Zustände so lange nicht normalisiert werden, als Europa das Experimentier- und mutmaßliche Schlachtfeld amerikanischer und sowjetischer Potentaten bleibt.

Aus der gegebenen Lage ergibt sich mit natürlicher Notwendigkeit der Zwang zu einer Allianz, deren überzeugende Aufgabe es ist, sowohl die Amerikaner als auch die Russen aus den Bereichen wieder zu verabschieden, in die sie durch die Zufälle der Jahre 1944 und 1945 vorgedrungen sind. Nur in der Wiederherstellung europäischer Normalzustände läßt sich ein Weltausgleich erhoffen. Die macht- und willensmäßige Neubelebung der europäischen Nationen und ihr von den gemeinsamen Interessen diktiertes Bündnis ist ein geradezu selbstverständliches politisches Ziel. Eine britische Regierung, die es ablehnt, dieses Ziel zu akzeptieren, hat in der Tat mit unseren Zukunftshoffnungen wenig gemein, wogegen ein französischer Staatschef, der solche Ansichten verficht, in diesem Punkte unserer Sympathie gewiß sein darf.

Der kritische Punkt zeigt sich freilich in der Frage, wie die „Dritte Macht“ verwirklicht werden kann. Es ist zu fürchten, daß die „Achse Paris–Bonn“ ein bedenklich bescheidenes Gebilde ist, jedenfalls solange Bonn aus Angst vor der eigenen Courage einer großzügigen Wehrpolitik aus dem Wege geht; dies freilich ist ein Thema für sich, das in anderem Zusammenhang zu besprechen sein wird. Bei der Beurteilung der de Gaulleschen Politik, die darauf abzielt, auf den amerikanischen Schutzschild zu verzichten — ein im Kern gewiß zeitgemäßes Anliegen —, muß man nüchtern sagen, daß weder Frankreich noch die Bundesrepublik noch beide zusammen ihn heute schon ersetzen können.

Dadurch, daß England abgewiesen wird, weil es der Konzeption der „Dritten Macht“ nicht folgen will, ist die Lage nicht gebessert. Wann wird England in einer kraftvollen europäischen Allianz seine Interessen erkennen?

Das ist die Frage der Zukunft.

Die deutsche Frage

Das vorgezeichnete Ziel und der verwirrte Weg unserer nationalen Politik
(NE, Dezember 1963)

Ein ehemaliger amerikanischer General, der im Sommer 1963 zwei Monate lang Westeuropa bereist hatte, erklärte kürzlich in der Zeitschrift „Newsweek" (11. Nov. 63) mit entwaffnender Offenheit, seine Reiseeindrücke hätten ihn davon überzeugt, „daß in mehreren Ländern das Mißtrauen gegen das wiederbewaffnete Westdeutschland größer sei als die Besorgnis hinsichtlich der Sowjetunion". Auch auf die derzeit viel erörterte „multilaterale Atomstreitmacht", die bekanntlich nach einem Vorschlag des Bundesverteidigungsministers von Hassel auf Überwasserschiffen eingerichtet werden soll, seien überhaupt nur die Deutschen erpicht, während alle anderen NATO-Partner dagegen Bedenken hätten, den Deutschen einen „Fuß in der Tür" der Atombewaffnung zu gestatten.

In der Tat hat sich die amerikanisch-europäische Diskussion der letzten Jahre wieder einmal auf die „deutsche Frage" zugespitzt. Insoweit es sich nur um die „multilaterale" Atomstreitmacht handelt, brauchen wir uns wohl keine grauen Haare wachsen zu lassen. Nicht nur die Militärs wissen, daß ein Atomkrieg zwischen zwei auch nur annähernd gleich starken Atommächten nie stattfinden wird. „Die Welt in einem Wutanfall in die Luft zu sprengen, hat nach Meinung der amerikanischen Strategen mit Kriegszielpolitik nichts mehr zu tun" — diese Erkenntnis hat ein so gut unterrichteter Mann wie der Militärkorrespondent der Londoner „Times" bereits vor geraumer Zeit gewonnen. Hätte er mit Sowjet-Generalen vertraulich sprechen können, so wäre ihm wohl kaum etwas anderes gesagt worden. Wie in den vergangenen Jahrtausenden der Weltgeschichte, so wird auch in Zukunft jeder Staatsmann und jeder General ein wünschenswertes Ziel erstreben und einen erfreulichen Sieg erhoffen, wenn er das Risiko eines militärischen Konflikts auf sich nimmt. Und was die Atomwaffe betrifft, so sind wir von den Historikern des Zweiten Welt-

krieges bereits dahin unterrichtet, daß auch der amerikanische Präsident Roosevelt — so kaltschnäuzig und hemmungslos er war — den Einsatz der in der Entwicklung begriffenen ersten Atombomben von vornherein nur gegen Japan — nicht gegen Deutschland — vorgesehen hatte: In Europa glaubte er die Möglichkeit einer Vergeltung in Rechnung stellen zu müssen; deshalb schied Deutschland als Experimentierfeld zur Erprobung der neuen Menschenvernichtungstechnik von vornherein aus den Plänen aus.

Unter solchem Blickwinkel muß man die heutige Tagesdiskussion um die „atomare Rüstung" beurteilen: Für eine zielbewußte Kampfführung operativ untauglich, stellt die Atomwaffe nichts anderes als ein Mittel des Terrors dar. Der offenkundige Streit um die Frage, ob und inwieweit die Bundesrepublik über Atomwaffen verfügen solle, ist weniger von militärischer als von politischer Bedeutung; sie lautet: Soll die Bundesrepublik einer Drohung ausgesetzt werden können und sich ihr vielleicht nur deshalb beugen müssen, weil sie als einziger europäischer Großstaat keinen „Finger am Abzug" hat? Die heftige Diskussion um die „gemeinsame Atomstreitmacht" ist ganz offenkundig eine Spiegelfechterei, in der nur wieder einmal — zum wievielten Male seit 1945? — verdeutlicht werden soll, daß von ernstlicher Partnerschaft, also deutscher Beteiligung an den großen Entscheidungen, im Rahmen der NATO nicht die Rede ist. Über die Wahrnehmung unserer politischen Interessen und damit über das deutsche politische Schicksal wird keineswegs in Bonn, sondern immer noch anderswo disponiert.

Schon die bekannte Einstellung des französischen Staatspräsidenten de Gaulle, er werde seine französische Atomwaffe erst und nur dann einsetzen, wenn sowjetische Armeen den Rhein zu überschreiten versuchten, gibt Anlaß zur gedanklichen Überprüfung der heutigen deutschen Lage. Auch der inzwischen in Gang gekommene und auf die Dauer gar nicht aufzuhaltende Abzug der amerikanischen Streitkräfte verdeutlicht, daß das Interesse anderer Mächte am deutschen Raum niemals so profund und nachhaltig sein kann wie unser eigenes. Hier liegt auch das Geheimnis der langatmigen und kaum verständlichen Diskussion um die „Atomschiffe" und der Kommentare, die der erwähnte amerikanische General in den europäischen Hauptstädten — vor allem wohl in London — darüber zu hören bekam.

Bei nüchterner Prüfung des Sachverhaltes werden wir uns daran zu erinnern haben, daß sich die verantwortlichen Politiker — einschließlich des inzwischen abgetretenen Bundeskanzlers Adenauer — schon im Jahre 1949 darüber klar waren, zur Verteidigung der Bundesrepublik seien mindestens dreißig stehende Friedensdivisionen nötig. Bis heute — 14 Jahre später — haben wir erst zwölf davon aufgestellt. Den Ausgleich sollen — so beruhigt man sich — Atombomben schaffen. Über ihren Einsatz aber verfügt allein der amerikanische Präsident, und er macht bei jeder Gelegenheit deutlich, daß er auf dieses so wichtige Vorrecht keinesfalls verzichten wird. Eine etwa nach dem fünfzigsten oder hundertfünfzigsten sowjetisch-amerikanischen Autobahn-Zwischenfall nach Westen vordringende Sowjet-Armee braucht nicht zu befürchten, im Weißen Haus werde man New York oder Chicago aufs Spiel setzen, um Hannover oder das Ruhrgebiet vor östlichen Panzerspitzen zu bewahren! Nicht einmal zur Rettung von Paris würde ein amerikanischer Präsident sich auf das vielberufene „Atom-Duell" einlassen wollen; deshalb ist der General de Gaulle gewiß gut beraten, wenn er sich hinsichtlich der „Abschreckung" lieber auf sich selbst verläßt.

Die wiederholt an die Adresse der deutschen Bundeswehr gerichteten amerikanischen Aufforderungen, sich ernsthafter als bisher auf „konventionelle" Kampftechnik einzurichten, sollten unter diesen Gesichtspunkten begriffen werden: das beliebte Sandkastenspiel bundesdeutscher Generalstäbler, einen „Atomschlag" an dem Punkt einzuplanen, an dem die heutigen deutschen Streitkräfte offenkundig zu schwach sind, um einem ernsthaften Gegner wirksam Widerstand zu leisten, gehören dem Bereich wirklichkeitsfremder Selbsttäuschung an. Sie erinnern an die preußische Armeeführung vor Jena und Auerstädt und lassen vom Geiste Scharnhorsts keine Spur erkennen. Es gibt nur *eine* militärische Kraft, die ein weiteres Moskauer Vordringen nach dem europäischen Westen *tatsächlich aufhalten könnte:* Das sind die deutschen Divisionen, und es gibt angesichts der seit 1945 eingetretenen Lage keinen vertretbaren Grund dafür, daß sie heute noch materiell und moralisch so beträchtlich geringer entwikkelt sind, als sie es etwa 1939 gewesen waren — damals nur nach einem halben Jahr des Wiederaufbaues!

Diese tagespolitischen Verhältnisse haben einen weit zurückreichenden historischen Hintergrund; das Problem der deutschen Gegenwart und Zukunft läßt sich nur erfassen, wenn wir ihn in Betracht ziehen. Es ist nämlich nicht zuviel gesagt, wenn wir das Bestehen, ja das akute Wirken einer „deutschen Frage" zumindest bis ins 16. Jahrhundert zurückdatieren. Während vordem das Reich der Deutschen der geradezu selbstverständliche, ruhende Pol der nachrömischen Welt geworden war, hat sich mit dem Emporstieg jüngerer europäischer Nationen deren politisches Streben mehr und mehr dahin gerichtet, jene deutsche Mitte, wenn schon nicht auszulöschen — was schlechterdings nicht möglich war und ist —, so doch durch Bedrohung und Teilung unter Kontrolle zu nehmen.

Nicht jeder europäische Staatsmann der letztvergangenen Jahrhunderte hat so ungeniert davon gesprochen und so zielbewußt darauf hingearbeitet wie der französische Kardinal Richelieu; aber der Generalnenner der europäischen Politik seit den Zeiten des Dreißigjährigen Krieges bis zu den heutigen Erkundungsergebnissen reisender amerikanischer Generale war und ist doch das übereinstimmende Gefühl mehrerer großer Völker unseres Kontinents, daß ein geeintes Deutschland entweder verhindert oder bekämpft werden müsse.

Es ist hier nicht der Platz, diese Symptome historisch zu untersuchen oder moralisch zu bewerten, für unsere heutige Überlegung genügt die Feststellung, daß sie vorhanden sind und wirken — und daß dieser Sachverhalt jeder nationalen deutschen Politik seit den Tagen des Friedens von Münster bis zur brennenden Gegenwart zwangsläufig immer wieder das gleiche Ziel vorzeichnet: die Erhaltung oder Wiedergewinnung der staatspolitischen Einheit für die unbeirrbar und unverändert bestehende Lebenseinheit des deutschen Volkes.

Wir wollten und wollen dabei nichts, was nicht die alten und neuen Gegner unseres Anspruchs — die Engländer, die Franzosen, die Russen, neuerdings auch die Amerikaner — seit Völkergedenken stets unbestritten gehabt und gelebt haben, den Staat ihres ganzen Volkes, frei von erzwungener Abtrennung oder Einengung, frei von fremder Herrschaft.

Seit 1648 zeigt sich die deutsche Frage drastisch sichtbar auf der Landkarte; 1815 und 1848 blieb sie trotz gebotener Möglichkeiten

ungelöst; 1871 wurde sie von Bismarck „kleindeutsch" beantwortet — vier Jahrzehnte später brach der Erste Weltkrieg aus; 1938 folgte Hitlers großdeutsche Episode — schon 1939 bis 1945 wurde ihr durch einen neuerlichen Weltkampf ein Ende gesetzt. Heute steht sie wieder so brennend wie einst und je auf der Tagesordnung der Weltpolitik.

Noch eine historische Erinnerung: Als der Traum vom alten Deutschen Reich in den Flammen des Dreißigjährigen Krieges untergegangen war, vermochten die Türken sich des Donauraums zu bemächtigen, ja bis Wien vorzudringen und die alte Reichshauptstadt mit ihren Truppen einzuschließen. Heute belagern die Sowjets das im 19. Jahrhundert zur neuen deutschen Hauptstadt aufgestiegene Berlin; dessen Befreiung wird wie damals durch Schwäche und Willenlosigkeit verzögert, ja in Frage gestellt. Solchen Reminiszenzen kommt auch in weiterem Ausblick einige Gegenwartsbedeutung zu: Die Schwäche des Reiches nach 1643 bedeutete für ganz Südosteuropa Unterwerfung unter die Türken; die deutsche Katastrophe von 1945 führte zur russischen Vormachtstellung in diesem gleichen Raum, der des deutschen Schutzes offenbar nicht entraten kann. Das ist ein Zusammenhang, den wir als die osteuropäische Komponente der deutschen Frage nie aus dem Auge verlieren sollten. Auch die staatliche Befriedung und gesicherte Freiheit der zahlreichen kleineren Völker unseres Kontinents ist ein für die deutsche Politik durch die geographische Lage und eine lange gemeinsame Geschichte unausweichlich vorgezeichnetes Anliegen.

*

Die Einsicht in solche Verhältnisse und Zusammenhänge führt unvermeidlich zu einer sehr nüchternen Deutung der Ereignisse des 20. Jahrhunderts. Zwei Weltkriege wurden gegen Deutschland geführt. Sie konnten nicht mit einem wirklichen Frieden enden, weil ja Niederwerfung und nicht Ordnung beabsichtigt war. So hat denn auch Potsdam nicht nur uns, sondern fast allen europäischen Völkern eine unheilvolle Last aufgebürdet und eine nicht geringere Revisionsaufgabe gestellt, als sie einst nach Versailles gegeben war. Die Hürden sind höher, die Gefahren drohender, die Widerstände rabiater geworden; dennoch wird jede, ich betone: *jede* deutsche Regierung durch

den Zwang der Verhältnisse und die Logik der Entwicklung immer wieder auf die uns 1945 erneut auferlegte Aufgabe der unvermeidlichen Änderung des „status quo“ in Mitteleuropa hingewiesen.

Heute freilich überwiegt immer noch der Eindruck, daß die Verantwortlichen nur Getriebene des Augenblicks sind und vor dem Problem erschrocken zurückweichen, in welcher Form immer es sich zeigt. Es ist ja in der Tat so viel bequemer, die Augen zu schließen und zu glauben, die deutsche Einheit werde uns irgendwann einmal ausgerechnet von *jenen* Mächten zum Geschenk gemacht, die zwei Weltkriege geführt haben, um sie zu zerschlagen. Oder zu erwarten, die Amerikaner würden sich eines Tages aufmachen, um die Sowjets aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn und Rumänien zu vertreiben ...

Nichts dergleichen wird geschehen. Aber es ist so gewiß wie das Amen in der Kirche, daß die Sowjet-Herrschaft über fremde Völker nicht dauerhafter sein wird als die des Sultans, die Napoleons oder die der britischen „Empire-builder“ es gewesen ist oder die der amerikanischen Neo-Kolonialisten sich überall in der Welt heute schon erweist. Und als Zweites ist gewiß, daß es in der vielleicht noch fernen Stunde des großen Aufatmens von uns Deutschen — und zwar aller Voraussicht nach von uns ganz allein! — abhängen wird, wie unsere und fast aller europäischen Völker Zukunft für eine lange Periode des verständigen Ausgleichs, des wirklichen Friedens sich darstellt.

Niemand kann vorhersehen, wann, wie und in welchem Punkt der russische Koloß einmal seine politische Zielsetzung ändern wird oder zu wanken beginnt; sicher ist nur, daß die europäische Dauerordnung, die keiner der beiden Weltkriege schaffen konnte, ein sowjetisches Nachgeben voraussetzt. Es könnte durch Moskauer Einsicht bewirkt werden, aber die Hoffnung ist gering. Wann in der Weltpolitik ist je ein solches Wunder geschehen? Im Weißen Haus wird man — soviel läßt sich aus dem Erlebnis insbesondere der Jahre 1953 und 1956 ableiten — sogar offenkundige Möglichkeiten einer europäischen Revision mit nur geringem Interesse wahrnehmen. Hier und anderswo wird man womöglich — wie schon so oft und bereits heute wieder — die imaginäre „deutsche Gefahr“ höher einschätzen als die sehr reale Sowjet-Drohung.

Insgesamt herrscht im „westlichen Lager" ein Verwirrungszustand, in dem man wohl noch lange die ordnende Hand eines Staatsmannes vermissen wird. Eine souveräne Lösung, die auf lange Sicht abzielen und sich um die Grundformeln „Revision ohne Revanche" und „biopolitische Dauerordnung" gruppieren müßte, zeichnet sich noch nicht einmal am Horizont ab.

Wir Deutschen als die unmittelbar betroffenen Zeugen und Opfer des Geschehens können heute offenkundig nur eines tun. Das aber sollte mit klarem Bewußtsein geschehen: Trotz der Verdunklungen der Zeit müssen wir die unveränderliche Zielsetzung deutlich ins Auge fassen, alles unterlassen, was uns von ihr noch weiter entfernen würde, alles tun, was einmal nützen kann, sie durchzusetzen. Mag es als die historische Erfahrung der letzten hundert Jahre gelten, daß einer Lösung der deutschen Frage zu viele Widersacher entgegentreten, um sie unter allen Umständen erzwingen zu können. Sollte aber nicht auch uns vielleicht einmal eine Sternstunde schlagen? Es würde der durch tausend Prüfungen gehärteten deutschen Nation gut anstehen, mit ruhiger Gewißheit auf eine solche Stunde zu warten, sich kühl rechnend auf sie vorzubereiten und sie entschlossen zu nutzen, wenn sie schlägt.

Europa unter Kreml-Kontrolle

Geschrieben am 15. 8. 1970 (DWZ)

Die Bonner Regierungspropaganda schlug hohe Wellen, um die deutschen Gehirne zu überfluten — aber es gab Zwischenfälle, die das Einsetzen der kritischen Ebbe beschleunigt haben.

Da wurden dem deutschen Fernsehpublikum sowjetische Militärmusiker präsentiert, die zu Ehren der nach Moskau geeilten deutschen Gäste ausgerechnet das Deutschland-Lied intonierten. Die Tellermützigen hatten vom Text des Liedes keine Ahnung, wir aber kennen ihn recht gut: „Von der Maas bis an die Memel ...“ Der so geehrte Bundeskanzler Brandt erinnerte sich ebenfalls daran und blickte betroffen drein. Auf dem Rückflug nach Bonn wurde er erneut schweigsam: der Flugkapitän der Lufthansa-Maschine verstand es, durch schlichte Positionsmeldungen sinnfällig zu demonstrieren, was wenige Stunden vorher mit Pomp unterschrieben worden war. „Hirschberg“ — „Görlitz“ — „die Neiße“: wie Peitschenhiebe fielen die Durchsagen im Lautsprecher der Kanzlermaschine auf die Kapitulanten, die in ihren Sesseln zusammenzuckten.

Mittlerweile liegen nun die Texte auf dem Tisch und können miteinander verglichen werden: was Gromyko forderte, was Bahr niederschrieb, was Scheel zugestand und Brandt unterzeichnete. Die Voraussage der DWZ hat sich bestätigt; unsere Leser können selbst nachprüfen, ob wir recht haben, die Texte unter der Überschrift „Das Worte-Spiel der Unterwerfung“ zusammenzufassen (vergl. Seite 3). Bereits von Gromyko wurden die sowjetischen Kernforderungen formuliert, auf die es politisch ankommt. In den wirklich schicksalsträchtigen Sätzen ist der Scheel-Text mit dem Bahr-Papier bis zur Interpunktion buchstabengetreu identisch. Hier wie dort heißt es in Artikel 3, die Sowjetunion und die Bundesrepublik stimmten in der „Erkenntnis“ überein,

„daß der Friede in *Europa* nur erhalten werden kann, wenn *niemand* die gegenwärtigen Grenzen antastet. Sie verpflichten sich, die territoriale Integrität *aller* Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen *uneingeschränkt* zu achten usw."

Im weiteren Text des unverändert von Bahr übernommenen Artikels wird nicht nur von den Grenzen der „Republik Polen" und der „Deutschen Demokratischen Republik", sondern erneut von den „Grenzen aller Staaten in Europa" gesprochen, „wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen".

Diese Formulierungen machen es für jeden, der zu lesen und zu denken versteht, überdeutlich, daß hier ein ganz ungewöhnliches Papier vorliegt. Von nationaldeutschem Standpunkt aus läßt dieser „Vertrag" keinen Zweifel darüber, daß mit ihm künftige friedensvertragliche Regelungen vorweggenommen werden, daß die für uns bisher unverbindlichen Potsdamer Regelungen in verschärfter Form eine deutsche Bestätigung erhalten sollen, eine kaum getarnte völkerrechtliche Anerkennung der DDR ausgesprochen wird und daß es sich um eine massive Verletzung der Präambel des Bonner Grundgesetzes handelt.

Von noch weitergreifender, zukunftsgefährdender Bedeutung sind die von den Sowjets offenbar mit allem Nachdruck durchgesetzten Erklärungen über „Europa", ja über „alle Staaten in Europa". Falls der Außenminister Scheel in rheinischer Unbedarftheit es nicht bemerkt haben sollte, so wußten jedenfalls seine Mitarbeiter, worauf diese in Verträgen zwischen *zwei* Staaten ganz ungehörigen Ausdrücke in Wirklichkeit zielen.

Vor zwei Jahren hat der sowjetische KP-Chef Breschnew den russischen Einmarsch in die Tschechoslowakei mit seiner „Doktrin" begründet, die Moskauer Staatsmacht sei berechtigt und berufen, alle Staaten des „sozialistischen" Lagers politisch zu kontrollieren und sie im Bedarfsfalle militärisch zurechtzuweisen.

Die jetzt von den Brandt-Scheel akzeptierten Texte bedeuten nicht nur eine stillschweigende Anerkennung *dieser* Breschnew-Forderung — nun meldet die Sowjetregierung in einem von Bonn unterzeichneten Papier ein politisches Aufsichtsrecht an, das über den bisherigen „Eisernen Vorhang" weit hinausgreift und *ganz* Europa er-

faßt. Was hier als „Frieden" zu gelten habe, wird — anders können die bis zum Atlantik ausgreifenden, andere Weltgegenden jedoch ausschließenden geographischen Formulierungen des Artikels 3 gar nicht begriffen werden — in *Moskau* beurteilt. Dieses Verlangen ist ebenso frivol wie hinsichtlich der denkbaren Auswirkungen unübersehbar. Bekanntlich gibt es für eine „Supermacht" eine ganze Skala von Drohungen. Nur die Drohung „mit Gewalt" soll ausgeschlossen sein — aber kann die schwache Bundesrepublik jemals übersehen, daß hinter jedem Wort der Sowjetunion auch deren militärische Macht steht?

Wenn es bei *diesem* Vertrag bliebe, könnten die Sowjets die Bundesregierung sogar dann auf ihr Kommando verpflichten und zu ihrem Erfüllungsgehilfen erniedrigen, wenn etwa die Südtiroler ihren Anschluß an Österreich mit deutscher diplomatischer Hilfe durchzusetzen versuchten. Dieses schlichte Beispiel erhellt, worum es in Wirklichkeit geht!

In der europäischen Geschichte gab es bisher nur einmal einen ähnlichen Anspruch, wie ihn heute Breschnew für sich reklamiert: das war die Vorstellung des Habsburger Staatskanzlers Metternich von der „Unantastbarkeit" all der großen und kleinen Staatskonstruktionen, die auf dem Wiener Kongreß 1814—15 ausgehandelt worden waren. Sie wurden bekanntlich gegen vielerlei Volksproteste von der „Heiligen Allianz" — mehrmals auch mit militärischen Aktionen — jahrzehntelang aufrechterhalten, bis man sie schließlich doch hinwegfegte.

Im Metternich-Stil in Europa unter Kreml-Kontrolle: das ist das jetzt unverhüllt in Vertragstexten proklamierte Ziel der Breschnew-Vorwärtsstrategie. Kein Wunder, daß man den Bundeskanzler Brandt, der solches zu unterzeichnen kam, in Moskau mit Tschinderadada empfangen und an üppiger Zarentafel mit Schnaps und Kaviar traktiert hat.

Die historische Erinnerung bietet freilich auch die Lehre, daß ein solcher machtpolitischer Koloß, wie ihn die Kreml-Herren im Sinne haben, auf tönernen Füßen steht. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, daß die Brandt-Scheel sich durch ihre eifernde Anbiederung den traurigen Ruhm erwerben, nicht nur das deutsche, sondern auch manches andere Volk unseres so vielgestaltigen Kontinents zu

verraten und die östlichen Machthaber in Abenteuer zu verlocken, die nur tragisch enden können.

Kein Wort gegen eine echte deutsch-sowjetische Verständigung; jeder Nachdenkliche muß sie wünschen.

Aber sie kann nicht im Zeichen einer „Doktrin" stehen, die ganz Europa der Moskowiter Vormundschaft unterwerfen will.

Über die Moskau-Frage muß unser Volk selbst entscheiden

Die Minderheitsregierung Brandt-Scheel hat dazu kein Mandat
Geschrieben am 22. Aug. 1970 (DWZ)

Die Weltaufmerksamkeit hat sich ebenso wie unsere eigene mit guten Gründen auf das Verhalten der derzeitigen deutschen Oppositionsparteien verlagert. Je deutlicher es überall begriffen wird, was in Moskau geschehen ist, um so schärfer und präziser tritt die Frage in den Vordergrund: wie kann das Inkrafttreten dieses in der bisherigen Weltgeschichte beispiellosen freiwilligen Verzichts- und Unterwerfungsvertrages unterbunden werden?

Unvermeidlich drängt sich die Erinnerung an den verhängnisvollen Bundestagswahlkampf 1969 auf, den die größte bundesdeutsche Partei — nachdem sie jahrelang mit Herrn Brandt am gleichen Regierungstisch gesessen und ihn zur Genüge kennengelernt hatte — mit blindwütendem Eifer in die falsche Richtung geführt und damit einen klassischen Pyrrhus-Sieg erfochten hat: die CDU-CSU blieb bekanntlich zwar die stärkste Partei der Bundesrepublik, die Wählerabsage an ihren bisherigen SPD-Koalitions-Außenminister war zweifelsfrei. Obwohl er bis dahin seine Moskauer Unterwerfungsleidenschaft noch nicht so unverblümt gezeigt hatte wie heute, sprachen sich immerhin fast 60 Prozent aller Wählerstimmen gegen ihn und seine Partei aus. Das verhinderte nicht, daß er seit Oktober 1969 die „Richtlinien der Politik" bestimmt und nun die Hoffnung nährt, mit einer Scheinmehrheit von einigen Mandaten der SPD-FDP-Koalition den Kreml-Pakt im Bundestag durchpeitschen zu können.

So soll als Ergebnis einer fragwürdigen „Fünf-Prozent-Klausel" eine gesamteuropäische Schicksalsfrage gegen Deutschland entschieden werden! Müssen wir *das* in Zukunft als „Demokratie" begreifen?

Im Artikel 20 des Bonner Grundgesetzes steht wie in jeder demokratischen Verfassung der selbstverständliche Satz: „Alle Staatsge-

walt geht vom Volke aus." Es handelt sich nicht nur um eine leere Formel, sondern um eine Feststellung von grundlegender Bedeutung. Das Grundgesetz sagt auch deutlich, daß das Volk seine Gewalt *ausübt* — und zwar „durch Wahlen und Abstimmungen". Zwar ist der direkte Volksentscheid — ein verfassungsrechtlicher Mangel, der behoben werden sollte — formell auf Angelegenheiten der Ländergliederung im Bundesgebiet begrenzt, aber der logische Schluß ist unausweichlich, daß noch bedeutendere Zukunftsregelungen nicht einfach gegen einen deutlich erkennbaren Willen der Volksmehrheit getroffen werden können. Die reinen Stimmzahlen des 28. September 1969 weisen die Regierung Brandt-Scheel als eine Minderheitsregierung aus, und es ist überdies zu sagen, daß auch die damaligen SPD- und FDP-Wähler sich nicht bewußt waren, welche Politik die Brandt und Scheel zu verfolgen beabsichtigten. Der deutsche Wähler hat dem nicht zugestimmt, was man heute in Bonn unternimmt. Die Brandt-Scheel haben *kein* Mandat, ein Ulbricht-Regime auf deutschem Boden zu billigen, Verzicht auf tausendjährige deutsche Siedlungsgebiete zu proklamieren, dem Sowjetregime eine gesamteuropäische Funktion einzuräumen und den bisherigen westlichen Schutzmächten vorzutäuschen, daß unsere Sicherheit nun nicht mehr bedroht sei.

Keiner dieser Sätze könnte von irgendeiner Bundesregierung verbindlich im deutschen Namen ausgesagt werden, solange sie nicht *dazu* vom Volk, das allein die politische „Gewalt" in der Bundesrepublik verkörpert, bevollmächtigt wird.

Wir kennen zur Genüge die eiligen und eifrigen „Meinungsbefrager", deren sich die Parteien so gerne bedienen, um sich und andere zu täuschen. Ihr Nimbus hat sich längst verflüchtigt — nach den letzten britischen Unterhauswahlen bezeichnete ein witziger Engländer sie als „Astrologen ohne Sterne".

Es gibt nur *eine* zuverlässige „Umfrage": das ist der gesetzlich geordnete und abgesicherte Wahlvorgang. Und auch dieser wird erst zum *Meinungs*entscheid, wenn ihm eine ernsthafte *politische* Auseinandersetzung, nicht nur ein oberflächlicher Austausch von Schlagworten und eine Mannsbilder-Schönheitskonkurrenz vorausgeht — volksverdummende Manöver, mit denen in den vergangenen zwei Jahrzehnten die meisten Bundestagswahlen bestritten und verzerrt wurden.

Heute ist nun die Stunde gekommen, in der sich die deutsche Demokratie ernstlich bewähren muß: das Moskauer Kapitulationspapier kann von *diesem* Bundestag, dessen Zusammensetzung schon vom ersten Tag an den Volkswillen nicht exakt repräsentierte (ausweislich des amtlichen Zählergebnisses blieben nicht weniger als 1,8 Millionen Wählerstimmen unberücksichtigt), keinesfalls zukunftsverbindlich ratifiziert werden.

*Schicksals*fragen sind aufgeworfen, über die unser Volk *selbst* entscheiden muß. Das kann nach Lage der Dinge nur im Wege einer Bundestagsneuwahl geschehen, in der in unzweideutiger Form der Moskauer Vertrag dem mündigen Volk vorgelegt wird. Die Regierungsparteien haben ihre Unterschrift zu begründen, die Oppositionsparteien die Argumente für ihr „Nein" darzulegen. So und nicht anders hat es zu geschehen, wenn und solange die politische Gewalt beim Volke liegen soll.

Und *so, nur* so kann die nationale und internationale Vertrauenskrise gemeistert werden, in die sich die Brandt—Scheel durch ihr eifervolles Abgleiten auf die „Rutschbahn des Verzichts" heute verstrickt haben.

Friedensordnung oder Siegerordnung?

Geschrieben am 29. Sept. 1971 (DWZ)

In einem Interview hat Bundeskanzler Brandt ein großes Wort gelassen ausgesprochen. Nachdem er sich gegen die de-Gaulle-Vorstellung eines „Gesamteuropa vom Atlantik bis zum Ural" erklärt hatte, weil „diese Formel überhaupt nichts hilft", ließ er sich wie folgt vernehmen: „Da müßte man eher anknüpfen an die ‚europäische Friedensordnung', von der Kiesinger und ich während der großen Koalition gesprochen hatten. Vielleicht hat es uns noch an der gedanklichen Schärfe gefehlt, um diesen Begriff wirklich auszufüllen."

Es wäre nicht schwierig, an diesen Brandt-Ausspruch eine ganze Skala ironischer Bemerkungen anzuknüpfen, aber das Stichwort ist zu gewichtig und auch zu inhaltsreich, um nur mit leichter Hand gewogen zu werden.

Eine „europäische Friedensordnung": Schon als der einstige Bundeskanzler Kiesinger dieses Wort formulierte, wurde wohl jedem Aufhorchenden klar, daß hier eigentlich das Anliegen jeder deutschen Politik bezeichnet wird. Leider ist offenkundig, daß schon die Regierung der „großen Koalition" sich noch viel weniger als die derzeitige Bundesregierung eine klare Vorstellung von solcher Zielsetzung beschafft hat. Zu Brandts Erklärung, er beabsichtige, diesen Begriff mit „gedanklicher Schärfe auszufüllen", läßt sich nur sagen: „sein Wort in Gottes Ohr!"

Mit dem Programm einer „europäischen Friedensordnung" hat bekanntlich bereits vor einem halben Jahrhundert der amerikanische Präsident Wilson den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg begründet. Seinem Denkansatz mangelte es keineswegs an Klarheit und Überzeugungskraft: Gemäß dem danach verbindlichen Selbstbestimmungsrecht der Völker sollten die europäischen Verhältnisse gründlich umgeordnet werden. Aus diesem Programm wäre

gewiß ein neues Europa entstanden, würde sich nicht bald herausgestellt haben, daß es als Propaganda-Manöver in die Welt gesetzt wurde und daß man es nur noch als einen Fetzen Papier behandelte, als Deutschland niedergekämpft war. Wilsons Parolen galten nur so lange, als es darum ging, Österreich-Ungarn zu zerschlagen und das Bismarck-Reich zu amputieren. Wäre in Versailles und Saint Germain die Selbstbestimmung auch den Deutschen zugebilligt worden, dann wäre die Weimarer Republik das Großdeutsche Reich gewesen — und dann wäre sie gewiß nicht gescheitert.

Daß dann ein Vierteljahrhundert später in Jalta und Potsdam alles andere als eine „Friedensordnung" beschlossen wurde, dessen waren sich die Teilnehmer an diesen Gespenster-Konferenzen von vornherein bewußt. Wir kennen die düsteren Debatten im Wortlaut: hier war nur noch von Beute und Beuteverteilung die Rede. Man verzichtete sogar auf die meisten der wohlklingenden Phrasen, die 1919 die Szene beherrscht hatten. Sogar in die Charta ihrer angeblichen „Weltfriedens-Organisation" (deren Gründungsmitglieder sich zunächst zur Kriegserklärung an Deutschland verpflichten mußten!) wurde ein Programm der Niederhaltung Deutschlands und ein Eingriffsrecht der Siegermächte hineinmanipuliert; es ist heute — nach einem Vierteljahrhundert — immer noch nicht aus den Statuten gestrichen.

Es bedarf nicht des Abstands künftiger Historiker, um zu wissen, daß sowohl in Versailles wie in Jalta und in Potsdam nicht staatsmännische Weisheit, sondern krankhafte Verwirrung am Werke waren und unheilschwangere Relikte zurückgeblieben sind.

Friedensordnung fordert unvermeidlich einen neuen Anfang, d. h. eine vernünftige Umgestaltung der europäischen Verhältnisse zumindest überall dort, wo sie derzeitig offenkundig dem Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprechen. Wenn aus der heutigen Teilung Deutschlands und Europas eine neue Zusammengehörigkeit entstehen soll, dann dürfen die beiden verhängnisvollen Weltkriege nicht noch in das nächste Jahrhundert hineinprojiziert, sondern sie müssen nicht nur politisch bewältigt, sondern auch geistig überwunden werden.

Europäische Friedensordnung — das bedeutet nicht nur Kehrtwendung der deutschen Politik von der Unterwerfung zur Revision,

sondern auch Kehrtwendung der Sieger von einst, ihre Abkehr von der Hybris des Antigermanismus, ihre Einsicht in die schlichte Wahrheit: es gibt kein Europa ohne die Deutschen, ohne *alle* Deutschen.

Im Munde des Bundeskanzlers Brandt hört sich das Wort von der „Friedensordnung" wie eine herausfordernde Dreistigkeit an: Das genaue Gegenteil wird zum Gebot der derzeitigen bundesdeutschen „Ostpolitik": Wenn in Europa Frieden werden soll, dann darf der „status quo" von 1945 und 1919 nicht anerkannt, dann muß er beendet werden. Die Siegerordnung, die keine war und keine bleiben wird, muß fallen. Dann erst kann die Ordnung beginnen, die das Wort „Frieden" verdient.

Die „Rote Kapelle" am Rhein

Geschrieben am 6. Okt. 1971 (DWZ)

Als vor dreißig Jahren der deutsch-sowjetische Krieg begonnen hatte, wurden die deutschen Funkabhörstellen von der Tatsache überrascht, daß sich mit einem Schlage Dutzende von Kurzwellen-Sendern, von denen man bisher nie etwas gehört hatte, im Äther meldeten und Funksprüche von sich gaben. Man wußte nur, daß im Sprachgebrauch des sowjetischen Spionagedienstes Funkgeräte als „Spieluhren" und Funker als „Musiker" bezeichnet wurden. So gab man diesem ganzen, aus dem Nichts aufgetauchten geheimnisvollen Orchester den einprägsamen Namen: Die „Rote Kapelle".

Als man im Laufe der Zeit den Dingen auf die Spur kam — der wichtigste „Musiker" funkte allerdings aus der Schweiz —, ergab sich, daß die sowjetische Zentrale während des Krieges über nahezu jede wichtige Maßnahme der deutschen Kriegsführung in allen Einzelheiten laufend unterrichtet wurde.

Neuerdings hat der einstige deutsche Abwehrmann Gehlen Publizität gesucht und gefunden mit der Mär, der seinerzeitige Reichsleiter Bormann — als Nicht-Militär schon von der Person her für eine solche Rolle völlig ungeeignet — sei „Werther" (so der Deckname des wichtigsten Nachrichtenlieferanten aus dem deutschen Generalstab) gewesen. Diese Legende wird eines Tages platzen, wenn die schweizer Stellen, die das Geheimnis kennen, ihr bisheriges Schweigen brechen.

Das alles hat nicht nur historische Bedeutung: Gerade in den letzten Wochen wurde blitzartig beleuchtet, daß eine neue „Rote Kapelle" für ganz Westeuropa längst wieder organisiert ist — nicht nur größer und mit mehr Mitteln ausgestattet, sondern auch einflußreicher als jene des Jahres 1941. Damals standen immerhin die Kriegsgesetze drohend im Wege — heute wird diesseits des Eisernen Vorhangs der Landesverrat als eine Art Kavaliersdelikt begangen.

Mit dem höflichen Lächeln des Diplomaten, dem Habitus des Geschäftsmannes oder mit der Tarnbrille des „Intellektuellen" können

die Moskauer Agenten heute ziemlich ungeniert betreiben, was sie vor und nach 1941 nur in strengster Heimlichkeit wagen durften.

Man müßte nur den Scheinwerfer auf sie lenken und sich vor Selbsttäuschungen bewahren, dann ließe sich dieses dreist organisierte Agentennetz fassen und zerschlagen. Die britische Regierung hat sich kürzlich zu einem so kräftigen Zugriff entschlossen, daß die Londoner Sowjetbotschaft ein ganzes Schiff chartern mußte, um die aufgeflogene Mammut-Spionagegruppe nebst ihrem Troß von Angehörigen nach Leningrad in Sicherheit zu bringen. Wie viele britische Staatsbürger in die Affäre verwickelt waren, darüber schweigen sich die englischen Behörden zwar aus, aber man darf annehmen, daß auch hier mit eisernem Besen gekehrt wurde.

Die „New York Times" hat mittlerweile mit guten Gründen darauf hingewiesen, daß London in Wirklichkeit nur ein Nebenplatz der sowjetischen Westeuropa-Spionage ist. Aufgrund umfangreicher Recherchen und nach Auskünften der amerikanischen Sicherheitsbehörden hat das Blatt herausgefunden und festgestellt, daß das Hauptfeld der Sowjetagenten-Tätigkeit die Bundesrepublik und ihr Mittelpunkt die Bonner Sowjet-Botschaft ist. Hir sollen unter der Aegide eines sowjetischen Botschaftsrates die Fäden zu nicht weniger als 10000 „Kontaktmännern" zusammenlaufen.

Statt sich durch das Vorgehen der Regierung Heath, dem man angesichts des vorliegenden Beweismaterials in Moskau nur schwächlich entgegentrat, zu den offensichtlich erforderlichen Selbstschutzmaßnahmen aufzuraffen, erfährt man aus Bonn, daß die Bundesregierung nichts dergleichen unternehmen, ja „jedes Aufsehen vermeiden" will. Man hört sogar, daß Informationen, die den Bonner Behörden vom britischen Geheimdienst zugegangen sind, unverwendet bleiben. Es scheint, daß der Karikaturist Köhler in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (7. 10.) den Nagel auf den Kopf getroffen hat, als er seine Zeichnung „Die Liste aus London" mit der ironischen Unterschrift versah: „Vielleicht sollten wir erst bei Breschnew anfragen, ob es sich auch wirklich um Agenten handelt?"

Der Umstand, daß die Sowjet-Botschaft in Bad Godesberg als Zentralstelle eines weitverzweigten Agentennetzes wirkt, scheint die Bundesregierung weniger zu beunruhigen als die Sorge, daß die deutsche Öffentlichkeit auf diese Zustände aufmerksam wird.

In Wirklichkeit geht es nämlich nicht nur darum, daß die Sowjets über die Vorgänge hinter den Kulissen der Bundesrepublik bestens informiert sind — gewiß haben sie in Bonn wieder einen „Werther" sitzen; die überdimensionale Agententätigkeit mit deutschen Schwerpunkten hat offenkundig eine sehr ernstzunehmende Zukunftsbedeutung. Es ist nicht nur politisches, sondern auch militärisches Angriffsdenken, daß sich in einem derartig massierten Einsatz von Mitteln und Menschen ausdrückt. Schon die hundert bezahlten Agenten in England zeigen deutlich genug an, daß man im Kreml nicht an „Entspannung" oder gar „Frieden" denkt.

Der Seitenstrang „London" ist im Augenblick stillgelegt — aber die „Zentrale" scheint unbehelligt nicht nur zu sein, sondern auch zu bleiben.

Schon im Jahre 1945 war Moskau die Errichtung einer Sowjet-Botschaft in der Bundesrepublik so wichtig, daß sie dem Verlangen Adenauers nach Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen nachgaben. Heute sind Breschnew und Genossen in der angenehmen Lage, daß die deutsche Bundesregierung *ohne* Gegenleistung duldet, was vor sich geht.

Die „Rote Kapelle" hat sich am Rhein nicht nur etabliert — sie fühlt sich sogar sicher!

Deutsche Entscheidungen 1972

Geschrieben am 29. Dez. 1971 (DWZ)

Um die Jahreswende wurde ein bemerkenswertes Stichwort in die bundesdeutsche politische Debatte geworfen: Auflösung des Bundestages und Neuwahlen seien zwischen Bundespräsident und Bundeskanzler für den Fall eines parlamentarischen Scheiterns der Ratifizierung der sog. Ostverträge vereinbart worden.

Die Opposition verkündete diese Information, als habe sie damit eine Art Verschwörung aufgedeckt, und die Regierung Brandt-Scheel dementierte eifrig: es schien, sie müsse sich gegen eine unlautere Verdächtigung zur Wehr setzen. Beide Aussagen belehrten uns, wie frivol derzeit mit dem deutschen Volk umgegangen wird; jede Täuschung gilt als erlaubt, auch die durchsichtigste.

In Wirklichkeit gibt es angesichts der ernsten politischen Bedeutung und der möglichen Auswirkungen jener umstrittenen Papiere — bekanntlich fehlt ihnen das wichtigste Merkmal normaler Staatsverträge: das der gegenseitigen Leistung — doch keinen Zweifel darüber, daß eine unmittelbare Entscheidung des deutschen Wählers geboten ist. Wir bedürfen keiner heimlich manipulierten „Meinungsumfragen", sondern einer unbezweifelbaren Kundgebung aller Staatsbürger nach erfolgter massiver politischer Aufklärung, wie nur ein Wahlkampf sie erbringen kann. Erst nach glasklarem, gleichgewichtigem, offenem Widerstreit entgegengesetzter politischer Überzeugungen bis hinein ins letzte Dorf kann der Wähler für die zu treffende Entscheidung als vorbereitet gelten. Und nur die Mehrheitsentscheidung der aufgeklärten Staatsbürger vermag entweder den Vollzug oder die Verweigerung der Unterschriften zu rechtfertigen, wie sie uns im Jahre 1972 von der Bundesregierung abgefordert werden.

Für diese selbst ist die Lage klar genug vorgezeichnet: Würde sie angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse im derzeitigen Bundestag mit ihrem Ratifizierungs-Begehren unterliegen, dann bliebe ihr

selbstverständlich kein anderer Ausweg als der Rücktritt. Über zwei Jahre lang haben die Brandt—Scheel ihre Unterwerfungs-Politik gegenüber Moskau so sehr zum Programm und Glaubensbekenntnis erhoben, daß sie schlechterdings nicht mehr weiter amtieren könnten, wenn das Parlament ihnen einen Strich durch die Rechnung macht.

Und wer immer sich durch sein politisches Gewissen zur Opposition gegenüber den Machenschaften der Brandt-Bahr-Wehner gedrängt sieht: der muß gleichermaßen die offene Auseinandersetzung im ganzen Land und einen Tag der Wahrheit und Abrechnung herbeiwünschen.

Wer das Wort „Demokratie" nicht nur ölig im Munde führt, sondern es in seinem Sinn als politische Selbstbestimmung einer Nation begreift, der muß fordern, daß im Jahre 1972 der bundesdeutsche Wähler zur Entscheidung über die anstehenden Zukunftsfragen aufgerufen wird.

Die Frage, ob es dazu kommt, ist noch offen, aber die Alternative ist deutlich genug. Eine nur manipulierte Ratifizierung der Moskauer und Warschauer Papiere — so wie es die derzeitige Bundesregierung dringend wünscht — könnte nichts anderes sein als das Startzeichen zu einem langschwelenden innen- und außenpolitischen Ringen, vergleichbar mit dem einstigen Kampf um die ähnlich unheilträchtigen Reparations-„Verträge", an denen und durch die einst die Weimarer Republik gescheitert ist. Die Annahme von Unannehmbarem, die Unterschrift unter Unerfüllbares bedeutet nun einmal Täuschung — und sei es Selbsttäuschung.

Die Deutschen würden es sich dann wieder einmal selbst schwer gemacht haben, sie würden ihren politischen Wiederaufstieg mutwillig selbst verzögern, sie würden, statt die erhoffte „Befriedigung" zu genießen, sich neuen Gefährdungen gegenübersehen. Freilich werden nur Hysteriker mit dem Aufschrei von einem „Ende Deutschlands" die Flinte ins Korn werfen — die Denkenden unter uns werden auch in einer neuen, verhärteten Kampfsituation ihren Weg finden und ihn gehen in der Gewißheit, daß ihre politische Aufgabe erst endet, wenn die deutsche Frage gelöst ist.

Wie auch immer die Würfel im Entscheidungsjahr 1972 fallen: Gültig bleibt immer noch das ebenso mahnende wie zuversichtliche Wort des Engländers Houston Stewart Chamberlain, der schon 1915

— vor zwei Menschenaltern — daran erinnerte, daß einst der Dreißigjährige Krieg „Deutschland *fast* vernichtete", aber dennoch nur eine „Episode" war, „weil Deutschland während dieser langen Prüfungszeit sich in den verborgenen Tiefen seines Wesens treu geblieben ist".

Diese „verborgenen Tiefen" *fürchten* die Unterwerfungspolitiker der Gegenwart — wir *hoffen* auf sie.

Die Stunde welcher Wahrheit?

Geschrieben am 15. Febr. 1972 (DWZ)

Je deutlicher die innerdeutsche Opposition sich über die sog. Ostpolitik der derzeitigen Bundesregierung klar wird und je präziser sie die Texte durchleuchtet, die nun dem Bundestag vorliegen, um so aufgeregter bemüht sich Herr Brandt um Schützenhilfe, wo immer er sie findet.

Gewichtiger als das norwegische Schaustück des „Friedenspreises" sind die Aktionen des Bundeskanzlers, um dem Argument seiner Gegner, der Moskauer Vertrag beunruhige die Westmächte, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zeitgerecht reiste er nach Florida, um die amerikanische, und dann nach Paris, um die französische Genehmigung zur Preisgabe halb Deutschlands einzuholen — erst in ein paar Jahrzehnten wird in künftigen Aktenpublikationen zu lesen sein, welche Eloquenz der deutsche Regierungschef diesen beiden Gesprächspartnern gegenüber entfaltete, was er ihnen anbot und zusicherte ...

Unschwer freilich läßt sich schon heute der Klartext der Hintergedanken entziffern, die sowohl das amerikanische wie das französische Einverständnis zur Brandtschen Ostpolitik begründen. Bekanntlich ist schon zu Adenauers Zeiten die Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem nicht aus Gründen ernster Einsicht in die deutsche Frage oder gar aus Zuneigung zu uns Deutschen, sondern aus der nach zwei Weltkriegen sehr verspäteten Erkenntnis erfolgt, daß ohne unsere Widerstandskraft Europa ein sicheres Opfer des imperialen Strebens der Sowjets werden muß.

Das politische Kapital, das sich aus dieser mit einfachem Blick auf die Landkarte feststellbaren Situation für die deutsche Politik ergibt, haben bekanntlich auch die bisherigen Bundesregierungen nur zaghaft in Münze umgesetzt. Immerhin unterließen sie es nicht, ihren nunmehrigen Vertragspartnern wenigstens formell die Pflicht aufzuerlegen, uns bei der Durchsetzung unseres nationalen Wiedervereini-

gungs-Verlangens und bei einer künftigen Friedensregelung zu unterstützen.

Die tatsächliche Hilfeleistung ließ bekanntlich zu wünschen übrig. Es galt aber doch wenigstens als dunkler Punkt, daß die USA unter Kennedy den Berliner-Mauer-Bau stillschweigend duldeten und daß der General de Gaulle sich für die Oder-Neiße-Linie aussprach. Beides wäre vermutlich nicht geschehen, hätte man in Bonn energisch genug auf die bestehenden Verträge gepocht. Es war nicht erfreulich, aber erklärbar, daß unsere „Verbündeten" die deutschen Interessen mit noch geringerer Anteilnahme verfochten, als unsere eigene Regierung es tat. Ein Bonner Einspruch gegen allzu bereitwillige Preisgabe deutscher Positionen war und blieb allerdings in Paris und in Washington stets in Rechnung zu stellen, und dies wirkte als Bremse.

Dank der Brandt-Scheel ist diesbezüglich nun eine Erleichterung eingetreten: nicht für uns, wohl aber für amerikanische und französische Präsidenten, die sich in Moskau oder Warschau auf unsere Kosten besseres Wetter beschaffen wollen. Selbstverständlich kann keiner unserer Bündnispartner zur Respektierung von Ansprüchen verpflichtet werden, die wir selbst aufgeben. Sowohl für den aus Fürth stammenden Handlungsreisenden in amerikanischer Weltpolitik wie auch für den Monsieur Pompidou, der noch nie ein Freund der Deutschen war, bedeutet es eine Annehmlichkeit, in Zukunft mit Moskau so sprechen zu können, als gäbe es in Deutschland kein Problem mehr.

Die „Stunde der Wahrheit" sei gekommen — mit dieser süffisanten Bemerkung soll Pompidou kürzlich den Bundeskanzler Brandt empfangen haben, als dieser im Elysée erschien, um auch hier seine innenpolitischen Opponenten auszupunkten.

Es ist freilich zu fragen, ob diese so begrüßte „Wahrheit" sich nicht auch für jene als ein Irrtum erweisen wird, die im Augenblick noch hochbefriedigt bemerken, daß sie aus lästigen Verpflichtungen entlassen werden, und deshalb eilfertig die ihnen von Brandt offerierte Rolle als Unterwerfungshelfer akzeptieren.

Gewiß wiegen sich diese Tagestaktiker diesseits und jenseits des Atlantik im Glauben, die Bundesrepublik fest im Griff zu haben, nachdem diese sich ja — im Gegensatz zu Japan — im Laufe von mehr als zwei Jahrzehnten immer noch nicht ernstlich aus dem Be-

siegten-Status gelöst hat. Aber ist es nicht der wirkliche Sinn und die erkennbare Absicht der in den Ostverträgen dokumentierten Westpolitik des Kreml, zunächst die politische und schließlich auch die militärische Kontrolle über die Bundesrepublik dem Westen zu entwinden und sie an sich zu ziehen?

Bei dem dann wohl unvermeidlich beginnenden untergründigen Wettstreit zwischen Kreml, Elysée und Pentagon könnte dem Richtungsdrängen der Gruppe Wehner — gestützt auf vieldeutige Vertragsteile — ein Gewicht zukommen, das das heutige selbstgefällige Lächeln des Monsieur Pompidou erstarren läßt.

Dann schlägt die Stunde einer *anderen* Wahrheit.

Wie souverän ist die Bundesrepublik?

Geschrieben am 19. Mai 1972 (DWZ)

Man ahnte es schon seit der Veröffentlichung der Moskauer Vertragstexte; aber seit die Protokollnotizen teilweise bekanntgeworden sind, weiß man es genau: Die bundesdeutschen Regierungsdelegaten haben sich im Kreml wie Lakaien behandeln lassen.

Der Befehlston, den sie vernahmen, entsprach der Anbiederung, mit der die Brandt und Bahr sich in Moskau eingeführt haben. Bekanntlich ließ der Bundeskanzler schon bei der Regierungsübernahme vernehmen: Nun habe „Hitler seinen Krieg endgültig verloren“ — als ob es jemals die Aufgabe eines Regierungschefs sein könnte, eine militärische Katastrophe politisch zu vervollständigen und dieser Leistung sich noch zu rühmen. Wobei überdies anzumerken wäre, daß in der Diskussion mit Moskau über den Zweiten Weltkrieg mit guten Gründen auch von „Stalin seinem“ zu sprechen wäre. Das wissen die Kreml-Herren natürlich ganz genau, weshalb sie Brandts weltweit kolportierte Bemerkung zutreffend als einladende Unterwerfungsgeste werteten und seinen Intimus Bahr bei den Besprechungen von Anfang an als „entwaffnet“ behandelten und ihn — genau nach dem Rezept des Hühnerhofes mit Drohgebärden bedienten.

Der Fortgang des Geschehens entsprach diesem Begriff. Auch für die nun anstehende bundesdeutsche Ratifizierungsentscheidung erwartet man sich in Moskau den meisten Erfolg von teils heftigem, teils düsterem Theaterdonner.

In Wirklichkeit birgt eine Ablehnung der sog. Verträge, die nun hinreichend als Diktate entlarvt sind, nicht nur kein Risiko, sondern verspricht zumindest den gleichen Erfolg, den die Bahr und Scheel bereits vor zwei Jahren für sich hätten verbuchen können, wenn sie sich im Sinne ihrer Amtspflicht Herrn Gromyko gegenüber wie normale diplomatische Unterhändler verhalten hätten: Sie mußten selbstverständlich die Erörterung dort abbrechen, wo sie aufhörte, ein

Dialog zwischen zwei souveränen Staaten zu sein. Wer sich gegenüber dem Vertreter eines noch so bescheidenen Völkerrecht-Subjektes — und sei es Liechtenstein — statt auf ein Argument auf ein Übergewicht an „Macht" beruft, beendet seit eh und je ein internationales politisches Gespräch, das als solches gelten will. Mit der Drohung beginnt die Erpressung.

Auch der Einwand des Außenministers Scheel, der derzeitige Moskauer Vertragstext erfordere eine verfassungsändernde Mehrheit, wurde von Gromyko vom Tisch gewischt. Er besteht dennoch weiter. Wenn also der deutsche Bundestag — wie es nach dem Stand der Dinge schon formalrechtlich unvermeidbar ist — die Ratifizierung der sog. Ostverträge ablehnt, dann ist nur der ursprüngliche Stand der Dinge wiederhergestellt. Und zwar so, wie er sich bei Anwendung normaler Spielregeln spätestens während der Verhandlung durch den deutschen Außenminister hätte darstellen müssen: Unterbrechung des Gesprächs zwecks beiderseitiger neuer Überlegung.

In dieser Weise und nicht anders vollzieht sich zwischen souveränen Staaten eine Auseinandersetzung über bedeutende Angelegenheiten, falls die Ansichten differieren!

Angesichts der inzwischen reichlich als fragwürdig erkennbar gewordenen Inhalte und Umstände dessen, was die Bundesregierung dem Bundestag zur Zustimmung vorzulegen wagt, ist das Parlament nicht mehr vor das Problem gestellt, wie die Beziehungen zur Sowjetunion in Zukunft geregelt werden sollen. Ein „modus vivendi" wird sich auch im Falle der Ablehnung finden lassen, weil ein verstärkter „kalter Krieg" den Sowjets keine Vorteile verspricht und die Formel von einer „Entspannung" auch für den Moskauer „Vertrag" fehl am Platze ist — davon kann wohl auch keine Rede sein, solange Stacheldraht und Mauer Deutschland und seine Hauptstadt teilen.

Die einzige Frage, die der Bundestag mit seiner Entscheidung zu beantworten hat, lautet schlicht: „Wie souverän ist die Bundesrepublik?"

Mit absoluter Gewißheit läßt sich vorhersehen, daß ein entschlossenes „Nein" zu *dieser* Sorte von Verhandlungen und Verträgen nicht nur dem Parlament, sondern auch unserem Staatswesen sowohl im nationalen wie im internationalen Bereich den seit geraumer Zeit dringend benötigten neuen Respekt verschaffen wird — auch und

vielleicht gerade in Moskau, wo man (die Bahr-Papiere beweisen es deutlich genug) Nachgiebige stets verachtet hat. Man liebt auch hier zwar den Verrat, aber nicht die Verräter.

„Souverän" — das ist nicht nur ein entscheidendes staatsrechtliches Merkmal, sondern auch ein ebenso wichtiges Attribut einer „Haltung", die allein Achtung verdient und gewinnt: Keineswegs erst vor der Geschichte, sondern bereits in der Politik.

Das deutsche Recht auf Revision

Geschrieben am 4. Mai 1972 (DWZ)

In der Stunde, in der diese Zeilen zu Papier gebracht werden, ist noch ungeklärt, ob überhaupt und, wenn ja, unter welcher Formel in Bonn die sog. Ostverträge ratifiziert werden. Kristallklar aber hat sich die politische Kernfrage herausgeschält, die nicht nur heute, sondern unverändert auch in Zukunft für Deutschland und Europa zur Regelung ansteht.

Wer immer mit kritischem Verstand die Geschehnisse des 20. Jahrhunderts überblickt, weiß, daß der Versailler Vertrag von 1919 und das Potsdamer Abkommen von 1945 zwei gleichdunkle Punkte im Weltgeschehen bezeichnen: Durch keine jener von den Siegermächten in Leidenschaft verordneten Veränderungen der europäischen Landkarte wurde eine auf Dauer haltbare oder gar überzeugende Friedensregelung zustande gebracht. Es muß im Gegenteil gesagt werden: diese von engstirnigen Eiferern ohne deutsche Mitwirkung an grünen Tischen unter den Vorzeichen von Haß und Hybris verkündeten Dekrete waren weder gerecht — obwohl gerade moralische Argumente für sie in Anspruch genommen wurden —, noch waren sie vernünftig, wenn als Vernunft gelten soll, daß europäische Krisenherde möglichst ausgeschaltet und nicht absichtlich neu geschaffen werden.

Das Versailler Diktat (von dem Nachdenkliche mit guten Gründen sagen, daß es von der Weimarer Regierung besser nicht unterzeichnet worden wäre!) hatte im Grundsätzlichen nur eine Entschuldigung: Es war verknüpft mit der Satzung einer auf den ersten Blick zu Hoffnungen berechtigenden neuen politischen Weltorganisation, dem Genfer „Völkerbund“. Zu dessen Prinzipien standen die unerträglichsten Versailler Bestimmungen in eklatantem Widerspruch — und seine Apparatur ließ der Erwartung Raum, daß sie sich in einer Revision besonders unhaltbarer Bestimmungen der sog. Friedensverträge von Versailles und Saint Germain bewähren könnte und würde. Diese

berechtigte Erwartung war in Wirklichkeit der berühmte „Silberstreifen am Horizont“, auf den in den 20er Jahren der damalige deutsche Außenminister Stresemann so oft hinwies und der sich leider als Trugbild erwies. Eine friedliche Revision von Versailles durchzusetzen, war die vom Schicksal vorgezeichnete politische Aufgabe der Weimarer Republik. Daran, *nur* daran ist sie gescheitert. Man weiß von der Verzweiflung, die Stresemanns letzte Lebenszeit überschattete: Das sture „Nein“ der Sieger, das den Völkerbund zum politischen Gerichtsvollzieher erniedrigte — 1931—32 nochmals in der österreichischen Zollunionsfrage und auf der Abrüstungskonferenz geistlos repetiert — hat nicht nur den Außenminister in den Tod getrieben, sondern auch die deutsche Rebellion, die mit dem Namen Adolf Hitler verbunden ist, unausweichlich gemacht.

Ein „Siegfriede“ ist noch nie ein wirklicher Friede gewesen; nur ein mit der Absicht zu einer auch für den Besiegten erträglichen Dauerordnung ausgehandeltes Dokument verdient den Namen *„Friedensvertrag“*. Einen solchen hat es in Europa schon lange nicht mehr gegeben; um so gebotener muß er in der heutigen und künftigen deutschen Regierung als Ziel und Auftrag gelten. Beide Anliegen sind gleich gewichtig, das Ziel muß echter „Frieden“ sein, das Mittel ein ehrlicher „Vertrag“.

In Potsdam waren sich sogar die Stalin, Truman und Churchill wenigstens darin einig, daß ihr ohne jegliche deutsche Mitwirkung oder gar Zustimmung zustande gekommenes Papier kein Friedensvertrags-Instrument sei — endgültige Regelungen wurden sogar ausdrücklich einer künftigen Friedenskonferenz vorbehalten. Abgesehen von der fehlenden deutschen Unterschrift unterscheidet sich das sog. Potsdamer Abkommen vom Versailler Vertrag vor allem auch dadurch, daß es solchermaßen die Revision ausdrücklich vorsieht. Dementsprechend wurden 1949 auch in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Sondervorschriften aufgenommen, die eine Vorwegnahme friedensvertraglicher Regelungen erschweren, wenn nicht ausschließen.

Das im sog. Moskauer Vertrag formulierte — und gemäß den bekanntgewordenen Protokollen vom Bundesaußenminister klar erkannte, aber nicht entsprechend zurückgewiesene — Ansinnen der Sowjet-Regierung geht nicht nur dahin, zu jenem Potsdamer Sieger-

protokoll eine deutsche Anerkennungs-Unterschrift nachvollziehen zu lassen, sondern auch noch das damals statuierte Revisionsrecht durch deutschen Verzicht zu annullieren.

Was nun auch immer jenem von den Bahr-Brandt so leichtfertig ausgehandelten Text vorangestellt oder beigegeben werden mag: Der deutsche Anspruch auf Revision der Zwangsregelungen von 1945 muß gewahrt bleiben — das ist das allein wirklich Wichtige.

Der hier skizzierte Hintergrund der im Augenblick immer noch offenen politischen Entscheidung zwingt zu einem weiteren tiefgreifenden Schluß: der Anspruch auf Wiedergutmachung eines friedenswidrigen und friedenshindernden Unrechts ist selbstverständlich unverzichtbar. Was immer Regierung und Opposition in Bonn mit dem Kulissenkönig dieser Tage, dem Sowjet-Botschafter Falin, aushandeln und schließlich im Plenum des Bundestages beschließen mögen — weder die Bundesregierung noch das Parlament wären legitimiert, auf das deutsche Recht der Revision von 1945 zu verzichten, denn nur durch sie wird möglich, worauf die Welt seit einem halben Jahrhundert wartet: eine europäische Friedensordnung, die diesen Namen verdient.

Ringen um die Welt von morgen

Bio-Geschichte und Bio-Politik

(NE, Oktober 1961)

In der Aussprache der diesjährigen Jungeuropäischen Arbeitstagung stellte Helmut Sündermann u. a. die nachstehenden Gedankengänge zur Diskussion:

Das Thema „Europa und Afrika" fordert heute mehr denn je zu nüchterner Selbstkritik heraus. Der weiße Mann ist im Begriff, gegenüber den afrikanischen Völkern von einem vielleicht nicht immer richtigen Verhalten zu einem gewiß falschen überzuwechseln; und er tut dies so offenkundig, daß wir mit rückhaltloser Gründlichkeit nach den Fehlerquellen in den üblichen Anschauungen suchen müssen und uns nicht scheuen dürfen, bei den einfachsten Grundbegriffen zu beginnen.

Die heute von allen emsigen Leitartiklern zwischen San Francisco und Leningrad propagierte optimistische Deutung der afrikanischen Gegenwart und Zukunft gründet sich auf ebenso wohlklingende wie leider unzutreffende Ansichten über die Veränderlichkeit menschlicher Arten.

Unbeschwert von ernsteren Kenntnissen über die Gesetze des Lebens fabuliert man in fröhlicher Übereinstimmung bei den sog. Kapitalisten und den sog. Sozialisten von einer sprunghaften Aufwärtsentwicklung angeblich „zurückgebliebener" Völker: Es bedürfe — so belehrt man uns eifrig — nur eines modernen Schulunterrichtes, angemessenen Straßenbaus, der Einrichtung industrieller Anlagen usw., um das vor allem infolge weißer Bosheit in seiner Entwicklung gehinderte mittelafrikanische Negertum demnächst zu einer den Europäern, Amerikanern und Sowjets keineswegs mehr fremden Menschengruppe heranzubilden.

Gelegentlich geistert ein seit Lamarck in den Naturwissenschaften bekanntes, in Moskau neuerdings wieder ausgegrabenes Beispiel durch die Köpfe: Man glaubt im Völkerleben eine Entwicklungsten-

denz am Wirken, wie Lamarck sie in der Natur bei der seltsamen Gestalt der Giraffe vor sich zu sehen glaubte: Dieses erstaunliche Tier habe, wie in der Entdeckerfreude erzählt wird, einen so langen Hals, weil das Emporrecken zu den auf Bäumen wachsenden Blättern eine Streckung des Körperbaues in stufenweiser Entwicklung von Generation zu Generation zur Folge gehabt habe. — So ähnlich denken sich die „Neo-Lamarckisten" den künftigen Fortschritt der Völker, die man noch vor einigen Jahrzehnten einfach als unzivilisiert abtat, während man sie heute ebenso überheblich als der „Entwicklungshilfe" bedürftig bezeichnet.

Die Giraffen-Theorie klingt einleuchtend und überzeugend — jede belehrende Anstrengung, die wir unternehmen, jede wirtschaftliche Hilfestellung, die wir gewähren, gewinnt danach beglückenden Sinn, sie kann gar nicht vergeblich sein; von Generation zu Generation wird von nun an eine neue Stufe zivilisatorischer Gesittung auch in den Völkern weitervererbt werden, die bisher wenig davon wissen wollten; die Zurückgebliebenen werden die zunächst Vorangeschrittenen einholen, und auf der höchsten Leitersprosse wird die ganze Menschheit, gleich welcher Hautfarbe und Abstammung, europäisch oder amerikanisch oder sowjetisch geworden sein ...

Diese nur in ihren Schattierungen unterschiedliche, in ihrem Wesen aber in West und Ost gleichermaßen vertretene, von ihren Verkündern als ermutigend und erfreulich empfundene Menschheits-Entwicklungs-Theorie hat nur einen Nachteil: sie ist leider *falsch,* sie stimmt nicht mit den natürlichen Tatsachen überein, die unser Zeitalter nicht weniger genau untersucht und aufgeklärt hat als die Sprengung von Atomen. Obwohl die Vorstellung von einer in wohldosierten Einzelstufen vollzogenen Aufwärtsentwicklung viel einleuchtender und befriedigender wäre, verachtet die Natur genau die Regel; statt stetiger Veränderungen bevorzugt sie ganz seltene, statt schrittweiser Veränderungen sprunghafte!

Jeder Biologe beweist klipp und klar das Gegenteil dessen, was die Leitartikler so überzeugend darlegen. Weil erworbene Eigenschaften sich in Wirklichkeit — wie nachgewiesen — weder vererben noch vererben können, ist die ganze schöne Geschichte von der von Generation zu Generation stufenweise weitervererbten Anpassung ein Märchen.

Die biedere Giraffe hat heute ihren langen Hals keineswegs deshalb, weil sie seiner bedürfte — er wurde nicht etwa stufenweise länger, weil die Blätter, die sie frißt, auf immer höheren Bäumen wuchsen. Wäre dies der Fall gewesen, so hätten alle anderen blätterfressenden Tiergattungen inzwischen verhungern und aussterben müssen. Nein — es ist umgekehrt: die bedauernswerte Giraffe muß mit ihrem unpraktischen langen Hals immer noch herumlaufen, weil keinerlei Anpassung an die seit vielleicht Hunderttausenden von Jahren längst veränderte Umwelt ihr einen ausgeglicheneren Körperbau bewirkt, ihre Schnelläufigkeit aber dennoch ein Aussterben ihrer Art bisher verhindert hat. Ihr Lebensgebiet hat sich freilich zunehmend eingeschränkt, in prähistorischer Zeit gab es sie sogar in Kleinasien und im griechischen Raum, heute lebt sie nur noch in einigen afrikanischen Bereichen und in zoologischen Gärten. Der lange Hals ist trotz allen äußeren Scheins kein Merkmal einer Aufwärtsentwicklung, sondern nur ein Erinnerungszeichen an längst vergangene Epochen, das sich geradezu sinnlos erhalten hat und sich erst verflüchtigen wird, wenn die letzte Giraffe ausgestorben ist — dann aber ist es endgültig geschehen: kein noch so hoher Baum wird uns ein ähnliches Tier wieder bescheren.

Die moderne Wissenschaft weiß längst, daß die wirklich großen Veränderungen in den Verhältnissen der Natur — die sog. Mutationen — in keiner Beziehung zum Nutzen stehen, daß der Anstoß dazu vielleicht im Bereich von Strahlungen zu suchen ist und daß der Mensch die Gesetze der Natur gewiß studieren, sie beachten oder verletzen, nicht aber sie ändern kann.

*

Auch der einst so hitzige Streit darüber, was Vererbung und was Umwelt bewirkt, ist heute dank sicherer Kenntnis zur Ruhe gekommen. Man zweifelt nicht mehr daran, daß sich außer rein körperlichen Merkmalen auch geistig-seelische Verhaltensweisen vererben und daß nur ihre Entfaltung von der Umwelt veranlaßt oder unterdrückt wird. Die Stufenleiter von einer reinen Verhaltens*eignung* bis zum tatsächlichen Handeln ist gewiß vielsprossig genug; aber völlig sicher steht der Satz: Es wird von keinem Lebewesen an den Tag ge-

bracht, was nicht als *Möglichkeit* in seinem Wesen bereits angelegt ist. Das vielseitige Bilderbuch eines Pflanzen-, Tier- und Menschenlebens mag durch widrige Umstände zugeklappt bleiben bis zur Todesstunde oder sich in reicher Fülle vor aller Welt ausbreiten — als *Eigenschaft* sichtbar kann nur werden, was in der Stunde der Geburt bereits aufgezeichnet war. Das mag dem Ethiker, dem Theologen und Philosophen nicht ganz befriedigend klingen, und doch ist es so. Die Wissenschaft bedient sich des nüchternen Vergleichs mit einer belichteten photographischen Platte und ihrer Entwicklung im Säurebad — so sieht sie die Wirkung der Umwelt auf Pflanze, Tier und Mensch.

Das mögen rauhe Belehrungen sein; dennoch verdienen sie Dank — viele Anmaßung, Überheblichkeit und Überschätzung unserer Einwirkung auf andere oder gar fremde Menschengruppen wird durch derart realistische Betrachtung der Tatsachen widerlegt und nicht zuletzt auch die oberflächliche Wertskala in Frage gestellt, die wir nur nach zivilisatorischen und intellektuellen Maßstäben aufzurichten gewohnt sind. Sie muß der deutlichen Einsicht weichen, daß unterschiedliche Menschen keineswegs unterschiedlichen *Wertes* sind, daß aber andererseits vererbte körperliche *Eignungs-* und geistige *Haltungs*-Differenzen durch keinerlei Umweltbedingungen außer Kraft gesetzt werden können.

*

Es sollen in dieser Diskussion natürlich nicht biologische Tatbestände in Breite dargelegt werden — aber ein paar Bemerkungen über den heutigen Stand gesicherten Wissens mußten vorausgeschickt werden, denn der sonst so skeptische moderne Mensch ist anfällig für den Fortschrittswunderglauben und benötigt deshalb solche Erinnerungen, um sich gegen die allerseits so geläufig verbreiteten Menschheits-Utopien abzusichern. Wer geistig wirklich im 20. Jahrhundert lebt, für den gibt es kein ärgerliches Leugnen der Tatsache, daß sich die Menschheit angesichts ihrer ganz beträchtlichen Differenzierung notwendigerweise in *Völker* gliedert und daß diese sich — wenigstens im Bereiche unserer Übersicht — nahezu unveränderlich und oft sogar schroff gegeneinander abgrenzen und untereinander unterscheiden.

Der Vergleich der Biologen ist zwar nicht schmeichelhaft, aber er

bezeichnet das Problem mit aller Präzision: im Bereich der Lebewesen ist die Gattung Mensch kaum weniger verschiedenartig als die Gattung Hund, und wenn bei den letzteren die sog. Bastarde, also die wilden Kreuzungen, keinen guten Ruf genießen, so gilt dies auch im menschlichen Bezirk. Weder Einzelbastarde noch Bastardvölker haben bisher bemerkenswerte Punkte menschlicher Geschichte bezeichnet.

So lautstark die Gleichheitsapostel derzeit ihr Meinungsmonopol handhaben — nüchtern betrachtet vertreten sie ebenso antiquierte wie wirklichkeitsfremde Ansichten. Ernstlich glauben diese Leute wohl selbst nicht daran, daß man Australneger durch Belehrung oder Propaganda zu Technikern machen oder Zulukaffern zu Harvard-Professoren emporentwickeln kann. Es liegt auch eine ganze Portion törichter Arroganz in der abenteuerlichen Vorstellung, daß die ganze Menschheit sich ausgerechnet nach dem Schreibtischschema eines Karl Marx oder einer amerikanischen Intellektuellenfabrik ausrichte und ausbilde.

Unsere Kenntnisse und Begriffe mögen sich noch weiter vertiefen und verfeinern, die Grundzüge der historischen Realitäten sind klar genug schon heute zu erkennen: Alle überblickbare *Geschichte* ist von *Völkern* und *Völkergruppen* ausgegangen; alle *Politik führt* zu Völkern und Völkergruppen hin. Ernsthafte und bleibende Veränderungen des Menschheits-Weltbildes vollziehen sich *nur,* wo solche biologischen Einheiten untergehen oder neu sich bilden — Untergang und Neuaufstieg sind Prozesse, die sich im Laufe der uns bekannten Jahrtausende vor den Augen der Geschichte bereits vollzogen haben, also sich auch wieder ereignen können.

Völkerdasein zu kräftigen, Völkerzerfall zu verhindern, das zeigt sich im Lichte realistischer Vergangenheits- und Gegenwartsbeurteilung als Kernaufgabe aller staatsmännischen Kunst — es ist die entscheidende Frage, ob sie von den jeweils Handelnden erkannt oder mißachtet, erfüllt oder verfehlt wird.

Alle Zwischenspiele und Tagesereignisse, Staatsgründungen, Grenzziehungen, Imperialismen, Eroberungen und Rückzüge, Siege und Niederlagen — der Maßstab eines endgültigen Urteils bleibt: Sind in diesen Geschehnissen Großfamilien, die wir Völker nennen — Massenträger deutlich umrissener Erbanlagen! — untergegangen? Oder

sind sie erhalten geblieben? Oder haben sich neue Erbmasseträger eigenen Charakters, also neue historische Potenzen gebildet?

Es ist eine im Typischen übereinstimmende Skala von Leistungsmöglichkeiten, die wir als „Volkscharakter“ zu bezeichnen pflegen, und es sind solche Artverwandtschaften und Artverschiedenheiten, mit denen wir es in der Menschheitsgeschichte und in der Weltpolitik auch dann zu tun haben, wenn man sich leidenschaftlich gegen solche Einsichten in die wahren Verhältnisse der Natur zur Wehr setzt.

Mit welcher drastischen Zähigkeit sich Volkscharaktere durch lange Zeiträume und härteste Prüfung erhalten können, das lehrt uns bereits Tacitus. Was er sowohl in seiner „Germania“ als auch in seinen „Annalen“ vor fast zweitausend Jahren von den Germanen sagte, gilt in bedeutenden Merkmalen heute noch von den Deutschen. Gewiß sind die raum- und zahlenmäßigen Verhältnisse von äußeren Geschehnissen, von historischem Glück und Unglück stark beeinflußbar — so ist das deutsche Volk bekanntlich im Dreißigjährigen Krieg auf etwa ein Drittel seiner ursprünglichen Volkszahl zurückgedrückt worden. Aber auch nach dieser Katastrophe ist ihm die biologische Regenerationsfähigkeit erhalten geblieben; so hat es schließlich seine historische Bedeutung wiedergewonnen, ja wiedergewinnen müssen, denn die Skala seiner Energien hatte sich fortgepflanzt, und so war es geradezu unvermeidlich, daß die Deutschen sich im Kreise der Völker wieder geltend machten.

Ein besonders eindringliches geschichtliches Beispiel für die Lebenserhaltung eines Volkes trotz oft widrigster, ja katastrophaler Umstände bietet das jüdische Schicksal. Seit der Zerstörung Jerusalems ist dieses Volk über den ganzen damaligen und seitherigen Erdkreis zerstreut worden; die meisten seiner Generationen und Einzelgestalten hätten ihre Lage durch Anpassung oder Einmischung beträchtlich erleichtern können. Trotzdem haben sich die Juden — zusammengehalten durch ihre Religion und ihren Sendungsglauben — ganz bewußt als biologische Einheit erhalten und leben heute noch als *Volk*. Erst seit 1948 besteht wieder ein jüdischer Staat als Rückgrat der Diaspora und als Sammelbecken; zwei Jahrtausende hindurch blieb der Zusammenhalt auch ohne solche organisatorische Stütze erhalten — insgesamt das Schicksal einer Großfamilie, das die Umwelt-Phantasten geradezu ad absurdum führt.

Sowohl das Geschichtsdenken als auch das Urteil über politisches Handeln und politische Zielsetzung kann — wenn es fruchtbar sein soll — nicht auf einen *Maßstab* verzichten, und dieser kann nicht ernstlich anderswo gesucht und gefunden werden als in den Generationsgesetzen der menschlichen Wirklichkeit. Wir lernen nicht nur hinsichtlich der Vergangenheit das Bedeutende vom weniger Wichtigen zu unterscheiden, auch hinsichtlich der Zukunft gewinnt Bismarcks Wort von der Politik als der „Kunst des Möglichen" neue große Perspektiven; deutlich zeichnet sich ab, was durch politische Willensakte bewirkt werden kann und was andererseits gar nicht versucht werden sollte.

Im Zusammenhang mit dem Thema der Coburger Jungeuropäischen Arbeitstagung 1961 ist es nicht nötig, diese Überlegungen noch weiter zu verfolgen — deutlich genug sind die Umrisse einer ganz bestimmten Denk- und Urteilsweise gezeichnet worden — ich nenne sie die „biogeschichtliche" und „biopolitische" —, um mit ihrer Hilfe den Standpunkt zu gewinnen, von dem aus sich gerade an der heutigen Wegscheide die utopisch konfliktschwangere von einer *realistisch-zukunftverheißenden* Richtung unterscheiden läßt ...

Unter dem Begriff „Bio-Geschichte" ist die wissenschaftliche Beurteilung vergangenen Menschheitsgeschehens in seinen echten Schwerpunkten zu verstehen. „Bio-Politik" stützt sich auf diese Erkenntnisse — sie bezeichnet den vorausschauenden Willen, Völkern und Völkergruppen — sowohl eigenen wie fremden — gesunde, der natürlichen Artentfaltung entsprechende Lebensbedingungen und Lebensräume zu sichern, zu schaffen oder zu gewähren und dadurch einen dauerhaften Weltfrieden zu ermöglichen.

Biopolitik: ein europäisches und Welt-Problem

Vortrag, gehalten in Coburg am 28. Sept. 1968

Wenn ich mich an Ihrer Diskussion beteilige, so geschieht dies in Erinnerung an jene nun fast sieben Jahre zurückliegende Jungeuropäische Arbeitstagung des September 1961 hier in Coburg; damals habe ich in einer fragmentarischen, dann im Oktoberheft von „Nation Europa" veröffentlichten Gedankenskizze umrißhaft über die „biogeschichtliche und biopolitische Denkweise" gesprochen und zum Nachdenken über grundlegende Fragen unseres Weltverständnisses aufgerufen.

Seither ist die Diskussion über dieses weitverzweigte Thema in Gang geblieben; freilich ist der *Kern* des Anliegens noch nicht so recht freigelegt; darüber nachzudenken, ist nach wie vor eine geistige Pionieraufgabe.

Im vergangenen Jahrhundert hat bekanntlich *Karl Marx* sich um den Anschein bemüht, als entwickle er ein politisches Programm aus erforschten Tatsachen. Wir wissen heute längst, daß seine aus der Industrialisierung Englands gewonnenen Eindrücke irreführend waren und sich seither als falsch erwiesen haben; daß sein umfangreiches, darauf gegründetes Denkgebäude schief steht wie der Turm von Pisa; daß hier nicht mehr geboten wird als schale Scholastik.

Die *dem Marxismus antipodisch entgegengesetzte biogeschichtliche und biopolitische Denkweise* gründet sich dagegen auf ernsthaft erforschte und nachprüfbare Naturtatsachen, wie die Wissenschaft des 20. Jahrhunderts sie uns überzeugend verdeutlicht hat. Wo noch vor hundert Jahren nur geahnt werden konnte, verfügen wir *heute* über *zuverlässige Kenntnisse,* wenn sie auch noch der philosophischen Ausdeutung und der politischen Folgerungen harren.

Um das zu skizzieren, was uns heute vom Phänomen des Lebens

zuverlässig bekannt und für unser politisches Denken von Bedeutung ist — dafür genügen knappe, schlicht-erinnernde Sätze.

Wir wissen von der milliardenhaften Vielfalt der Lebensformen auf unserem Erdball. Wer sie leugnen wollte, ist blind oder dumm oder beides. Nicht klüger sind diejenigen, die im engeren menschlichen Bereich die auch hier *in Jahrhunderttausenden eingetretenen Verästelungen als ungeschehen wegdiskutieren* oder *gar gegen sie angehen wollen:*

Sie faseln von einem Einheitsmenschen, den es vielleicht einmal gegeben *hat,* aber niemals mehr wieder geben kann, weil in der *Natur Differenziertes sich nie wieder vereinfacht.* Die auf 40—50000 geschätzten genetischen Informationen im menschlichen Erbgang werden sich auch nicht technisieren lassen!

Wir wissen ferner, daß bei aller Vielfalt der eingetretenen Ausprägung ein Gesetz der Erhaltung der Arten wirkt, daß es Lebewesen gibt, die sich erwiesenermaßen seit Jahrmillionen unverändert erneuern. Und seit *Mendel* ist uns bekannt, daß bei Kreuzungen die vererbten Eigenschaften sich keineswegs angleichen, sondern daß sie sich überall dort, wo ernste Unterschiede ausgeprägt sind, gegenseitig im Wege stehen: auch durch Mischung kann der „Einheitsmensch" nicht wiederhergestellt werden.

Nicht minder deutlich belehrt uns die moderne Wissenschaft über den dominierenden Einfluß der dem Menschen aufgeprägten und eingeprägten *Erbanlagen.* Sie mögen geschädigt oder unterdrückt werden, *aufgehoben* oder — dort, wo sie fehlen — *nachgeholt werden sie nie.*

Der marxistische Aberglaube von den „ökonomischen Bedingungen", durch die angeblich das Wesen des Menschen entscheidend gestaltet werde, mutet im Lichte der heutigen Verhaltensforschung wie ein kirchenlateinisches Dogma an. Karl Marx hatte keine Ahnung von Mendel — wie sollte er auch. Ein Eckpfeiler seiner Theorie der Menschheitsentwicklung ist die Ansicht, der Mensch verändere sich in seinen *Wesens*merkmalen durch die ökonomischen Umstände, unter denen er existiert. Das Gegenteil ist richtig, wie wir heute wissen; Marx hat das nie erfahren. Seine Epigonen sind freilich damit nicht entschuldigt. Sie halten an ihrem Irrtum mit der gleichen Zähigkeit fest, wie die Päpste zu Zeiten Galileis an der Vorstellung, daß die

Sonne sich um die Erde drehe. Wir wissen heute mit absoluter Gewißheit: weder die Dampfmaschine noch die Atomenergie haben *irgend*einen Menschen in seinem *Wesen* verändert. Die Schöpferischen, Tätigen, Erfinderischen unter ihnen nützen freilich das, was andere ihnen gezeigt haben, zu immer neuen Formen materieller Lebensführung. Andere, die weniger tätig sind, bleiben auch von den scheinbar umwälzendsten Erfindungen weithin unberührt.

Auch das, was von den marxistischen Mystikern als „gesellschaftliches Verhalten" gedeutet wird, ist im Kern ein Produkt *angeborener* Eigenschaften, insbesondere der *Lernfähigkeit.* Auf ihr beruht das Phänomen des „Fortschritts". Sein Merkmal ist die Wechselwirkung von Ruf und Echo, von Lehren und Lernen. Es kommt nicht nur auf das *Angebot* von Anregungen an, sondern auch auf die *Art* und *Weise,* wie ein Menschentypus von ihnen ergriffen wird und Gebrauch macht. Eine vorgetane Erfindung gewinnt Bedeutung nur in dem Ausmaß, dem sie *nachgeahmt* wird. Vielleicht ist in Afrika und Amerika — obwohl bisher jeglicher Hinweis dafür fehlt — von Einzelgängern das Rad schon oftmals erfunden gewesen, *bevor* der weiße Mann kam: Aber die Erfindung blieb unwirksam, weil sie kein Echo fand. Und sie fand kein Echo, weil eine *der Technik zustrebende freiwillige Lernbereitschaft* in den dort eingeborenen Negern und Indianern nicht erbveranlagt war — und es bis heute nicht ist. Damit ist nicht ausgeschlossen, daß Ordnungszwang auch bei ihnen zu gewissen Leistungen führen kann; sie enden freilich sofort, wenn der Ordnungszwang aufhört. In diesem Satz ist ein ganzes Kapitel der heutigen Weltentwicklung angedeutet. *Lernfähigkeit, Lernbereitschaft, Begabungsrichtungen* und *Begabungsintensität* bestimmen die „gesellschaftliche Qualität" des Einzelmenschen, und sie prägen der „Gesellschaft" eines Volkes intensivere und stetigere Konturen auf als alle ihr auferlegten „Ordnungen". Diese gehen gewiß irgendwann einmal zu Bruch, wenn sie zu den Erbstrukturen eines Volkes im Widerspruch stehen.

Der mit dem zivilisatorischen Fortschritt gelegentlich verbundene Anreiz zu neuen Tätigkeiten und zu verändertem Sozialverhalten, zu einem Sichtbarwerden bisher unbelichteter Eigenschaften wird von den Marxisten verwechselt mit einer *Wesens*umschichtung. Dieser Irrtum führt zu dem Glauben an eine durch Revolutionen neu zu ge-

staltende Menschheit — in Wirklichkeit kann man zwar mit den vom weißen Mann erfundenen Zerstörungsmitteln die Menschheit vielleicht weitgehend ausrotten, nicht jedoch sie mit einem neuen *Erbgefüge* ausrüsten, auf das es allein ankäme, wenn eine „neue Menschheit" entstehen sollte. Alles, was wir im Hinblick auf ein solches Ziel von Marx und seinen Nachbetern oder vom Vorsitzenden Mao erfahren, reduziert sich angesichts der biologischen Tatsachen zum Geschwätz. Maos Ansicht, *jeder* Mensch könne mehr produzieren, als er verbraucht, und deshalb sei die Bevölkerungsexplosion keine Gefahr, mag richtig sein, solange wir nur die gelben oder die weißen Völker ins Auge fassen. Das *absolute Gegenteil* ist jedoch festzustellen in bezug auf nahezu alle Völker, die wir als „Entwicklungsvölker" registrieren — wobei schon dieser Bezeichnung der Irrtum zugrundeliegt, es sei möglich, eine nicht erbveranlagte Mentalität künstlich zu erzeugen.

*

Mit den modernen biologischen Einsichten verknüpft ist freilich auch das *Wissen vom grausamen Gesetz des biologischen Todes:* Lebensformen, deren Fortpflanzung durch Aussterben unterbrochen oder durch Kreuzungen aufgelöst wurden, stellen sich nie wieder her. Nicht nur Körperformen, *auch geistig-seelische Wirkensweisen und Leistungskapazitäten gehen unrettbar unter, wenn die erbgeprägte Fortpflanzungslinie biologisch abbricht.*

Es sind ja *nicht nur Hautfarben* und *Augenfalten erblich* markiert, sondern jene *ganze Skala von Möglichkeiten* des *Denkens und Handelns, auf die es ankommt* und die sich immer vielfältiger zeigt, je tiefer die heutige Verhaltensforschung die Welt des Unbewußten durchleuchtet. Nicht um das äußere, sondern um das *innere* Wesen handelt es sich, wenn vom Fortbestand menschlicher Völker die Rede ist und wenn gegen ihre Bedrohung sich ernster Widerspruch zum Worte meldet.

Das schlichte Wissen um die Naturgesetze ist vielen durchaus selbstverständlich geworden — aber denken wir eigentlich darüber nach, oder gar *handeln* wir auch nach diesen Erkenntnissen?

Diese Frage heute zu stellen, heißt bereits, sie *verneinen;* der Lärm

unseres Zeitalters übetrönt alles; eine organisierte Schicht von Schreihälsen jagt die Völker in den Morast; aufgezwungene Unvernunft vernebelt die Gehirne. Unter dem Wellenschlag hektischen Fortschrittsaberglaubens aber vollzieht sich der Prozeß vielfacher Völkermorde, von denen die bedeutendsten als Völker-*Selbstmorde* klassifiziert werden müssen.

Mit diesen Sätzen sind auch bereits die Konturen des eigentlich bio*politischen* Anliegens umrissen: Es geht nicht nur um Einsichten und Ansichten, sondern um bewußtes *Tun und Lassen,* um die willentliche Fortsetzung vor allem *jener* menschlichen Lebenseinheiten, die unsere Welt von heute aufgebaut haben und die sie tragen.

Je offenkundiger uns der automatisch wirkende *Instinkt* der Selbsterhaltung verläßt, um so notwendiger ist die denkende Erkenntnis der biologischen Aussterbe*möglichkeit* und ihrer Konsequenzen. Wo die Verantwortlichen es nicht mehr *spüren,* muß ihre *Einsicht* es ihnen sagen — eine geradezu revolutionäre Umkehr einer nun fast schon *jahrhundertelangen politischen Fehlhaltung insbesondere des weißen Mannes* ist das Gebot der Stunde. Um *ihn* nämlich geht es — er *allein* ist der Schöpfer der „modernen Welt"; keines ihrer entscheidenden Merkmale in Geist und Technik, in industrieller Produktion, Organisation und Verkehr ist ohne den weißen Mann geschaffen worden und *wäre ohne ihn für die Zukunft denkbar.* Wenn die weiße Völkergruppe den heute eingeschlagenen Weg in die biologische Auflösung weitergeht, wird diese Welt mit Gewißheit in das animalische Chaos zurückversinken, aus dem sie herausmutiert wurde.

Auch die „weiße Welt" ist kein „Schmelztiegel" und darf nicht dazu werden; sie hat sich in *zehntausendjähriger biologischer Entfaltung* differenziert und nicht zuletzt in *der* Differenzierung, in der sie sich in den *heutigen Völkern* ausprägt, erkennen wir die Kräfte und Werte verankert, die erhalten werden müssen und nicht zerstört werden dürfen. Solange das Leben der Kulturträger weitergeht — freilich auch nur so lange — ist das von ihnen Geschaffene lebendige Wirklichkeit. Mögen gelegentlich äußere Umstände die Kräfte schwächen oder niederhalten — sie erholen sich wieder. Nur das biologisch Ausgestorbene ist wirklich tot.

Biopolitisch geht es heute um die *weißen* Völker und ihr künftiges Schicksal. Sogar in Moskau ist man in dieser Frage hellhörig gewor-

den. Man hat festgestellt, daß innerhalb der Sowjetunion die Geburtenrate der asiatischen Völkerschaften etwa doppelt so hoch ist wie die im europäischen Rußland; eine große Moskauer Zeitschrift hat deshalb erst kürzlich — im Februar 1968 — „Maßnahmen" gefordert, durch die „europäische Ehepaare" veranlaßt werden sollen, „ein zweites Kind zu haben". Es wird dabei auf eine Statistik der „Vereinten Nationen" verwiesen, aus der hervorgeht, daß im Halbjahrzehnt 1960—1965 die durchschnittliche Geburtenrate in allen von der Statistik erfaßten Ländern auf 34 je 1000 Einwohner errechnet wurde. In den entwickelten, also im wesentlichen in den weißen Völkern war die Geburtenrate jedoch nur 21 je 1000. Das heißt, daß die „Unterentwickelten" sich in krasser Weise stärker vermehren; man kann es auch noch deutlicher ausdrücken: *die Hilflosen werden immer mehr, die Tätigen immer weniger!*

Das, was in Moskau angeregt wird, ist freilich nur ein Herumkurieren an Symptomen. Die Ursachen der beunruhigenden Entwicklung liegen tiefer. *Die biologische Gefährdung der weißen Welt* — nachdem sie Jahrhunderte über den ganzen Erdball ausgegriffen hatte — ist die offenkundige und unmittelbare Folge der leidenschaftlichen Rivalitätskämpfe, die sich im europäischen Raum abgespielt und meist um die deutsche Frage konzentriert haben. Der französische, englische, russische und schließlich amerikanische Niederkämpfungs- und Niederhaltungseingriff in den Lebensbereich des einst politisch größten und heute noch biologisch stärksten weißen Volkes haben die Autorität des weißen Mannes in der ganzen Welt tief verletzt. Dieser Umstand ist ein Thema der allgemeinen Geschichte. Aber die Tatsache der heutigen Teilung und Zusammendrängung der Deutschen auf engsten Raum, ihre Strangulierung durch Zwangsverstädterung, das Festhalten fast aller anderen weißen Staaten an der mitteleuropäischen Kolonialpraxis — das ist mehr als nur ein Thema zeitbedingter Auseinandersetzung, das *ist ein biopolitisches Faktum von weitester Ausstrahlung.*

Es muß im Weltzusammenhang beurteilt werden: während in weiten Bereichen des Erdballs kultursterile Mischpopulationen zahlenmäßig explodieren, ohne in der ihnen zuteil gewordenen Selbstverwaltung auch nur die Fähigkeit einer ausreichenden Nahrungsmittelproduktion zu entwickeln, sind die weißen Völker immer noch

damit beschäftigt, *sich machtpolitisch gegenseitig unter Kontrolle zu halten und sich in ihrer quantitativen und qualitativen Lebenskraft abzudrosseln.*

Daß dieser Prozeß — wenn er sich ungehindert weiterentwickelt — in einem Chaos enden muß, das können wir heute wissend vorausberechnen. *Ihn aufzuhalten und umzukehren zu neuer Kräftigung der weißen Völker,* das — und nichts Geringeres — ist die biopolitische Aufgabe von heute und morgen.

Wem die großen Konturen zum Bewußtsein kommen, der erschrickt nicht nur über den machtpolitischen heutigen Zustand der weißen Welt, auch in ihrer staatsrechtlichen Organisation ist die Umkehr fast aller naturgesetzlichen Vernunft geradezu zum Prinzip geworden. Zufallsgeschaffene Vielvölkerstaaten werden unter der Drohung von Panzerdivisionen zusammengehalten, andere Völker dagegen, die zusammengehören und zusammensein wollen, werden durch Zwangsgrenzen, ja durch Stacheldraht und Mauern auseinandergerissen. Es waren und sind buchstäblich Irre am Werk, und es gibt keine Sekunde des Zweifels über die biopolitische Forderung für die europäischen Zustände von heute: Sie bedürfen einer grundlegenden *Revision,* die nur wenige der heutigen Verhältnisse anerkennen kann. Eine bewußte *Befreiung vom Ballast tausendjähriger Verwirrung und der in unserem Jahrhundert hinzugetretenen organisierten Selbstzerstörung* ist das Programm, das wir begreifen und durchsetzen müssen.

Für den biopolitisch Aufgeklärten und Denkfähigen ist *die vernünftige Staatsordnung,* die Methode zu ihrer Verwirklichung kein Problem.

Naturgegeben ist das Volk; in seinem Sprachraum ist es in aller Regel deutlich abgegrenzt; politische Selbstbestimmung ist sein natürliches Recht. Die Sprachnation ist — wiederum mit wenigen Ausnahmen — diejenige *menschliche Großgruppe,* die in stetigem Austausch eng verwandter Erbeigenschaften zusammenlebt und sich fortsetzt — kurz eine Naturtatsache. Sie erhält ihre Bedeutung vor allem dadurch, daß nicht nur körperliche, sondern vor allem auch *geistige und seelische Merkmale erbveranlagt* sind. Es gibt — wenn es auch noch in den Anfängen der Erkenntnisse steht — das Wissensgebiet der „*Völkerpsychologie*", und es ist nur eine Frage schlichten Nachdenkens und darauf gegründeter politischer Willensbildung, eine

verständige Grundlage dauerhafter und friedlicher Staatsordnung in *volkspsychologischer Übereinstimmung* zu suchen und zu finden.

Die *Durchsetzung des Volksstaatsprinzips im gesamteuropäischen Raum* ist für den, dem sich die biopolitische Einsicht eröffnet hat, eine selbstverständliche *Voraussetzung realistischer Friedensordnung und der nur durch sie möglichen biologischen Neukräftigung der weißen Welt.*

Aus der Drachensaat der in zwei Deutschlandkriegen gezeugten heutigen Brutalitätsverhältnissen setzt die selbstmörderische Periode der Bruderkämpfe übersteigert fort; nur die Völkerbefreiung und eine darauf gegründete weiße Völkerallianz können sie beenden. Beides gehört zusammen: Ohne Befreiung keine Allianz, ohne Allianz keine Befriedung.

Zwingend führt die biopolitische Einsicht in die Verhältnisse der Welt von heute zu solchen weitgreifenden Zielsetzungen. Die *aktiven Völker* — und es gibt kein weißes Volk, das nicht zu ihnen gehörte — sind *erbgekennzeichnete Naturgesellschaften mit ausgeprägter Mentalität, Großfamilien mit Selbstbewußtsein* — sie drängen instinktiv nach deutlicher Darstellung ihres Wesens und sind nicht nur in ihrer materiellen, sondern auch in ihren geistig-seelischen Bedürfnissen verletzt, wenn und solange sie im Bewußtsein geraubter oder vorenthaltener Selbstregierung und eigenständiger Sozialordnung leben müssen. Das in ihnen tief veranlagte Gefühl für wirkliche Demokratie — eine alt-indogermanische Vorstellung — gründet sich auf die Naturvolkstatsache.

Ein Gespött des Demokratiebegriffes, wie er heute etwa in Osteuropa oder in Italien gegenüber den Südtirolern, aber auch in anderen „westlichen" Ländern und insbesondere in der stillschweigenden Anerkennung der deutschen Teilung praktiziert wird, sät die Saat der Rebellion — einer gerechten Rebellion, von der dennoch zu sagen ist, daß sie nicht nötig wäre, wenn die schlichte Einsicht Platz greifen würde. *Imperialismen,* wie sie heute von den sog. „Supermächten" praktiziert werden, haben in der Völkergeschichte nirgends und niemals Dauerstrukturen hinterlassen!

Das Britische Weltreich ist ebenso untergegangen, wie einst das spanische und das römische. Auch die Sowjets und Amerikaner werden die biopolitische Erfahrung machen, daß Siegesglück nicht

Bestand hat wider die Natur und daß jeder Turmbau von Babel eines Tages in sich zusammenbricht.

Der biopolitisch Wissende sucht nach neuen und dauerhaften Formen des Völkerzusammenlebens: Es ist gewiß, daß sie sich nur auf eine *rückhaltlose* Anerkennung und Durchsetzung der *Naturrechtsverhältnisse im europäischen Raum* also des *Volksstaats-* und Allianzverlangens gründen können. Nicht durch Anerkennung und Verlängerung, sondern nur durch gründliche *Änderung* des wahnwitzigen „status quo" von 1919 und 1945 wird Europa wieder zu dem werden, was es für die Welt sein kann und sein muß; *Umordnung und damit Befriedung und Neubelebung* — das ist die gebieterische biopolitische Forderung für die weiße Welt des 20. Jahrhunderts.

In dem Verlangen der *europäischen Volksstaatsordnung,* der *weißen Allianz zur Bändigung des drohenden Menschheitschaos* prägt sich das biopolitische Denken im Weltumriß. Ich lasse nicht den Einwand gelten, daß hier eine Utopie entworfen sei. Man muß über das Ziel Klarheit haben, wenn man den Weg finden will. Und die *Genetik* lehrt *zweifelsfrei, daß nichts erlahmt, was sich artgemäß fortsetzt.* Biologisch findet auch heute noch *kein* „Untergang des Abendlandes" statt, nur unser politisches Verhalten zielt auf eine solche Katastrophe ab. Jeder Biologe weiß: nur grobe Kreuzung und das absolute Aussterben ist zu fürchten.

Die weißen Völker — so wie sie heute leben — sind von beiden Hauptgefahren *noch nicht* unmittelbar bedroht, ich wiederhole: Auch nach jahrhundertelangen Bruderkämpfen, trotz wahnwitziger Zwangsregelungen: *noch nicht,* noch nicht *unmittelbar.* Auch für die Gegenwart und vielleicht noch für das nächste Jahrhundert gilt: Die weißen Völker *haben nur Einsicht und Willen nötig,* um *wieder so stark zu werden wie einst und je* und so *stark, wie sie in Zukunft* sein *müssen,* um das außereuropäische Wachstumschaos zu meistern.

Angesichts dieser großen Dimensionen *biopolitischen Zieldenkens,* das die Wissenden zum Gesetz des Handelns durchsetzen müssen, leugne ich freilich nicht die *ernste Bedeutung der vielen enger umgrenzten volkspolitischen Anliegen,* die im Lichte biologischen Bewußtseins mit Deutlichkeit sichtbar werden. Die Skala reicht von den notwendigen gesetzlichen Maßnahmen zur Verhütung erbkranken Nachwuchses über die Gefährdung unserer Generationsfolge durch

Raum-Enge und Verstädterung bis zum Naturschutz und zur Klimapflege. Der Kreis derer, die bewußt oder instinktiv darüber nachdenken, ist erfreulicherweise nicht klein hinsichtlich dessen, was wirklich geschieht, was nicht nur gedacht und geplant, sondern auch *durchgesetzt* wird. Freilich besteht ein tiefgreifender Unterschied: ob etwa nur eine blasse Ahnung des Richtigen wirkt oder ob der bewußte Wille motorisch antreibt. Der Intellektualismus des Stadtmenschen hat zur Instinktschrumpfung geführt. Ja, wenn wir manche anspruchsvollen Manager der öffentlichen Meinung ins Auge fassen, müssen wir geradezu von *Instinktruinen* sprechen — *alles Natürliche ist ihnen fremd, alles Widernatürliche beten sie an.* Demgegenüber ist jedes — und sei es ein unwillkürliches — Handeln gegen den schleichenden weißen Selbstmord von Bedeutung; die *große Umkehr* in der Menschheitskrise der Gegenwart und der bevorstehenden Zukunft wird freilich der *bewußte Biopolitiker* von morgen bewirken müssen. Ihm heute den Weg durch den Schutt vielfacher Verwirrung freizuräumen, ist unsere verpflichtende Aufgabe.

Lassen Sie mich zum Schluß zusammenfassen: Biopolitik — dieses *Wort* allein schon zwingt den, der es aufgreift, in eine klare Richtung.

Politik — das heißt Vorausdenken, Ziele verfolgen und ihre Verwirklichung durchsetzen. *Biopolitik* — das bedeutet *bewußte Respektierung erkannter Naturgesetze im politischen Handeln;* es bedeutet *heute: Neubesinnung des weißen Mannes,* somit europäische Völkerordnung und in ihr auch die gesamtdeutsche Selbstbestimmung. Der einzige Wegweiser aus den Wirren unserer Gegenwart heißt: *biologisch denken, biopolitisch handeln.*

Daß der Weg in eine neue Zukunft bewußt und rechtzeitig eingeschlagen werde, daran mitzuwirken ist jeder berufen. Wir dürfen und müssen unsere Bemühungen mit großem Ernst auffassen. Es geht um nichts Geringeres als darum, dem biologischen Todesmarsch, den Millionen-Völker nach den Schalmeienklängen krankhaft wahnwitziger Minderheiten angetreten haben, durch ein *bewußtes Programm des Lebens* entgegenzutreten.

Das biopolitische *Ziel* ist ein katastrophenfreies Zusammenleben und Zusammenwirken der *Vielvölkerwelt,* wie sie in hunderttausendjähriger Entfaltung Tatsache geworden ist und bleiben soll. Nicht *die wirklichkeitsfremde Ideologie einer Menschheitszwangseinheit* führt weiter.

Das Programm des Lebens fordert, die Unterschiede zu erkennen, sie anzuerkennen und sich trotzdem zu verständigen: das, nur das — das aber auch gewiß — *ist europäische und Welt-Friedensordnung!*

NACHSCHRIFT

Die an diese Darlegung anknüpfende kurze Diskussion ließ die wesentlichen Punkte der These, insbesondere die biopolitische Deutung des Volksbegriffes, außer Betracht.

Ein Zuhörer hatte den Hinweis auf das Auseinander-Mutieren — man kann auch sagen: die historisch-genetische Differenzierung — der Ur-Menschheit dahin mißverstanden, als werde in biopolitischer Betrachtung die Existenz einer „Menschheit" überhaupt in Zweifel gesetzt. Natürlich sind „*die* Menschen" trotz aller Differenzierung untereinander in ihrer Abgrenzung gegenüber allen anderen Bereichen von Lebewesen eine deutlich ausgeprägte Großgruppe geblieben. Daraus jedoch die heute übliche Folgerung zu ziehen, ihre Unterschiede beschränkten sich auf Hautfarbe und Haarwuchs und alle Menschen könnten wieder einmal so „homogen" werden, wie sie es einmal waren — das ist ein Trugschluß, der seit Mendel nicht mehr erlaubt ist.

Ein anderer Einwand bezog sich auf neuere soziologische Studien, die bei „dem" Menschen übereinstimmende geistig-seelische Verhaltensweisen feststellten, z. B. „Neid", „Aggressionstrieb" usw. Es ist biologisch ebenso offenkundig wie selbstverständlich, daß neben vielen körperlichen Merkmalen — vom menschlichen Auge bis zu „Herz und Nieren" auch eine beträchtliche Skala von geistig-seelischen Strukturen genetisch unangetastet blieb und sich deshalb allenthalben noch fortsetzt. Für Kultur- und Zivilisationsleistungen kommt es freilich auf ganz bestimmte mutativ gefestigte Ausprägungen an. Diese waren geschichtlich und sind heute politisch von Bedeutung — *nur* über *sie* müssen wir ernstlich nachdenken. Überzeugende und wirklich wichtige Untersuchungen auf diesem weiten Feld sind von der Soziologie erst zu erhoffen, wenn diese Wissenschaft die Humangenetik beachtet und ihr Wirken damit zu einer weltweiten modernen Völkerkunde ausweitet.

Auf den Irrtun einer wiederherstellbaren homogenen Menschheit zielte noch ein später vorgebrachter Diskussionsbeitrag ab, der nichts

Geringeres postulierte als eine durch genetische Manipulation zu erzeugende Super-Menschheit. Gewiß — man hat bei einer Fliegenart bereits Mutationen in bezug auf eine körperliche Einzeleigenschaft künstlich herbeigeführt. Daraus jedoch zu schließen, daß die mindestens 40—50 000 Erbinformationen eines menschlichen Lebewesens — unter ihnen auch die geistig-seelisch wirksamen, auf die es im Wesentlichen ankommt — sich eines Tages gezielt mutativ dirigieren ließen — das gehört in den Bereich jener Utopien, die nicht selten in der Absicht vorgebracht werden, den Ausblick auf das Naheliegende und Offenkundige durch eine Nebelwand irrationaler Phantasie zu verschleiern.

So sehr forschendes Wirken im genetischen Bereich unsere Einsichten noch weiter vertiefen kann und wird: zunächst kommt es darauf an, das Profunde zur Kenntnis zu nehmen und es im politischen Denken und Handeln zu respektieren.

Die Menschheits-Romantik hat bereits genug Verwirrung gestiftet. Völker-Realismus ist das Gebot der Stunde und die Forderung der Zukunft.

Den Freunden zum Abschied

Gedenkworte

Zu Ehren der Toten beider Weltkriege auf dem Ehrenfriedhof in Hövelhof am 20. Nov. 1968, veranstaltet vom Deutschen Kulturwerk

Wenn wir in dieser stillen Stunde derer gedenken, die nun schon über 20 Jahre hier liegen, so ehren wir in ihnen späte Opfer des großen Krieges, in dem eine ganze Generation unseres Volkes tapfer angetreten war und sich verzehrt hat.

Um diese Ehrung in ihrem vollen Sinn zu durchdenken, müssen wir unseren Gruß der Lebenden an die Toten in viele Länder und zu zahllosen Gräbern bis hin nach Workuta ausstrahlen lassen — überall dorthin, wo Deutsche im Kriege und nach dem Kriege für ihr Volk ein gleiches bitteres Schicksal erlebt und erlitten haben.

Die wenigsten von uns haben einen derer gekannt, die hier oder irgendwo draußen unter dem Rasen liegen oder deren Asche von pietätlosen Feinden irgendwohin zerstreut wurde — wir ehren nicht nur den einzelnen, wir ehren mit unserem Hiersein sie alle, diese Namenlosen. In einer verwirrten Zeit, in der man von ihnen nur schweigen will, sprechen wir trotzdem von ihnen, von ihrem Vorbild und Beispiel: Es ist die Treue, derer wir ehrend gedenken, weil ihr die Ehre gebührt, wo immer und von wem immer sie vorgelebt und vorgestorben wurde und *wird* — wir denken an Spandau ...

Treue — das ist ein Trotz, der dem Leben dient, auch wenn er mit dem Tode bezahlt werden muß.

Trotzige Treue — das ist das, was diese Gräber fordern und immer fordern werden, von uns und von denen, die nach uns kommen. Trotzige Treue — solange sie gehalten wird, solange lebt ein Volk. Diese Gewißheit sei uns hier an diesen Gräbern eine Deutsche Hoffnung.

Gedenkworte

zu Ehren der Toten beider Weltkriege auf dem Waldfriedhof in Hövelhof am 17. Nov. 1971, veranstaltet vom Deutschen Kulturwerk

Sie ist Tradition geworden, treue und trotzige Überlieferung: diese jährliche Zusammenkunft an den Gräbern unserer in der Gefangenschaft verstorbenen Kameraden.

Wir gedenken ihrer, denen kaum einer von uns noch selbst begegnet ist, so wie die Franzosen einen unbekannten Gefallenen aus der Schlacht von Verdun unter ihrem Arc de Triomphe bestattet haben — als Symbol für Millionen anderer Namenloser und doch des Gedenkens Würdiger.

Die deutschen Toten des Ersten und des Zweiten Weltkrieges verbindet mit uns — den Überlebenden und den Kommenden — die geschichtliche Frage: *War unser Kampf gerecht?*

Mancher derer, an die wir hier und heute denken, mag im Schatten von Not und Niederlage gezweifelt haben.

Heute, im immer ferneren Abstand — ein halbes Jahrhundert nach dem Ersten, ein Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Deutschlandkrieg — wissen wir es mit immer deutlicherer Gewißheit: Die Niederschlagung der Deutschen hat die Welt nicht gebessert, nicht befriedet, sondern vergiftet und verwirrt.

Wer einst für Deutschland gestorben ist, hat einen guten Kampf gekämpft, und er hat die Aufgabe der Zukunft gewiesen: Das Weltchaos, das die Haßkriege gegen uns Deutsche hinterlassen haben, wird erst beendet sein, wenn ein einiges und freies Deutschland wiederersteht.

Wir grüßen alle, die an Deutschlands Zukunft glaubten und glauben, die Toten, die Lebenden, die Späteren.

Völker leben länger als die Menschen —
das ist die Gewißheit, die uns hoffen läßt.

„Ich grüße Dich — mein Deutschland"

Noch zu Lebzeiten — wenige Wochen vor seinem Tod — verfaßte Helmut Sündermann die Abschiedsworte an seine Familie und Freunde, die Wolf Rüdiger Hess am 29. August 1972 im Münchner Waldfriedhof verlas:

„Wenn dieses Wort Euch Freunde erreicht, dann hat der, der es Euch hinterläßt, den Mund zur bleibenden Stille geschlossen. Das Alter tritt ab, um Platz zu machen: das ist das Gesetz der Natur — und zu Naturgesetzen muß man Ja sagen. Wer vorangeht, soll es mit festen Schritten tun — auch in der langen Kette des Lebens.

Deshalb sei die Stunde des Abschieds keine Stunde der Trauer — und so streift mein Blick lächelnd über manches vertraute Gesicht ...

Nur *ein* Gedanke stimmt mich ernst: auch in dieser Stunde lichten sich erneut die längst dünn gewordenen Reihen einer deutschen Generation, die wie kaum eine vor ihr in Höhen und Tiefen den Stürmen des Schicksals standzuhalten hatte.

Die *uns* vorangingen, kamen aus dem ersten großen Krieg zwar geschlagen, aber nicht gebrochen nach Hause; sie lehrten uns, nicht zu zweifeln und nicht zu verzweifeln, sondern unsere Kraft zu erkennen und zu gebrauchen. Dieser Weisung sind wir gefolgt, und ich habe das nie bereut. Daß ich — wie es sich so ergab — zwanzig* Jahre nach Verdun neben dem greisen einstigen Erstürmer durch die Kasematten von Douaumont wanderte, gehörte zu den symbolhaften Geschehnissen meines Lebens. Zu jung, um jenen ersten Kampf um Deutschland und für Deutschland mitzufechten, wußte ich doch schon als Kind, wem ich zu folgen hatte.

Den Weg zu wissen — das macht auch den Marsch durch Sturm und Wetter sicher und beschwingt. Daß ich lange weiterschreiten durfte, während so viele vor und neben mir niedersanken, dafür

* richtig ist: fünfzig Jahre. Der Herausgeber.

danke ich dem Schicksal — und dafür, daß ich dabeisein durfte, als große Zeichen gesetzt wurden. Sie sanken wieder nieder, aber sie sind nicht mehr auszulöschen aus der Geschichte. Zeugnis abzulegen, wurde schließlich mein Beruf, und er soll es bleiben über diese Stunde hinaus. Der Körper zerfällt, aber das Wort wirkt weiter, solange es gebraucht wird.

Bibeltexte haben in meinem Leben wenig bedeutet — einer aber hat mich bewegt und überzeugt: ‚Sei getreu bis in den Tod, so will ich Dir die Krone des Lebens geben.'

Freunde: dieses Wort ist wahr. Treu bleiben — Dir selbst und Deinem größeren Ich, dem Volk, in das Du hineingeboren bist und bleibst.

So nehme ich Abschied von Euch, meinen Lieben, in Erinnerung an viele schöne Stunden der Gemeinsamkeit, von Euch, meinen Freunden, im Gedenken an eine große Kameradschaft. Und ich melde mich ab bei meinem Volk, dem ich dienen wollte und in bescheidener Weise hoffentlich auch gedient habe.

Auch als *mein* letzter Gruß gelte das Wort, das ein großer Soldat, in Gesinnung und Gesittung einer der Unsrigen, von den Stufen des Nürnberger Schaffotts ebenso trotzig wie gläubig herabrief: „Ich grüße Dich — mein Deutschland.'"

